

BAND 1

Wissenschaftliche Reihe BWL-Handel

DHBW Stuttgart, Fakultät Wirtschaft

**Wirtschaftspolitik in Zeiten der Pandemie:
Diskussionsbeiträge zu den volkswirtschaftlichen Rahmen-
bedingungen und deren ökonomische Implikationen**

Herausgeber:
Prof. Dr. Sven Köhler und Dr. Sandra Tauer

Band 1

Wissenschaftliche Reihe BWL-Handel DHBW Stuttgart, Fakultät Wirtschaft

Herausgeber:

Prof. Dr. Sven Köhler (Studiengangsleiter an der DHBW Stuttgart)

Dr. Sandra Tauer (externe Lehrbeauftragte an der DHBW Stuttgart)

Wirtschaftspolitik in Zeiten der Pandemie:
Diskussionsbeiträge zu den
volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen
und deren ökonomische Implikationen

Impressum

Wissenschaftliche Reihe BWL-Handel

Herausgeber:

Duale Hochschule Baden-Württemberg Stuttgart

Postfach 10 05 63

70004 Stuttgart

Prof. Dr. Sven Köhler

Studiengangsleiter an der DHBW Stuttgart

E-Mail: sven.koehler@dhw-stuttgart.de

Tel.: 0711/1849-598

Dr. Sandra Tauer

Externe Lehrbeauftragte an der DHBW Stuttgart

Gestaltungsvorlage: Dipl.-Oec. Annette Herzog, DHBW Stuttgart

Druck: Format Druck GmbH, 70372 Stuttgart

ISBN 978-3-00-069493-6

ISSN 2749-0483 (Print)

ISSN 2749-0491 (Online)

Download der Online-Version über <http://www.dhw-stuttgart.de/handel>

© 2021 Alle Rechte vorbehalten. Der Inhalt dieser Publikation unterliegt dem deutschen Urheberrecht. Die Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und jede Art der Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtes bedürfen der schriftlichen Zustimmung der Autoren und des Herausgebers.

Der Inhalt der Publikation wurde mit größter Sorgfalt erstellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität des Inhalts übernimmt der Herausgeber keine Gewähr (Juli 2021).

Vorwort

Angesichts der zunehmenden Insolvenzen und der wirtschaftlichen Schieflage einiger Handelsunternehmen mag die nachfolgende Aussage ironisch klingen, aber aggregiert betrachtet, war 2020 das umsatzstärkste Jahr im deutschen Einzelhandel. Viele Branchen und Unternehmen nutzten im Jahr der Krise gekonnt ihre Chancen aus den massiven Budget-Verschiebungen und generierten zweistellige prozentuale Umsatzzuwächse. Die veränderten politischen Rahmenbedingungen brachten im Corona-Jahr zahlreiche Krisengewinner, aber leider auch viele Krisenverlierer in Wirtschaft und Gesellschaft hervor. Vor allem zeigte das Jahr auf, wie sehr der Handelssektor – im Vergleich zur Industrie – ungleich sensitiver auf äußere Einflussfaktoren reagiert und unmittelbar den politischen Entscheidungen ausgesetzt ist.

Die Tragweite dieser Auswirkungen kann zum jetzigen Zeitpunkt nur näherungsweise erahnt werden, da die Krise grundlegende wirtschaftliche Strukturen aufgebrochen hat und ein neues Risikobewusstsein bei den Unternehmen geschaffen hat. In Zukunft werden sich Unternehmen stärker an betriebswirtschaftlichen Frühwarnindikatoren orientieren, Technologiefolgeabschätzungen vornehmen und strategische Controlling-Konzepte implementieren. Hierbei spielen vor allem volkswirtschaftliche Indikatoren wie die aktuelle Zins- und Preisentwicklung, der Geschäftsklimaindex, nationale Investitionsvorhaben und vor allem der Konsumklimaindex eine entscheidende Rolle.

Aktuell ist davon auszugehen, dass sich die deutlich sichtbaren Verhaltensänderungen der Konsumentinnen und Konsumenten (Online-Einkauf, Akzeptanz von Lieferservices, steigender Medienkonsum etc.) intensivieren werden und in der Folge weitreichende Konsequenzen für den Handel nach sich ziehen.

Hatte ich den Einzelhandel bereits vor einigen Jahren in meinen Reden zu einer stärkeren Umsetzung von Fernabsatzstrategien gemahnt und zu einem höheren Digitalisierungsniveau aufgerufen, so haben sich diese betriebswirtschaftlichen Defizite im letzten Jahr deutlich offenbart. Managerinnen und Manager, die meine Worte nicht ernst genommen haben, werden nun mit ihren Unternehmen ums Überleben kämpfen oder deren Betriebe sind bereits verschwunden.

Wir können diese Pandemie als gravierende Diskontinuität einstufen, die nicht vorhersehbare Ereignisse verursachte und bisherige Entwicklungen in eine neue Richtung lenken wird. Allerdings können derartige Impulse jederzeit erneut in Erscheinung treten und dagegen ist auch die wirkungsvollste unternehmerische Früherkennung machtlos.

Wenn sich Managerinnen und Manager konsequent auf die neue Situation eingestellt hätten, wären rechtzeitige und nachdrückliche Strategiewechsel direkt nach Ankündigung des ersten Lock-Downs möglich gewesen (bspw. drastische Sortimentsumstellungen, schneller Aufbau von Online-Shops, Vertrieb in Online-Marktplätzen oder die Entwicklung von Liefer-/Abholkonzepten). Einige Unternehmen haben frühzeitig geeignete Adaptionsstrategien entwickelt und umgesetzt; viele andere leider nicht. Mit großem Erstaunen konnte beobachtet werden, wie viele kreative Ideen in Kürze im Markt eingeführt und angenommen wurden.

Selbst wenn ein derart gravierender Umbruch bzw. disruptiver Prozess in den kommenden Jahren nicht erneut auf uns zukommen wird, erhält die kontinuierliche und systematische Beobachtung des Umfelds eine neue Bedeutung und wird ein elementarer Bestandteil der Unternehmensführung werden. Die Stabilität wirtschaftspolitischer, technologischer und konjunktureller Rahmenbedingungen nimmt zusehends ab und hieraus entsteht eine immer größer werdende Notwendigkeit für die strategische Vorausschau der Unternehmen.

Demzufolge werden Handelsunternehmen die Kapitalbindung in ihren Lagerbeständen kritischer bewerten, das Risiko hoher Fixkosten (Ladenflächen, Immobilien, Personal etc.) sowie die Abhängigkeit von Schlüssellieferanten reduzieren wollen, Einsparpotenziale durch Digitalisierung realisieren können und schließlich versuchen das Geschäftsrisiko zu streuen und neue Wachstumsfelder zu erschließen.

Aufgrund dieser vielfältigen Abhängigkeit des Handelssektors von volkswirtschaftlichen Rahmenparametern, lege ich als verantwortlicher Studiengangsleiter großen Wert auf eine umfassende theoretische Ausbildung in den Fächern Mikro- und Makroökonomie und ihrer Anwendung auf ausgewählte aktuelle Beispiele der Wirtschaftspolitik.

Die Qualität der volkswirtschaftlichen Ausbildung in diesem Studiengang, die bislang immer in Form von schriftlichen Prüfungen abgefragt wurde, konnte in 2020 aufgrund der empfohlenen Vermeidung von Präsenzklausuren stattdessen durch die Anfertigung schriftlicher Hausarbeiten kontrolliert und sichergestellt werden. Aus dieser Fülle von Beiträgen wurden für diesen Sammelband einige wenige Aufsätze ausgewählt, die nach Meinung und Beurteilung unserer Lehrbeauftragten im Fach Volkswirtschaftslehre für die Öffentlichkeit von Interesse sein könnten.

Dank der Federführung unserer externen Dozentin, Frau Dr. Sandra Tauer, war es möglich, die Beiträge in diesem Sammelband zu veröffentlichen. An dieser Stelle möchte ich

mich ausdrücklich für ihre anspornende Initiative, ihren wissenschaftlichen Rat und handwerklichen Einsatz in der Betreuung der Arbeiten zwischen Prüfungsabschluss und Veröffentlichung bedanken. Ohne ihren zeitintensiven Einsatz wäre dieses Herausgeberwerk nicht realisierbar gewesen. Ihr eigener Beitrag wirft einen kritischen Blick auf die zunehmende Polarisierung unserer Gesellschaft und sollte uns der möglichen Folgen nachdenklich stimmen.

Mein Dank gilt auch allen anderen Lehrbeauftragten im Fach Volkswirtschaftslehre unseres Studiengangs, namentlich Herrn Johannes Gaßner sowie Herrn Prof. Dr. Stefan Lutz, ohne die wir die ökonomische Ausbildungsgüte unserer Studierenden nicht in diesem Maße sicherstellen könnten.

Ein besonderer Dank gilt indes allen Autorinnen und Autoren dieses Werkes – unseren Studierenden und Alumni – die durch ihre Arbeit gezeigt haben, wie gut sie das erlernte Wissen auf eine spezifische Themenstellung anwenden können und die dahinterliegenden komplexen Zusammenhänge verstanden haben. An dieser Stelle sei auch den die Studierenden auf ihrem Weg begleitenden dualen Partnerunternehmen zu danken, die maßgeblich zu dieser Ausbildungsqualität beitragen. Ebenfalls zu danken ist Frau Annette Herzog vom Dekanat der Fakultät Wirtschaft der DHBW Stuttgart, Frau Regine Hersmann in unserem Studiensekretariat und allen Beteiligten, die zum Gelingen dieses Buches beigetragen haben.

Ich hoffe, wir können mit diesem Sammelband einige aktuelle volkswirtschaftliche Problemfelder beleuchten und ich würde mich freuen, wenn der eine oder andere Beitrag auf eine vertiefte inhaltliche Auseinandersetzung in Politik und Wirtschaft stößt und zur weiteren Diskussion anregt. Da es sich um den ersten Sammelband des Studiengangs BWL-Handel in Stuttgart handelt, würde es mich vor allem freuen, wenn es nicht bei einer singulären Erscheinung bleiben würde und in Zukunft viele weitere gelungene Aufsätze oder herausragende Projekt- und Bachelorarbeiten den Weg in diese wissenschaftliche Reihe finden.

Prof. Dr. oec. Sven Köhler

Studiengangsleiter BWL-Handel

Im Juli 2021

INHALTSVERZEICHNIS

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren..... S. III-VIII

Jennifer Arnuga

Der Einfluss des technologischen Fortschritts auf die Nachfrage von Gütern am Beispiel des iPhones S. 1

Gesine Biehler

Veränderung der Konsumpräferenzen in der Corona-Krise S. 11

Lukas Burk

Chancen der Elektro-Antriebstechnik im Rahmen der wirtschaftspolitischen Ziele Deutschlands nach der Corona-Krise S. 27

Paula Demacker

Überholter Fetisch Schwarze Null? S. 39

Julie Egolf

Die neue Seidenstraße: Infrastrukturprojekt auf Kosten Europas? S. 49

Lisa Eller

Auswirkungen der Schuldenbremse auf das Wachstum der Volkswirtschaft in der aktuellen wirtschaftlichen Situation? S. 63

Max Färber

Zur Sinnhaftigkeit eines zentralen Lobbyregisters im Europäischen Parlament S. 73

Jana Fischer

Helikoptergeld – Eine Wunderwaffe der Zentralbank in der Corona-Krise? S. 85

Bahia Fox

Umwelteinfluss und Anreize der zusätzlichen Umweltsteuer auf Diesel-Kraftfahrzeuge S. 95

Vladimir Freiverts

Grenzen staatlicher Fiskalpolitik am aktuellen Beispiel der Corona-Krise S. 107

Isabell Hettmann

Auswirkungen der steigenden Staatsverschuldung auf die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum S. 119

Bero Holzreiter

Staatsverschuldung in Europa: Wie Irland vom Musterschüler zum Problemfall innerhalb der Eurozone wurde S. 131

Gian-Maria Krämer

Wer zieht die Fäden in Europa? Zur Notwendigkeit von Interessenvertretern in der sozialen Marktwirtschaft S. 141

Philipp Maier

Friedmans Helikoptergeld und die Folgen der Covid19-Pandemie S. 153

Johannes Mästele

Ursachen und Bekämpfungsmöglichkeiten regionaler Arbeitslosigkeit in Deutschland S. 163

Jacqueline Mayer

Ist ein Mindestlohn von 9,60 Euro genug? Argumente für und wider eine Erhöhung des Mindestlohns in Deutschland S. 175

Jan Richter

Wirtschaftspolitische Beratung der Politik in Krisenzeiten S. 187

Marie Schroth

Die Ursachen der globalen Finanzkrise: Hätte die US-Notenbank Lehman retten sollen? S. 199

Pablo Speck

Das bedingungslose Grundeinkommen: „Corona-Geld“ für alle? S. 209

Renato Stojčević

Vom Bruttoinlandsprodukt zur staatlichen Vermessung des Glücks? Die Suche nach Alternativen zum BIP S. 223

Sandra Tauer

Die Einkommens- und Vermögensungleichheit in Deutschland und aktuelle Implikationen im Bildungssektor S. 235

Lara Wahr

Die Rolle der Europäischen Zentralbank seit der Finanzkrise: Wie unabhängig ist die Europäische Zentralbank wirklich? S. 255

Lea Wolters

Welche Verantwortungen tragen Ratingagenturen an der globalen Finanzkrise? S. 267

VERZEICHNIS DER AUTORINNEN UND AUTOREN



Jennifer Arnuga

studiert Betriebswirtschaftslehre mit der Studienrichtung Handel an der DHBW Stuttgart in Kooperation mit der Media Markt TV-HiFi-Elektro GmbH.



Gesine Biehler

studiert Betriebswirtschaftslehre mit der Studienrichtung Handel an der DHBW Stuttgart in Kooperation mit der KAISER+KRAFT Europa GmbH.



Lukas Burk

studiert Betriebswirtschaftslehre mit der Studienrichtung Handel an der DHBW Stuttgart in Kooperation mit der ALDI SE & Co. KG in Murr.



Paula Demacker

studierte von 2017 bis 2020 Betriebswirtschaftslehre mit der Studienrichtung Handel an der DHBW Stuttgart in Kooperation mit der E. Breuninger GmbH & Co.

Sie absolviert derzeit ein Masterstudium an der Boston University in den USA.



Julie Egolf

studiert Betriebswirtschaftslehre mit der Studienrichtung Handel an der DHBW Stuttgart in Kooperation mit der E. Breuninger GmbH & Co.



Lisa Eller

studiert Betriebswirtschaftslehre mit der Studienrichtung Handel an der DHBW Stuttgart in Kooperation mit der Internetstores GmbH.



Max Färber

studierte von 2017 bis 2020 Betriebswirtschaftslehre mit der Studienrichtung Handel an der DHBW Stuttgart in Kooperation mit der Mack & Schühle AG. Derzeit befindet er sich in der Ausbildung zum Polizei-/Kriminalkommissar-anwärter bei der Landespolizei Baden-Württemberg.



Jana Fischer

studiert Betriebswirtschaftslehre mit der Studienrichtung Handel an der DHBW Stuttgart in Kooperation mit der ALDI SE & Co. KG in Murr.



Bahia Fox

studierte von 2017 bis 2020 Betriebswirtschaftslehre mit der Studienrichtung Handel an der DHBW Stuttgart in Kooperation mit der Sympatex Technologies GmbH und arbeitet dort als Manager im Bereich Corporate Social Responsibility.



Vladimir Freiverts

studierte von 2017 bis 2020 Betriebswirtschaftslehre mit der Studienrichtung Handel an der DHBW Stuttgart in Kooperation mit der hagebauzentrum Bolay GmbH & Co. KG. Derzeit arbeitet er als Key Account & Online Marketing Manager bei der DISCOUNTO Produktinformationsgesellschaft mbH.



Isabel Hettmann

studierte von 2017 bis 2020 Betriebswirtschaftslehre mit der Studienrichtung Handel an der DHBW Stuttgart in Kooperation mit der ALDI SE & Co. KG in Aichtal. Derzeit arbeitet sie als Trainee Marketing & Consulting bei der Thorit GmbH.



Bero Holzreiter

studiert Betriebswirtschaftslehre mit der Studienrichtung Handel an der DHBW Stuttgart in Kooperation mit der Krannich Group GmbH.



Gian-Maria Krämer

studierte von 2017 bis 2020 Betriebswirtschaftslehre mit der Studienrichtung Handel an der DHBW Stuttgart in Kooperation mit dem Musikhaus Piano-Fischer. Derzeit arbeitet er als Projektleiter bei der Betec Beschichtungstechnik GmbH.



Prof. Dr. oec. Sven Köhler

studierte BWL (Marketing, Informationsmanagement und Wirtschaftsinformatik) an der Universität des Saarlandes und an der University of Michigan. Er promovierte im Handelsmarketing an der Universität St. Gallen und ist derzeit als Studiengangsleiter BWL-Handel an der DHBW Stuttgart tätig. Er ist Autor zahlreicher Managementbeiträge.



Philipp Maier

studiert Betriebswirtschaftslehre mit der Studienrichtung Handel an der DHBW Stuttgart in Kooperation mit der Media Markt TV-HiFi-Elektro GmbH.



Johannes Mästele

studierte von 2017 bis 2020 Betriebswirtschaftslehre mit der Studienrichtung Handel an der DHBW Stuttgart in Kooperation mit der REWE Markt GmbH. Derzeit arbeitet er als Assistent der Marktleitung bei der REWE Nieß oHG.



Jacqueline Mayer

studierte von 2017 bis 2020 Betriebswirtschaftslehre mit der Studienrichtung Handel an der DHBW Stuttgart in Kooperation mit der OE Germany Handels GmbH. Derzeit arbeitet sie als Kundenmanagerin und baut den digitalen Vertrieb bei der KNAPP Wälzlagertechnik GmbH auf.



Jan Richter

studierte von 2017 bis 2020 Betriebswirtschaftslehre mit der Studienrichtung Handel an der DHBW Stuttgart in Kooperation mit der Autohaus Weeber GmbH & Co. KG. Dort arbeitet er derzeit als Projektmanager.



Marie Schroth

studiert Betriebswirtschaftslehre mit der Studienrichtung Handel an der DHBW Stuttgart in Kooperation mit der HAHN+KOLB Werkzeuge GmbH.



Pablo Speck

studierte von 2017 bis 2020 Betriebswirtschaftslehre mit der Studienrichtung Handel an der DHBW Stuttgart in Kooperation mit der Volkswagen Automobile Stuttgart GmbH. Dort arbeitet er derzeit als Verkaufsassistent im Bereich Großkunden.



Renato Stojčević

studierte von 2017 bis 2020 Betriebswirtschaftslehre mit der Studienrichtung Handel an der DHBW Stuttgart in Kooperation mit der Endrich Bauelemente Vertriebs GmbH. Dort arbeitet er derzeit als Sachbearbeiter in der Fakturierung.



Dr. Sandra Tauer

studierte VWL, Geschichte (Universität Heidelberg) und International Studies (University of Sydney). Sie promovierte an der Universität Freiburg. Berufliche Erfahrung sammelte sie im Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung und als Fellow der gemeinnützigen Bildungsinitiative Teach First. Zudem unterrichtet sie an zahlreichen Hochschulen.



Lara Wahr

studiert Betriebswirtschaftslehre mit der Studienrichtung Handel an der DHBW Stuttgart in Kooperation mit der Endrich Bauelemente Vertriebs GmbH.



Lea Wolters

studiert Betriebswirtschaftslehre mit der Studienrichtung Handel an der DHBW Stuttgart in Kooperation mit der Mack & Schühle AG.

Der Einfluss des technologischen Fortschritts auf die Nachfrage von Gütern am Beispiel des iPhones

von

Jennifer Arnuga

Einleitung

Das Smartphone ist eine der wichtigsten technologischen Erfindungen unserer Zeit. 2007 brachte Apple das erste Smartphone mit dem Namen iPhone auf den Markt.¹ Über die folgenden Jahre entwickelte sich das Smartphone immer weiter und wurde handlicher, dünner, leistungsstärker sowie moderner im Design. Vor allem die Steigerung der Kameraqualität und die Nutzung des Internets oder Funktionen wie das Navigationssystem förderten die Verkaufszahlen der kleinen Mobilgeräte. Seit 2007 hat Apple mehr als 1,8 Milliarden Geräte verkauft und auch die neueste Generation, das iPhone 12, das in Deutschland seit Ende Oktober 2020 erhältlich ist, wird für weitere Umsätze sorgen.²

Die Präferenzen der Nachfrager entwickeln sich zu Gunsten der Smartphone Hersteller. Normalerweise würde man vermuten, dass mit steigendem Einkommen die Nachfrage nach jedem Gut steigen würde. Bei inferioren Gütern verursacht eine Einkommenserhöhung eine Verringerung des Konsums.³ Die Nachfragepräferenzen weisen zudem keine perfekten Substitute auf, was in diesem Beispiel zeigt, dass die Nachfrager keine Alternativen zum iPhone hinnehmen.⁴

In welcher Weise reagiert aber die Nachfrageseite auf die neusten und technologisch fortgeschrittenen Smartphones auf dem Gütermarkt? Diese Fragestellung wird im vorliegenden Beitrag behandelt. Zuerst wird die Nachfrage der Mobilgeräte betrachtet, sowie darüber hinaus die resultierende Nachfrage nach Substitutionsgütern. Im zweiten Abschnitt wird anschließend auf die daraus resultierende Schlussfolgerung für die Anbieterseite eingegangen.

¹ Vgl. o. V., 2020, <https://www.apple.com> (Stand: 04.06.2020).

² Anfang 2021 steht das Unternehmen Apple in allen Geschäftsbereichen gut da. Allerdings verzeichnet das Unternehmen die größten Umsatzzuwächse nicht mehr mit dem iPhones, sondern mit den Produktgruppen iPad (+41,1 Prozent) sowie Wearables, Home und Zubehör (+29,6 Prozent). Das iPhone macht aber immer noch mit Abstand den größten Anteil des Umsatzes des Unternehmens aus. Im vierten Quartal 2020 verzeichnete Apple einen Rekordabsatz von rund 90 Millionen Stück. Vgl. Bocksch, R., 2021a, <https://de.statista.com> (Stand: 05.02.2021). Apple konnte seinen Absatz über das gesamte Jahr 2020 um rund drei Prozent steigern und im vierten Quartal gelang es dem iPhone erstmals seit vier Jahren Samsung die Führungsposition in der Smartphone-Branche abzunehmen. Vgl. Brandt, M., 2021, <https://de.statista.com> (Stand: 08.05.2021).

³ Vgl. Varian, H. R., 2016, S. 107.

⁴ Vgl. ebd, S.121 ff.

Entwicklung der Nachfrageseite in Bezug auf Smartphones

Im folgenden Abschnitt wird auf den Verlauf der Anzahl verkaufter Smartphones, sowie die rückläufige Nachfrage anderer Produkte als Resultat der leistungsstarken Mobilgeräte näher eingegangen. Die Nachfrage nach dem kleinen technischen Wunder begann 2007 mit einem weltweiten Bedarf von circa 1,4 Millionen Geräten pro Jahr. Zunächst entwickelte sich die Nachfrage stark progressiv, wobei zwischen 2010 und 2011 der stärkste Wachstumssprung bei den Absatzzahlen zu verzeichnen war. In den Folgejahren ging die Zuwachsrate zurück und 2015 wurde das globale Absatzmaximum von 231,22 Millionen verkaufter iPhones erreicht.⁵ In den letzten fünf Jahren gingen die Verkaufszahlen jedoch zurück. Der Markt scheint inzwischen gesättigt, da die meisten Menschen heutzutage ein Smartphone besitzen. Inzwischen wird die Anzahl der iPhones Nutzerinnen und Nutzer auf eine Milliarde geschätzt.⁶

Die Nachfrage wird von immer neu auftretenden technischen Fortschritten der kleinen Geräte sowie ihrer kurzen Lebensdauer positiv beeinflusst. Die vielen Applikationen auf dem Handy, welche eine hohe Akkuleistung erfordern, verringern die durchschnittliche Lebensdauer eines Handys schätzungsweise auf 2,49 Jahre im Jahre 2022.⁷ Außerdem können nicht alle Anwendungen und Ergänzungsgeräte, welche auf dem Markt verfügbar sind, mit veralteter Software genutzt werden, weshalb Abnehmer des Smartphones teilweise dazu genötigt sind, ihr altes Gerät gegen ein neues auszutauschen. Ein weiterer Grund für die hoch anhaltende Nachfrage der Smartphones sind soziale Aspekte. In der heutigen Gesellschaft wird das Mobiltelefon als Ausdruck des eigenen Lebensstandards angesehen und ist von hoher Bedeutung für menschliche Kommunikationsbedürfnisse. Dies trifft vor allem auf die jüngere Generation zu, denn 70 Prozent der Jugendlichen nutzen in erster Linie ihr Smartphone, wenn sie ins Internet gehen.⁸ Trotz der immer noch hohen Nachfrage sind Rückgänge der Käufe von Smartphones zu verzeichnen.

Die Neuerscheinung des iPhone 11 Ende September 2019 und des Samsung Galaxy S20 Anfang November 2019 ließen die Verkaufszahlen ansteigen. Mit einem erhöhten Interesse von 7,2 Prozent im Januar 2020 ist erkennbar, wie stark der Einfluss technologischer Fortschritte die Nachfrage auf dem Gütermarkt beeinflusst. Gleichwohl hat das

⁵ Vgl. Tenzer, F., 2021, <https://de.statista.com> (Stand: 08.05.2021).

⁶ Vgl. Brandt, M. 2020a, <https://de.statista.com> (Stand: 13.11.2020).

⁷ Vgl. o. V., 2020, <https://www.statista.com> (Stand: 04.06.2020).

⁸ Vgl. Albert, M. u. a., 2019, S. 30.

große Bedürfnis nach den Kommunikationsgeräten auch starke Konsequenzen für den Markt von Kameras. Seit 1951 verlief die Nachfrage von Kameras progressiv. Weltweit betrug ihr Absatz 2010 120 Millionen. Seit der Einführung von Handys nahm der Bedarf von Kameras stark ab, so dass 2019 nur noch 2,11 Millionen Digitalkameras in Deutschland verkauft wurden.⁹ Auch die zusätzliche Funktion der Navigation, durch Einführung der GPS-Technologie an Smartphones führte dazu, dass sich der Absatz von klassischen Navigationsgeräten stark rückläufig entwickelt. Den größten Verlust am Marktanteil haben die sogenannten „Feature Phones“ zu verzeichnen.¹⁰ Bevor das Smartphone auf den Markt kam, war vor allem Nokia eines der umsatzstärksten Unternehmen in der Mobilgerätebranche. Nokia, der langjährige Marktführer von Handys, geriet durch die Konkurrenz von Apple, aber auch durch Samsung ab 2011 zunehmend in Bedrängnis (siehe Abb. 1).

Nokia schaffte es nicht, in angemessener Geschwindigkeit gleichwertige Produkte auf dem Markt einzuführen, weshalb die Firma schließlich 2014 von Microsoft aufgekauft wurde.¹¹ Seither ist Nokia kein bedeutender Hersteller mehr, wenn es um technologisch- fortschrittliche Kommunikationsgeräte geht.

Die aufgeführten Argumente belegen, dass der technologische Fortschritt hohen Einfluss auf die Nachfrageseite von Gütermärkten hat. Dies stellt die Unternehmen vor große Herausforderungen, auf welche im nächsten Abschnitt eingegangen werden soll.

⁹ Vgl. Bocksch, R., 2020, <https://de.statista.com> (Stand: 08.05.2021).

¹⁰ Vgl. Brandt, M., 2020a, <https://de.statista.com> (Stand:04.06.2020).

¹¹ Vgl. Kerkmann, C., 2014, <https://www.handelsblatt.com>, (Stand: 04.06.2020). Zuvor hatte Microsoft 2011 schon Skype übernommen. Die letzte große Unternehmensübernahme war 2016 LinkedIn, ein soziales Netzwerk, welches sich an eine ältere, berufstätige Zielgruppe richtet und nicht den klassischen Unterhaltungszwecken dient.

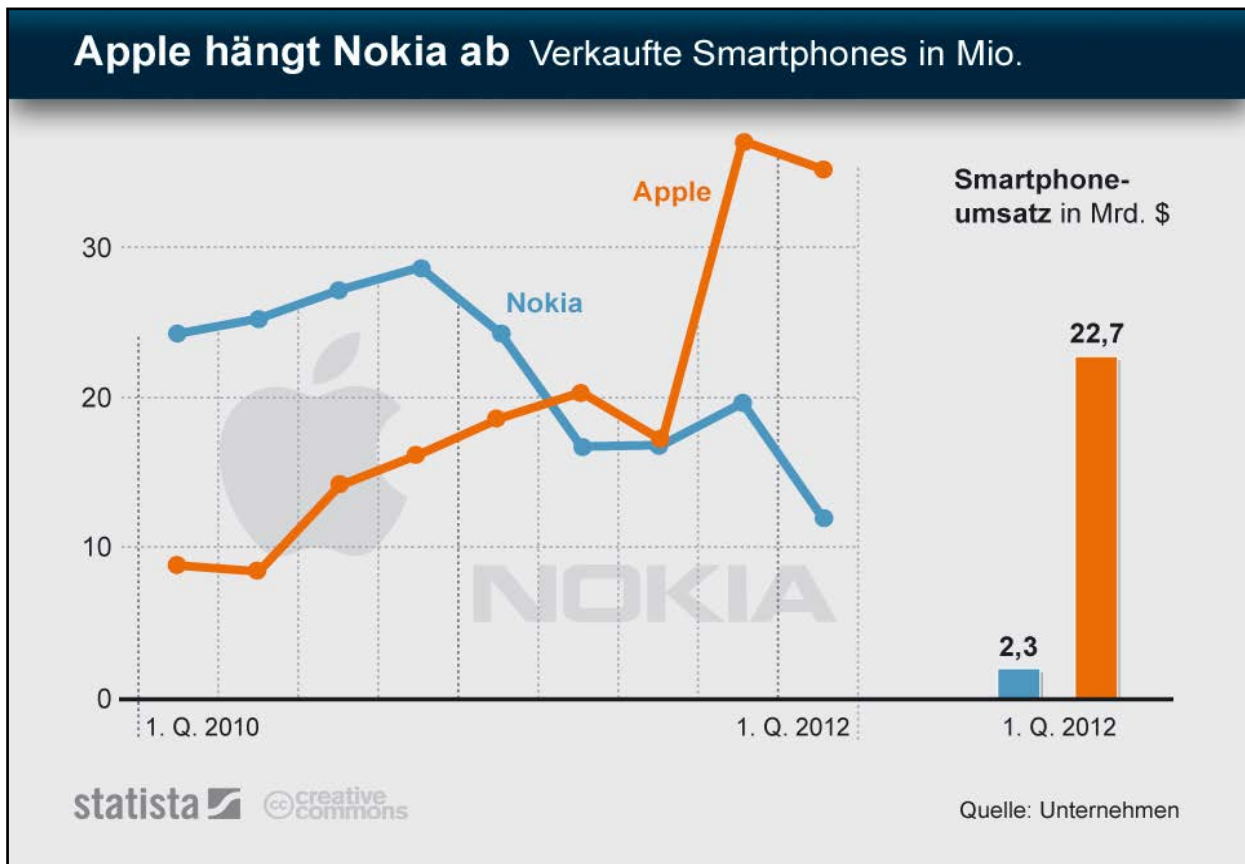


Abbildung 1: Vergleich der Absatzzahlen von Nokia und Apple zwischen 2010 und 2012¹²

Schlussfolgerung für die Anbieterseite

Anbieter von Smartphones, wie Apple oder Samsung stehen unter konstantem Druck immer innovativere und leistungsfähigere Geräte immer schneller und noch leistungsfähiger zu produzieren. Andere Hersteller wie Huawei oder Microsoft fangen allmählich damit an, den Markt mit weiteren Funktionalitäten zu beleben. Daraus resultierend ist es für die Hersteller immer wichtiger technologische Fortschritte frühzeitig zu erkennen, um den Wettbewerbsvorsprung aufrechterhalten zu können. Fehlende Innovationen sind wie das Beispiel Nokia zeigte, unverzeihlich. Aus diesem Grund investieren Anbieter immer stärker in Forschung und Entwicklung,¹³ um keine relevanten Innovationen zu verpassen.

Um auf dem Markt langfristig bestehen zu können, sollten Unternehmen, deren Absatz durch die Einführung von Smartphones zurückging, ihre Produkte weiter spezialisieren.

¹² Richter, F., 2012, <https://de.statista> (Stand: 22.06.2021).

¹³ Vgl. Sommer, U., 2018, <https://www.handelsblatt.com> (Stand: 04.06.2020).

Es wird mittelfristig nur noch für elektronische Produkte eine Nachfrage geben, deren Funktionen nicht bereits durch ein Smartphone abgedeckt werden. So sollten sich Kamerahersteller auf Kameras spezialisieren, die qualitativ ein höheres Level aufweisen als Handykameras. Insbesondere spielen hier die Faktoren Vermarktung und optimale Preisgestaltung eine bedeutende Rolle.

Zusammenfassend kann hervorgehoben werden, dass technologische Fortschritte großen Einfluss auf den Gütermarkt haben. Die Nachfrage kann sowohl bei neuen Produkten stark ansteigen und unbekannte Unternehmen an die Absatzspitze befördern als auch etablierte Unternehmen vor große Probleme stellen. Angst vor Sättigung muss dieser Markt nicht haben. Die Beobachtung von Wilhelm Busch, dass jeder Wunsch, sobald er erfüllt wird, augenblicklich Junge bekommt, scheint für den Markt von Smartphones zuzutreffen.¹⁴

So werden auch sehr teure Produkte von den Nachfragerinnen und Nachfragern gerne gekauft, weshalb alle iPhones 12 — wohl auch in Vorfreude auf Weihnachten 2020 — in sämtlichen Media Märkten schon vor Verkaufsbeginn fast vollständig vorreserviert waren. Ferner konnte der gesamte Smartphone-Markt von der Corona-Krise profitieren und steigende Absätze im vierten Quartal 2020 verzeichnen, da die Menschen weniger für beispielsweise Freizeit- und Reiseaktivitäten ausgaben.¹⁵ Beides bietet nicht nur einen starken Anreiz für Unternehmen weitere Modelle zu entwickeln, sondern lenkt die Priorität der Unternehmen auch weiterhin in Forschung und Entwicklung zu investieren, um auf einem technologisch stark ausgeprägten Gütermarkt gute Absatzzahlen verzeichnen zu können.

¹⁴ „Ein jeder Wunsch, wenn er erfüllt, kriegt augenblicklich Junge.“ In: Busch, W., 1960, Niemals, S. 406.

¹⁵ Vgl. Bocksch, R., 2021b, <https://de.statista.com> (Stand: 05.02.2021).

Literaturverzeichnis

- Albert, M. (2019):** Jugend 2019 – 18. Shell Jugendstudie: Eine Generation meldet sich zu Wort, Weinheim.
- Bachmann, R.; Carstensen, K.; Lautenbacher, S.; Schneider, M. (2020):** Unsicherheit und Beschäftigungsgrad in der Coronakrise; <https://www.ifo.de/publikationen/2020/aufsatz-zeitschrift/unsicherheit-und-beschaefigungsabbau-der-coronakrise> (Stand: 04.06.2020).
- Bocksch, R. (2020):** Steht die Digitalkamera vor dem aus? Statista, <https://de.statista.com/infografik/15967/markt-fuer-digitalkameras-in-deutschland> (Stand: 08.05.2021).
- Bocksch, R. (2021a):** Apple floriert in allen Geschäftsbereichen. Statista, <https://de.statista.com/infografik/16844/umsatz-von-apple-nach-produktgruppen> (Stand: 05.02.2021).
- Bocksch, R. (2021b):** Apples iPhone erzielt Rekordabsatz, <https://de.statista.com/infografik/850/quartalszahlen-zum-weltweiten-smartphone-absatz> (Stand: 05.02.2021).
- Brandt, M. (2018):** Zerstören Smartphones den Kamera-Markt?. Statista, <https://de.statista.com/infografik/15540/weltweiter-absatz-von-fotokameras-seit-1951> (Stand: 04.06.2020).
- Brandt, M. (2019):** Die Opfer des Smartphone-Booms. Statista, <https://de.statista.com/infografik/1958/die-opfer-des-smartphone-booms> (Stand: 04.06.2020).
- Brandt, M. (2020a):** Ein iPhone für (fast) jedes Portemonnaie. Statista, <https://de.statista.com/infografik/21491/preise-fuer-aktuelle-iphones-in-deutschland> (Stand: 13.11.2020).
- Brandt, M. (2020b):** Apples Verkaufsschlager. Statista, <https://de.statista.com/infografik/19306/absatz-von-apple-iphones-weltweit> (Stand: 16.11.2020).
- Brandt, M. (2021):** Absatz bricht um 2020 um 12,5 Prozent ein. Statista, <https://de.statista.com/infografik/14080/geschaetzter-weltweiter-smartphone-absatz> (Stand: 16.11.2020).

- Kerkmann, C. (2014):** Der langsame Abschied von Nokia. Handelsblatt, <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/it-medien/microsoft-kauft-handysparte-der-langsame-abschied-von-nokia/9801562.html?ticket=ST-222270-5vYtf9g6DiCPl9Y4qR-ap1> (Stand: 04.06.2020).
- O. V. (o. J.):** Konjunkturphasen – Phasen des Konjunkturverlaufs. Wirtschaftslehre, <http://www.wirtschafts-lehre.de/konjunkturphasen.html> (Stand: 04.06.2020).
- O. V. (2007):** Apple erfindet mit dem iPhone das Mobiltelefon neu, Apple, <https://www.apple.com/de/newsroom/2007/01/09Apple-Reinvents-the-Phone-with-iPhone> (Stand: 04.06.2020).
- Richter, F. (2012):** Apple hängt Nokia ab - Absatz von Smartphones in Mio., Statista, <https://de.statista.com/infografik/254/apple-haengt-nokia-ab---absatz-von-smartphones-in-mio> (Stand: 22.06.2021).
- Sommer, U. (2018):** Diese Zahlen zeigen, weshalb US-Tech-Konzerne immer mächtiger werden. Handelsblatt, <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/management/forschung-und-entwicklung-diese-zahlen-zeigen-weshalb-us-tech-konzerne-immer-maechtiger-werden/22915212.html> (Stand: 04.06.2020).
- Tenzer, F. (2021):** Absatz von Apple iPhones weltweit in den Geschäftsjahren 2007 bis 2020. Statista, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/203584/umfrage/absatz-von-apple-iphones-seit-dem-geschaeftsjahr-2007> (Stand: 08.05.2021).

Veränderung der Konsum- präferenzen in der Corona-Krise

von

Gesine Biehler

Auswirkungen der Corona-Krise

Lebensmittelengpässe waren der deutschen Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten unbekannt. Aufgrund eines Selbstversorgungsgrads von nur 22 Prozent bei Obst und 36 Prozent bei Gemüse¹ befürchtete im März 2020 ein Beratergremium der von Bund und Ländern geförderten Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (Acatech) Engpässe bei Obst und Gemüse. Die Gefahr bestünde darin, dass große Lieferländer wie Italien und Spanien Deutschland in den Sommermonaten nicht in gewohntem Maße beliefern könnten.² Zugleich hat die Corona-Krise zu einer erhöhten Nachfrage bestimmter Güter geführt, wodurch die Anbieter diesem Konsumverhalten nicht mehr gerecht werden konnten. Es scheint, als hätte die Corona-Krise zu einer Veränderung von Präferenzen in der Bevölkerung geführt. Dies wird im Folgenden genauer thematisiert.

Präferenzen können mithilfe von Güterbündeln beschrieben werden. Güterbündel sind von Konsumentinnen und Konsumenten ausgewählte Gegenstände aus einer vollständigen Liste an Waren und Dienstleistungen. Es gilt die Annahme, dass nach Belieben aus zwei Güterbündeln gewählt werden kann. Wenn ein Bündel bevorzugt wird, obwohl das andere auch verfügbar wäre, wird dieses präferiert. Präferenzen hängen also von dem Verhalten der Konsumentinnen und Konsumenten ab. Diese Präferenzen können in indifferent, schwach oder streng bevorzugt untergliedert werden. Indifferent bedeutet, dass kein Bündel einem anderen vorgezogen wird. Eine schwache Bevorzugung liegt vor, wenn Konsumentinnen und Konsumenten ein Bündel bevorzugen oder zwischen beiden indifferent sind. Bei einer strengen Bevorzugung möchten die Konsumentinnen und Konsumenten mit Bestimmtheit das eine Bündel lieber als das andere Bündel.³

Grundlegende Annahmen von Präferenzen werden als Axiome bezeichnet. Bei dem Axiom „vollständig“ wird angenommen, dass alle beliebigen Güter miteinander verglichen werden können. Das Axiom „reflexiv“ ist trivial, da davon ausgegangen wird, dass jedes Güterbündel so gut ist, wie es selbst. Eines der Axiome wird als „transitiv“ bezeichnet. Glaubt eine Konsumentin oder ein Konsument, dass A mindestens so gut ist wie B und B mindestens so gut ist wie C, dann wird unterstellt, dass er oder sie glaubt, dass A mindestens so gut ist wie C. Es stellt also eine Annahme und keine Sicherheit über das

¹ Vgl. Janson, M., 2020, <https://de.statista.com> (Stand: 05.02.2021).

² Vgl. Meinke, U., 2020, <https://www.ikz-online.de> (Stand: 04.01.2021).

³ Vgl. Varian, H. R., 2014, S. 36.

Verhalten dar.⁴ Konsumgüter umfassen alle Güter, welche eine Konsumentin oder ein Konsument verbraucht oder gebraucht.⁵ Verbrauchsgüter werden durch den Konsum vernichtet, hierunter fallen zum Beispiel Lebensmittel.⁶ Gebrauchsgüter sind dauerhafte Konsumgüter, welche dem mehrmaligen, längerfristigen Gebrauch dienen, wie beispielsweise Kühlschränke.⁷

Die Veränderung der Präferenzen im Verlauf der Krise

In Deutschland schien die Nachfrage nach Verbrauchsgütern des Grundbedarfs seit der Corona-Krise ungebremst. In der Woche vom 16. bis 22. März 2020 stieg, wie schon in den drei Wochen davor, der Absatz auf neue Extremwerte. Die Nachfrage nach Seife war viermal und die nach Toilettenpapier dreimal so hoch, wie in den sechs Monaten zuvor.⁸ Dieser Anstieg lässt sich darauf zurückführen, dass seit der Corona-Krise die Verbrauchsgüter des Grundbedarfs streng gegenüber allen anderen Güterbündeln bevorzugt wurden. Desinfektionsmittel und Masken zählen ebenfalls zu den präferierten Güterbündeln.

Die Konsumentinnen und Konsumenten haben während der Corona-Krise ihre Präferenzen dahingehend verändert, dass Verbrauchsgüter des Grundbedarfs den Gebrauchsgütern so streng vorgezogen wurden, dass es zu einer kurzfristigen Knappheit kam. Produkte wie Mehl und Toilettenpapier waren Ende März 2020, zeitweise nicht erhältlich.⁹ Es wurde „gehamstert“, was bedeutet, dass die eigenen Vorräte über den üblichen Bedarf hinaus aufgestockt wurden. Erklären lässt sich dieses Verhalten dadurch, dass die Konsumentinnen und Konsumenten durch die Corona-Krise die Befürchtung hatten, nicht mehr wie gewohnt einkaufen gehen zu können.¹⁰ Der Absatz von Bier war in der Corona-Krise beispielsweise bisher tendenziell unterdurchschnittlich.¹¹ Dies ist ein Beispiel dafür, dass die Verbrauchsgüter des Grundbedarfs denen des Zusatzbedarfs streng vorgezogen wurden. Des Weiteren werden der Online- und der Versandhandel

⁴ Vgl. Varian, H. R., 2014, S. 35-54.

⁵ Vgl. Kirchgeorg, M.; Piekenbrock, D., <https://wirtschaftslexikon.gabler.de> (Stand: 14.03.2020).

⁶ Vgl. Voigt, K. I.; Kirchgeorg, M., 2018a, <https://wirtschaftslexikon.gabler.de> (Stand: 19.02.2020).

⁷ Vgl. Voigt, K. I.; Kirchgeorg, M., 2018b, <https://wirtschaftslexikon.gabler.de> (Stand: 19.02.2020).

⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt, (Hrsg.) 2020c, <https://www.destatis.de> (Stand: 08.12.2020).

⁹ Vgl. Brandt, M., 2020, <https://de.statista.com> (Stand: 04.01.2021).

¹⁰ Vgl. Tagesschau (Hrsg.), 2020a, <https://www.tagesschau.de> (Stand: 08.12.2020).

¹¹ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 2020c, <https://www.destatis.de> (Stand: 08.12.2020).

streng präferiert. Von April bis Juni lag der reale Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr bei 32 Prozent.¹²

Die Situation erschwerend kamen Hygiene- und Abstandsregelungen hinzu. Daher fanden wenige Konsumentinnen und Konsumenten den Weg in den non-food Handel und die Umsätze blieben weit unter denen in normalen Zeiten, trotz Wiedereröffnung der Geschäfte. Die Konsumentinnen und Konsumenten, so konnte beobachtet werden, gingen gezielter einkaufen und verweilten möglichst kurz in den Geschäften.¹³ Gebrauchsgüter wie beispielsweise Kleidung wurden nicht präferiert. Die Konsumausgaben waren sowohl im ersten, als auch später im dritten Quartal 2020 stark rückläufig. Neben dem erzwungenen Konsumverzicht durch geschlossene Läden, lag dies auch an einer veränderten Budgetgeraden, da die hohe Zahl an Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeitern weniger Budget zur Verfügung hatte als üblich. Damit verringerte sich - zumindest für einen Teil der Bevölkerung - auch die Gütermenge, die sich die Konsumentin oder der Konsument leisten kann.¹⁴

Der zweite Lockdown trat am zweiten November 2020 in Kalenderwoche 45 in Kraft. Seit diesem Zeitpunkt sank die Nachfrage nach ausgewählten Hygieneartikeln und Lebensmitteln. Die erwartete erhöhte Nachfrage fand bereits in Kalenderwoche 44 statt. In diesem Zeitraum war die Nachfrage nach diesen Verbrauchsgütern knapp doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Monate vor der Krise. Artikel wie Hefe, Mehl, Seife oder Desinfektionsmittel wurden, wie bereits in der ersten Welle, streng vorgezogen. Infolgedessen appellierte auch die Politik an die Bevölkerung, dass diese strenge Bevorzugung nicht zu Hamsterkäufen führen solle.¹⁵ In Kalenderwoche 45 und 46 fiel der Absatz unter den Vorkrisen-Durchschnitt. Die Verbraucherinnen und Verbraucher hatten sich bereits vor dem Lockdown mit Verbrauchsgütern des täglichen Bedarfs eingedeckt, was ein Unterschied zu dem Verhalten des ersten Lockdowns darstellte.¹⁶ Nach wie vor wurden Gebrauchsgüter des stationären Handels wie Kleidung nicht präferiert. Die Besucherfrequenz im deutschen Einzelhandel war in Kalenderwoche 47 im Vergleich zum Vorjahr um 24,4 Prozent gesunken.¹⁷ Die massiven Einschränkungen im Einzelhandel und der Gastronomie aufgrund des Lockdowns bekam der stationäre Handel durch

¹² Vgl. Tagesschau (Hrsg.), 2020b, <https://www.tagesschau.de> (Stand: 08.12.2020).

¹³ Vgl. Ahrens, S., 2020, <https://de.statista.com> (Stand: 08.12.2020).

¹⁴ Vgl. Varian, H. R., 2014, S. 24.

¹⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 2020b, <https://www.destatis.de> (Stand: 08.12.2020).

¹⁶ Vgl. ebd.

¹⁷ Vgl. Ahrens, S., 2020, <https://de.statista.com> (Stand: 08.12.2020).

die Verzahnung der beiden Gewerbe sehr deutlich zu spüren. Am 30. November 2020 sank bei Breuninger in Stuttgart der Umsatz um 50 Prozent.¹⁸ Eine umfassende Beurteilung der wirtschaftlichen Auswirkungen der zweiten Welle steht insgesamt noch aus.

Ein sich wiederholendes Konsumverhalten zeichnet sich in der strengen Präferenz des Onlinehandels ab. Der Drogeriemarkt hatte beispielsweise täglich etwa doppelt so viele Besucher auf seinem Onlineshop als vor der Corona-Krise.¹⁹ Streng bevorzugt wurden außerdem Onlineshops mit Möbeln oder Einrichtungsgegenständen. Demgegenüber sind Immobilienkonzerne wie Corestate Capital Holding die Verlierer der Pandemie. Während vor der Krise die Investition in Immobilien präferiert wurde, halten nun einige Haushalte ihre finanziellen Mittel zurück. So gaben 32 Prozent der Befragten ab 18 Jahren gegenüber Statista und YouGov an, dass sie ihren bereits vor der Corona-Krise geplanten Kauf einer Wohnimmobilie nun erst im Jahr 2021 umsetzen wollen.²⁰ Erklärbar ist dies durch den Wirtschaftskreislauf (ohne Ausland). Durch geringere Faktorlöhne zum Beispiel aufgrund von Kurzarbeit, werden auch die Konsumausgaben geringer. Wenn die Haushalte zusätzlich noch über die wirtschaftliche Situation verunsichert sind, erhöhen sich die Spareinlagen und die Konsumausgaben sinken noch stärker.

Ein Viertel der befragten Personen hat größere geplante Anschaffungen aufgrund des Coronavirus verschoben. Zu diesen Anschaffungen zählen Gebrauchsgüter wie Autos, Fernseher, Möbel oder Smartphones.²¹ Der Konsum dieser Güterbündel wurde allerdings nicht gestrichen oder ausgesetzt, sondern nur zeitlich verschoben. Aus diesem Grund wird diese Nachfrage zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden. Die Haushalte haben den Kauf von Gebrauchsgütern und Zusatzbedarf aufgrund der Corona-Krise in beständigere Zeiten verschoben, wenn beispielsweise der Arbeitsplatz und damit das Budget wieder sicherer sind. Der Aufholprozess der Nachfrage von Gebrauchsgütern wird aber langsamer ablaufen als der Einsturz verlaufen ist.²²

Neben einer Änderung, welche Waren bevorzugt wurden, war auch eine zeitliche Verschiebung des Konsums zu beobachten. Die Präferenzen wurden verschoben, indem viele Haushalte hamsterten und sich deutlich über ihren Bedarf eindeckten. Diesen Vor-

¹⁸ Vgl. Handelsjournal (Hrsg.), 2020, <https://handelsjournal.de> (Stand: 08.12.2020).

¹⁹ Vgl. Fritze, H., 2020, S. 12.

²⁰ Vgl. Suhr, F., 2020, <https://de.statista.com> (Stand: 04.01.2021).

²¹ Vgl. Handelsjournal (Hrsg.), 2020, <https://handelsjournal.de> (Stand: 08.12.2020).

²² Vgl. Reuters (Hrsg.), 2020, <https://www.sueddeutsche.de> (Stand: 08.12.2020).

räten müssen die Haushalte erst mächtig werden, da viele Verbraucherinnen und Verbraucher Vorräte für mehrere Wochen oder gar Jahre eingekauft haben.²³ Diesbezüglich könnte ein Ausblick auf die Zeit nach der Corona-Krise eine erneute Verschiebung der Präferenzen aufzeigen.

Die zeitliche Verschiebung des Konsums sollte durch verschiedene Bestandteile des Konjunkturpakets aufgehoben werden, beispielsweise mithilfe der Mehrwertsteuersenkung. Das Ziel: neue Anschaffungen zu fördern, damit diese zeitlich vorgezogen werden und ein Rückgang der Nachfrage nach Gebrauchsgütern aufgefangen wird. Inwiefern dieser Plan aufgegangen ist, wird im Folgenden anhand von Beispielen erläutert.

Bei größeren Anschaffungen, außer PKWs, wollen 89 Prozent der Haushalte ihre Pläne nicht ändern. Lediglich vier Prozent planen aufgrund der Mehrwertsteuersenkung neue Anschaffungen. Bei einer Differenz von sieben Prozent ist die wirtschaftliche Wirksamkeit dieser Maßnahme fraglich. Ein weiteres Phänomen ist das „Zwangssparen“. Einige Haushalte haben keine Einkommenseinbußen und zusätzlich weniger Möglichkeiten zum Konsum, was dazu führt, dass sich die Nachfrage nicht verstärken kann.²⁴

Die Corona-Krise hat den Menschen mehr Zeit im Alltag verschafft. Beispielsweise durch die entfallene Fahrt zur Arbeit oder die Einschränkungen im Freizeitsport. Viele Menschen haben diese Gelegenheiten genutzt, um ihr Verhalten zu reflektieren. Primär wurden dadurch Trends im Kundenverhalten verstärkt oder ausgelöst. Werden diese Trends näher beleuchtet, ist bereits länger erkennbar, dass Streamingdienste, regionale Produkte und der E-Commerce verstärkt nachgefragt werden. Personen, welche ihren Konsum einschränken wollen, nehmen die Corona-Krise als Chance dafür wahr. Andere Haushalte nehmen eine gegenteilige Position ein und verstärken ihren Konsum beispielsweise von Streaming-Diensten.²⁵ Nach Ansicht der Kritikerinnen und Kritiker sehe man jetzt, was passiert, wenn man das Ganze zum Halten bringe.²⁶ Damit werden die wirtschaftlichen Folgen der Volkswirtschaft in den Fokus gerückt.

Durch die zweite Welle treten bei den Konsumentinnen und Konsumenten zudem langfristige Gewöhnungseffekte auf, zum Beispiel die Gewöhnung an die Nutzung des Online-Handels. Werden positive Erfahrungen mit anderen oder neuen Produkten gemacht,

²³ Vgl. Liebrich, S., 2020, <https://www.sueddeutsche.de> (Stand: 08.12.2020).

²⁴ Vgl. Nielsen Consum Panel, 2020, <https://haushaltskrisenbarometer.de> (Stand: 08.12.2020).

²⁵ So konnte Netflix im 4. Quartal 2020 8,5 Millionen neue zahlende Kunden gewinnen. Vgl. Brandt, M., 2021, <https://de.statista.com> (Stand 26.02.2021).

²⁶ Vgl. Hohnsträter, D.; Reinhardt, A., 2020, <https://www.deutschlandfunk.de> (Stand 08.12.2020).

sind die Konsumentinnen und Konsumenten bereit, mehr auszuprobieren und es kann ein nachhaltiger Effekt entstehen. Aktuelle Studien bestätigen, dass diese Trends langfristig erhalten bleiben.²⁷ Ein Effekt, der sich nachhaltig feststellen lässt, ist, dass die Markentreue sinkt, sofern die Qualität trotzdem zufriedenstellend ist. Dies lässt sich zurückführen auf einen bewussteren Einkaufsprozess. Es wird überlegt, wo, wie viel und wofür Geld ausgegeben wird. Ein gegenteiliger Prozess lässt sich bei der Bereitschaft, mehr Geld für regionale Produkte auszugeben, feststellen.²⁸ Schließlich kam es zu einem Anstieg der Nachfrage nach regionalen Produkten. Zurückzuführen ist dieses Verhalten auf die durch die Corona-Krise aufgezeigten Nachteile der Globalisierung und den daraus resultierenden Vorteilen der Regionalität.²⁹ Manche Wochenmärkte verzeichneten gar eine „Renaissance“.³⁰ Die Käuferinnen und Käufer gingen zum einen aufgrund der regionalen Produkte zum Wochenmarkt, zum anderen erschien vielen Menschen die Ansteckungsgefahr unter freiem Himmel geringer.

Während des Lockdowns ist die Nachfrage nach Regionalität gestiegen, jedoch ist diese Nachfrage bereits einige Wochen nach dem ersten Lockdown wieder abgeflacht. 60 Prozent der Befragten wollen ihr durch Corona verändertes Konsumverhalten auch zukünftig beibehalten. Dies hängt jedoch davon ab, wie einfach oder schwer es sein wird, dieses Verhalten ohne großen Zeitaufwand in den Alltag zu integrieren. Schätzungen zufolge werden von den 60 Prozent, die ihr Verhalten nachhaltig verändern wollen, ungefähr 25 bis 30 Prozent dies tatsächlich umsetzen.³¹ Das betrifft auch den bereits erläuterten Trend zu vermehrten Online-Einkäufen. Wichtig ist vielen Konsumentinnen und Konsumenten meist nur die Qualität des Services.³²

Gegen die Theorie der nachhaltigen Veränderung des Konsumverhaltens spricht jedoch, dass die Corona-Krise nur ein vorübergehendes Zeitfenster ist, in dem grundsätzlich Interaktionen vermieden werden. Trends resultieren mehr aus dem Zwang als aus dem rationalen Bedarf. Hervorgehoben wird, dass es sich um die Präferenzen von realen Menschen handelt und dies bei der Frage nach der nachhaltigen Veränderung beachtet werden muss. In der klassischen Volkswirtschaft gibt es die Theorie des „homo oeconomicus“. Dieses Modell besagt, dass das menschliche Verhalten rein rational zu erklären

²⁷ Vgl. Hohnsträter, D.; Reinhardt, A., 2020, <https://www.deutschlandfunk.de> (Stand: 08.12.2020).

²⁸ Vgl. Rainsberger, L., 2020, <https://www.springerprofessional.de> (Stand: 08.12.2020).

²⁹ Vgl. ebd.

³⁰ Vgl. Kraft, R. J., 2020, <https://bnn.de> (Stand: 08.12.2020).

³¹ Vgl. Bayerischer Rundfunk (Hrsg.), 2020, <https://www.ardmediathek.de> (Stand: 08.12.2020).

³² Vgl. Rainsberger, L., 2020, <https://www.springerprofessional.de> (Stand: 08.12.2020).

ist, mit dem Ziel, den Nutzen zu maximieren. Ein Mensch kauft also nur das, wovon er sich den größten Nutzen verspricht. Ein möglicher emotionaler Nutzen ist in diesem Modell zwar nicht ausgeschlossen, wird aber in der Regel vernachlässigt. Unter Berücksichtigung der gegebenen Beschränkungen entscheidet sich der homo oeconomicus immer für die beste Handlungsalternative.³³ Also kein Kauf einer zweiten Winterjacke aufgrund modischer Aspekte, wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von zu Hause arbeiten und niemand diese neue Jacke sehen kann.³⁴

Die Verhaltensökonominnen Richard H. Thaler und Cass Sunstein haben „eine Brücke gebaut zwischen der wirtschaftlichen und psychologischen Analyse menschlicher Entscheidungen“.³⁵ Mithilfe der Erkenntnis, dass der Mensch nicht nur rational, sondern auch emotional, vergesslich, verwirrt oder impulsiv ist, kann das Verhalten der Konsumentinnen und Konsumenten durch gezielte Anreize, auch „Nudges“ genannt, unterstützt, jedoch nicht manipuliert werden.³⁶ Ein Beispiel hierfür wäre, dass jede Konsumentin und jeder Konsument weiß wie schädlich Süßigkeiten sind diese aber dennoch konsumiert. Mit einem gezielten Anreiz, beispielsweise einer besseren Positionierung des Obstes an Stelle von Süßigkeiten im Supermarkt, könnte ein besseres Verhalten gefördert werden. Zudem ist der Mensch vergesslich. Informationen, die nicht mehr aktuell sind, werden ausgesondert.³⁷ Um eine nachhaltige Veränderung zu erzielen, muss es den Konsumentinnen und Konsumenten leicht gemacht werden die Veränderungen der Präferenzen, wie Regionalität oder das verstärkte Online-Shopping, beizubehalten. Unterstützt wird dies beispielsweise durch mediale Präsenz beim Online-Shopping oder gut erkennbare Siegel bei der Regionalität. Stationäres Einkaufen mit verringerter Kauffrequenz wurde beispielsweise von vielen jungen Familien beibehalten und es lässt sich hierbei bereits ein nachhaltiger Trend feststellen.³⁸

Fazit

Die Corona-Krise hat zu einer Veränderung der Präferenzen von Konsumentinnen und Konsumenten geführt. Verbrauchsgüter des Grundbedarfs wurden streng gegenüber

³³ Vgl. Mankiw, N. G.; Taylor, M. P., 2018, S. 371.

³⁴ So berichten die Medien, dass in der Modebranche auch aufgrund des Siegeszugs des Homeoffice ein Umdenken stattfindet. Vgl. Beck, A.-C., 2020, www.tagesschau.de (Stand: 08.12.2020).

³⁵ Bidder, B., 2017, <https://www.spiegel.de> (Stand: 01.12.2020).

³⁶ Vgl. ebd.

³⁷ Vgl. Schloffer, H., 2010, S. 49.

³⁸ Vgl. Dpa-infocom (Hrsg.), 2020, <https://www.zeit.de> (Stand: 30.11.2020).

Verbrauchsgütern des Zusatzbedarfs und Gebrauchsgütern präferiert. Diese starke Präferenz hat bei anderen Güterbündeln zu erheblichen Umsatzeinbußen und zu einer kurzfristigen Knappheit der streng bevorzugten Güter geführt. Zudem sollte in Betracht gezogen werden, dass diese Veränderung in vielen Fällen nur von kurzzeitiger Dauer war. Die Corona-Krise hat zwar zu einer Veränderung der Präferenzen von Konsumentinnen und Konsumenten geführt, jedoch werden sich einige dieser Veränderungen nach der Krise wieder zum vorherigen Stand zurückentwickeln, was mithilfe von Nudges jedoch begrenzt werden kann. Sobald die wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation wieder stabiler ist, werden einige der Konsumentinnen und Konsumenten einen Aufholbedarf ihres Konsums haben. Von diesem Nachfrageanstieg können sowohl Verbrauchsgüter des Zusatzbedarfs, als auch Gebrauchsgüter profitieren.³⁹

Darüber hinaus ist eine Verstärkung von bestehenden Trends und eine Veränderung des Konsumverhaltens erkennbar. Ein Teil dieser Veränderung des Verhaltens und Verstärkung von Trends wird auch zukünftig erhalten bleiben, zum Beispiel die strenge Bevorzugung regionaler Produkte. Sich beispielsweise mit neuen Vertriebsmodellen langfristig danach auszurichten wird zukünftig für Unternehmen erfolgskritisch sein. Vor allem im Bereich des Onlinehandels sind neue Ideen gefragt, die über den klassischen Onlinehandel hinausgehen, um den Kundinnen und Kunden auch digital ein Einkaufserlebnis zu schaffen. Daher ist es erforderlich, über die demographischen Merkmale hinaus die Wünsche und das Verhalten der Haushalte zu analysieren.

³⁹ Wie groß das Nachholbedürfnis tatsächlich ist, wird sich erst zeigen, wenn die Beschränkungen gänzlich aufgehoben sein werden. In den USA kam es im Sommer 2020 zu einem signifikanten Anstieg des Absatzes von Premium-Eis. Die Konsumentinnen und Konsumenten hatten finanziell wenig Spielraum, wollten aber hochwertige Produkte konsumieren. Eis schien dafür das ideale Produkt. Verbraucherinnen und Verbraucher gönnten sich die „High-End-Variante“ und konnten sich gleichzeitig im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten bewegen. Vgl. Velten, A.-K., 2020, www.absatzwirtschaft.de (Stand: 30.11.2020). Zu bedenken ist aber, dass es viele Produkte, vor allem Dienstleistungen gibt, deren Konsum nicht oder nur wenig nachgeholt werden kann. Zu diesen Bereichen zählen beispielsweise die schwer von der Krise betroffenen Frisöre, Restaurants (die Abstandsregeln zu beachten haben), die Eventbranche oder Touristik.

Literaturverzeichnis

Ahrens, S. (2020): Besucherfrequenz im Einzelhandel ggü. dem Vorjahr bis 2020, Statista, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/291581/umfrage/besucherfrequenz-im-einzelhandel-in-deutschland-ggü-dem-vorjahr> (Stand: 08.12.2020).

Bayerischer Rundfunk, Landwirtschaft und Umwelt, Sendung Unser Land (Hrsg.) (2020): Einkaufsverhalten in der Corona-Zeit, <https://www.ardmediathek.de/br/video/unser-land/einkaufsverhalten-in-der-corona-zeit/br-fernsehen/Y3JpZDovL2JyLmRIL3ZpZGVvL2Q0MzEwY2Y4LTViZDYtNGE2ZS05YTAwLTJhZDc2NDNkMmFkNw> (Stand: 30.11.2020).

Beck, A.-C. (2020): Jogginghose statt Anzug. Wie Corona die Modewelt verändert, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/boerse/corona-mode-101.html> (Stand: 08.12.2020).

Bidder, B. (2017): Wirtschafts-Nobelpreisträger Thaler: Die Ökonomie des inneren Schweinehunds, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/richard-h-thaler-das-ist-der-nobelpreistraeger-fuer-wirtschaft-a-1172092.html> (Stand: 01.12.2020).

Brandt, M. (2020): Toilettenpapier-Nachfrage mehr als drei Mal so hoch. Statista, <https://de.statista.com/infografik/21247/absatz-veraenderung-im-einzelhandel-durch-die-corona-krise/> (Stand: 04.01.2021).

Brandt, M. (2021): Netflix knackt die 200-Millionen-Marke. Statista, <https://de.statista.com/infografik/2951/anzahl-der-streaming-abonnenten-von-netflix-weltweit/> (Stand: 26.02.2021).

Dpa-infocom (Hrsg.) (2020): Studie: Corona-Krise verändert die Einkaufsgewohnheiten, in: Die Zeit, <https://www.zeit.de/news/2020-11/09/corona-krise-veraendert-die-einkaufsgewohnheiten> (Stand: 30.11.2020).

Fritze, H. (2020): DM sorgt sich um die Innenstädte, in: Heilbronner Stimme, 13.11.2020.

Handelsjournal (Hrsg.) (2020): Wie die Coronakrise das Kaufverhalten verändert, <https://handelsjournal.de/dossiers/corona/maerz/wie-die-coronakrise-das-kaufverhalten-veraendert.html> (Stand: 08.12.2020).

Handelsverband Deutschland (Hrsg.) (2020): Coronakrise: Nur wenige Kunden finden den Weg in den Handel, <https://einzelhandel.de/presse/aktuellemeldungen/12712coronakrise-nur-wenige-kunden-finden-den-weg-in-den-handel>, (Stand: 01.12.2020).

Hohnsträter, D.; Reinhardt, A. (2020): Verzicht oder Bedürfniserfüllung - Coronakrise verstärkt Konsumtrends, https://www.deutschlandfunk.de/verzicht-oder-beduerfniserfuellung-coronakrise-verstaerkt.691.de.html?dram:article_id=478589, (Stand: 08.12.2020).

Janson, M. (2020): Bei Obst und Gemüse braucht Deutschland Importe, Statista, <https://de.statista.com/infografik/21172/selbstversorgungsgrad-bei-agrarprodukten-in-deutschland/> (Stand: 05.02.2021).

Kirchgeorg, M.; Piekenbrock, D. (2018): Definition: Konsumgüter, <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/konsumgueter-37920/version-261349>, (Stand: 08.12.2020).

Kraft, R. J. (2020): Rastatter Wochenmarkt erlebt in Corona-Krise einen Boom, <https://bnn.de/mittelbaden/rastatt/rastatter-wochenmarkt-erlebt-in-corona-krise-einen-boom> (Stand: 08.12.2020).

Liebrich, S. (2020): Heute gehortet, morgen verschimmelt, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/hamsterkaeufe-heute-gehortet-morgen-verschimmelt-1.4865897>, (Stand: 08.12.2020).

Mankiw, N. G.; Taylor, M. P. (2018): Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 7., überarb. Aufl., Stuttgart.

Meinke, U. (2020): Corona-Virus: Bei Obst und Gemüse könnten Engpässe drohen, <https://www.ikz-online.de/wirtschaft/coronavirus-experten-warnen-vor-engpass-bei-obst-und-gemuese-id228817233.html> (Stand: 04.01.2021).

Nielsen Consum Panel (2020): Auswertung der Fragen zum Konjunkturpaket, Auswertung vom 05. Juli 2020, <https://haushaltskrisenbarometer.de/auswertung-05-07-2020/>, (Stand: 08.12.2020).

- Rainsberger, L. (2020):** Wie die Pandemie das Kaufverhalten nachhaltig verändert, <https://www.springerprofessional.de/corona-krise/vertriebsstrategie/wie-die-pandemie-kundenbeduerfnisse-und-kaufverhaltcen-nachhaltig/18606742>, (Stand: 01.12.2020).
- Reuters (Hrsg.) (2020):** 2021 wieder Wachstum, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ifw-prognose-2021-wieder-wachstum-1.4912472>, (Stand: 08.12.2020).
- Schloffer, H. (Hrsg.) (2010):** Gedächtnistraining. Theoretische und praktische Grundlagen mit 5 Tabellen. Heidelberg.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2020a):** Statement zur Pressekonferenz „Wirtschaftliche Auswirkungen der Corona-Pandemie“ am 15. Mai 2020 in Berlin, Statement, (Stand: 08.12.2020).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2020b):** Corona-Krise: Experimentelle Daten zeigen aktuelles Kaufverhalten, Pressemitteilung Nr. 460 vom 19. November 2020, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/11/PD20_460_61.html, (Stand: 08.12.2020).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2020c):** Corona-Krise: Experimentelle Daten zeigen Kaufverhalten im Einzelhandel, Pressemitteilung Nr. 112 vom 25. März 2020, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/03/PD20_112_61.html, (Stand: 08.12.2020).
- Suhr, F. (2020):** Immobilien-Kaufinteressierte warten erstmal ab. Statista, <https://de.statista.com/infografik/23000/umfrage-zu-hauskauf-und-wohnung-skauf-in-zeiten-von-corona/> (Stand: 04.01.2021).
- Tagesschau (Hrsg.) (2020a):** Hamsterkäufe wegen Corona-Pandemie. Mit Klopapier durch die Krise, <https://www.tagesschau.de/inland/hamsterkaeufe-corona-101.html> (Stand: 08.12.2020).
- Tagesschau (Hrsg.) (2020b):** Statistisches Bundesamt: Online-Handel ist klarer Krisengewinner, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/online-handel-109.html> (Stand: 08.12.2020).
- Varian, H. R. (2014):** Grundzüge der Mikroökonomik. 9. aktual. Aufl., Oldenbourg

Velten, A.-K. (2020): Konsum nach Corona: drei Muster in der neuen Normalität, <https://www.absatzwirtschaft.de/konsum-nach-corona-drei-muster-in-der-neuen-normalitaet-171799/> (Stand: 05.02.2021).

Voigt, K. I.; Kirchgeorg, M. (2018a): Definition: Verbrauchsgüter, <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/verbrauchsgueter-49202/version-272442> (Stand: 08.12.2020).

Voigt, K. I.; Kirchgeorg, M. (2018b): Definition: Gebrauchsgüter, <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/gebrauchsgueter-35637> (Stand: 08.12.2020).

Chancen der Elektro-Antriebstechnik im Rahmen der wirtschaftspolitischen Ziele Deutschlands nach der Corona-Krise

von

Lukas Burk

Einleitung

Durch das Corona-Virus treten nicht nur negative Effekte auf. In Venedig sind die Kanäle wieder klar, in China ist der Smog über den Städten weitgehend verschwunden und an vielen Stränden kehren die Delfine wieder zurück.¹ Möglicherweise findet durch solche Schlagzeilen ein Umdenken in der Gesellschaft statt, bei der sich die Bevölkerung entscheidet, ein größeres Augenmerk auf Nachhaltigkeit und Umweltschutz zu legen. Die Deutschen lieben bekanntermaßen ihre Autos. Der Verkehr ist jährlich für 20 Prozent der gesamten CO₂-Emissionen Deutschlands verantwortlich.² Um diesen Wert zu reduzieren gibt es verschiedene Ansätze, wie beispielsweise die Elektromobilität. Welche Chancen ergeben sich durch die Elektroantriebstechnik in Deutschland nach der Corona-Krise?

Die Elektroantriebstechnik wird in der Automobilindustrie verwendet, um Fahrzeuge durch Energie aus dem Stromnetz zu betreiben. Hierbei ist es unerheblich, ob die Fahrzeuge ausschließlich batterie-elektrisch betriebene Fahrzeuge oder Hybridfahrzeuge darstellen.³ Das Hybridfahrzeug stellt dabei eine Kombination zwischen konventioneller Antriebstechnik und Elektroantrieb dar. Diese Autos verfügen neben einem Verbrennungsmotor auch über einen elektrischen Antrieb. Damit könnte das Hybridfahrzeug eine vielversprechende kurz- bis mittelfristige Lösung auf dem Weg zur vollständigen Elektrifizierung des Antriebsstranges darstellen.⁴ Je nach Fahrsituation befinden sich entweder eine oder beide Antriebstechnologien im Einsatz. So wird beim Anfahren oder im Stadtverkehr verstärkt der Elektroantrieb des Fahrzeugs genutzt, denn in diesen Situationen ist der Wirkungsgrad des Verbrennungsmotors klein. Bei hohen Geschwindigkeiten hingegen benutzt das Auto den Verbrennungsmotor.

Die wirtschaftspolitischen Ziele der Bundesregierung sind im sogenannten Magischen Viereck auf Grundlage des 1967 in Kraft getretenen Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft festgeschrieben.⁵ Dieses magische Viereck ist aber nicht mehr zeitgemäß, denn soziale und ökologische Kriterien werden darin nicht berücksichtigt. Der soziale Ausgleich wird durch eine gerechte Einkommens- und Ver-

¹ Vgl. Kriebernig, C., 2020, <https://www.stuttgarter-zeitung.de> (Stand: 17.12.2020).

² Vgl. Pompl, M., 2019, <https://www.br.de> (Stand: 02.06.2020).

³ Vgl. BMU (Hrsg.), 2020, <https://www.bmu.de> (Stand: 02.06.2020).

⁴ Vgl. Pötscher, F. u. a., 2014, <https://www.umweltbundesamt.at>, S. 50.

⁵ Die wirtschaftspolitischen Ziele Deutschlands sind dabei: Vollbeschäftigung, Preisstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und ein angemessenes Wirtschaftswachstum erreichen.

mögensverteilung und der ökologische Aspekt durch den Erhalt einer natürlichen Lebensgrundlage verkörpert. Letzterer Punkt ist insbesondere hervorzuheben in Bezug auf den Schutz von Natur und Umwelt, um qualitatives Wachstum zu sichern. Wachstum um jeden Preis wird die Erde und dessen Ökosysteme zwangsläufig irgendwann an ihre Grenzen bringen, da die Ressourcen der Erde endlich sind. Nachhaltiges Wachstum ist wichtig zur Beseitigung von Armut, ein Leben in Freiheit, Demokratie und Würde. Die Umwelt und die Natur gelten als das Fundament des sozialen Zusammenhalts. Deshalb ist der Erhalt einer lebenswerten Umwelt für heutige und zukünftige Generationen im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert.⁶ Zur Sicherung dieses Ziels kann die Elektroantriebstechnik in der modernen Mobilität beitragen.

Chancen und Herausforderungen der Elektroantriebstechnik nach der Corona-Krise

In Deutschland waren zum 1. Januar 2021 insgesamt 309.083 Elektroautos angemeldet. Dies entsprach einem Wachstum von ungefähr 126 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.⁷ Im November 2020 wurden erstmals Autos mit Hybridantrieb in Deutschland stärker nachgefragt als Diesel-Pkw. Gegenüber November 2019 bedeutet das einen Anstieg der Zulassungen um rund 189 Prozent. Bei reinen Elektroautos fiel der Anstieg noch größer aus: hier stiegen die Zulassungen um rund 523 Prozent.⁸

Die Automobilindustrie ist eine Schlüsselbranche in Deutschland, aber auch sie leidet unter den Auswirkungen von Corona. Um weiterhin Arbeitsplätze und die zugehörigen Unternehmen zu sichern, hat der Koalitionsausschuss am 3. Juli 2020 im Rahmen des Konjunkturpaketes eine Erhöhung der staatlichen Kaufprämie für Elektroautos beschlossen. Das Ziel dieser staatlichen Subvention ist eine erhöhte Nachfrage nach Elektrofahrzeugen und eine Begünstigung des Wirtschaftswachstums der deutschen Volkswirtschaft. Diese Maßnahme ist befristet bis zum 31.12.2021 und betrifft reine Elektroautos, Plug-in-Hybride⁹ und Brennstoffzellenautos, sowie entsprechende Gebrauchtwagenfahrzeuge. Je nach Fahrzeugtyp können unterschiedlich hohe Fördergelder beantragt werden. So können beispielsweise Erwerbende von Elektroautos bis zu

⁶ Vgl. BMU (Hrsg.), 2019, <https://www.bmu.de> (Stand: 02.12.2020).

⁷ Vgl. Kords, M., 2021, <https://de.statista.com> (Stand: 07.04.2021).

⁸ Vgl. Janson, M., 2021, <https://de.statista.com> (Stand: 07.01.2021).

⁹ Ein Plug-in Hybrid ist eine Kombination aus einem Vollhybrid und einem Elektroauto. Das Wort „Plug-in“ steht dabei für das Einstecken eines Ladekabels in eine separate Steckdose. Meist haben solche Plug-in Hybrid Electric Vehicles (PHEVs) einen größeren Akkumulator als ein reiner Hybrid.

einem Nettolistenpreis von 40.000 Euro mit 9.000 Euro Förderung rechnen. Neben den staatlichen Subventionen gibt es noch weitere Aspekte mit positiven Auswirkungen für die Elektroantriebstechnologie. Auch die auf EU-Recht basierende CO₂-Regulierung wurde für das Jahr 2021 deutlich verschärft. Dies bedeutet, dass neu zugelassene Fahrzeuge einen bestimmten CO₂-Grenzwert einhalten müssen, ansonsten drohen den Herstellern Strafen.¹⁰ Diese Grenzwerte sind mit dem herkömmlichen Verbrennungsmotor kaum zu erreichen, dadurch wird der Elektromotor in den Fokus gerückt.¹¹

Die Bundesregierung plant allein in Deutschland bis 2030 mit einem Anstieg der Elektrofahrzeuge auf sieben bis zehn Millionen Fahrzeuge.¹² Die Chancen auf Erhaltung und Ausbau der Arbeitsplätze in der Elektromobilität sieht die Bundesregierung dabei in neuen vor- und nachgelagerten Wertschöpfungsketten, wie beispielsweise der Zell- und Batterien-Herstellung,¹³ der Entwicklung neuer Produktionsabläufe, IT-Dienstleistungen, der Produktion von Elektromotoren und der Energieversorgung des Stromnetzes.¹⁴ Es ist notwendig, die beruflichen Veränderungen durch den Staat zu fördern, damit betroffene Mitarbeiter*innen, wie beispielsweise Kraftfahrzeugmechaniker*innen nicht auf dem Arbeitsmarkt abgehängt werden.

Eine Befragung des IfD Allensbach im Jahr 2020 ergab, dass die Gründe für eine Zurückhaltung beim Kauf eines Autos mit Elektro-Antriebstechnologie, mit 72 Prozent Zustimmung der Befragten, zunächst bei den hohen Anschaffungskosten liegen.¹⁵ Auch wenn die Anschaffungskosten eines Fahrzeuges mit Elektroantriebstechnologie generell noch höher sind als die eines Verbrenners, gibt es hierbei positive Entwicklungen. Sinkende Anschaffungskosten für Elektrofahrzeuge in Verbindung mit staatlichen Subventionen ermöglichen auch Normalverdienern den Zugang zur Elektromobilität. Einige Fahrzeuge sind bereits unter 20.000 Euro erhältlich.

Des Weiteren werden zusammen mit fehlenden Ladestationen, sowie einer zu langen Ladedauer besonders häufig die Gründe einer nicht ausreichenden Infrastruktur genannt. Außerdem ist die geringe Reichweite der Elektrofahrzeuge in Verbindung mit

¹⁰ Vgl. VDAa (Hrsg.), o. J., <https://www.vda.de> (Stand: 17.12.2020).

¹¹ Vgl. VDAb (Hrsg.), o. J., <https://www.vda.de> (Stand: 17.12.2020).

¹² Vgl. ebd.

¹³ Vgl. BMWi u. a. (Hrsg.), 2011, <https://www.bmbf.de> (Stand: 15.12.2020).

¹⁴ Vgl. BMU (Hrsg.), 2020, <https://www.bmu.de> (Stand: 17.12.2020).

¹⁵ Vgl. Köcher, R., 2020, S. 10-12.

Zweifeln, ob die Technologie überhaupt ausgereift ist, ein hemmender Faktor. Die Skepsis der Konsument*innen bezüglich der tatsächlichen Umweltverträglichkeit und Fairness im Herstellungsprozess der E-Autos ist ebenfalls ein Grund für die Zurückhaltung beim Kauf.¹⁶ Bei E-Motoren stellt sich die Frage, wie „grün“ diese tatsächlich sind. Wird der gesamte Lebenszyklus eines Elektroautos betrachtet, ist ersichtlich, dass die Herstellung eines leistungsstarken Akkus, große Mengen an CO₂ freisetzt. Außerdem gilt es zu berücksichtigen, mit welchem Strom-Mix das Vehikel betrieben wird. Die Elektroantriebstechnik ist lediglich so umweltfreundlich wie der Strom, mit dem diese betrieben wird. Eine Kopplung an die Energiewende ist daher unerlässlich, wenn es um den Umwelt- und Klimaschutz geht. Ein großer Teil der Kosten des Klimawandels liegt in der Umstellung auf erneuerbare Energien und effizientere Energieerzeugung.¹⁷ Klar ist: An den Kosten der Energiewende müssen sich alle entsprechend ihrer Einkommens- und Vermögenssituation beteiligen. Durch Steuerrückflüsse von Automobilherstellern könnte zumindest ein Teil der Kosten für die Umstellung auf erneuerbare Energien gedeckt werden. Weitere Kosten entstehen beispielsweise durch die Zunahme von Wetterextremen und deren Folgen. Dies wird in diesem Beitrag nicht weiter ausgeführt.

Ebenfalls ist zu beachten, woher die Rohstoffe für die Produktion der Batterien stammen und unter welchen Arbeitsbedingungen diese abgebaut wurden.¹⁸ Das Umdenken in der Gesellschaft zum Thema Klimaschutz findet bereits statt. Eine Studie des Umweltbundesamtes ergab, dass im Jahr 2016 die Hälfte aller Befragten angaben, dass Umwelt- und Klimaschutz eine wichtige Herausforderung sei. Im Jahr 2019 bekannten sich rund 68 Prozent aller Befragten zum Umwelt- und Klimaschutz.¹⁹ Dieses Umdenken kommt dem Ziel zur Erhaltung einer lebenswerten Umwelt zugute, denn die elektrisch betriebenen Fahrzeuge emittieren kaum CO₂, Geräusche oder sonstige Abgabe während der Fahrt. Dadurch, dass der Elektromotor keine lokalen CO₂-Emissionen ausstößt, gilt dieser als umweltfreundlich. Besonders positiv wirken sich die Geräuschlosigkeit und Emissionsfreiheit der Elektromotoren in größeren Städten und an viel befahrenen Straßen aus.²⁰ Zusätzlich trägt die Elektroantriebstechnik maßgeblich zur Senkung der Feinstaubwerte durch verringerten Abrieb beim Bremsen bei.

¹⁶ Vgl. Köcher, R., 2020, S. 10-12.

¹⁷ Vgl. Venjakob, M.; Mersmann, F. 2013, <https://www.bpb.de> (Stand: 17.12.2020).

¹⁸ Vgl. Reuter, B.; Hendrich, A., 2020, S. 54-57.

¹⁹ Vgl. UMA (Hrsg.), 2020, <https://www.umweltbundesamt.de> (Stand: 15.12.2020).

²⁰ Vgl. Sammer, G.; Stark, J.; Link, C., 2011, S. 22-27.

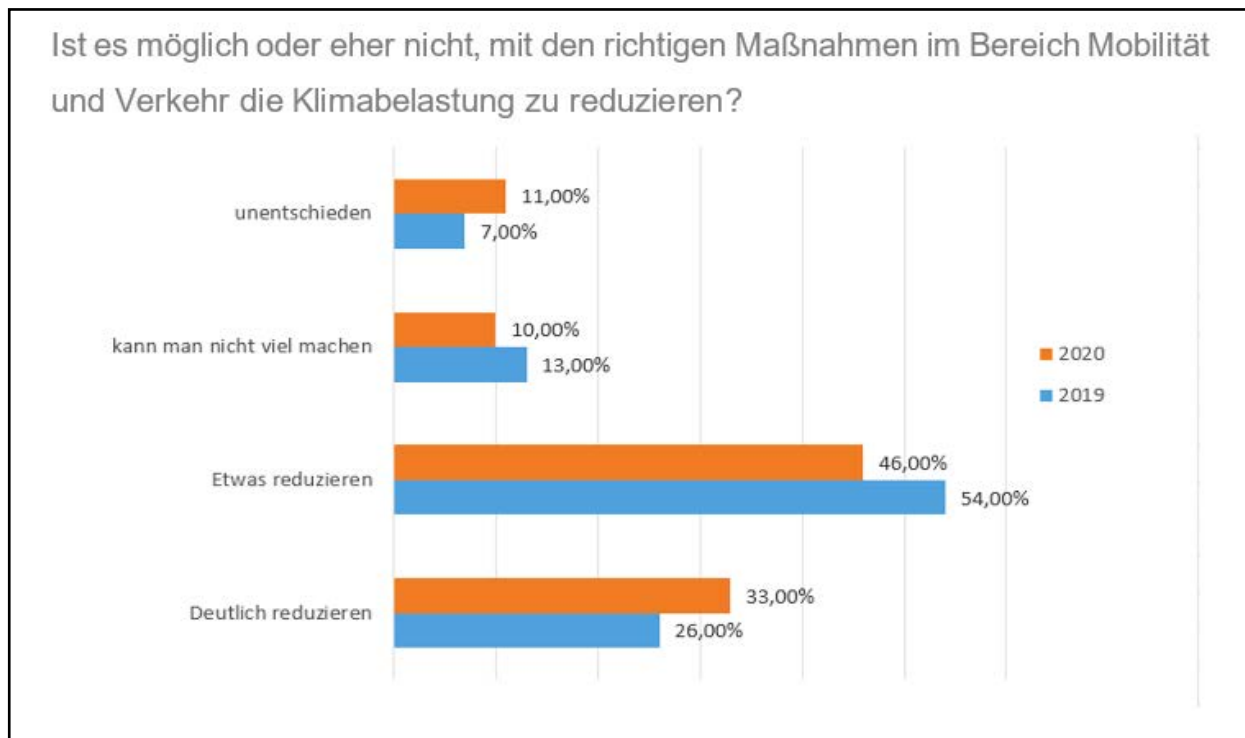


Abbildung 1: Umfrage zur Wirkung von klimaschonenden Maßnahmen in der Mobilität und im Verkehr²¹

In der Abbildung ist die repräsentative Meinung der deutschen Bevölkerung ab 16 Jahre abgebildet, ob es möglich sei, durch umweltschonende Maßnahmen in der Mobilität und im Verkehr die Klimabelastung zu verringern. Erhoben wurden diese Angaben jeweils für die Jahre 2019 und 2020. Gut ersichtlich ist, dass sich im Jahr 2020 die Einstellung der deutschen Bevölkerung zu umweltschonenden Maßnahmen in der Mobilität und im Verkehr verändert hat. Im Vergleich zur Vorjahresbefragung gab es im Jahr 2020 eine Verschiebung von sieben Prozent von der Merkmalsausprägung „etwas reduzieren“ hin zur Merkmalsausprägung „deutlich reduzieren“. Auch war der prozentuale Anteil von Mitbürger*innen mit skeptischer Meinung zur Wirksamkeit klimaschonender Maßnahmen geringer als im Vorjahr. Die Merkmalsausprägung „kann man nicht viel machen“ war um drei Prozent rückläufig. Diese Statistik verdeutlicht, dass ein Umdenken der Bevölkerung hinsichtlich der Mobilität im Land stattfindet. Ob diese Ergebnisse lediglich auf die Corona-Krise zurückzuführen sind, oder ob es noch weitere Faktoren zu berücksichtigen gilt, ist kritisch zu hinterfragen.

²¹ In Anlehnung an: acatech (Hrsg.), 2020, <https://www.acatech.de> (Stand 22.12.2020).

In der aktuell sehr kritischen Corona-Phase aufgrund hoher Infektionszahlen ist es wichtig umweltverträgliche Alternativen zum öffentlichen Nahverkehr zu schaffen. Die Fahrgastzahlen sind rückläufig, dennoch ist Mobilität für die Menschen weiterhin wichtig.²² Es gilt also, Anreize zu schaffen, damit diese Mobilität nicht durch herkömmliche Verbrennungsmotoren und umweltschädliche Alternativen bedient wird. Die Umfrage des IfD Allensbach im Oktober 2020 ergab zusätzlich zu den oben aufgeführten Punkten, dass 59 Prozent aller Befragten den Umweltschutz auch in Zeiten einer Pandemie als wichtig erachten.²³ Es ist daher eine zentrale Aufgabe der Politik eine Vereinbarkeit von Umwelt- und Klimaschutz und qualitativem Wirtschaftswachstum zu schaffen. Die Chancen der Elektromobilität in Anbetracht der Corona-Krise in Deutschland sehen daher vielversprechend aus, auch wenn es viele Aspekte zu berücksichtigen gibt.

Fazit

Zur Beurteilung der Chancen der Elektroantriebstechnologie in Deutschland nach der Corona-Krise ist es wichtig viele Aspekte zu beachten. Die Elektroantriebstechnik ist in vielen Punkten vorteilhaft gegenüber den herkömmlichen Antriebstechnologien. Aufgrund dessen wird sich die Elektromobilität in Zukunft als Bestandteil einer zeitgemäßen, umweltfreundlichen Mobilität in Deutschland voraussichtlich etablieren. Wichtig ist es, einen angemessenen politischen und regulatorischen Rahmen zu schaffen.

Die Ergebnisse einer Umfrage des IfD Allensbach zeigen, dass die deutsche Bevölkerung aufgeschlossen ist gegenüber der Elektromobilität. Es ist an der Zeit, jetzt die Infrastruktur für Ladestationen auszubauen und insbesondere den Bau neuer Ladestationen auf öffentlichen Firmengeländen, wie etwa dem örtlichen Supermarkt massiv zu subventionieren. Zu beachten ist hierbei, dass die Elektromotoren nur dann umweltfreundlich sind, wenn sie auch mit umweltfreundlichem Strom betrieben werden. Es ist notwendig, die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien fest mit der Elektroantriebstechnik zu koppeln und den gesamten Lebenszyklus der Elektromotoren hinsichtlich ihrer Umweltverträglichkeit zu beurteilen.

Kritisch zu sehen ist ebenfalls der Abbau knapper Ressourcen zur Produktion der Batterien und die damit verbunden schlechten Arbeitsbedingungen. Verhindert werden können und müssen diese durch schärfere Kontrollen der Lieferketten durch beteiligte

²² Vgl. Dpa (Hrsg.), 2020, <https://www.augsburger-allgemeine.de> (Stand: 10.12.2020).

²³ Vgl. Köcher, R., 2020, S. 10-12.

Unternehmen und staatliche Institutionen. Um eine natürliche Lebensgrundlage zu erhalten, benötigt es Alternativen zu den bisherigen Angeboten der Mobilität. Grundsätzlich ist zu sagen, dass sowohl Elektromotoren als auch herkömmliche Verbrenner, je nach Einsatzgebiet, Stärken und Schwächen besitzen. Problematisch für die Elektroantriebstechnologien wird es, wenn es zu schwerwiegenden Belastungsanforderungen beispielsweise durch große Entfernungen oder durch hohe Nutzlasten kommt. Für kurze Reichweiten wie häufig in urbanen Gebieten, ist die Elektromobilität aus den vorher genannten Gründen wiederum sinnvoller. Eine Kombination unterschiedlichster Technologien wird also nach der Corona-Krise in Deutschland zielführend sein.

Literaturverzeichnis

Acatech (Hrsg.) (2020): Mobilitätsmonitor 2020 – <https://www.acatech.de/medien/mediathek/mobilitaetsmonitor-2020/> (Stand 22.12.2020).

Brandt, M. (2020): 2019 war ein Rekordjahr für alternative Antriebe, Statista, <https://de.statista.com/infografik/2870/neuzulassungen-von-hybrid--und-elektroautos-in-deutschland/> (Stand: 15.12.2020).

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) (Hrsg.) (2020): Luftschadstoffe und Lärm: Mehr Elektroautos – mehr Lebensqualität, <https://www.bmu.de/themen/luft-laerm-verkehr/verkehr/elektromobilitaet/luft-und-laerm/> (Stand: 17.12.2020).

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) (Hrsg.) (2019): Umweltbericht der Bundesregierung. Umwelt und Natur als Fundament des sozialen Zusammenhaltes, https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/umweltbericht_2019.pdf (Stand: 02.12.2020).

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) u. a. (Hrsg.) (2011): Regierungsprogramm Elektromobilität, https://www.bmbf.de/files/programm_elektromobilitaet%281%29.pdf (Stand: 15.12.2020).

Dpa (Hrsg.) (2020): Deutsche Bahn fährt in Corona-Krise Milliardenverlust ein, <https://www.augsburger-allgemeine.de/wirtschaft/Deutsche-Bahn-faehrt-in-Corona-Krise-Milliardenverlust-ein-id57822326.html>, (Stand: 10.12.2020).

Janson, M. (2021): Pkw-Zulassungen: Hybrid überholt Diesel. Statista, <https://de.statista.com/infografik/22498/pkw-neuzulassungen-in-deutschland-nach-kraftstoffarten/> (Stand: 07.01.2021).

Köcher, R. (2020): Mobilitätsmonitor 2020 - IfD Allensbach (2020), S. 10-12.

Kords, M. (2021): Anzahl der Elektroautos in Deutschland von 2011 bis 2021, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/265995/umfrage/anzahl-der-elektroautos-in-deutschland/> (Stand: 07.04.2021).

Kriebernig, C. (2020): Coronavirus in Italien - Glasklares Wasser in Venedigs Kanälen – Delfine in den Häfen, <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.coronavirus-in->

italien-glasklares-wasser-in-venedigs-kanaelen-delfine-in-den-haefen.346d0e16-5bae-462b-86b0-9bb69fb0b2ff.html, (Stand: 17.12.2020).

Pompl, M. (2019): Klimaschutz: Wie groß ist der CO₂-Anteil des Verkehrs?,
<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/klimaschutz-wie-gross-ist-der-co2-anteil-des-verkehrs,Rc7yF09>, (Stand: 02.06.2020).

Pötscher, F. u. a. (2014): Ökobilanz alternativer Antriebe - Elektrofahrzeuge im Vergleich, Wien, <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/REP0440.pdf> (Stand 18.12.2020)

Reuter, B.; Hendrich, A. (2020): Verfügbarkeit kritischer Rohstoffe für Elektrofahrzeuge, in: ATZ - Automobiltechnische Zeitschrift, 122. Jg., 2020, Nr. 4, S. 54-57.

Sammer, G.; Stark, J., Link, C. (2011): Einflussfaktoren auf die Nachfrage nach Elektroautos, in: e & i Elektrotechnik und Informationstechnik, 128. Jg., 2011, Nr. 1-2, S. 22-27.

Umweltbundesamt (UMA) (Hrsg.) (2020): Umweltbewusstsein in Deutschland,
<https://www.umweltbundesamt.de/themen/nachhaltigkeit-strategien-internationales/gesellschaft-erfolgreich-veraendern/umweltbewusstsein-in-deutschland>
(Stand: 15.12.2020).

Verband der Automobilindustrie (VDAa) (Hrsg.) (o. J.): CO₂-Regulierung bei Pkw und leichten Nutzfahrzeugen in Europa. Ausgestaltung der CO₂-Regulierung für die Zeit nach 2020, <https://www.vda.de/de/themen/umwelt-und-klima/co2-regulierung-bei-pkw-und-leichten-nfz/ausgestaltung-der-co2-regulierung-fuer-die-zeit-nach-2020.html> (Stand: 17.12.2020).

Verband der Automobilindustrie (VDAb) (Hrsg.) (o. J.): CO₂-Regulierung bei Pkw und leichten Nutzfahrzeugen in Europa. Regulierung bis 2020,
<https://www.vda.de/de/themen/umwelt-und-klima/co2-regulierung-bei-pkw-und-leichten-nfz/ausgestaltung-der-co2-regulierung-fuer-die-zeit-nach-2020.html>
(Stand: 17.12.2020).

Venjakob, M.; Mersmann, F. (2013): Kosten des Klimawandels,
<https://www.bpb.de/gesellschaft/umwelt/klimawandel/38487/kosten-des-klimawandels> (Stand: 17.12.2020).

Überholter Fetisch Schwarze Null?

von

Paula Demacker

Schwarze Null oder Neuverschuldung?

Unter dem ehemaligen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble¹ erreichte Deutschland 2014 erstmals seit 1969 einen Etatausgleich,² die sogenannte „Schwarze Null“. Diese konnte auch in den folgenden Jahren bis 2020 erfolgreich gehalten werden³ und wurde zu Schäubles Markenzeichen.

Auch der SPD-Finanzminister Nils Schmid strebte eifrig die „Schwarze Null“ in Baden-Württemberg an, die er in den Jahren 2012 bis 2015 auch angesichts einer guten Konjunkturlage viermal hintereinander erreichen konnte. Daraufhin ließ sich Schmid stolz mit einer großen „Schwarzen Null“ vor dem Neuen Schloss in Stuttgart fotografieren.⁴ Die „Schwarze Null“ scheint also nicht nur bei Schäuble einen heiligen Status zu haben.⁵

In dem am 29.06.2019 veröffentlichten Regierungsentwurf für den Finanzplan bis 2023 steht ein ausgeglichener Haushalt weiterhin auf der Tagesordnung.⁶ Inzwischen wurden diese Entscheidungen aufgrund der aktuellen Situation, die durch das Covid-19 Virus ausgelöst wurde, revidiert und Ende Dezember 2020 ergab sich eine Nettokreditaufnahme von rund 130 Milliarden Euro. Damit blieb die Neuverschuldung unter dem Betrag von 218 Milliarden Euro, den der Bundestag ursprünglich bewilligt hatte. Für 2021 ist eine Rekordkreditaufnahme von knapp 180 Milliarden Euro geplant.⁷

Im Weiteren wird auf der Grundlage des ursprünglichen Regierungsentwurfs für den Finanzplan argumentiert. Konkret bedeutet der Etatausgleich, dass Deutschland seit sechs Jahren bis 2020 keine Neuverschuldung eingegangen ist, um in verschiedene Bereiche zu investieren. Diese Strategie steht jedoch aus nachfrageorientierter Sicht in der Kritik. Dieser Beitrag wird sich damit beschäftigen, ob der Begriff die „Schwarze Null“ als Fetisch für eine erfolgreiche Finanzpolitik und als Gegenstand mit starkem Prestige angesichts der aktuellen Krise ausgedient hat.

¹ Wolfgang Schäuble war vom 28. Oktober 2009 bis zum 24. Oktober 2017 Bundesminister der Finanzen. Er ist Mitglied der CDU und wurde 1942 in Freiburg geboren. Vgl. Schäuble, W., 2020, <https://www.wolfgang-schaeuble.de> (Stand: 15.06.2020).

² Vgl. Bundeshaushalt (Hrsg.), <https://www.bundeshaushalt.de> (Stand: 16.06.2020).

³ Vgl. Tagesschau (Hrsg.), <https://www.tagesschau.de> (Stand: 16.06.2020).

⁴ Ein Foto von Nils Schmidt mit seiner „Schwarzen Null“ bspw. bei Böhme, A., 2014, <https://www.rnz.de> (Stand: 25.08.2020).

⁵ Bildlich ist dieser vermeintliche Fetisch bei dem Karikaturisten Heiko Sakurai zu sehen, der sich regelmäßig mit dem Konzept der „Schwarzen Null“ auseinandergesetzt hat; vgl. Sakurai, H., 2015, <https://sakurai-cartoons.de> (Stand: 25.08.2020).

⁶ Vgl. Bundesfinanzministerium (Hrsg.), <https://www.bundesfinanzministerium.de> (Stand: 16.06.2020).

⁷ Vgl. Hildebrand, J. u. a., 2021, <https://www.handelsblatt.com> (Stand: 27.02.2020).

Analyse der Politik eines ausgeglichenen Bundeshaushaltes und nachfrageorientierter Politik

Die „Schwarze Null“ bezeichnet einen ausgeglichenen Bundeshaushalt, der ohne Neuverschuldung auskommt. Ein ausgeglichener Etat kann besonders für Bürgerinnen und Bürger ein positives Zeichen setzen und damit das Verantwortungsbewusstsein und die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung beweisen. Im Jahr 2014 war dies ein wichtiger Schritt, da die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 die Schuldenaufnahme in den Jahren zuvor erheblich gesteigert hatte. Diese Entscheidung sollte Deutschland handlungsfähiger machen und zukünftige Generationen entlasten.⁸ Wichtige Investitionen fallen dadurch, laut Politikern, nicht weg und können trotzdem getätigt werden.⁹

Die nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik, die auch Keynesianismus¹⁰ genannt wird, verfolgt das Ziel der Vollbeschäftigung, die zusammen mit einem gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage einhergeht. Zur Erreichung dieses Ziels soll nach Keynes besonders die Nachfrage nach (Investitions-)Gütern gesteigert werden. Um diese zu steigern, muss der gesamte wirtschaftliche Kreislauf betrachtet werden, der den Beschäftigungsgrad in den Unternehmen miteinschließt.¹¹ Nach Keynes ist es Aufgabe des Staates, dieses Gleichgewicht herzustellen. Um dieses zu erreichen, sollen entweder direkte Ausgaben in Form von Konjunkturprogrammen oder indirekte Ausgaben wie Steuervergünstigungen eingesetzt werden.¹² Diese Maßnahmen gehören zu der Fiskalpolitik. Diese antizyklische Wirtschaftspolitik soll unter anderem dabei helfen, die Arbeitslosenquote zu senken und die Nachfrage zu steigern.¹³

Werden die Ziele der „Schwarzen Null“ denen der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik gegenübergestellt, wird deutlich, dass beide Maßnahmen unterschiedliche Absichten

⁸ Vgl. Tagesschau (Hrsg.), <https://www.tagesschau.de> (Stand: 16.06.2020).

⁹ Vgl. Bundeshaushalt (Hrsg.), <https://www.bundeshaushalt.de> (Stand: 16.06.2020).

¹⁰ Eine Theorie, die auf dem britischen Volkswirtschaftler John Maynard Keynes beruht und die er 1936 erstmals unter dem Titel Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes veröffentlichte. Vgl. Keynes, J. M., 2017 und zur Einführung Rogall, H., 2013, S. 85.

¹¹ Wenn die Konsumentennachfrage nach Gütern steigt, dann stellen Unternehmen mehr Mitarbeiter ein, um die Nachfrage decken zu können. Dadurch sinkt, nach Keynes, die Arbeitslosenquote und die einzelnen Haushalte haben mehr Budget, was die gesamtwirtschaftliche Nachfrage steigert. Andersrum wenn die Nachfrage sinkt, dann werden mehr Mitarbeiter entlassen und die Arbeitslosenquote steigt. Das bewirkt, gemäß der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik, einen weiteren Abstieg der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Vgl. Conway, E., 2011, S. 38-41.

¹² Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), <https://www.bpb.de> (Stand: 16.06.2020).

¹³ Vgl. Grüner, H., 2008, S. 116.

verfolgen. Auf der einen Seite steht ein ausgeglichener Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung und auf der anderen Seite sollen mehr Investitionen getätigt werden, die daraufhin die Nachfrage steigern und die Vollbeschäftigung bewirken sollen. Beide theoretischen Ansätze haben Vorteile, stehen allerdings auch deutlich in der Kritik.

Ein Kritikpunkt an der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik ist, dass ein Zusammenhang zwischen Preisstabilität, einer konstanten Nachfrage, und Vollbeschäftigung bzw. einer geringen Arbeitslosenquote bisher nicht nachgewiesen werden konnte.¹⁴ Zudem werden Konjunkturprogramme und deren Kurzlebigkeit immer wieder kritisiert. Diese Vermutung wurde in den Jahren von 1976 bis 1982 bestätigt. In diesem Zeitraum wurden insgesamt 36 Mini-Konjunkturprogramme initiiert, die keinen nachhaltigen Effekt auf die Marktwirtschaft hatten.¹⁵

Die „Schwarze Null“ weist ebenfalls mehrere Nachteile auf. Der aktuelle Finanzminister, Olaf Scholz, wollte zunächst weiterhin an einem Etatausgleich festhalten und stieß dabei unter anderem auf Kritik der ehemaligen Verteidigungsministerin, Ursula von der Leyen, die mehr Geld für den Entwicklungsetat forderte.¹⁶ Das Beibehalten der „Schwarzen Null“ würde unter anderem zu einem Rückgang der ODA-Quote¹⁷ führen, die laut aktuellem Koalitionsvertrag jedoch steigen soll.¹⁸

Ebenfalls behaupten Kritikerinnen und Kritiker, dass Deutschland aktuell von seiner Substanz leben würde, anstatt diese zu erhalten oder für nachfolgende Generationen aufzubauen. Die Schulden werden demnach nur im Haushalt versteckt und Investitionen in die Zukunft fehlen. Investitionen an Stellen, an denen diese dringend nötig wären, werden nicht getätigt und in der Presse kommt immer wieder die Frage auf, was die „Schwarze Null“ Deutschland bringen würde, wenn währenddessen Autobahnbrücken nur beschränkt befahren werden können und in „Schulen und Kindergärten der Putz von den Wänden bröseln und es durchs Dach regnet“.¹⁹

¹⁴ Vgl. Adam, H., 2016, S. 492-500.

¹⁵ Vgl. Klauder, W., 2003, S. 573.

¹⁶ Vgl. Geers, T., <https://www.deutschlandfunk.de> (Stand: 16.06.2020).

¹⁷ Die ODA-Quote steht für Official Development Assistance und beschreibt den Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen. Vgl. BMZ (Hrsg.), <https://www.bmz.de> (Stand: 16.06.2020).

¹⁸ Vgl. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 143.

¹⁹ Geers, T., <https://www.deutschlandfunk.de> (Stand: 16.06.2020).

Schlussbetrachtung

Es wird deutlich, dass die nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik und die Politik der „Schwarzen Null“ entgegengesetzte Ziele anstreben und die Theorien in unterschiedliche Richtungen steuern. Aus keynesianischer Sicht ist die Politik der „Schwarzen Null“ nicht zielführend und bringt zukünftig mehr und größere Probleme. Der Fiskalismus zielt darauf ab, Investitionen jetzt zu tätigen und darauffolgend den Erfolg dieser zu sehen. Die Politik des ausgeglichenen Bundeshaushalts strebt dagegen an, ohne eine Neuverschuldung auszukommen. Die „Schwarze Null“ sendet zudem ein deutliches Signal an die Wirtschaft in Europa. Kritikerinnen und Kritiker sagen, dass Deutschland eine konjunkturelle Abschwächung erfahren wird und „ein klares Signal der Unterstützung“²⁰ an Europas Wirtschaft schicken sollte.

Das Bemühen des ehemaligen Finanzministers einen ausgeglichenen Haushalt beizubehalten trifft aus nachfrageorientierter Sicht auf starke Kritik.²¹ Diese behauptet, dass die Substanz von Deutschland nicht weiter beibehalten oder aufgebaut wird, sondern im Gegenteil von dieser gelebt wird. Eine Handlungsempfehlung aus nachfrageorientierter Sicht ist demnach, dass Investitionen in verschiedenen Bereichen getätigt werden sollten, um die deutsche Wirtschaft nachhaltig zu stärken. Ob Konjunkturprogramme nachhaltig die Wirtschaft stärken werden, ist jedoch bis jetzt nicht nachgewiesen und müsste in Zukunft erst noch bewiesen werden.

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, wurde die Politik eines ausgeglichenen Etats aufgrund der aktuellen Situation, die durch das Covid-19 Virus ausgelöst wurde, für nicht mehr gültig erklärt. Die neu aufgenommenen Staatsschulden sollen unter anderem dabei helfen die Wirtschaft wiederzubeleben.²² Die CDU plant jedoch bereits die „Schwarze Null“ bis zum Jahr 2030 wieder zu erreichen und bis dahin alle aufgenommenen Schulden beglichen zu haben.²³ Im Moment scheint die Verehrung der „Schwarzen Null“ eine kurze Pause zu machen. Mit Blick auf das Ziel 2030 einen ausgeglichenen Staatshaushalt vorzulegen können wir uns allerdings eines sicher sein: Der Fetisch kehrt zurück!

²⁰ Vgl. Fratzscher, M., 2014, <https://www.spiegel.de> (Stand: 16.06.2020).

²¹ Vgl. Geers, T., <https://www.deutschlandfunk.de> (Stand: 16.06.2020).

²² Vgl. Bundesregierung (Hrsg.), <https://www.bundesregierung.de> (Stand: 12.08.2020).

²³ Vgl. Hildebrand, J., Riedel, D., <https://www.handelsblatt.com> (Stand: 12.08.2020).

Literaturverzeichnis

- Adam, H. (2016):** Von der Inflationsphobie zur „schwarzen Null“, in: Wirtschaftsdienst, 96. Jahrgang, Heft 7, S. 492-500, o. O., <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2016/heft/7/beitrag/von-der-inflationsphobie-bis-zur-schwarzen-null.html> (Stand: 16.06.2020).
- Böhme, A. (2014):** https://www.rnz.de/politik/suedwest_artikel,-Suedwest-Gruen-Rot-peilt-die-Schwarze-Null-trotz-Investitionen-an-_arid,3833.html (Stand: 25.08.2020).
- Bundesfinanzministerium (Hrsg.) (2019):** Öffentliche Finanzen, <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2019/06/2019-0626-PM-Haushalt2020.html> (Stand: 16.06.2020).
- Bundeshaushalt (Hrsg.) (2014):** Downloads, Haushaltsplan-2014.pdf, <https://www.bundeshaushalt.de/download> (Stand: 16.06.2020).
- Bundeshaushalt (Hrsg.) (2015):** Anleitung und Hintergrundinformationen, <https://www.bundeshaushalt.de/service/anleitung> (Stand: 16.06.2020).
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (2020):** ODA-Zahlen, https://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/oda/index.html (Stand: 16.06.2020).
- Bundesregierung (Hrsg.) (2020):** Coronavirus in Deutschland, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/nachtragshaushalt-2020-1731686> (Stand: 12.08.2020).
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2016a):** Keynesianismus, <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19777/keynesianismus> (Stand: 16.06.2020).
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2016b):** Fiskalpolitik, <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19346/fiskalpolitik> (Stand: 16.06.2020).
- Conway, E. (2011):** 50 Schlüsselideen Wirtschaftswissenschaften, Heidelberg.

- Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.) (2020):** Schwarze Null, Schuldenbremse und Investitionen, <https://www.dgb.de/schwerpunkt/schwarze-null-schuldenbremse-und-investitionen> (Stand: 15.06.2020).
- Fratzcher, M. (2014):** Schäubles schwarze Null sendet ein fatales Zeichen, in: Spiegel Online, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/haushaltspolitik-schaeubles-schwarze-null-sendet-ein-fatales-signal-a-996790.html> (Stand: 16.06.2020).
- Geers, T. (2017):** Die schwarze Null ist nicht alles, in: Deutschlandfunk, https://www.deutschlandfunk.de/bundeshaushalt-die-schwarze-null-ist-nicht-alles.724.de.html?dram:article_id=392050 (Stand: 16.06.2020).
- Geers, T. (2018):** Fluch und Segen der schwarzen Null, in: Deutschlandfunk, https://www.deutschlandfunk.de/bundeshaushalt-fluch-und-segen-der-schwarzen-null.724.de.html?dram:article_id=417928 (Stand: 16.06.2020).
- Grüner, H. (2008):** Wirtschaftspolitik, Allokationstheoretische Grundlagen und politisch-ökonomische Analysen, 3. Aufl., Heidelberg.
- Hildebrand, J., Donata, R. (2020):** Schuldenrekord nach Rekordrezession: Ökonomen warnen vor zu schneller Tilgung, <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/krisenhilfen-schuldenrekord-nach-rekordrezession-oekonomen-warnen-vor-zu-schneller-tilgung/25910266.html> (Stand: 12.08.2020).
- Hildebrand, J. u. a. (2021):** Teure Attacke auf den Etat: Minister übermitteln Scholz Wunschliste im Wert von 200 Milliarden Euro, <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bundeshaushalt-teure-attacke-auf-den-etat-minister-uebermitteln-scholz-wunschliste-im-wert-von-200-milliarden-euro/26953198.html> (Stand: 27.02.2020).
- Keynes, J. M. (2017):** Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin.
- Klauser, W. (2003):** Sind die Einwände gegen eine antizyklische Finanzpolitik stichhaltig?, in: Wirtschaftsdienst, 83. Jahrgang, Heft 9, S. 573, <https://www.wirtschaftsdienst.eu/pdf-download/jahr/2003/heft/9/beitrag/sind-die-einwaende-gegen-eine-antizyklische-finanzpolitik-stichhaltig.html> (Stand: 16.06.2020).

Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP (19. Legislaturperiode): Ein neuer Aufbruch für Europa, Eine neue Dynamik für Deutschland, Ein neuer Zusammenhalt für unser Land.

Rogall, K. (2013): Volkswirtschaftslehre für Sozialwissenschaftler, Einführung in eine zukunftsfähige Wirtschaftslehre, 2. Aufl., Wiesbaden.

Sakurai, H. (2015): Karikatur: Isch die schwarze Null bald over? vom 09.09.2015, <https://sakurai-cartoons.de> (Stand: 26.08.2020).

Schäuble, W. (2020): offizielle Website von Wolfgang Schäuble, Angaben zur Person <https://www.wolfgang-schaeuble.de/zur-person> (Stand: 15.06.2020).

Tagesschau (Hrsg.) (2015): „Die Politik zeigt Glaubwürdigkeit“, <https://www.tagesschau.de/inland/haushalt-huether-102.html> (Stand: 16.06.2020).

Tagesschau (Hrsg.) (2019): Schwarze Null „ökonomisch unklug“?, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/scholz-schwarzenull-101.html> (Stand: 16.06.2020).

Tagesschau (Hrsg.) (2020): 218,5 Milliarden Euro neue Schulden, <https://www.tagesschau.de/inland/nachtragshaushalt-coronavirus-101.html> (Stand: 17.06.2020).

Die neue Seidenstraße: Infrastrukturprojekt auf Kosten Europas?

von

Julie Egolf

„Man erkennt China vollständig, wenn man seine gewaltige historische Dimension außer Acht lässt.“¹

Jacques Gernet, französischer Sinologie

Die neue Seidenstraße – auf den Spuren der Historie

Die Außenhandelspolitik Chinas basiert auf multilateralen Wirtschaftsbeziehungen und umfasst einerseits die Stärkung der World Trade Organization (WTO) als regulativen Rahmen ihrer Handelsbeziehungen, andererseits ein eigenes Konzept der Förderung internationaler Wirtschaftsbeziehungen – die „neue Seidenstraße.“² Das 2013 erstmals vorgeschlagenen Projekt der „neuen Seidenstraße“, auch „Belt and Road Initiative“ (BRI) genannt, knüpft an das Land- und See-Routennetz der historischen Seidenstraße an und versucht, die fast 2000 Jahre alte Seidenstraße wiederzubeleben.³ Die Bezeichnung Seidenstraße geht auf den Geographen Ferdinand Freiherr von Richthofen zurück, der den Begriff Seidenstraße im Jahr 1877 erstmals erwähnte.⁴

Ausgangspunkt der historischen Seidenstraße von Ost nach West war die chinesische Stadt Xi'an im Tal des Flusses Wei He. Flussaufwärts nach Westen und anschließend entlang der Chinesischen Mauer über die beiden Wüsten Gobi und Taklaman erreichte die Hauptroute der Seidenstraße das Pamir-Gebirge. Über den Iran, Irak und die syrische Wüste führte die Route bis hin zum Mittelmeer bei Antiochia, dem heutigen Antakya im Süden der Türkei. Ab hier wurden auf dem Seeweg Hafenstädte in Nordafrika sowie Hafenstädte verschiedener Länder Südeuropas, die ihrerseits Verbindungen zu den Regionen nördlich der Alpen hatten, angefahren.⁵ Das wichtigste Exportgut Chinas war die Seide als das Material, das dem Verkehrsnetz den Namen gab.⁶ Zusätzlich wurden ebenfalls Güter wie Porzellan oder Tee in westliche Richtung, Schmucksteine wie Diamanten sowie Gold und Silber in östliche Richtung gehandelt.⁷ Lediglich der Handel mit

¹ Gernet, Jacques, enthalten in: Hernig, M., 2018, S. 3. Gernet legte die erste wissenschaftliche Universalgeschichte Chinas von den Anfängen der Zivilisation bis in die Zeit der Kulturrevolution vor. Seine Schriften wurden in zahlreiche Sprachen übersetzt.

² Vgl. Schüller, M.; Schüler-Zhou, Y., 2018, S. 30.

³ Vgl. Sommer, T., 2019, S. 211; Höllmann, T., 2011, S. 27.

⁴ Vgl. Höllmann, T., 2011, S. 37.

⁵ Vgl. Höllmann, T., 2011, S. 21-23.

⁶ Vgl. ebd., S. 72.

⁷ Vgl. ebd., S. 76 f.

solchen Luxusgütern oder exotischen Nahrungsmitteln und Gewürzen hatte als Fernhandel über das gesamte Routennetz hinweg stattgefunden; Alltagsware und einheimische Güter hingegen wurden im Nahverkehr „von Oase zu Oase“ weitergegeben.⁸ Neben Kaufleuten und Gelehrten nutzten auch Mönche und Missionare das Verkehrsnetz der Seidenstraße mit dem Ziel, einer unverfälschten Überlieferung ihres Glaubens. Religionen und Kulturkreise wie vor allem der Buddhismus, das Christentum oder der Islam diffundierten entlang der Seidenstraße vor allem in Richtung Osten.⁹

Die moderne Vision des chinesischen Präsidenten Xi Jinping geht jedoch weit über den Ausbau der Verkehrswege hinaus. Es handelt sich um eine internationale Kooperationsplattform, eine offene und inklusive Initiative für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Dabei denkt er an die Verwandlung der Seidenstraßen-Routen in sechs Wirtschaftskorridore an Land, sowie einen maritimen Korridor, der in mehrere Routen unterteilt wird.¹⁰ Zwei der Korridore münden in Europa: Der Wirtschaftskorridor „Neue eurasische Kontinentalbrücke“, welcher China mit Russland bis hin zu Ost- und Zentraleuropa verbindet sowie der China-Zentralasien-Westasien-Korridor, der China mit Zentralasien, dem Persischen Golf, der Arabischen Halbinsel und dem Mittelmeer verbindet.¹¹ Bereits jetzt werden 30 Prozent der per Zug importierten Güter zwischen China und Europa über den Duisburger Hafen abgewickelt. Von Duisburg aus werden die Waren per Schiff über den Rhein weiter in alle wichtigen Strombecken der europäischen Binnenschifffahrt transportiert.¹²

China verspricht sich über diese Routen einen leichteren Zugang zum europäischen Markt. Die Reichweite dieses geopolitischen Projekts umfasst knapp 63 Prozent der Weltbevölkerung, die 40 Prozent des Weltsozialprodukts ausmachen.¹³ Offizielles Ziel des Projektes ist, den internationalen Wohlstand zu erhöhen, insbesondere in den Ländern entlang der neuen Seidenstraße Wachstum zu generieren und wirtschaftliche Integration sowie gesellschaftliche Interaktion zwischen den involvierten Ländern zu fördern.¹⁴

⁸ Vgl. Sommer, T., 2019, S. 214 f.

⁹ Vgl. Höllmann, T., 2011, S. 28, S. 31, S. 97.

¹⁰ Vgl. Sommer, T., 2019, S. 212.

¹¹ Vgl. Felbermayr, G.; Sandkamp, A., 2019, S. 7.

¹² Vgl. Janson, M., 2020, <https://de.statista.com> (Stand: 06.01.2021).

¹³ Vgl. Sommer, T., 2019, S. 215.

¹⁴ Vgl. Felbermayr, G.; Sandkamp, A., 2019, S. 1.

Das Mega-Projekt als Gewinn für alle Beteiligten?

Durch die BRI sollen in erster Linie bereits bestehende Schienennetze entlang der Handelswege modernisiert werden. In diesem Zuge errichtet China entlang der Strecken gelegene bedeutende industrielle Infrastrukturen als Voraussetzung für eine Ausweitung von Handel und Investitionen.¹⁵ Dies führte bereits jetzt zu einem deutlichen Anstieg des Güterverkehrs vor allem von China nach Europa (siehe Abb. 1).

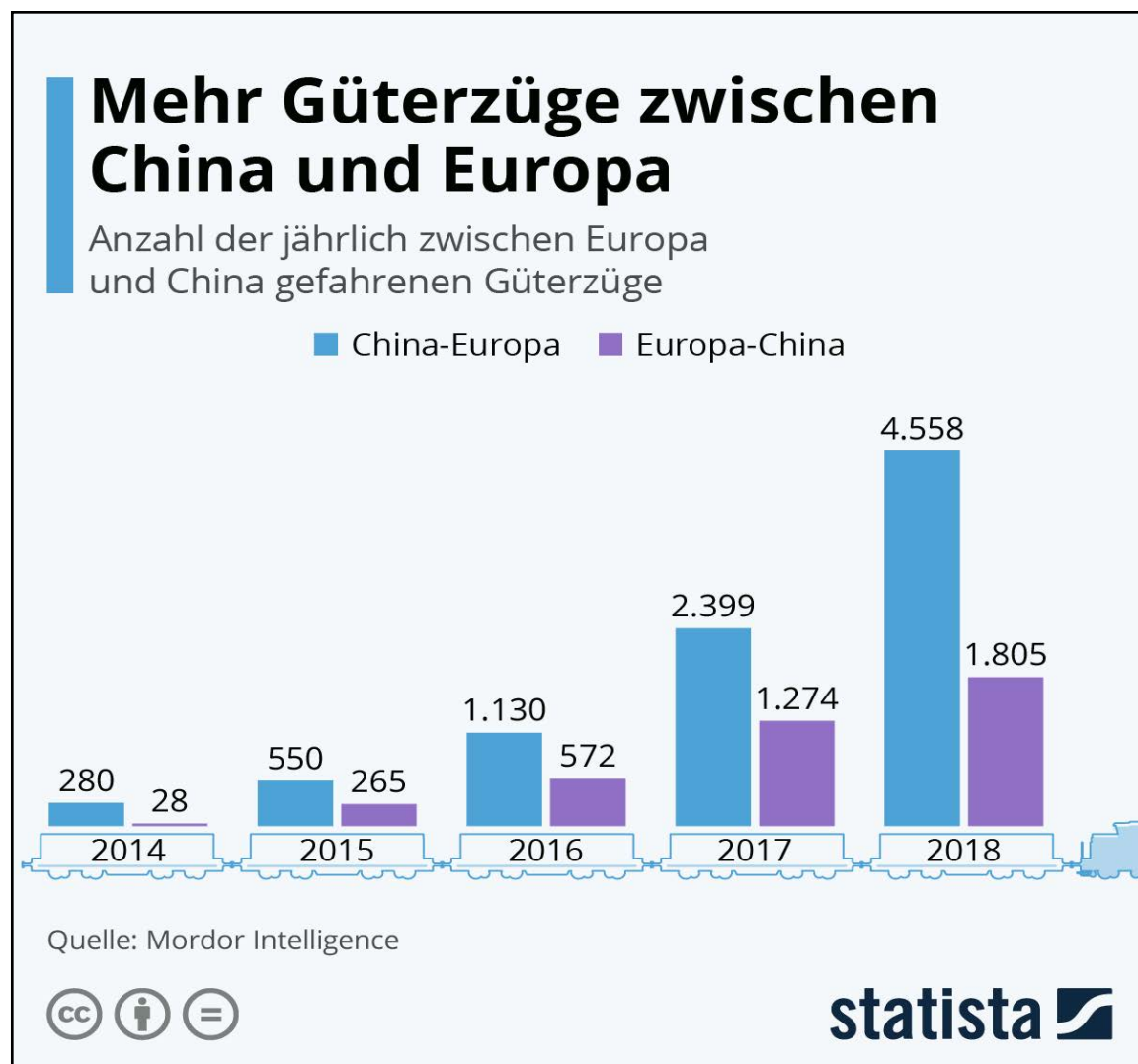


Abbildung 1: Entwicklung des Schienengüterverkehrs zwischen China und Europa¹⁶

Der Ausbau dieser Infrastruktur findet insbesondere bei ärmeren Ländern großen Anklang. China wendet sich direkt an einzelne Mitgliedsstaaten und verspricht einerseits

¹⁵ Dabei sei zu betonen, dass die chinesische Regierung als Entwicklungsstrategie schon seit längerer Zeit Infrastrukturprojekte forciert. So wurden in den 1990er und 2000er Jahren durchschnittlich neun Prozent des BIP jährlich in Infrastrukturprojekte, wie dem Drei-Schluchten-Damm oder das Highspeed-Zugnetz von Shanghai nach Urumchi investiert. Vgl. Hernig, M., 2018, S. 230.

¹⁶ Vgl. Janson, M., 2020, <https://de.statista.com> (Stand 06.01.2021).

Finanzhilfen, welche sie an politische Forderungen knüpfen, und andererseits einen daraus entstehenden wirtschaftlichen Schub.¹⁷ So vermarktet China das Abkommen als Win-Win-Situation für alle Beteiligten.

Die Errichtung der Infrastrukturen in den betroffenen Ländern könnte jedoch auch als stille Eroberung Chinas betrachtet werden. Insbesondere dann, wenn China seine Kreditzusagen an die Bedingungen knüpft, die für die Realisierung dieses Projektes erforderlichen Firmen, Arbeitskräfte und Materialien selbst stellen zu dürfen.¹⁸ Jene Staaten werden bewusst für eine längere Zeit an China gebunden und geraten in finanzielle und wirtschaftliche Abhängigkeit. Eine von der WTO veranlasste Befragung der Mitgliedsländer ergab, dass die mangelhafte Infrastruktur in den beteiligten Ländern nicht nur Haupthindernis, sondern der Hauptkostenfaktor bei der Ausweitung der Handelsbeziehungen ist.¹⁹ Bei einer starken Überschuldung einzelner Staaten kann sich China Eigentum an Infrastruktureinrichtungen übertragen lassen, was mit deren Nutzungseinschränkung einhergeht.²⁰ Eine Studie des Center for Global Development stützt diese These durch die Feststellung, dass die öffentliche Verschuldung einiger Länder seit Teilnahme an der BRI stark gestiegen ist und China einen Großteil der Schulden hält.²¹ Während die derzeitigen Direktinvestitionen von Deutschland in die an der BRI beteiligten Länder relativ gering sind, kommt China durch Investitionen und Bauvorhaben von Infrastruktureinrichtungen diesen Ländern entgegen und schafft innerhalb dieser Länder neue Potenziale. Mit dem Ausbau der Infrastruktur gehen sinkende Transportkosten einher, wodurch diese Länder besser in die globalen Wertschöpfungsketten eingebunden werden und somit die Ex- und Importe in diesen Regionen steigen.²²

Deutschland könnte auch als Nicht-BRI-Land durch die chinesischen Investitionen in die Infrastrukturen von einem vereinfachten und verbilligten Handel zwischen Deutschland und den BRI-Ländern sowie mit China selbst profitieren.²³ Voraussetzung dafür ist jedoch, dass Deutschland und Europa die notwendige infrastrukturelle Anbindung an die Routen der BRI schafft, um sicherzustellen, dass europäische Unternehmen von der Kostenreduktion profitieren können und deren Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleibt.²⁴

¹⁷ Vgl. Becker, A. u. a., 2018, <https://www.dw.com>. (Stand: 23.12.2020).

¹⁸ Vgl. ebd.

¹⁹ Vgl. Schüller, M.; Schüler-Zhou, Y., 2018, S. 31.

²⁰ Vgl. Felbermayr, G.; Sandkamp, A., 2019, S. 2.

²¹ Vgl. Hurley, J.; Morris, S.; Portelance, G., 2018, S. 5.

²² Vgl. Felbermayr, G.; Sandkamp, A., 2019, S. 2.

²³ Vgl. ebd., S. 21.

²⁴ Vgl. ebd., S. 3.

Transportkosten werden voraussichtlich in unterschiedlichem Maße für verschiedene Länder und Regionen gesenkt. Demnach würden sie in jenen Ländern, in denen große BRI-Infrastrukturprojekte realisiert - oder geplant sind, deutlich stärker sinken als in anderen europäischen Ländern. Zusätzlich können durch die Veränderung der relativen Transportkosten Wettbewerber aus Drittstaaten konkurrenzfähiger werden und europäische Unternehmen den Anschluss an die dort stattfindende Entwicklung verlieren und aus Märkten verdrängt werden.²⁵

Die exportorientierte Produktion Chinas ist stark auf Importe von Komponenten und Zwischenprodukten sowie auf einen liberalen Welthandel angewiesen.²⁶ Es ist jedoch davon auszugehen, dass aufgrund der derzeitig stärkeren Binnenmarktorientierung Chinas, ein immer höherer Anteil der Wertschöpfung innerhalb des Landes verbleiben wird. Infolgedessen wird Chinas Wirtschaft zukünftig, trotz der BRI, weniger Absatzmöglichkeiten für andere Länder bieten als bisher erwartet. Diese Entwicklung zeigt sich bereits in den Bereichen IT oder in High-Tech-Industrien, bei welchen China zunehmend auf Zulieferungen aus dem Ausland verzichtet.²⁷ So kann die Sicherung von Wettbewerbsvorteilen durch eine stärkere Kontrolle internationaler Logistikketten, insbesondere im Handel zwischen Asien und Europa, für die EU zur Gefahr werden.²⁸

Seit 2015 investiert die Volksrepublik mehr in die EU als umgekehrt. EU-Länder erfahren zunehmende Investitionen Chinas, mit dem Ziel, die chinesische Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Markt zu steigern.²⁹ Insbesondere mittelständische hochspezialisierte Technologieunternehmen in Deutschland sind das Ziel dieser Investitionen und Übernahmen durch die Volksrepublik China.³⁰ Die Volksrepublik ist vor allem an deutschen Unternehmen interessiert, die bei Industrietechnologien als sog. „Hidden Champions“ Nischen füllen, Vorsprünge haben und hochspezialisiert sind. Auf lange Sicht droht Deutschland dadurch ein Technologietransfer von Europa nach Asien, der durch die BRI weiter verstärkt und somit zukünftig den Wohlstand in der EU gefährden könnte.³¹

²⁵ Vgl. Felbermayr, G.; Sandkamp, A., 2019, S. 41-58.

²⁶ Vgl. Schüller, M.; Schüler-Zhou, Y., 2018, S. 26.

²⁷ Vgl. ebd., S. 27 f.

²⁸ Vgl. Felbermayr, G.; Sandkamp, A., 2019, S. 6.

²⁹ Vgl. Popa, C.-E.; Liang, W., 2018, S. 310.

³⁰ Vgl. Baur, G.; Gladitz, R.; Erl, C., 2018, <https://www.br.de>. (Stand: 02.01.2021).

³¹ Vgl. ebd.

Im Jahr 2017 betonte der Vizepräsident der Europäischen Kommission die Notwendigkeit der Transparenz bei der Planung und Ausführung von Ausschreibungen entlang der BRI und die Gegenseitigkeit des Marktzugangs.³² Im Rahmen einer Umfrage von Unternehmen, die aktuell oder in naher Zukunft an Projekten der BRI beteiligt sind, wurden 60 nicht-chinesische internationale Unternehmen und 40 staatliche chinesische Unternehmen zu den Investitionsanreizen zu einem Projekt der BRI befragt. 96 Prozent der Befragten gaben an, dass für chinesische Unternehmen der wichtigste Anreiz für eine Investition in ein Projekt der Belt and Road Initiative der verbesserte Marktzugang in den anderen Mitgliedsländern sei.³³ 91 Prozent der Befragten gaben an, dass der Anreiz einer Verbesserung des Marktzugangs in den anderen Mitgliedsländern ebenso für nicht-chinesische Unternehmen gilt. Wovon aufgrund einer Mehrfachauswahl bei 84 Prozent aller nicht-chinesischen international befragten Investoren der Anreiz für Investitionen in Infrastrukturprojekte in der Verbesserung des Zugangs insbesondere zum chinesischen Markt besteht.³⁴

Eine weitere Bedingung, die die EU an China stellte, ist die Einbeziehung der Einheimischen in die chinesischen Vorhaben sowie die Anwendung weltweiter Ausleihestandards und der Risikoteilung, ebenso die Heranziehung von europäischen und asiatischen multilateralen Banken gleichermaßen.³⁵ Bisher sind nur 20 europäische Firmen der Industrie- und Baubranche in das Infrastruktur-Projekt eingebunden und lediglich 15 Prozent der europäischen Unternehmen gaben an, sich auf ein Seidenstraßen-Projekt beworben zu haben.³⁶ Im Grundsatz versucht die EU, die BRI in ein gemeinschaftliches Entwicklungsvorhaben mit gleichberechtigtem Zugang zu den einzelnen an der Seidenstraße angesiedelten Projekten umzuwandeln – jedoch unter Berücksichtigung der EU-Standards.³⁷

Europa erhielt bislang kein klares Bekenntnis zu fairen Wettbewerbsbedingungen und dem Abbau von Markthemmnissen.³⁸ In Europa sind bisher Griechenland und Italien, als erstes G7-Land, an der BRI beteiligt. Italien sieht die BRI als „ein Hilfsmittel zur Beschleunigung“ der Exportchancen für italienische Unternehmen.³⁹ Griechenland verspricht sich

³² Vgl. Sommer, T., 2019, S. 247.

³³ Vgl. CMS, Acuris Global, 2019, <https://de.statista.com> (Stand: 03.01.2021).

³⁴ Vgl. ebd.

³⁵ Vgl. Sommer, T., 2019, S. 247 f.

³⁶ Vgl. Dorloff, A., 2020, <https://www.tagesschau.de> (Stand: 28.12.2020).

³⁷ Vgl. Sommer, T., 2019, S. 248.

³⁸ Vgl. ebd., S. 232.

³⁹ Seisselberg, J., 2019, <https://www.tagesschau.de> (Stand: 27.12.2020).

durch die BRI, seine landwirtschaftlichen Produkte am großen chinesischen Markt anbieten zu können und hofft auf einen Verkauf des staatlich verschuldeten Elektrizitätswerks DEI an chinesische Investoren.⁴⁰ Bisher realisierte China in Griechenland bereits ein Projekt im Rahmen der BRI. Die chinesische Reederei China Ocean Shipping Company (COSCO) hat den „Hafen [Piräus] zur Drehscheibe chinesischer Exporte in die EU gemacht.“⁴¹ COSCO ist ebenso im Besitz von über der Hälfte der Anteile an den Häfen Valencia und Bilbao und so könnte in Zukunft der Mittelmeerraum zum Knotenpunkt des chinesischen Verkehrs in die EU werden.⁴²

Kritiker befürchten, dass China sowohl Griechenland als auch Italien als Fürsprecher für seine Interessen innerhalb der EU gewinnen will und sie so immer öfter für China statt für die EU Position beziehen.⁴³ So blockierte im Jahr 2017 die griechische Regierung eine gemeinsame Erklärung der 28 EU-Staaten, mit der die Menschenrechtssituation in China verurteilt werden sollte.⁴⁴

Eine weitere Gefahr sehen Kritiker darin, dass durch den Einfluss Chinas von den in der EU vereinbarten Standards und Werten abgewichen wird.⁴⁵ Auch einige der zentral- und osteuropäischen Länder erhoffen sich durch das 16+1-Format, Kontakte zu chinesischen Diplomatinen und Diplomaten zu stärken und den Blick chinesischer Partner von Westeuropa hin zur Region zu lenken. Yu spricht im Zusammenhang mit dem 16+1 Format sogar von einem erheblichen Potenzial zur Schaffung einer starken pro-China Lobbyarbeit innerhalb der EU.⁴⁶

Ein weiteres großes Projekt im Rahmen der BRI ist die derzeitige Errichtung der Pelješac-Brücke im EU-Land Kroatien. Sie wird sich von der kroatischen Küste zur Pelješac-Halbinsel spannen, von wo dann der Weg weiter zur Touristenhochburg Dubrovnik führt. Ein Landweg über Bosnien-Herzegowina wäre damit umgangen. Dieses Projekt wird für den Tourismus, die einheimischen Pendler sowie den regionalen Zusammenhalt als wichtig angesehen.⁴⁷ Den Zuschlag für das knapp 300 Mio. Euro Projekt erhielt eine

⁴⁰ Vgl. Dorloff, A., 2020, <https://www.tagesschau.de> (Stand: 28.12.2020).

⁴¹ Vgl. ebd.

⁴² Vgl. Bressan, M., 2020, S. 97, S.101.

⁴³ Vgl. Dorloff, A., 2020, <https://www.tagesschau.de> (Stand: 28.12.2020) sowie Seisselberg, J., 2019, <https://www.tagesschau.de> (Stand: 27.12.2020).

⁴⁴ Vgl. Lichter, J., 2019, www.handelsblatt.de (Stand: 06.01.2021).

⁴⁵ Vgl. Seisselberg, J., 2019, <https://www.tagesschau.de> (Stand: 27.12.2020).

⁴⁶ Vgl. Yu, J., 2018, S. 232.

⁴⁷ Vgl. Ladurner, U., 2020, <https://www.zeit.de> (Stand: 03.01.2021).

chinesische Staatsfirma, weshalb der Geldfluss „direkt aus dem EU-Budget in die chinesische Staatskasse fließen“ wird.⁴⁸

Das Zustandekommen von Außenhandel zwischen zwei Ländern und die daraus entstehenden Außenhandelsgewinne kann vereinfacht durch das Modell von David Ricardo dargestellt werden. Auf Basis dieses Modells kann der Handel für beide Länder vorteilhaft sein, wenn jedes Land diejenigen Güter exportiert, bei denen es über einen komparativen Vorteil verfügt. Dies zeigt, auch ärmere Volkswirtschaften können von einem Handel mit China profitieren, selbst wenn die Produktion dieser Länder ineffizienter als die von China ist, da sich Außenhandelsgewinne nicht aus absoluten, sondern aus komparativen Vorteilen ergeben. Ein absoluter Vorteil stellt somit keine hinreichende Bedingung für einen komparativen Kostenvorteil dar.⁴⁹ Allerdings hält das Modell den komplexen Gegebenheiten der Realität nicht stand. Viele der dem Modell „zugrunde liegenden sehr restriktiven Annahmen“ sind überholt und Ökonomen weisen auf das Risiko offener Märkte für nicht wettbewerbsfähige Länder hin.⁵⁰ So ist eine der grundlegenden Annahmen des Ricardo-Modells der internationale Freihandel ohne Reglementierung von Zöllen. Dies steht jedoch konträr zu Chinas Bemühungen, den eigenen Binnenmarkt auszubauen, Importe zu verringern und die Investitionen an Bedingungen zu knüpfen, dass eigene Unternehmen beauftragt werden müssen.

Ausblick

„Wie die Länder entlang der Seidenstraße von dieser sehr langfristig angelegten Vision profitieren werden, hängt ganz entscheidend von ihren Fähigkeiten ab, ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen einzubringen.“⁵¹

Aufgrund der dominanten Stellung Chinas im Welthandel einerseits und der Größe der chinesischen Volkswirtschaft andererseits fällt dem Land automatisch eine Führungsrolle zu. Hinzu kommt, dass mit dem zeitweiligen Rückzug der US-Regierung aus dem Pariser Klimaabkommen, dem Transpazifischen Partnerschaftsabkommen (TPP) und der grundlegenden Kritik an multilateralen Handelsabkommen ein noch größeres Führungsvakuum entstanden ist, das China für seine Interessen nutzen kann.⁵² Demzufolge

⁴⁸ Vgl. Ladurner, U., 2020, <https://www.zeit.de> (Stand: 03.01.2021).

⁴⁹ Vgl. Krugman, P.; Obstfeld, M., 2009, S. 71.

⁵⁰ Schüller, M.; Schüler-Zhou, Y., 2018, S. 28.

⁵¹ Ebd., S. 31.

⁵² Vgl. Schüller, M.; Schüler-Zhou, Y., 2018, S. 26.

ist weltweit mit einem größeren Einfluss Chinas auf die Gestaltung der globalen Handelsordnung zu rechnen.

Die USA entgegneten dem Einflussverlust mit der Ankündigung, zukünftig nur noch bilaterale Vereinbarungen mit dem Ziel einer Verbesserung der US-Position abzuschließen.⁵³ Diese Haltung der US-Regierung bildet für China und die EU eine Gefahr. So könnten Chinas Investitionen in die BRI auch als eine diplomatische Alternative zu ihren zunehmend angespannten Verhältnissen mit den USA sein und China so neue Absatzmärkte und Handelspartner erschließen.⁵⁴ Die „neue Seidenstraße“ könnte als Kommunikationsplattform gesehen und dazu genutzt werden, gemeinsam gegen den neuen Protektionismus aufzutreten.⁵⁵

⁵³ Vgl. Schüller, M.; Schüler-Zhou, Y., 2018, S. 30.

⁵⁴ Vgl. Yu, J., 2018, S. 233.

⁵⁵ Vgl. Schüller, M.; Schüler-Zhou, Y., 2018, S. 32.

Literaturverzeichnis

Baur, G.; Gladitz, R.; Erl, C. (2018): China kauft den Mittelstand – Schluss mit „Made in Germany?“, <https://www.br.de/br-fernsehen/sendungen/dokthema/china-kaufmittelstand-104.html> (Stand: 02.01.2021).

Becker, A.; Ebbighausen, R.; Papadimitriou, G.; Rujevic, N. (2018): Schuldenfalle Neue Seidenstraße?, <https://www.dw.com/de/schuldenfalle-neue-seidenstra%C3%9Fe/a-43467223> (Stand: 23.12.2020).

CMS, Acuris Global (2019): Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Anreize für chinesische und nicht-chinesische Investoren sich im nächsten Jahr an einem Projekt der Belt and Road Initiative zu beteiligen?, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1049553/umfrage/umfrage-zu-investitionsmoeglichkeiten-im-rahmen-der-neuen-seidenstrasse-nach-regionen> (Stand: 03.01.2021)

Dorloff, A. (2020): Chinas Mega-Projekt. Seidenstraße als Einbahnstraße, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/china-seidenstrasse-kritik-101.html> (Stand: 28.12.2020).

Felbermayr, G.; Sandkamp, A. (2019): Megatrends im Welthandel: Die neue Seidenstraße – Wachstumsregion zwischen Europa und Asien, München.

Hernig, M. (2018): Die Renaissance der Seidenstrasse. Der Weg des chinesischen Drachens ins Herz Europas, München.

Höllmann, T. (2011): Die Seidenstrasse, 3. Aufl., München.

Hurley, J.; Morris, S.; Portelance, G. (2018): Examining the Debt Implications of the Belt and Road Initiative from a Policy Perspective, in: CGD Policy Paper, Nr. 121 vom März 2018, S. 1-37.

Janson, M. (2020): Mehr Güterzüge zwischen China und Europa. Statista, <https://de.statista.com/infografik/23522/anzahl-der-zwischen-europa-und-china-gefahrenden-gueterzuege> (Stand: 06.01.2021).

Krugman, P.; Obstfeld, M. (2009): Internationale Wirtschaft: Theorie und Politik der Außenwirtschaft, 8. Aufl., Hallbergmoos.

- Ladurner, U. (2020):** EU und China – Eine Brücke vom Systemrivalen, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-03/eu-china-kroatien-bosnien-herzegovina-bruecke-neum-korridor> (Stand: 03.01.2021).
- Lichter, J. (2019):** HRI-Analyse: Chinas Neue Seidenstraße: Das Versagen des Westens, <https://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/research-institute/hri-analyse-chinas-neue-seidenstrasse-das-versagen-des-westens/24051100.html?ticket=ST-24364926-JITzfesqTYeLBFRDMOim-ap2> (Stand 06.01.2021).
- Popa, C.-E.; Liang, W. (2018):** The Impact of China’s “Belt and Road Initiative” on the European Union, in: Orăstean, R. u. a. (Hrsg.): Innovative Business Development – A Global Perspective, Schweiz, S. 301-314.
- Schüller, M.; Schüler-Zhou, Y. (2018):** China als Advokat des Freihandels?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. 68 vom April 2018, S. 26-32.
- Seisselberg, J. (2019):** „Neue Seidenstraße“, Italiens umstrittener Pakt mit Peking <https://www.tagesschau.de/ausland/seidenstrasse-italien-103.html> (Stand: 27.12.2020).
- Sommer, T. (2019):** China First – Die Welt auf dem Weg ins chinesische Jahrhundert, 3. Aufl., München.
- Yu, J. (2018):** The belt and road initiative: domestic interests, bureaucratic politics and the EU-China relations, in: Asia Europe Journal, Nr. 16 vom 28. März 2018, S. 223-236.

Auswirkungen der Schuldenbremse auf das Wachstum der Volkswirt- schaft in der aktuellen wirtschaftli- chen Situation

von

Lisa Eller

Einleitung

„Eine deutliche Mehrheit sorgt sich in der Corona-Krise mehr um die wirtschaftlichen Folgen als um die gesundheitlichen für Deutschland.“¹ Wie groß die Sorgen um die deutsche Wirtschaft sind, wird durch das Ergebnis einer Umfrage des ZDF-Politbarometers deutlich.² Durch einen deutlichen Anstieg des Konsums der Verbraucher im Sommer konnte sich die deutsche Wirtschaft von dem massiven Einbruch im zweiten Quartal des Jahres zwar kurzfristig erholen, dennoch sind die Sorgen der Bevölkerung nicht unberechtigt. Denn weiterhin ringen viele Unternehmen um ihre Existenz, Händler und Dienstleister sind von Schließungen bedroht und die Industrie rechnet mit Produktionseinbußen von rund zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr. Mit einem prognostizierten Rückgang des BIP für das Jahr 2020 von 5,1 Prozent lässt sich der durch die Corona Pandemie verursachte Wirtschaftseinbruch, mit dem der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 vergleichen. Damals verzeichnete das BIP ein Minus von 5,7 Prozent.³

Vor allem durch die fehlenden Steuereinnahmen und die hohen Hilfszahlungen für Unternehmen wird der Wirtschaftseinbruch für die Bundesregierung zur finanziellen Belastungsprobe, denn alle Mehrausgaben werden durch Kredite finanziert. Folglich steigen auch die Schulden des Staates.⁴ Dabei stellt sich insbesondere die Frage, wie sich dies mit der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse vereinbaren lässt. Im nachfolgenden Abschnitt soll dieser Problematik genauer auf den Grund gegangen werden sowie die Auswirkungen der Schuldenbremse auf das Wachstum der Volkswirtschaft in der aktuellen wirtschaftlichen Situation aufgezeigt werden.

Auswirkungen der Schuldenbremse auf das Wachstum der Volkswirtschaft in der aktuellen wirtschaftlichen Situation

Wirft man einen Blick auf den Konjunkturverlauf der letzten Jahre ist zu erkennen, dass seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 das reale BIP jährlich kontinuierlich gestiegen ist und sich die deutsche Wirtschaft in der Phase des Aufschwungs befand. Mit einem geringeren Plus als die vorherigen Jahre schwächte sich der Anstieg des BIP im Jahr 2019 zwar etwas ab,⁵ doch mit einem Minus von 2,2 Prozent im ersten Quartal des

¹ Vgl. o. V., 2020, <https://www.zdf.de> (Stand: 02.06.2020).

² Vgl. ebd.

³ Vgl. W&V Redaktion (Hrsg.), 2020, <https://www.wuv.de> (Stand: 23.12.2020).

⁴ Vgl. Funk, A., 2020, <https://www.tagesspiegel.de> (Stand: 23.12.2020).

⁵ Vgl. Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.), 2020, S. 64, (Stand: 23.12.20).

Jahres 2020 rutschte die deutsche Wirtschaft aufgrund der Corona-Krise in eine Rezession.⁶

In den ersten vier Monaten Jahres 2020 hat die Wirtschaft große Einbußen verzeichnen müssen. Die Ausgaben für den privaten Konsum sind enorm gesunken, Exporte sowie Importe sind rückläufig, insbesondere die Industrie hat mit einem starken Einbruch der Produktion sowie der Auftragsgewinnung zu kämpfen⁷ und auch die Arbeitslosenquote stieg zwischen den Monaten März und April von 5,1 auf 5,8 Prozent und erreichte im August 2020 einen Höchststand mit 6,1 Prozent.⁸ Folglich ist nun die gesamte Wirtschaft auf die finanzielle Hilfe von Bund und Ländern angewiesen. Dabei stellt sich nun die Frage, wie sich dies mit der seit 2009 im Grundgesetz festgelegten Schuldenbremse vereinen lässt. Denn diese legt zum einen fest, dass Einnahmen sowie Ausgaben des Staates ohne die Aufnahme neuer Kredite zu begleichen sind und zum anderen lässt diese eine Neuverschuldung von nur 0,35 Prozent des BIP zu. Ziel der Schuldenbremse ist die strikte Begrenzung der Staatsverschuldung und ein damit verbundenes Signal marktökonomischer Stabilität an die internationalen Finanzmärkte.⁹ Dabei ist allerdings zu erwähnen, dass für Naturkatastrophen oder auch vom Staat nicht beeinflussbare Notlagen Ausnahmeregelungen gelten. Die Überschreitung der Obergrenze in solchen Fällen kann nach Artikel 109 Absatz 3 des Grundgesetzes nur mit der Zustimmung der Mehrheit der Bundestagsabgeordneten erfolgen.

Zum ersten Mal hat die Regierung 2020 auf diese Ausnahmeregelung zurückgegriffen, wodurch eine durchaus höhere Verschuldung möglich war als die Schuldenbremse vorsieht. Denn würde die Schuldenbremse nicht vorübergehend unterbrochen werden, müsste der Staat enorme Sparmaßnahmen ergreifen.¹⁰ Wenn der Staat seine Ausgaben durch die Reduzierung staatlicher Transferzahlungen, wie bspw. Sozialleistungen privater Haushalte oder Subventionen an die Unternehmen verringert, spricht man von einer restriktiven Fiskalpolitik.¹¹ Die dabei entstehenden Überschüsse dienen zum einen dem Abbau von Schulden und zum anderen zur Rücklagenbildung zu Zeiten guter Konjunktur.

⁶ Vgl. Rudnicka, J., 2020, <https://de.statista.com> (Stand: 02.06.2020).

⁷ Vgl. Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.), <https://www.bundesfinanzministerium.de>, 2020 (Stand: 02.06.2020).

⁸ Vgl. Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.), 2020, <https://statistik.arbeitsagentur.de>, S. 64 (Stand: 23.12.20).

⁹ Vgl. Klump, R., 2013, S. 337. Dieser Grundsatz folgt der Regel des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts und des Fiskalvertrages, wonach die Haushalte der Mitgliedstaaten „annähernd ausgeglichen sein oder einen Überschuss aufweisen“ sollen.

¹⁰ Vgl. Riedel, D., 2020, <https://www.handelsblatt.com> (Stand: 23.12.2020).

¹¹ Vgl. Krugmann P.; Wells, R., 2017, S. 879.

Diese Rücklagen können in Konjunkturphasen des Abschwungs genutzt werden, um expansiv zu handeln, d. h. die Staatsausgaben wieder zu erhöhen und somit den Konsum anzukurbeln.¹² Auch die Steigerung der Einnahmen durch Steuererhöhungen sind Bestandteil einer restriktiven Fiskalpolitik. Diese Maßnahmen würden jedoch dazu führen, dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage sinkt.¹³ Dies hat wiederum zur Folge, dass ebenso der gesamtwirtschaftliche Wohlstand sinkt.¹⁴

Es wird also deutlich, dass Einsparungen des Staates in der aktuellen wirtschaftlichen Situation nicht zielführend sind. Die Bundesregierung hat sich daher an Stelle von Sparmaßnahmen für ein Aussetzen der Schuldenbremse und ein umfassendes Konjunkturpaket entschieden.¹⁵ Das bedeutet zwar, dass durch die Aufnahme von Krediten eine massiv hohe finanzielle Belastung für den Staat entsteht, zugleich aber auch eine Unterstützung für die privaten Haushalte geschaffen wird. Zudem kann eine Sicherung der Existenz von Unternehmen sowie ein Beleben der Wirtschaft gewährleistet werden. Bei der konkreten Ausgestaltung des Konjunkturprogramms sind zum einen zur Förderung der Kaufkraft finanzielle Zuschüsse für die Privathaushalte denkbar, wie beispielsweise Prämien für den Autokauf, wie sie bereits 2009 von der Bundesregierung gewährt wurden. Des Weiteren zog die Bundesregierung eine Senkung der Steuern in Betracht.¹⁶ Diese Maßnahmen sollen wieder zu einer Erhöhung der Nachfrage führen und somit auch zu einer Steigerung der Gesamtwohlfahrt. Denn die bestmögliche Förderung der Wohlfahrt versteht sich als das Leitziel wirtschaftspolitischen Handelns des Staates.¹⁷

Fazit

Aus den vorangegangenen Ausführungen wird deutlich, welche Auswirkungen die Corona-Pandemie auf die Wirtschaft in Deutschland hat und von welcher Bedeutung das Aussetzen der Schuldenbremse für die wirtschaftliche und konjunkturelle Entwicklung ist. Um die Unternehmen sowie auch die privaten Haushalte insbesondere finanziell zu

¹² Vgl. Gerginov, D., o. J., <https://www.gevestor.de> (Stand: 23.12.2020).

¹³ Vgl. Krugmann P.; Wells, R., 2017, S. 879.

¹⁴ Der Einfachheit halber wird hier an dieser Stelle von Wohlstand gesprochen, die durch das BIP gemessen wird. Wohlfahrt umfasst noch weitere Indikatoren, da aber im Vergleich zu ärmeren Ländern Staaten, die über ein hohes Pro-Kopf-Einkommen verfügen, praktisch bei allen Wohlfahrtsindikatoren bessere Werte aufweisen, ist dies an dieser Stelle ausreichend. Vgl. Mankiw, G., 2017, S. 53.

¹⁵ Vgl. Schäfers, M., 2020, <https://www.faz.net> (Stand: 02.06.2020).

¹⁶ Vgl. Bernau, P.; Bollmann, R., 2020, <https://www.faz.net> (Stand: 23.12.2020).

¹⁷ Vgl. Albers, H.-J.; Albers-Wodsak, G., 2015, S. 203.

unterstützen und die konjunkturellen Folgen so gering wie möglich zu halten, ist es unerlässlich die Schuldenbremse auszusetzen. Daher hat sich die Bundesregierung nicht nur für das Jahr 2020 für das Aussetzen dieser entschieden, vielmehr bleibt diese Regelung auch im Jahr 2021 bestehen.¹⁸

Sicherlich trägt das erneute Aussetzen der Schuldenbremse zur Verhinderung des Wohlfahrtsverlustes bei. Darüber hinaus stehen Bund und Ländern enorme Finanzmittel zur Verfügung, welche kurzfristig zur Abwendung der sozialen und ökonomischen Folgen, welche die Corona-Pandemie mit sich bringt, beitragen. Ob die Aussetzung der Schuldenbremse jedoch zu einem langfristigen Wirtschaftswachstum beiträgt, sei dahingestellt. Denn die lange Rückzahlungszeit der Schulden und die damit verbundene Übertragung auf nachfolgende Generationen dürfen dabei nicht außer Acht gelassen werden.

Abschließend lässt sich sagen, dass Deutschland im Moment zwar einen starken Wirtschaftseinbruch verkraften muss, die Aussichten für die nächsten Jahre jedoch gut sind. Laut aktuellen Prognosen soll das BIP 2021 um vier Prozent wachsen und Ende des Jahres könnte das Vorkrisenniveau wieder erreicht sein. Entscheidender Faktor für den zukünftigen Konjunkturverlauf ist allerdings die Entwicklung des Corona Infektionsgeschehens. Denn weitere Ausgangsbeschränkungen sowie Schließungen der Geschäfte sowie der Gastronomie- und Dienstleistungsbetriebe stellen erhebliche Hürden des wirtschaftlichen Aufschwungs dar.¹⁹

¹⁸ Vgl. Riedel, D., 2020, <https://www.handelsblatt.com> (Stand: 23.12.2020).

¹⁹ Vgl. Raskopf, C., 2020, <https://www.capital.de> (Stand: 23.12.2020).

Literaturverzeichnis

- Albers, H.-J.; Albers-Wodsak, G. (2015):** Volkswirtschaftslehre, 11. überarb. Aufl., Haan-Gruiten.
- Bernau, P.; Bollmann, R. (2020):** Mehrwertsteuer. Was bringt die Steuersenkung?, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/pro-und-contra-zur-mehrwertsteuer-senkung-im-konjunkturpaket-16803477.html> (Stand: 23.12.2020).
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2020):** Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt November 2020, <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/202011/arbeitsmarktberichte/monatsbericht-monatsbericht/monatsbericht-d-0-202011-pdf> (Stand: 23.12.2020).
- Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.) (2020):** Konjunktorentwicklung aus finanzpolitischer Sicht, BMF-Monatsbericht Mai 2020, https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/2020/05/Inhalte/Kapitel-4-Wirtschafts-und-Finanzlage/4-1-konjunktorentwicklung-aus-finanzpolitischer-sicht_pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (Stand: 02.06.2020).
- Funk, A. (2020):** Schwerste Rezession seit der Nachkriegszeit. Ein kräftiges Minus – und was es bedeutet, <https://www.tagesspiegel.de/politik/schwerste-rezession-seit-der-nachkriegszeit-ein-kraeftiges-minus-und-was-es-bedeutet/25788952.html> (Stand: 23.12.2020).
- Gerginov, D. (o. J.):** Restriktive Fiskalpolitik: Methoden und Ziele, <https://www.gevestor.de/details/restriktive-fiskalpolitik-methoden-und-ziele-652476.html> (Stand: 23.12.20).
- Klump, R. (2013):** Wirtschaftspolitik. Instrumente, Ziele und Institutionen, 3., überarb. Aufl., München u. a.
- Krugmann, P.; Wells, R. (2017):** Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Stuttgart.
- Mankiw, N. G. (2017):** Makroökonomik, 7. überarb. Aufl., Stuttgart.
- O. V. (2020):** ZDF-Politbarometer -Sorgen um die Wirtschaft im Vordergrund, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/politbarometer-coronavirus-wirtschaft-100.html> (Stand: 02.06.2020).

Raskopf, C. (2020): Konjunktur. Was Ökonomen für die Wirtschaft 2021 vorhersagen, <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/was-oekonomen-fuer-die-wirtschaft-2021-vorhersagen> (Stand: 23.12.2020).

Riedel, D. (2020): Staatsfinanzen. Mit Schuldenbremse kommen Staaten schneller aus der Krise, <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/staatsfinanzen-mit-schuldenbremse-kommen-staaten-schneller-aus-der-krise/26738838.html> (Stand: 23.12.20).

Rudnicka, J. (2020): Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland gegenüber dem Vorquartal (preis-, saison- und kalenderbereinigt) vom 3. Quartal 2016 bis zum 3. Quartal 2020, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2284/umfrage/veraenderung-des-bruttoinlandsprodukts-der-deutschen-wirtschaft/> (Stand: 02.06.2020).

Schäfers, M. (2020): Wer vom Konjunkturpaket profitieren könnte, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wer-vom-konjunkturpaket-profitieren-koennte-16781714.html> (Stand: 02.06.2020).

W&V Redaktion (Hrsg.) (2020): Prognose: Wirtschaft und Corona: Steiniger Weg aus der Krise, https://www.wuv.de/marketing/wirtschaft_und_corona_steiniger_weg_aus_der_krise (Stand: 23.12.2020).

Zur Sinnhaftigkeit eines zentralen Lobbyregisters im Europäischen Parlament

von

Max Färber

Einleitung

„Ein Abgeordneter betreibt mit dem Briefkopf des Bundestages Lobbyarbeit für ein undurchsichtiges Unternehmen, bei dem er selbst einen Direktorenposten bekleidet und von dem er Aktienoptionen hält: Der Fall des CDU-Politikers Philipp Amthor ist ungewöhnlich.“¹

Diese Pressemitteilung war Mitte 2020 deutschen Medien zu entnehmen und zeigte die Intransparenz des Lobbyismus in Deutschland. In Deutschland, so scheint es in der Karikatur (Abbildung 1) von Gerhard Mester können die Vertreterinnen und Vertreter organisierter Interessen durch einen gesonderten Eingang (Bezeichnung „Lobbyisten Eingang“) den Bundestag betreten.



Abbildung 1: Karikatur: Ab wann ist eine Einbindung von Verbänden sinnvoll und wer genießt den direkten Zugang zu den politischen Entscheidungsträgern?²

¹ Kersting, S.; Demling, A.; Dörner, A. (2020), <https://www.handelsblatt.com> (Stand: 17.06.2020).

² Karikatur von Gerhard Mester für die Landeszentrale für politische Bildung Ba-Wü, 2012. Enthalten in: Mach's klar: Die Mächtigen der Republik, Teil II Lobbyismus.

Im Gegensatz dazu ist im Hintergrund eine Menschenansammlung jeglicher Altersgruppen und Geschlechter zu erkennen, die ebenso vor dem Bundestag warten, aber augenscheinlich friedlich und eher unterwürfig versucht ihre Interessen der Politik vorzutragen.

Die Karikatur lässt die Interpretation zu, dass das politische Handeln und die politische Gewichtung und Ausrichtung von relevanten Themen von den Lobbyisten und nicht, wie es in einer Demokratie sein sollte, von den Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik Deutschland entschieden und geleitet wird.³

Doch wie ist die Lobbyarbeit auf europäischer Ebene einzuordnen? Wird in dem Bündnis aus 27 Ländern eine andere Form des Lobbyismus⁴ ausgelebt? Ein markanter Unterschied zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union ist die Einführung und Verwendung eines EU-Transparenzregisters, das das Europäische Parlament und die Europäische Kommission dazu verpflichtet, offenzulegen mit welchen Gruppen und Organisationen sie zusammenwirken.⁵

Der vorliegende Beitrag hat zum Ziel, die Sinnhaftigkeit der Anwendung dieses Registers auf das Europäische Parlament zu untersuchen, indem aufgezeigt wird, was für und was gegen ein solches Register spricht.

EU-Transparenzregister

Das Transparenzregister der Union ist eine interinstitutionelle Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission, welche im Jahr 2011 verfasst, 2014 überarbeitet und schließlich, mit Dekret zum 1. Januar 2015, durch den damaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments (2012-2017), Martin Schulz (SPD) und den aktuellen Vize-Präsident der Europäischen Kommission, Maroš Šefčovič, einem

³ Bereits 2001 wurde in der rot-grünen Koalition ein neuer Vorstandsbeschluss der SPD (durch Generalsekretär Franz Müntefering) an die Parteien in der BRD verschickt. Gegenstand ist ein „Element direkter Demokratie auf Bundesebene“. Darin soll an dem Grundpfeiler der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie festgehalten werden, jedoch sollen Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide eingeführt werden. Cem Özdemir (Grüne) sagt zu dieser Thematik: „Ließe man das Volk entscheiden, es hätte den Volksentscheid längst eingeführt. Noch immer entscheiden die Abgeordneten im Bundestag.“ Reinhold, T., 2001, <https://www.faz.net> (Stand: 03.08.2020).

⁴ „Lobbyismus, Lobbying oder Lobbyarbeit ist eine aus dem Englischen übernommene Bezeichnung für eine Form der Interessenvertretung in Politik und Gesellschaft, bei der Interessengruppen („Lobbys“) vor allem durch die Pflege persönlicher Verbindungen die Exekutive, die Legislative und andere offizielle Stellen zu beeinflussen versuchen. Außerdem wirkt Lobbying auf die öffentliche Meinung durch Öffentlichkeitsarbeit ein. Dies geschieht vor allem mittels der Massenmedien.“ Vgl. Plehwe, D., 2019, <https://www.bpb.de> (Stand: 18.11.2020).

⁵ Vgl. Europäische Union, 2020a, <https://ec.europa.eu> (Stand: 17.06.2020).

slowakischen Politiker und Diplomaten⁶, verabschiedet wurde.⁷ Das Register ist, wie in Abbildung 2 dargestellt, nach den Hauptmerkmalen und Instrumenten charakterisiert und soll drei zentrale Fragen beantworten.

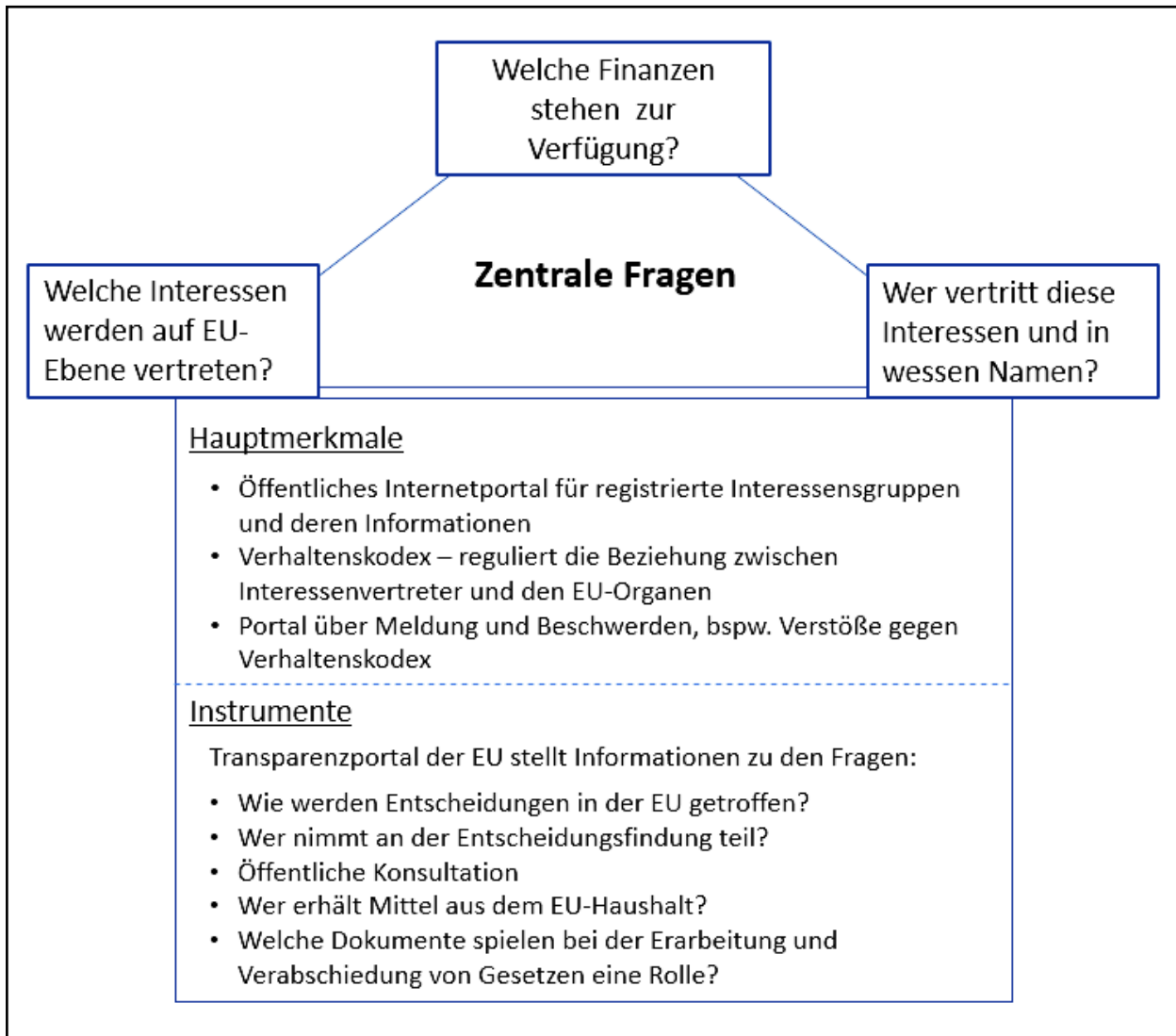


Abbildung 2: Charakterisierung des EU-Registers⁸

Um die Sinnhaftigkeit der Anwendung des Registers auf das Europäische Parlament zu prüfen, wird zunächst eine Einordnung der Rolle des Parlaments im Verhältnis zu den anderen EU-Organen durchgeführt (Abbildung 3).

⁶ Vgl. European Commission (Hrsg.), o. J., <https://ec.europa.eu> (Stand: 17.06.2020).

⁷ Vgl. Schulz, M.; Šefčovič, M., 19.09.2014, Amtsblatt der Europäische Union, L 277, S. 11 ff.

⁸ In Anlehnung an: Europäische Union (Hrsg.), 2020, <https://ec.europa.eu> (Stand: 17.06.2020).

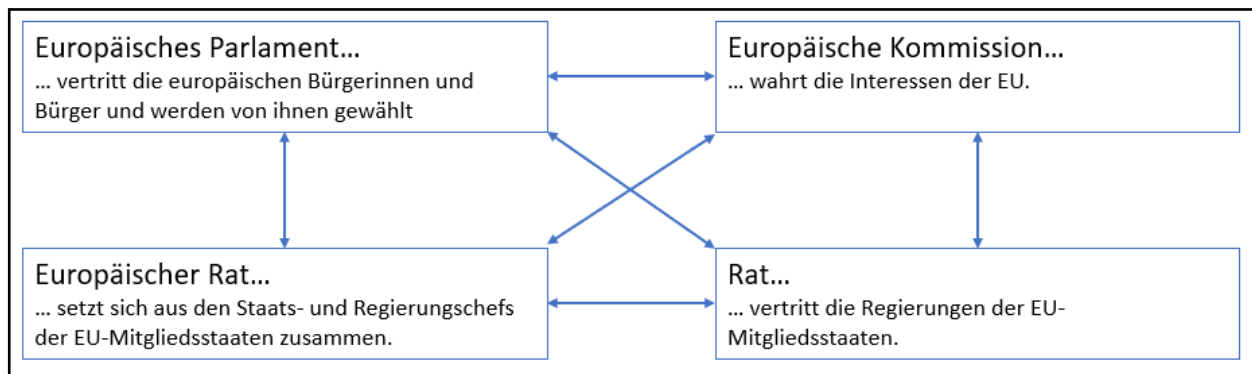


Abbildung 3: Die EU-Organe⁹

Zu erwähnen ist, dass die Eintragungen im Transparenzregister freiwillig sind und nur Anwendung im Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission finden. Der Europäische Rat und deren Vertretung ist nicht betroffen von jeglichen Transparentmachungen.

Was spricht für das zentrale Lobbyregister?

Ein Argument für die Sinnhaftigkeit eines EU-Transparentregisters ist, dass die Offenlegung über Lobbyarbeit und deren Lobbyisten ein „Fortschritt für die Demokratie“ ist, sagt Sven Giegold (Bündnis 90/Grüne).¹⁰ Für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union wird somit erkennbar, wer einen starken Einfluss auf Entscheidung in der Europapolitik hat. Ein weiterer damit verbundener Vorteil ist die Nachvollziehbarkeit darüber, in welchem Maß die Interessengruppen ihre Lobbyarbeit leisten und ob der Zugang weiterer Lobbys in die Politik gewährleistet ist.¹¹ Gabriele C. Klug, stellvertretende Vorsitzende von Transparency International, erklärt: „Nur wenn die Bürgerinnen und Bürger über die relevanten Informationen verfügen, auf denen politische Entscheidungen beruhen, ist eine breite politische Debatte möglich. So kann Populisten der Nährboden entzogen werden.“¹²

„Unsere Gesellschaft ist immer kleinteiliger organisiert. Es gibt immer kleinteiligere Interessen, die Interessen werden immer kleinteiliger vertreten. Deshalb ist es zwingend und ganz natürlich, dass die Zahl der Interessenvertreter steigt.“, sagt Hubert Koch, der Un-

⁹ In Anlehnung an: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union (Hrsg.), 2018, S. 7.

¹⁰ Vgl. Fanta, A., 2019, <https://netzpolitik.org> (Stand: 18.06.2020).

¹¹ Vgl. Meier, B.; Ritter, F., 2018, S. 137.

¹² Transparency International Deutschland e. V. (Hrsg.), 2018, <https://www.transparency.de> (Stand: 18.06.2020).

ternehmens- und Verbandsvertretern Fähigkeiten zur selbstständigen Interessenvertretung vermittelt.¹³ Ein stetiges Wachstum der Lobbyarbeit sollte in einem Register organisiert werden, um die Strukturen der Interessensgruppen sowie deren Größe und/oder Bedeutung in Relation zu anderen Branchen/Interessengruppen nachvollziehbar zu machen. Die Organisation der stetig steigenden Lobbyistinnen und Lobbyisten in einem Register kann mit dem Wachstum von Unternehmen verglichen werden. Wenn das Unternehmen ein gewisses Wachstum oder eine gewisse Größe erreicht hat, muss es eine Reorganisation erleben, um den neuen Anforderungen gerecht zu werden. Dies kann nach Ansicht des Verfassers analog zum steigenden Wachstum der Lobbyarbeit im Europäischen Parlament und der Europäischen Union angesehen werden.

Was spricht gegen das zentrale Lobbyregister?

Zu kritisieren gilt die freiwillige Eintragung in das Lobbyregister aufgrund einer interinstitutionellen Vereinbarung, ohne eine rechtlich bindende Grundlage. Die Folge, die daraus resultiert ist, dass „...das Register kein korrektes Bild liefern, wer die EU-Entscheidungsprozesse bei welchen Themen, in wessen Interesse und mit welchem Budget beeinflusst.“¹⁴ Dies führt zu einem Nachteil für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union, die durch das Europäische Parlament vertreten werden.

Zweifel an der Sinnhaftigkeit eines Transparenzregisters liefert außerdem die fehlende Anwendung über alle Organe in der Europäischen Union. Der Europäische Rat ist - im Gegensatz zur Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament - in der aktuellen Form des Lobbyregisters nicht zur Offenlegung verpflichtet.¹⁵ Im Jahr 2016 hat die Europäische Kommission eine Reform des Transparenzregisters im Hinblick auf die Erweiterung auf alle EU-Institutionen vorgeschlagen.¹⁶ Umgesetzt wurde diese wegen grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parlament und der Kommission jedoch nicht.¹⁷ Die „Alliance for Lobbying Transparency and Ethics Regulation“ (Alters-EU) hat zu diesem Hintergrund eine Studie durchgeführt und entsprechende

¹³ Vgl. Meier, B.; Ritter, F., 2018, S. 145.

¹⁴ Vgl. Katzemich, N., 2016, S. 9.

¹⁵ Vgl. Schulz, M.; Šefčovič, M., 19.09.2014, Amtsblatt der Europäische Union, L 277, S. 11 ff.

¹⁶ Europäische Kommission (Hrsg.), 2016, <https://ec.europa.eu> (Stand: 18.06.2020).

¹⁷ Die Kommission verlangt bspw., dass das Parlament die Treffen mit Interessenvertretern mit einem Eintrag ins Transparenzregister verknüpft. Vgl. Bundesverband der Deutschen Industrie e. V., 2019, <https://bdi.eu> (Stand: 18.06.2020).

Empfehlungen formuliert. Eine Empfehlung ist die deutliche Verbesserung der Lobby-Transparenzregeln auf nationaler Ebene.¹⁸

Ein weiterer Aspekt, warum das Konzept des EU-Transparenzregisters in Frage gestellt werden kann, ist die „Rettung“ von Unternehmen und Organisationen, die Lobbyarbeit in Brüssel leisten wollen, in Beratungsfirmen und Rechtskanzleien, welche die Interessen ihrer Kunden und Mandanten in Brüssel vertreten.¹⁹

Fazit

Werden die Argumente gegen und für ein zentrales Lobbyregister im Europäischen Parlament gegenübergestellt, dann stehen sich zwei Seiten gegenüber. Die eine Seite, die den Grundsatz der Demokratie in der Europäischen Union stärken möchte und daher den Lobbyismus transparent in Form eines rechtlich bindenden Lobbyregisters umsetzen möchte. Auf der anderen Seite stehen die Unternehmen, Verbände und Interessenvertreter, die ihre Lobbyarbeit, die damit verbundenen finanziellen Aufwendungen und Interessenthemen außerhalb der Hörigkeit der Bürgerinnen und Bürger der EU vertreten möchten.

Die EU erklärt auf ihrer Homepage: „Die Bürgerinnen und Bürger sind dazu aufgefordert, zum demokratischen Leben in der Union beizutragen, indem sie ihre Ansichten zur EU-Politik mitteilen oder Änderungen und neue Strategien vorschlagen.“²⁰ Doch ist dies bei einer intransparenten Lobbyarbeit in vollem Umfang möglich?

¹⁸ Vgl. Pavlou, A., 2016, S. 13.

¹⁹ Vgl. Katzemich, N., 2016, S. 2.

²⁰ Europäische Union (Hrsg.), 2020b, <https://europa.eu> (Stand: 19.06.2020).

Literaturverzeichnis

Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union (Hrsg.) (2018): Die Europäische Union – Was sie ist und was sie tut, doi:10.2775/8159 (Stand: 18.06.2020), Luxemburg.

Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (Hrsg.) (2019): Verhandlungsstillstand bei der Reform des EU-Transparenzregisters, <https://bdi.eu/artikel/news/verhandlungsstillstand-bei-der-reform-des-eu-transparenzregisters> (Stand: 18.06.2020).

Europäische Union (Hrsg.) (2020a): Warum ein Transparenzregister?, https://ec.europa.eu/transparencyregister/public/staticPage/displayStaticPage.do?locale=de&reference=WHY_TRANSPARENCY_REGISTER (Stand: 17.06.2020).

Europäische Union (Hrsg.) (2020b): Ziele und Werte der EU, https://europa.eu/european-union/about-eu/eu-in-brief_de#transparente-und-demokratische-institutionen (Stand: 19.06.2020).

Europäische Kommission (Hrsg.) (2016): Kommission leitet Konsultation zum Transparenzregister ein und bittet Interessenträger um Stellungnahme zu einem künftigen verbindlichen System für alle EU-Organe, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_16_462 (Stand: 18.06.2020).

European Commission (Hrsg.) (o. J.): The Commissioners – Vice-President Maroš Šefčovič, https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/sefcovic_en#timeline (Stand: 17.06.2020).

Fanta, A. (2019): Lobbyregister: EU-Parlament stimmt überraschend für mehr Transparenz, <https://netzpolitik.org/2019/lobbyregister-eu-parlament-stimmt-ueberraschend-fuer-mehr-transparenz> (Stand: 18.06.2020).

Katzemich, N. (2016): Anwälte als Lobbyisten – ein undurchsichtiges Geschäft, Alliance for Lobbying Transparency and Ethics Regulation, Brüssel.

Kerstin, S.; Demling, A.; Dörner, A. (2020): Causa Amthor: Grüne sehen Chance für mehr Transparenz bei Lobbyarbeit, <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/interessenkonflikt-causa-amthor-gruene-sehen-chance-fuer-mehr-transparenz-bei-lobbyarbeit/25914430.html> (Stand: 17.06.2020).

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.) (2012): Die Mächtigen der Republik, in: Mach´s klar! Politik – einfach erklärt, Ausgabe 3/2012.

Meier, B.; Ritter, F. (2018): Informiert oder manipuliert – ist die Politik den Lobbyisten hörig?, in: Kösters, J.; Ließmann, H.; Wellmann, K.-H. (Hrsg.): Welt der Wirtschaft – Neue Fragen, einfach erklärt, Bonn, S. 134-145.

Pavlou, A. (2016): National Representations in Brussels – Open for Corporate Lobbyists, Alliance for Lobbying Transparency and Ethics Regulation (ALTER-EU), Brüssel.

Plehwe, D. (2019): Einleitung: Lobbyismus und Demokratie, <https://www.bpb.de/politik/wirtschaft/lobbyismus/288510/einleitung-lobbyismus-und-demokratie> (Stand: 18.11.2020).

Reinhold, T. (2001): Mehr Gewicht für Volkes Stimme, <https://www.faz.net/aktuell/politik/direkte-demokratie-mehr-gewicht-fuer-volkes-stimme-119859.html> (Stand: 03.08.2020).

Schulz, M.; Šefčovič, M. (2014): Rechtsvorschriften - Rechtsakte ohne Gesetzescharakter - Interinstitutionelle Vereinbarungen, in: Amtsblatt der Europäischen Union, L 277, S. 11-24.

Transparency International Deutschland e. V. (Hrsg.) (2018): Informationsfreiheits-tag: Transparenz ist die Voraussetzung für eine lebendige Demokratie, <https://www.transparency.de/aktuelles/detail/article/informationsfreiheitstag-transparenz-ist-die-voraussetzung-fuer-eine-lebendige-demokratie> (Stand: 18.06.2020).

Helikoptergeld – Eine Wunderwaffe der Zentralbank in der Corona Krise?

von

Jana Fischer

Die Geldpolitik steht vor Herausforderungen

Die aktuelle Geldpolitik stößt an ihre Grenzen. Die Maßnahmen der EZB sind nahezu ausgeschöpft. Nicht nur die konventionellen Maßnahmen der EZB wie Offenmarktgeschäfte, ständige Fazilitäten und die Mindestreserve zeigen kaum noch Wirkung, sondern auch die unkonventionellen Maßnahmen, die unter dem Überbegriff Quantitative Easing zusammengefasst werden können, bringen die EZB momentan nicht zu ihrem Ziel die Inflation bei unter, aber nahe zwei Prozent zu halten.¹ Deutschland befindet sich zurzeit in einer Liquiditätsfalle, in der geldpolitische Instrumente ihre Wirksamkeit verlieren.²

Durch die Corona Pandemie wird dieser Effekt weiter verstärkt. Die Realwirtschaft wurde durch Shutdowns, Ausgangssperren und den Stillstand des öffentlichen Lebens weltweit weitestgehend heruntergefahren.³ Die Arbeitslosenquote steigt, die Inflationsrate stagniert und die europäische Konjunktur steht kurz vor der Rezession.⁴ Die Konsumstimmung befindet sich im Mai 2020 auf einem neuen Rekordtief.⁵

Doch wie will die EZB reagieren? Noch tiefere Leitzinsen oder noch höhere Anleihekäufe? Es werden vermehrt Stimmen laut, die der Meinung sind, dass diese Maßnahmen nicht ausreichen werden. Kann vor diesem Hintergrund das Helikoptergeld als eine ungenutzte Wunderwaffe in der Corona Krise dienen?

Die aktuelle Diskussion über das Helikoptergeld

Unter Helikoptergeld versteht man den einmaligen Transfer von frischem Geld durch die EZB an alle Bürgerinnen und Bürger. Der Transfer erfolgt direkt an die Bevölkerung, d. h. es findet keine Transmission über den Interbankenmarkt wie etwa beim Quantitative Easing statt. Das Helikoptergeld ist an keinerlei Bedingung für die Empfänger geknüpft. Die Höhe der Zahlung wird von der EZB festgelegt. Ziel ist es, den Konsum anzuregen und damit die Verbraucherpreise leicht steigen zu lassen. Durch das Helikoptergeld wird

¹ Vgl. Fels, J., 2016, <https://www.wiwo.de> (Stand: 02.06.2020).

² Vgl. Lange, K., 2003, <https://www.manager-magazin.de> (Stand: 03.06.2020). In der Liquiditätsfalle liegt ein waagerechter Verlauf der LM-Kurve vor. Vgl. Mankiw, N. G.; Taylor, M. P., 2018, S. 984 f.

³ Vgl. Diermeier, M; Obst T., 2020, <https://www.iwkoeln.de> (Stand: 02.06.2020).

⁴ Vgl. o. V., 2020, <https://www.zeit.de> (Stand: 08.11.2020).

⁵ Vgl. Suhr, F., 2020, <https://de.statista.com> (Stand: 08.06.2020).

die Geldmenge dauerhaft erhöht. Die Geldschöpfung erfolgt hierbei durch die Zentralbank.⁶ Das Helikoptergeld kann als eine moderne Variante der Fiskalpolitik verstanden werden, bei der fiskalische Transfers durch die Geldschöpfung der Zentralbank finanziert werden würden.⁷ Dabei findet eine ähnliche Umverteilung statt wie bei einer kreditfinanzierten Erhöhung staatlicher Transferausgaben, die durch künftige Steuereinnahmen in der Zukunft zu decken sind.⁸

Erstmals wurde das Helikoptergeld von Milton Friedman in seinem Essay „Die optimale Geldmenge und andere Essays“ von 1970 ausgeführt. Er beschrieb das Helikoptergeld folgendermaßen: „Wir wollen nunmehr annehmen, daß eines Tages ein Hubschrauber über dieses Land fliegt und 1000 Dollar in Banknoten abwirft, [...] Wir wollen weiterhin davon ausgehen, daß es sich hierbei um einen einmaligen, nicht wiederholbaren Vorfall handelt.“⁹

In seinem Essay „die optimale Geldmenge und andere Essays“ stellte er das Helikoptergeld in verschiedenen theoretischen Modellen dar. Bei einer einmaligen, endgültigen Änderung der nominalen Geldmenge würden sich laut Friedman folgende Auswirkungen ergeben: Jedes Individuum verdopple zunächst durch das Helikoptergeld seine Kassenhaltung.¹⁰ Wenn es sich dazu entschliefte das Geld zusätzlich zu halten, hätte das Helikoptergeld keinerlei Auswirkungen. Dieses Verhalten sei aufgrund der Einmaligkeit jedoch nicht zu erwarten. Stattdessen werde das zusätzliche Geld nach den individuellen Präferenzen ausgegeben, bis zum Erreichen der ursprünglichen Kassenhaltung. In der Übergangszeit hin zur ursprünglichen Kassenhaltung fänden Anpassungsprozesse statt, in der sich die Preise und die Produktion unterschiedlich schnell verändern würden. Durch das Helikoptergeld würden die Preise ansteigen, in welchem Niveau sei jedoch unklar. Friedman gab jedoch zu bedenken, dass sich nur wenig über den Anpassungsprozess voraussagen lasse und dadurch die Auswirkungen nicht eindeutig vorherzusagen seien.¹¹

⁶ Vgl. Massenot, B., 2020, <https://safe-frankfurt.de> (Stand: 02.06.2020).

⁷ Vgl. Illing, G., 2015, S. 139.

⁸ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2016, S. 191.

⁹ Friedman, M. 1970, S. 14.

¹⁰ Kassenhaltung bezeichnet das Halten von Bar- und Buchgeldbeständen, um zukünftige Zahlungsverpflichtungen termin- und beitragsgenau erfüllen zu können; vgl. Michler, A. (o. J.).

¹¹ Vgl. Friedman, M. 1970, S. 14 ff.

Das Gedankenspiel Friedmans ist nicht als eindeutige Handlungsempfehlung seinerseits zu verstehen, vielmehr deutete er an, dass das Helikoptergeld Unsicherheiten mit sich bringt. Dieses theoretische Konstrukt von 1969 ist nur bedingt auf die heutige Lage anwendbar. Während Friedman davon ausging, dass das gesamte Helikoptergeld für Konsumzwecke verausgabt wird, ist in der momentanen Situation nicht davon auszugehen. Eine Krisensituation ist von großen Unsicherheiten und Existenzängsten der Menschen geprägt, welche das zusätzliche Geld großer Voraussicht nach eher sparen würden. Damit wäre das gewünschte Ziel des Helikoptergeldes verfehlt.¹²

Das Helikoptergeld war bislang ein theoretisches Konstrukt. Für einige Staaten wird es durch die Corona Krise zur Realität, wenn auch in abgewandelter Form. Die Regierung Hongkongs plant allen erwachsenen Bürgerinnen und Bürgern einmalig umgerechnet 1'200 Euro zu zahlen. Die USA planen ebenfalls vergleichbare Maßnahmen. Laut enger Definition sind solche Zahlungen jedoch nicht dem Helikoptergeld zuzuordnen, da das Geld nicht von der Zentralbank stammt. Diese Beispiele kommen der ursprünglichen Idee des Helikoptergeldes dennoch sehr nahe.¹³

Befürworterinnen und Befürworter des Helikoptergeldes betrachten dieses als eine gerechtere Alternative zum Quantitative Easing. Durch die Anleihekäufe der EZB profitieren in erster Linie Menschen der Ober- und Mittelschicht. Niedrige Zinssätze führen tendenziell zu höheren Immobilien- und Aktienpreisen, zudem können Kredite günstiger refinanziert werden. Geringverdiener und Arbeitslose haben oftmals keinen Zugang zu Krediten.¹⁴ Deshalb bietet Helikoptergeld eine gerechtere Alternative, da dieses alle Menschen gleichermaßen besserstelle. Helikoptergeld kommt direkt und bei allen Menschen an.¹⁵ Zudem wäre das Helikoptergeld schnell und unbürokratisch. Schnelligkeit ist in Krisenzeiten, wie wir sie momentan erleben, essenziell für die Wiederherstellung einer Stabilisierung.

Das Helikoptergeld würde den Staatshaushalt entlasten, dieser müsste sich nicht zusätzlich verschulden.¹⁶ Das würde vor allem solchen Nationen im Euroraum zugutekommen, die schon mit einem sehr hohem Verschuldungsgrad zu kämpfen haben. Des

¹² Vgl. Suhr, F., 2020, <https://de.statista.com> (Stand: 08.06.2020).

¹³ Vgl. Diermeier, M; Obst T., 2020, <https://www.iwkoeln.de> (Stand: 02.06.2020).

¹⁴ Vgl. Massenet, B., 2020, <https://safe-frankfurt.de> (Stand: 02.06.2020).

¹⁵ Vgl. Fritsche, J., 2020, <https://www.wirtschaftsdienst.eu> (Stand: 01.06.2020).

¹⁶ Vgl. Diermeier, M; Obst T., 2020, <https://www.iwkoeln.de> (Stand: 02.06.2020).

Weiteren ist das Helikoptergeld eine Maßnahme, durch welche keine Verwerfungen an Finanzmärkten, wie etwa beim Quantitative Easing, stattfinden würden.¹⁷

Doch das Helikoptergeld birgt auch zahlreiche Gefahren. Die Folgen sind nicht absehbar, da dieses Instrument noch unerprobt ist.¹⁸ Schon Friedmann sah bei seinen Ausführungen diese Risiken.¹⁹ Das Helikoptergeld gilt als die letzte Möglichkeit, die die EZB noch hat.²⁰ Es ist eher als eine politische Entscheidung zu sehen und übersteige das Mandat der EZB so Bundesbankpräsident Jens Weidmann.²¹ Die Grenzen zwischen Fiskalpolitik und Geldpolitik verschwimmen dahingehend zunehmend.²² Das Instrument des Helikoptergeldes ist somit eher der Konjunkturpolitik zuzuordnen, wodurch Zweifel an der Unabhängigkeit der EZB laut werden würden. Zudem wären die rechtlichen Konsequenzen für die EZB nicht absehbar, die EZB muss sich momentan bereits für die Anleihekäufe vor dem Bundesverfassungsgericht rechtfertigen.²³ Durch das Helikoptergeld könnte das Vertrauen in das Geldsystem minimiert werden.²⁴ Bei dem Einsatz von Helikoptergeld würde sich die EZB in eine missliche Lage bringen, denn „eine Notenbank, die Geld verschenkt, wird kaum mehr die Kontrolle über die Notenpresse wiedererlangen können.“²⁵ Es sei auch davon auszugehen, dass ein Gewöhnungseffekt bei der Bevölkerung und dem Staat eintrete. Bei erneuter Notlage würden die Schreie nach Helikoptergeld wieder laut werden.²⁶

Der Ausblick

Zusammenfassend ist zu sagen, dass das Helikoptergeld zwar eine Möglichkeit ist, den Konsum und damit die Realwirtschaft wieder anzukurbeln, jedoch sind die Auswirkungen dieses Instruments vor dem Hintergrund der Krisensituation nicht vorhersehbar und stehen nicht in Relation zu den möglichen positiven Auswirkungen. Das Helikoptergeld ist die letzte denkbare Maßnahme und wäre eher ein Eingeständnis von Hilflosigkeit der EZB, auf rechtlich unsicherem Untergrund, die die Geldwertstabilität verschlechtern

¹⁷ Vgl. Illing, G., 2015, S. 142 f.

¹⁸ Vgl. Fritsche, J., 2020, <https://www.wirtschaftsdienst.eu> (Stand: 01.06.2020).

¹⁹ Vgl. Friedman, M., 1970, S. 14 ff.

²⁰ Vgl. Diermeier, M; Obst T., 2020, <https://www.iwkoeln.de> (Stand: 02.06.2020).

²¹ Vgl. o. V., 2016, <https://www.faz.net> (Stand: 02.06.2020).

²² Vgl. Dörner, A.; Mallien J., 2020, <https://www.faz.net> (Stand: 03.06.2020).

²³ Vgl. Presseabteilung des Bundesverfassungsgerichts (Hrsg.), 2020, Nr. 32/2020, <https://www.bundesverfassungsgericht.de> (Stand: 06.06.2020).

²⁴ Vgl. Becker, T. u. a., 2020, S. 68.

²⁵ Issing, O., <https://www.welt.de> (Stand: 09.08.2020).

²⁶ Vgl. Göpfert, A., 2020, <https://www.tagesschau.de> (Stand: 03.06.2020).

kann. Das Helikoptergeld ist keine Wunderwaffe, sondern eine Waffe, deren Maß an Zerstörung nicht absehbar ist.

Literaturverzeichnis

Becker, T. u. a. (2020): Schlimmer als Lehmann, DER SPIEGEL, S. 68.

Diermeier, M; Obst, T. (2020): IW-Kurzbericht 28/2020, Helikopter gegen die Krise?
https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2020/IW-Kurzbericht_2020_Helikopter-neu.pdf (Stand: 02.06.2020).

Fels, J. (2016): „Die Geldpolitik stößt zunehmend an ihre Grenzen“,
<https://www.wiwo.de/finanzen/boerse/joachim-fels-die-geldpolitik-stoesst-zunehmend-an-ihre-grenzen/13048236.html> (Stand: 02.06.2020).

Friedman, M. (1970): Die optimale Geldmenge und andere Essays.

Fritsche, J. (2020): Negative Einkommensteuer: Faire Alternative, <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2020/heft/5/beitrag/negative-einkommensteuer-faire-alternative.html> (Stand: 01.06.2020).

Göpfert, A. (2020): <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/boerse/coronavirus-ezb-helikoptergeld-101.html> (Stand: 03.06.2020).

Illing, G. (2015): Unkonventionelle Geldpolitik - kein Paradigmenwechsel" Die Geldpolitik stößt zunehmend an ihre Grenzen", Nr. 16(2), S. 127-150.

Mankiw, N. G.; Taylor, M. P. (2018): Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 7., überarb. Aufl., Stuttgart.

Massenot, B. (2020): Helikoptergeld: eine gerechtere Geldpolitik, <https://safe-frankfurt.de/de/aktuelles/safe-finance-blog/details/helikoptergeld-eine-gerechtere-geldpolitik.html> (Stand: 02.06.2020).

Michler, A. (o. J.): Stichwort „Kassenhaltung“ in Gabler Wirtschaftslexikon,
<https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/kassenhaltung-41113>.
(Stand: 16.08.2020).

Presseabteilung des Bundesverfassungsgerichts (Hrsg.) (2020): Nr. 32/2020
<https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020/bvg20-032.html> (Stand: 06.06.2020).

O. V. (2016): Geldgeschenke von der EZB? Weidmann gegen „Helikopter-Geld“,
<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/geldgeschenke-von-der-ezb-weidmann-gegen-helikopter-geld-14136253.html> (Stand: 02.06.2020).

O. V. (2020): Eurozone steht vor Rezession von „historischen Ausmaßen“, <https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-05/eu-kommission-coronavirus-konjunktur-prognose-rezession-wirtschaftskrise> (Stand: 08.11.2020).

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, (Hrsg.) (2016): Jahresgutachten 2016/17, Zeit für Reformen, Wiesbaden.

Suhr, F. (2020): Konsumklima auf historischem Tiefstand, <https://de.statista.com/infografik/21264/entwicklung-des-konsumklimaindex-in-deutschland/> (Stand: 08.06.2020).

Zschäpitz, H.; Ettel, A.; Issing, O. (2016): Das unkalkulierbare Risiko des Helikoptergeldes, <https://www.welt.de/finanzen/article154570673/Das-unkalkulierbare-Risiko-des-Helikoptergeldes.html> (Stand: 09.08.2020).

Umwelteinfluss und Anreize der zusätzlichen Umweltsteuer auf Diesel-Kraftfahrzeuge

von

Bahia Fox

Steuern als wirtschaftspolitischer Markteingriff

In der sozialen Marktwirtschaft ist die Rolle des Staates wesentlich stärker definiert als in der freien Marktwirtschaft. So hat der Staat verschiedene Möglichkeiten in die Marktmechanismen einzugreifen. Das Ziel dabei ist es, den Markt durch Eingreifen zu beeinflussen, wodurch das Marktgleichgewicht verändert wird. Eine marktkonforme Möglichkeit und ebenfalls eine der Hauptaufgaben des Staates in der sozialen Marktwirtschaft, ist das Erheben von Steuern (siehe Abbildung 1 und Abbildung 2). Das Erheben von Steuern finanziert nicht nur den Staatshaushalt, sondern soll vor allem das Verbraucherverhalten beeinflussen und durch künstliche Verteuerung der Produkte grundlegende Verhaltensänderungen der Marktteilnehmer*innen herbeiführen.¹ Jedoch darf diese grundlegende Verhaltensänderung nicht zu extrem ausfallen, da dem Staat sonst wichtige Staatseinnahmen durch eine sinkende Güternachfrage fehlen könnten.²

Ob die Steuer nun käufer- oder verkäuferseitig erhoben wird, macht im Endergebnis keinen Unterschied. Wird eine Steuer auf die Nachfrage (siehe Abbildung 1) erhoben, so verschiebt sich die Nachfragekurve in Höhe der Steuer nach unten – die Zahlungsbereitschaft der Nachfrager*innen sinkt. Wird die Steuer auf das Angebot (siehe Abbildung 2) erhoben, verschiebt sich die Angebotskurve nach oben – die Anbieter*innen verlangen einen höheren Preis für ihr Gut. Jedoch ist in dieser Preiserhöhung zunächst kein Mehrertrag für die Anbieter*innen enthalten, sondern lediglich die Steuer, die der Staat erhält. In beiden Fällen geben die jeweiligen Steuerzahler*innen einen Teil der Steuerlast an die jeweils andere Seite weiter, was zum gleichen Effekt führt: Käufer*innen und Verkäufer*innen teilen sich die Steuerlast.³

¹ Diese Art der Steuer wird Pigou-Steuer genannt. Sie hat keinen direkten Fiskalzweck, sondern dient unterstützend der Lenkung grundlegender Verhaltensänderungen der Verbraucher*innen. Vgl. Wigger, B., 2006, S. 62-64.

² Vgl. Krugman, P.; Wells, R., 2017, S. 202-211.

³ Vgl. ebd., 2017, S. 194-197.

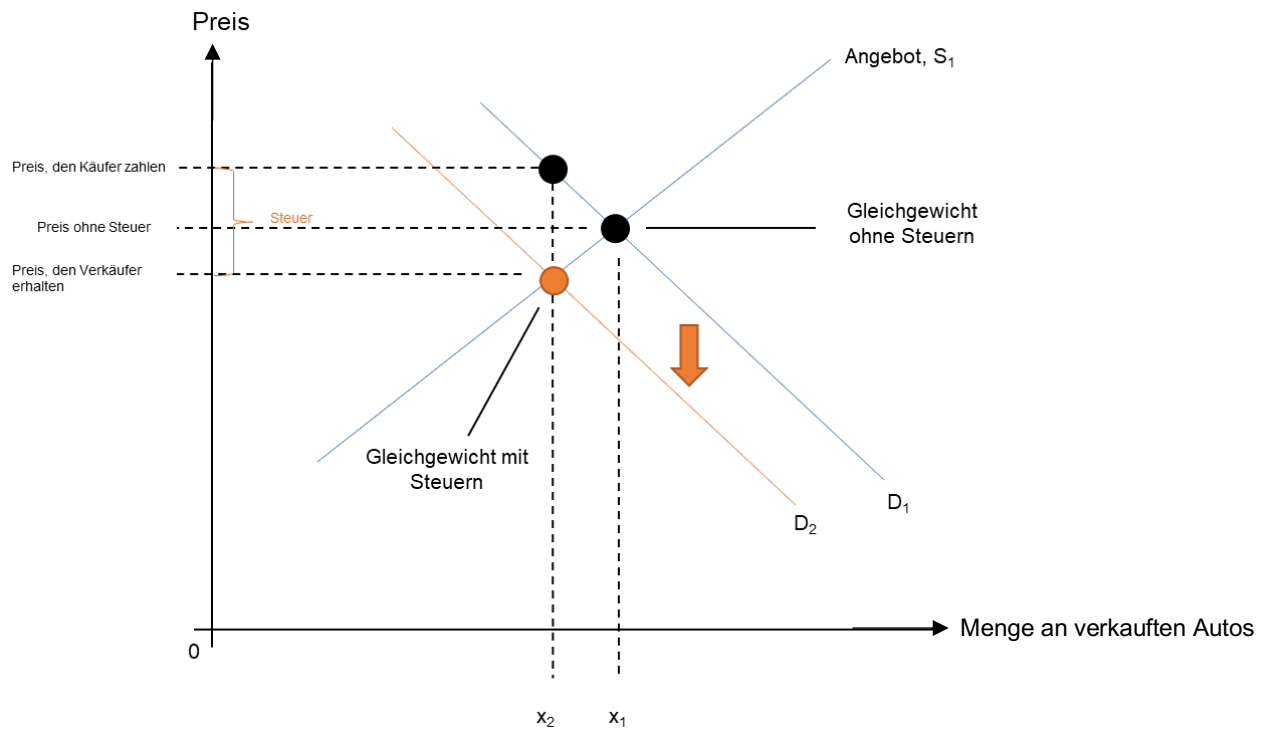


Abbildung 1: Besteuerung der Käufer*innen.⁴

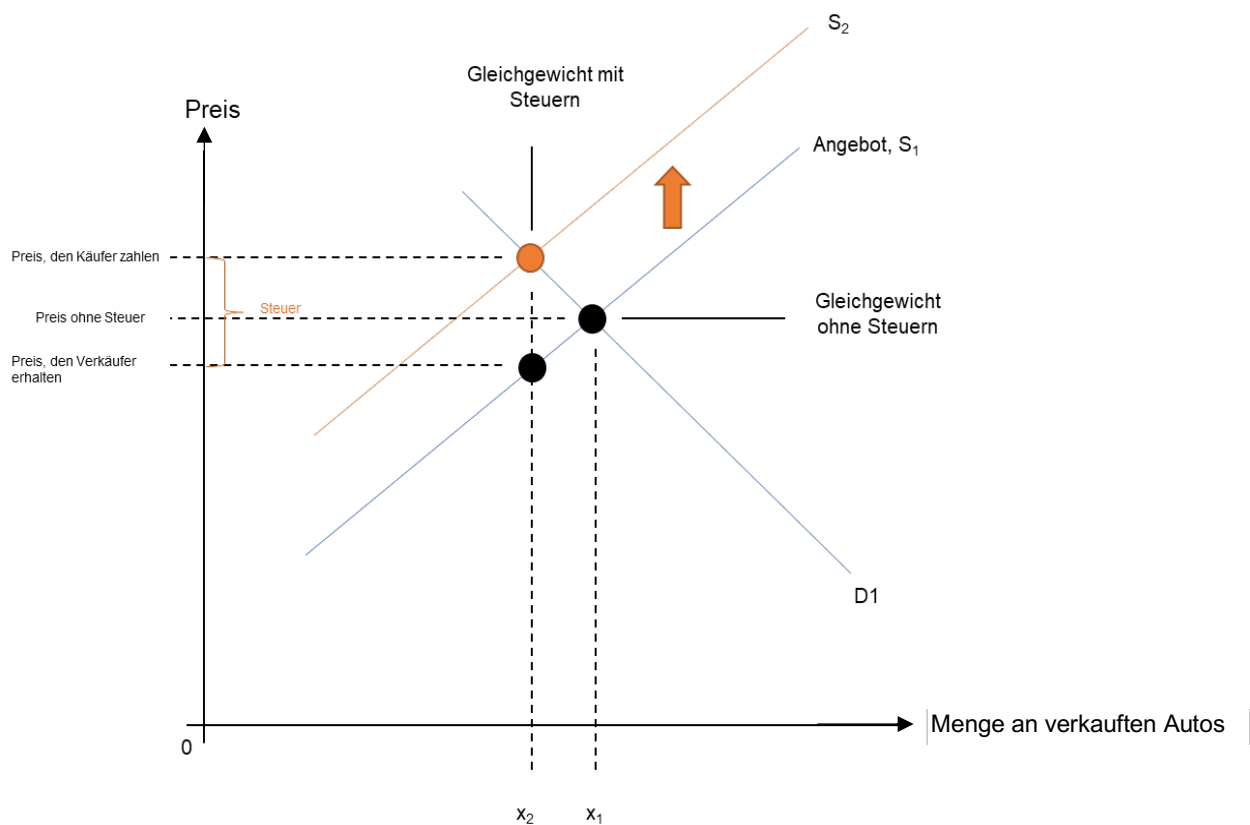


Abbildung 2: Besteuerung der Verkäufer*innen.⁵

⁴ Eigene Darstellung in Anlehnung an: Herrmann, M., 2016, S. 110.

⁵ Eigene Darstellung in Anlehnung an: ebd.

Pendler*innen, die seit Jahren mit dem Auto zur Arbeit fahren, werden dies kurzfristig auch bei einer Preiserhöhung von Pkws weiter so machen. Sie werden aber bei dieser steuerbedingten Preiserhöhung sich erstmal kein neues Auto kaufen. Langfristig könnten sie aber ihr veraltetes Auto durch ein steuerbegünstigtes und preislich attraktiveres Modell ersetzen oder sogar auf Bus oder Bahn wechseln.

Anreize und Umwelteinflüsse der Steuer auf Diesel-Kraftfahrzeuge

Als CO₂-Steuer bezeichnet man diejenigen Steuerabgaben, die für die Emission von Kohlenstoffdioxid fällig werden. Kohlenstoffdioxid ist ein Gas, das sowohl in der Atmosphäre als auch in Vegetation und Ozeanen zu finden ist. Zusammen mit Wasser ernähren sich Pflanzen davon und stellen bei der Photosynthese Sauerstoff her. Doch wenn es zu viel CO₂ gibt, erwärmt sich das globale Klima. Grund für den CO₂-Anstieg ist die Verbrennung von Rohstoffen wie Erdöl oder Kohle. Diese Veränderungen des Klimas haben wiederum drastische Auswirkungen auf die Lebensbedingungen von Mensch und Tier. Eine CO₂-Steuer soll bezwecken, dass die negativen Auswirkungen der Emissionen durch einen Preis abgegolten (die vom Staat generierten Einnahmen werden bspw. zum Ausbau der erneuerbaren Energien genutzt) und verringert werden.⁶

Das Auto hat in Deutschland schon seit Anbeginn seiner Produktion einen sehr hohen Stellenwert in der Gesellschaft. Im Jahr 2020 wurden in Deutschland wieder einmal so viele Autos zugelassen wie noch nie zuvor. Mit rund 47,7 Millionen zugelassene Pkw wurde ein neuer Rekordwert erreicht.⁷ Die Schattenseiten dieser Flut von Fahrzeugen machen sich vor allem in unserer Umwelt bemerkbar. Neben der Zerstörung von öffentlichem Raum, unattraktiv hohem Verkehrsaufkommen in Wohngebieten oder Lärm, gesellen sich diverse Luftschadstoffe durch Verbrennungsmotoren auf der Liste der Negativeinflüsse durch die Masse an Autos hinzu.⁸ Dies hatte bereits im Jahre 2018 zu ersten Diesel-Fahrverboten, wie bspw. in Stuttgart, geführt. Seit Längerem werden in vielen Städten die Luftverschmutzungs-Grenzwerte nicht eingehalten: Der Straßenverkehr, darunter vor allem Dieselautomobile, sind in Städten nach Angaben des Umweltbundesamts für mehr als 60 Prozent der Belastung verantwortlich.⁹

⁶ Vgl. von Wirth, S., 2020, <https://www.handelsblatt.com> (Stand: 07.12.2020).

⁷ Vgl. Statista, 2020a, <https://de.statista.com> (Stand: 03.10.2020).

⁸ Vgl. Canzler, W.; Knie, A., 2018, S. 7.

⁹ Vgl. dpa, 2020, <https://www.fr.de> (Stand 06.10.2020).

Die ab 2021 erhobene zusätzliche Umweltsteuer auf Diesel-Kraftfahrzeuge ist eine direkte Steuer, d. h. Steuerschuldner*innen sind auch gleichzeitig der Steuerträger*innen. Allgemein lässt sich sagen, dass die Steuer auf Diesel-Kraftfahrzeuge bereits jetzt höher ist als die auf benzinbetriebene Kraftfahrzeuge, da Diesel-Kraftfahrzeuge mehr Schadstoffe ausstoßen. Somit lässt sich schlussfolgern, dass das vorrangige Ziel dieser Umweltsteuer die künstliche Verteuerung der Produkte und die daraus resultierende grundlegende Verhaltensänderungen der Marktteilnehmer ist.

Die Umweltsteuer für Diesel-Kraftfahrzeuge funktioniert folgendermaßen: Die vom Verbraucher jährlich gezahlte Steuer wird ab dem Jahr 2021 stufenweise in Abhängigkeit des Emissionsausstoßes in Gramm berechnet. Die Steuer in Abhängigkeit des Hubraumes bleibt unverändert.¹⁰ Die Bundesregierung will, mit der am 12. Juni 2020 endgültig beschlossenen Reform der Kfz-Steuer, klare Anreize für eine klimafreundlichere Mobilität setzen. Ziel dessen ist die Erreichung der Ziele des Klimaschutzprogramms 2030, bzw. des vom Koalitionsausschuss am 3. Juni 2020 beschlossenen Konjunktur- und Zukunftspakets.¹¹

Insbesondere kleinere und mittelständische Betriebe sollen aufgrund der derzeit schwierigen wirtschaftlichen Lage bei der Besteuerung finanziell entlastet werden. Leichte Nutzfahrzeuge bis 3,5 Tonnen Gesamtgewicht, die auch zur Personenbeförderung genutzt werden, fallen in diese Kategorie.¹² Hiermit wird ebenfalls auf die Einkommensungleichheit und auf die privaten Haushalte mit weniger Einkommen Rücksicht genommen, da diese von den zusätzlichen Steuern kaum etwas verspüren werden.

Um weitere Anreize zu schaffen, Pkw mit emissionsärmeren Verbrennungsmotoren und Elektrofahrzeuge zu kaufen, werden hierfür Steuervergünstigungen für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren und sogar Steuerbefreiungen von bis zu zehn Jahren angeboten. Die zeitliche Begrenzung der Angebote soll die Verbraucher*innen dazu veranlassen, den Umstieg zeitnah vorzunehmen.¹³ Die Kaufprämien für alternative Antriebe erfreuen sich so großer Beliebtheit, dass es laut Auskunft des Bundesamtes für Wirtschaft und

¹⁰ Vgl. Viehmann, S., 2019, <https://www.focus.de> (Stand: 03.07.2020).

¹¹ Vgl. Bundesministerium der Finanzen, <https://www.bundesfinanzministerium.de> (Stand: 03.07.2020).

¹² Vgl. Bundesministerium der Finanzen, <https://www.bundesfinanzministerium.de> (Stand: 03.07.2020).

¹³ Vgl. ebd.

Ausfuhrkontrolle bei der Bearbeitung der Anträge im Sommer 2020 sogar zu Verzögerungen kam.¹⁴

Fazit

Mit diesen steuerlichen Maßnahmen will die Bundesregierung offensichtlich die langfristige Elastizität von Autokäufer*innen ansprechen und deren Entscheidungen in naher Zukunft in eine umweltfreundlichere und nachhaltigere Richtung lenken. Eine Verkehrswende bedarf neuer steuerlicher Rahmenbedingungen, aber auch eines umfassenden Kulturwandels. Weert Canzler und Jörg Radtke sprechen in diesem Zusammenhang von einer „schwierigen Entwöhnung vom Auto“.¹⁵

Diese spezielle Steuererhöhung betrifft finanziell vor allem stärker motorisierte Dieselmotorkraftfahrzeuge. Bei kleineren Motoren ist die Erhöhung des jährlichen Beitrags um wenige Cent, bis hin zu einem Euro, kaum spürbar. Somit lässt sich sagen, dass je teurer das anzuschaffende Diesel-Kraftfahrzeug ist, desto deutlicher auch die Steuererhöhung für Neuzulassungen ab Januar 2021 ausfällt. Diejenigen Betroffenen investieren jedoch ohnehin schon sehr viel Geld in ihr Fahrzeug, sodass die Erhöhung wiederum nur einen Bruchteil der Gesamtkosten ausmacht. Dennoch bleibt abzuwarten, wie sich der Steuertrend entwickelt, denn aus vielen kleinen Erhöhungen, wird am Ende womöglich immer noch ein großer Betrag.

Ein sich deutlich und zeitnah zu veränderndes Käuferverhalten ist mit dieser Steuer voraussichtlich nicht zu erreichen. Auch die Ziele des Klimaschutzprogramms 2030 werden durch diese Maßnahme wohl kaum in greifbare Nähe rücken. Die Automobilindustrie ist weltweit für neun Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen verantwortlich.¹⁶ Um diese merklich zu senken, dürften ab 2028 keine Pkw mit Verbrennungsmotor mehr verkauft und zugelassen werden – dies schließt ebenso Hybridfahrzeuge mit ein, da sie die schnelle Umsetzung von nachhaltigeren Alternativen behindern.¹⁷

Leider ist jedoch die Automobilindustrie einer der wichtigsten Wirtschaftszweige in Deutschland und kann nicht so einfach neu ausgerichtet werden. Jahrzehntlang haben

¹⁴ Im Juli 2020 wurden rund 52.000 Pkw mit Hybrid-Antrieb in Deutschland neu zugelassen. Das entspricht einer Steigerung von 144 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Reine Elektroautos verzeichneten eine Steigerung von 182 Prozent. Vgl. Janson, M. 2020, <https://de.statista.com>, (Stand: 06.10.2020).

¹⁵ Canzler, W.; Radtke, J., 2019, S. 33-38.

¹⁶ Vgl. Greenpeace, 2019, S. 2.

¹⁷ Vgl. ebd., S. 5.

sich Lieferketten und Konzerne aufeinander eingestellt und eine auf die Millisekunde getaktete Fließbandfertigung begründet, in der jeder noch so kleine Arbeitsschritt abgestimmt ist und täglich perfektioniert wird.¹⁸ Die zuständigen Marktakteure könnten zusätzlich kaum weiter von einem grundlegenden Umdenken in ihrer Industrie entfernt sein. Vielmehr erhoffen sie sich, das umweltzerstörende Ergebnis ihrer Produktion und den Folgen daraus, so lange wie möglich aufrecht erhalten zu können. Canzler wirft ihnen vor, dass eine Transformation ist in ihrer Gedankenwelt schlicht nicht vorgesehen sei.¹⁹

Um also die erforderlichen grundlegenden Veränderungen im Verhalten der Konsument*innen herbeizuführen, müssen zunächst grundlegende Veränderungen im Verhalten der Automobilindustrie herbeigeführt werden. Immerhin waren im Jahr 2020 in Deutschland bereits 136.600 Elektroautos zugelassen.²⁰ Autos mit Wasserstoffantrieb jedoch nur weniger als 400 Stück.²¹ Dies liegt vor allem daran, dass das Tankstellennetz in Deutschland und Europa aktuell völlig unzureichend ausgebaut ist.²²

Diese Entwicklung hin zum Kauf eines Elektroautos geht allerdings von den Verbraucher*innen aus. Der gesellschaftliche Wandel in Richtung ökologischer Nachhaltigkeit ist heute schon weit mehr als nur ein Trend.²³ Solange die Branche selbst jedoch nicht mitzieht,²⁴ müssen sich Verbraucher*innen und Staat verbünden, um diesen Wandel nun ebenfalls in die Automobilindustrie einzubringen.

¹⁸ Vgl. Canzler, W.; Knie, A., 2018, S. 49 f.

¹⁹ Vgl. ebd., S. 41-74.

²⁰ Vgl. Statista, 2020b, <https://de.statista.com> (Stand: 03.10.2020).

²¹ Vgl. ZDF, <https://www.zdf.de> (Stand: 03.10.2020). Die Bundesregierung möchte Deutschland allerdings bei der Nutzung von Wasserstoff weltweit zum Vorreiter machen. Expert*innen sehen im Wasserstoff ein großes Potential, denn der erlaube eine industrielle Entwicklung jenseits fossiler Energie und klimafreundliche Mobilität. Darüber hinaus eröffne er Entwicklungsländern neue Chancen, denn sonnen- und windreiche Länder könnten den zur Elektrolyse notwendigen Strom exportieren. Vgl. Bauchmüller, M., 2020, www.sz.de (Stand: 25.10.2020).

²² Vgl. ADAC, <https://www.adac.de> (Stand: 03.10.2020). Dabei ist Deutschland nach Angaben des europäischen Automobilverbands ACEA bei der Anzahl der Wasserstofftankstellen führend in Europa. Vgl. Suhr, F., 2019, <https://de.statista.com> (Stand: 05.02.2021).

²³ Vgl. Zukunftsinstitut, <https://www.zukunftsinstitut.de> (Stand: 03.10.2020).

²⁴ So forderte der Verband der Deutschen Automobilindustrie (VDA) eine Kaufprämie für Autos – nicht nur für Elektro- und Hybrid-, sondern auch für Diesel- und Benzinfahrzeuge. Vgl. Armbrüster, T., 2020, <https://www.deutschlandfunk.de> (Stand: 25.10.2020).

Die Meinungen in der Politik reichen von Kritik über die zusätzliche Steuerlast der Bürger*innen, über Sorge um die Wettbewerbsfähigkeit des Bundeslandes, bis hin zu Vorfreude. Umweltverbände begrüßen diesen ersten Schritt zwar, sind sich aber einig darüber, dass der CO₂-Preis immer noch zu niedrig sei.²⁵

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Verursacher*innen hoher Emissionen mit der neuen, zusätzlichen Diesel-Steuer direkt zur Kasse gebeten werden – je klimafreundlicher sich die Konsumenten*innen verhalten, desto weniger Kosten entstehen ihnen. Ein klimafreundlicheres Verhalten wird somit gefördert und belohnt. Die Steuerlast in Deutschland ist ohnehin vergleichsweise hoch und auch mit den bereits vorhandenen, in diese Steuern integrierten Umweltsteuern, hat sich das Klimaproblem bisher nicht gelöst. Der übermäßige CO₂-Ausstoß kann und wird durch eine weitere Steuer nicht direkt verhindert und es ist fraglich, ob die neue Steuer wirklich dazu führt, dass Menschen ihr Verhalten ändern oder lieber den Aufpreis zahlen.

²⁵ Vgl. Finke, C., <https://www.autozeitung.de> (Stand: 07.12.2020).

Literaturverzeichnis

- ADAC (Hrsg.) (2020):** <https://www.adac.de/verkehr/tanken-kraftstoff-antrieb/alternative-antriebe/wasserstoffauto-so-funktioniert-es> (Stand: 03.10.2020).
- Armbrüster, T. (2020):** Kaufprämien für Automobilbranche. VDA-Präsidentin: Verbraucher motivieren, Pkw und Nutzfahrzeuge zu kaufen, https://www.deutschlandfunk.de/kaufpraemien-fuer-automobilbranche-vda-praesidentin.694.de.html?dram:article_id=475685 (Stand: 25.10.2020).
- Bauchmüller, M. (2020):** Grüner Knüller, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/kommentar-gruener-knueller-1.4933226> (Stand: 25.10.2020).
- Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.) (2020):** <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2020/06/2020-06-12-Kfz-Steuer-Reform.html> (Stand: 03.07.2020).
- Canzler, W.; Knie, A. (2018):** Taumelnde Giganten, Gelingt der Autoindustrie die Neuerfindung?, Bonn.
- Canzler, W.; Radtke, J. (2019):** Der Weg ist das Ziel: Verkehrswende als Kulturwende: Zur schwierigen Entwöhnung vom Auto, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 69. Jahrgang, 43/2019, 21. Oktober 2019, S. 33-38.
- Dpa (Hrsg.) (2020):** Diesel-Urteil: Die erste Stadt erlässt Diesel-Fahrverbote, <https://www.fr.de/wirtschaft/erste-stadt-erlaesst-diesel-fahrverbote-11036867.html> (Stand: 06.10.2020).
- Janson, M. (2020):** Neuzulassungen: Alternative Antriebe nehmen Fahrt auf, Statista, <https://de.statista.com/infografik/22498/pkw-neuzulassungen-in-deutschland-nach-kraftstoffarten> (Stand: 06.10.2020).
- Finke, C. (2020):** <https://www.autozeitung.de/co2-steuer-bedeutung-autofahrer-196459.html> (Stand: 07.12.2020).
- Greenpeace (Hrsg.) (2019):** Mit Vollgas in die Klimakrise: Wie die Autoindustrie die Erderhitzung antreibt, Hamburg.
- Herrmann, M. (2016):** Arbeitsbuch Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 5. Aufl., Stuttgart.
- Krugman, P.; Wells, R. (2017):** Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Stuttgart.

- Mankiw, N.; Taylor, M. (2018):** Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 7. Aufl., Stuttgart.
- Springer Fachmedien Wiesbaden (Hrsg.) (2014):** Kompakt-Lexikon Wirtschaft. 5400 Begriffe nachschlagen, verstehen, anwenden, Wiesbaden.
- Statista (2020a):** <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/12131/umfrage/pkw-bestand-in-deutschland/> (Stand: 03.10.2020).
- Statista (2020b):** <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/265995/umfrage/anzahl-der-elektroautos-in-deutschland/> (Stand: 03.10.2020).
- Suhr, F. (2019):** Länder mit den meisten Wasserstofftankstellen, Statista, <https://de.statista.com/infografik/23324/anzahl-der-wasserstofftankstellen-in-europaeischen-laendern/> (Stand: 05.02.2021).
- Viehmann, S. (2019):** https://www.focus.de/auto/ratgeber/kosten/gilt-fuer-neuzulassungen-im-klima-paket-hat-die-bundesregierung-eine-gigantische-kfz-steuererhoehung-versteckt_id_11173458.html (Stand: 03.07.2020).
- Von Wirth, S. (2020):** <https://www.handelsblatt.com/finanzen/steuern-recht/steuern/co2-preis-was-die-neue-co2-steuer-fuer-verbraucher-bedeutet/26228322.html?ticket=ST-8240126-mWCCbL47GMywOgtMTpBr-ap6> (Stand: 07.12.2020).
- Wigger, B. (2006):** Grundzüge der Finanzwissenschaft, 2. Aufl., Berlin Heidelberg New York.
- ZDF (2019):** <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/wasserstoffautos-sind-kaum-gefragt-100.html> (Stand: 03.10.2020).
- Zukunftsinstitut (Hrsg.) (2020):** https://www.zukunftsinstitut.de/documents/downloads/MegatrendMapZukunftsinstitut_120918.pdf (Stand: 03.10.2020).

Grenzen staatlicher Fiskalpolitik am aktuellen Beispiel der Corona-Krise

von

Vladimir Freiverts

Einleitung

„Flatten the curve“ zu deutsch „Die Abflachung der Kurve.“ Dieser Satz war aus gesundheitspolitischer Sicht in den vergangenen Monaten allgegenwärtig, wenn es darum ging mit der Corona-Pandemie so souverän wie möglich umzugehen und das Gesundheitssystem nicht zu überlasten. Die Kurve abzuflachen bzw. Schwankungen möglichst gering zu halten, ist ebenfalls Bestandteil der Wirtschaftspolitik, in der es darum geht, Konjunkturschwankungen auszugleichen. Dabei ist Konjunktur eine Bezeichnung für die gesamtwirtschaftliche Lage, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), dem daraus zeitlich resultierenden Wirtschaftstrend und der jeweiligen Konjunkturzyklusphase (Aufschwung, Boom, Abschwung sowie Konjunkturtief).

Aufgrund der Pandemie befindet sich die globale Weltwirtschaft vor noch nie dagewesenen Problemen, welche immensen Einfluss auf das alltägliche Leben haben. Der vorliegende Beitrag erläutert die Auswirkungen der Pandemie auf die deutsche Wirtschaft und diskutiert die Möglichkeiten staatlicher Fiskalpolitik. Dabei sollen Instrumente der Konjunkturpolitik vorgestellt und vor allem deren Grenzen aufgezeigt werden. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der zeitlich befristeten Umsatzsteuersenkung.

Aktuelle Lage in Deutschland

Die Konjunkturpolitik hat die Aufgabe die Schwankungen des Wirtschaftstrends zu glätten und eine Stabilisierung anzustreben.¹ Die Geldpolitik, die Einkommenspolitik als auch die Fiskalpolitik zählen zu deren Instrumenten, wobei sich letztere in expansive und restriktive Maßnahmen unterteilt.² Dieser Beitrag behandelt die expansive Fiskalpolitik, da durch das Corona-Virus der Fall einer Konjunkturtiefphase vorliegt. Die Nachfrage zu stimulieren und somit die Wirtschaft anzukurbeln, gehört dabei zur primären Aufgabe der expansiven Fiskalpolitik. Dabei erhöht der Staat öffentliche Ausgaben und subventioniert zum Beispiel den Bau von Schulen oder Straßen. Eine weitere Maßnahme wäre eine Steuersenkung für private Haushalte oder für Unternehmen. Die Folge daraus ist, dass der Staat sich verschuldet, da die staatlichen Einnahmen sinken und die Ausgaben erhöht werden. Sofern die privaten Haushalte ihren Einkommenszuwachs nicht ihren Ersparnissen zuführen, sondern für Konsum nutzen, steigt die gesamtwirtschaftliche

¹ Vgl. Mankiw, N. G., 2017, S. 352-353. Dies ist in Deutschland im Stabilitätsgesetz von 1967 konkretisiert nachdem Bund und Länder bei ihrer Wirtschaftspolitik die Bedingungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu berücksichtigen haben.

² Vgl. Pätzold, J., Baade, D., 2012, S. 3-4.

Nachfrage an. Der Staat kann aber letztlich - auch in der jetzigen Situation - nur Anreize geben, eine Gewähr für den Erfolg der konjunkturellen Maßnahmen gibt es nicht.³

Laut einem Sondergutachten über die gesamtwirtschaftliche Lage 2020 des Sachverständigenrates, wurden drei Szenarien vorgestellt, wie sich die Pandemie auf die deutsche Wirtschaft auswirkt und wie lange diese brauchen wird, um sich zu erholen.⁴

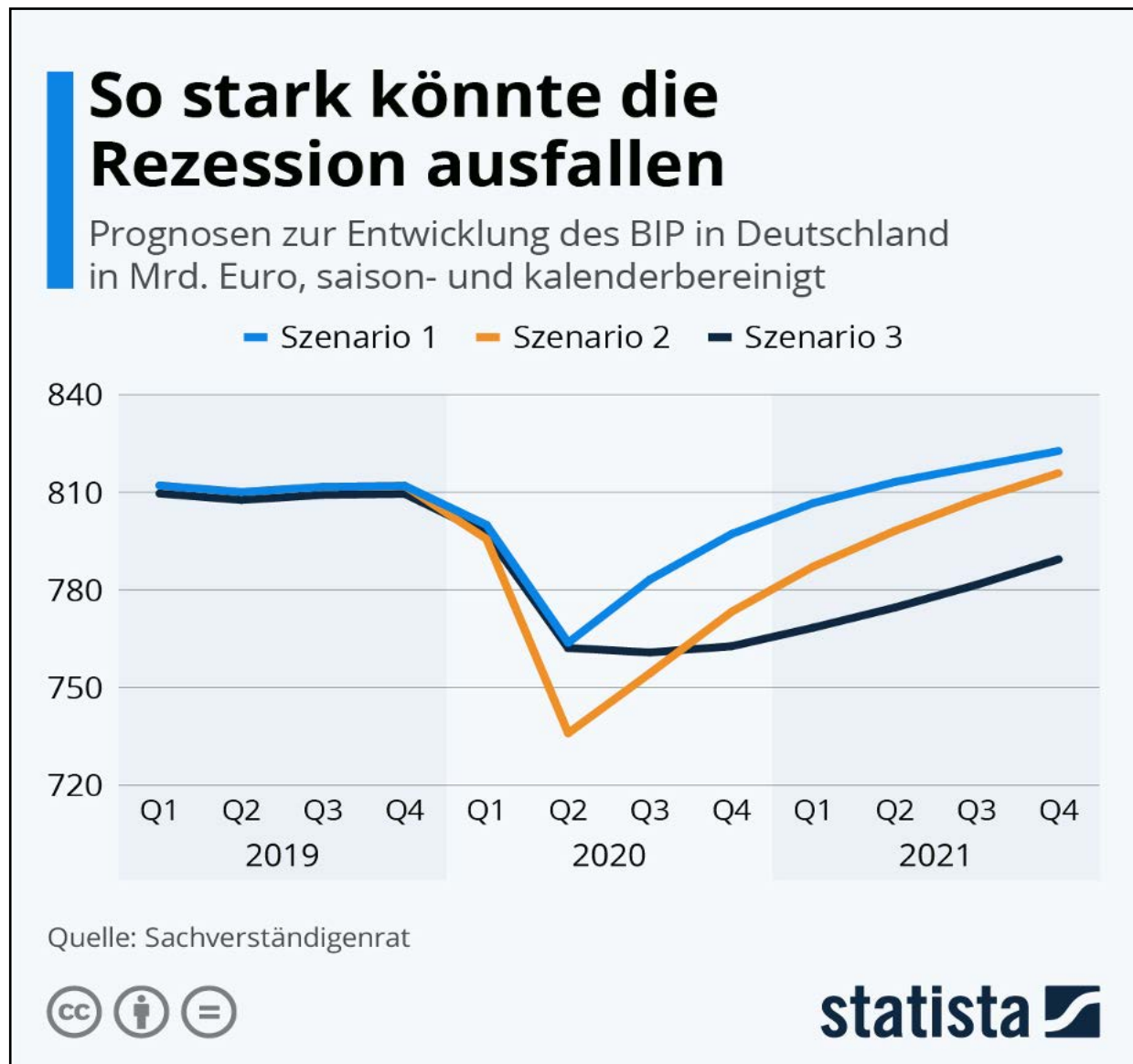


Abbildung 1: Prognose zur Rezession des BIP in Deutschland⁵

³ Vgl. Albers, H.-J.; Albers-Wodsak, G., 2015, S. 402.

⁴ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.), 2020, S. 1. (Stand: 18.06.2020).

⁵ Vgl. Janson, M., 2020, <https://de.statista.com> (Stand 25.09.2020).

Die Abbildung 1 zeigt drei mögliche Verläufe des BIP im Jahre 2020. Das Basisszenario (hellblau), welches laut der aktuellen Informationslage am wahrscheinlichsten ist, tendiert zu einer schnellen Erholung aus der Krise und lediglich einem BIP-Rückgang um fast drei Prozent zum Ende des Jahres, 2021 würde sich demnach die Wirtschaft vollständig wieder erholen. Das erste Risikoszenario (ausgeprägtes V, orange) schätzt deutlich höhere Einbußen, da die einschränkenden Maßnahmen länger aufrechterhalten werden müssen. Es würde demnach zu einem BIP-Rückgang von 5,4 Prozent im Jahr 2020 kommen, jedoch würde sich die Wirtschaft ebenfalls schnell wieder erholen und sich dem Potenzialniveau in 2021 wieder annähern. Im Falle von Eindämmungsmaßnahmen über den Sommer hinaus, ergibt sich ein weiteres Risikoszenario (langes U, dunkelblau). Dieses prognostiziert in 2020 ein negatives Wachstum um 4,5 Prozent des BIP. Das Problem würde sich hier langfristig und somit auch auf das Jahr 2021 auswirken. Ursachen wären unter anderem die durch Entlassungen und zahlreiche Insolvenzen ausgelösten negativen Rückkopplungen auf die Finanzmärkte und auf das Bankensystem.⁶

Die aktuelle Senkung der Umsatzsteuer ist die erste Senkung dieser Steuer seit über 50 Jahren.⁷ Allerdings bleibt es fraglich, ob die Umsatzsteuersenkung den gewünschten Effekt bringen wird. Ein vom Leibniz-Institut in Zusammenarbeit mit Nielsen veröffentlichtes Haushaltskrisenbarometer zeigte im Juli 2020, dass 89 Prozent der Befragten ihre Anschaffungspläne für Güter über 250 Euro nicht ändern werden.⁸

Über die Umsatzsteuersenkung hinaus gewährt die Bundesregierung einen Kinderbonus für Eltern i. H. v. 300 Euro und eine Erhöhung des steuerlichen Entlastungsbetrags auf 4000 Euro für 2020 und 2021. Mit einer Sozialgarantie sollen in 2021 zudem Sozialversicherungsbeiträge bei maximal 40 Prozent stabilisiert werden, um das Nettoeinkommen von Angestellten zu entlasten und für Unternehmen Verlässlichkeit zu schaffen.⁹

Grenzen staatlicher Fiskalpolitik

Am 3. Juni 2020 beschloss das Bundesfinanzministerium ein Konjunkturpaket. 130 Milliarden Euro sollen die Konjunktur ankurbeln und die Zahlungsfähigkeit mit folgenden

⁶ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.), 2020, S. 1. (Stand: 18.06.2020).

⁷ Vgl. Suhr, F., 2020, <https://de.statista.com> (Stand: 25.09.2020).

⁸ Vgl. Bocksch, R., 2020, <https://de.statista.com> (Stand: 25.09.2020).

⁹ Für eine Übersicht der von der Bundesregierung verabschiedeten Maßnahmen siehe die Homepage des Bundesfinanzministeriums.

Maßnahmen stärken: Eine befristete Umsatzsteuersenkung vom 01.07. bis zum 31.12.2020 (Steuersatz: von 19 auf 16 Prozent und von sieben auf fünf Prozent). Somit soll besonders die Kaufkraft von Bürgerinnen und Bürgern mit geringem Einkommen gestärkt werden. Neben Bürgerinnen und Bürgern soll die Senkung Unternehmen aller Branchen zugutekommen, die von den zusätzlichen Einkäufen profitieren sollen. Eine Befristung auf ein halbes Jahr sei aus Sicht der Bundesregierung nötig, um schnelle Kaufanreize zu setzen und einen konjunkturellen Impuls zu setzen.¹⁰

Die Umsatzsteuersenkung ist umstritten. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 lehnte die Bundesregierung noch eine Senkung der Umsatzsteuer ab, wie sie in Großbritannien vorgenommen wurde. Die Bundesregierung argumentierte seinerzeit, dass die Umsatzsteuersenkung nicht vollständig als Preissenkung an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben werde. Jedoch sei dies auch nicht notwendig, so der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty. Denn je nach Elastizität von Angebot und Nachfrage der jeweiligen Güter in den verschiedenen Sektoren, werden die Mehrwertsteuersenkungen zwischen den Endverbrauchern und den Unternehmen aufgeteilt.¹¹ So können in manchen Sektoren Unternehmen mit einem Investitionsbedarf, ihre Margen wiederherstellen und in anderen wiederum die Nachfrage durch den Preisverfall angekurbelt werden.¹² Die Transparenz und die sofortige Wirkung einer Umsatzsteuersenkung sind ein weiterer Vorteil dieser Konjunkturförderung, da der Wirtschaft hartes und sofort verfügbares Geld zugeführt wird.¹³

Die taz-Wirtschaftskorrespondentin Ulrike Herrmann kritisierte den Gießkanneneffekt einer generellen Mehrwertsteuersenkung, denn die geringere Umsatzsteuer fördere auch Unternehmen beispielsweise im Onlinehandel, welche durch die Pandemie sogar profitiert hätten.¹⁴ Diesem Urteil von Herrmann schließt sich die Mehrheit der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute an. Die pauschale Stimulierung der Binnennachfrage sei während der Pandemie nicht das geeignete Mittel, um gleichzeitig einem Angebots- und einem Nachfrageschock zu begegnen. Für die gesamten sechs Monate kostete die Mehrwertsteuersenkung den Bund rund 20 Milliarden Euro an Steuereinnahmen. Die

¹⁰ Vgl. Bundesregierung (Hrsg.), 2020, <https://www.bundesregierung.de> (Stand: 25.09.2020).

¹¹ Zur Elastizität und Steuerinzidenz vgl. Mankiw, N. G.; Taylor, M. P., 2018, S. 265-269.

¹² Vgl. Piketty, T., 2015, S. 33-34.

¹³ Vgl. ebd., S. 35.

¹⁴ Vgl. Heinrich, C., 2020, ab Minute 2. Besonders stark gewachsen ist die Nachfrage bei Online-Händlern nach Gütern des täglichen Bedarfs.

Umsatzsteuersenkung binde damit nur enorme finanzielle Ressourcen, die dann an anderer Stelle fehlen würden.¹⁵

Die Möglichkeiten staatlicher Fiskalpolitik sind durch mehrere Faktoren begrenzt. Z. B. gibt es eine Obergrenze für staatliche Schulden (deficit spending), die aufgenommen werden können. Wenn diese zu hoch ist, kann sich der Staat überschulden und selbst bei einem Aufschwung im Konjunkturzyklus nicht mehr ausgleichen.¹⁶ Des Weiteren sind staatliche Investitionstätigkeiten auf bestimmte Branchen begrenzt. Sei es die Baubranche, die lange Planungs- und Vorlaufzeiten benötigt, oder die Veranstaltungsbranche, in der es unverantwortlich wäre, schon jetzt große Menschenversammlungen zuzulassen. So gesehen besteht die Gefahr, dass die Staatsausgaben durch die Verzögerung antizyklisch und somit kontraproduktiv wirken könnten.¹⁷ Ein abschließender Grund ist zudem das Verhalten der Menschen an sich, welches unberechenbar ist. Denn wenn Haushalte mehr Geld zur Verfügung haben sollten, bedeutet es nicht automatisch, dass sie es ausgeben müssen, da evtl. die Gefahr eines weiteren Shutdowns besteht und eine Sparneigung entsteht. So führten Verunsicherung im Frühjahr und erzwungener Konsumverzicht bereits dazu, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung laut einer Umfrage des Bundesverbandes deutscher Banken mehr als vor der Krise spart.¹⁸

Schlussbetrachtung

Im Oktober 2020 gibt es bereits Fälle, in denen die staatliche Fiskalpolitik an ihre Grenzen stieß. Es gäbe eben nur begrenzte Ressourcen, mit denen verantwortlich umzugehen sei, erklärte Hessens Finanzminister, Michael Boddenberg, nach der ersten Demonstration für die Unterstützung der Veranstaltungsbranche in Wiesbaden.¹⁹ Oder es konnten manche Investitionen nicht schnell genug vom Staat getätigt werden. Zum Beispiel die Baubranche, welche zu viel Planungszeit für Investitionen benötigten und nur unflexibel auf beschleunigte Staatsausgaben reagieren kann.²⁰ So wären durch solche Verzögerungen die Investition antizyklisch und somit kontraproduktiv.

¹⁵ Vgl. Jung, S. u. a., (Hrsg.), 2020, S. 5 f.

¹⁶ Vgl. Pätzold, J.; Baade, D., 2012, S. 146-148.

¹⁷ Vgl. Mankiw, N. G.; Taylor, M. P., 2018, S. 1018-1019.

¹⁸ Vgl. Bundesverband deutscher Banken (Hrsg.), 2020, www.bankenverband.de (Stand: 03.11.2020).

¹⁹ Vgl. Engelke, A., 2020, <https://www.hessenschau.de> (Stand: 14.10.2020). Michael Boddenberg wurde am 31. März 2020 zum hessischen Finanzminister berufen. Sein Vorgänger Thomas Schäfer war bemüht gewesen, die durch die Coronavirus-Pandemie ausgelöste Krise organisatorisch und finanziell zu bewältigen. Diese Sorgen schienen ihn aber so erdrückt zu haben, dass er am 28. März Selbstmord beging. Vgl. dpa, afp, epd, HR, FAZ, 2020, www.dw.de (Stand: 03.11.2020).

²⁰ Vgl. Pätzold, J.; Baade, D., 2012, S. 146-148.

Realistisch betrachtet, scheint „Flatten the curve“ zumindest aus gesundheitspolitischer Sicht nicht langfristig funktioniert zu haben. Seit September 2020 befand sich die Bundesrepublik wieder in einer ungewissen Lage, da die täglichen Neuinfektionen rapide zunahmen. Somit steht fest, dass die in den Sommermonaten gelockerten Maßnahmen gegen COVID-19 zu voreilig gewesen sind. Wann sich die deutsche Volkswirtschaft wieder erholen wird, ist derzeit noch ungewiss. Somit lässt sich nur erahnen, dass die Wirtschaft durch einen erneuten Shutdown noch stärker in Mitleidenschaft gezogen wird und 2021 die Fiskalpolitik der Bundesrepublik Deutschland vor weiteren Herausforderungen steht.

Literaturverzeichnis

Albers, H.-J.; Albers-Wodsak, G., (2015): Volkswirtschaftslehre, 11. überarb. Aufl., Haan-Gruiten.

Bocksch, R. (2020): Mehrwertsteuersenkung bringt nicht den gewünschten Effekt. Statista, <https://de.statista.com/infografik/22232/anteil-der-befragten-die-ihre-an-schaffungsplaene-aufgrund-der-mwst-senkung-aendern> (Stand: 25.09.2020).

Bundesregierung (Hrsg.) (2020): Konjunkturpaket. Die Mehrwertsteuer sinkt - wichtige Fragen und Antworten, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/faq-mehrwertsteuersenkung-1764364> (Stand: 25.09.2020).

Bundesverband deutscher Banken (Hrsg.) (2020): Sparverhalten der Deutschen in der Corona-Krise, <https://bankenverband.de/newsroom/meinungsumfragen/sparverhalten-deutschen-corona-krise> (Stand: 03.11.2020).

Brandt, M. (2020): E-Commerce bleibt auf Wachstumskurs, Statista, <https://de.statista.com/infografik/23164/umsatz-des-onlinehandels-in-deutschland> (Stand: 03.11.2020).

Dpa, afp, epd, HR, FAZ (Hrsg.) (2020): Hessens Finanzminister „von Sorgen erdrückt“, <https://www.dw.com/de/hessens-finanzminister-von-sorgen-erdrueckt/a-52950554> (Stand: 03.11.2020).

Engelke, A. (2020): Neun von zehn Veranstaltern droht Insolvenz, Hessenschau, <https://www.hessenschau.de/wirtschaft/protest-vor-dem-landtag-neun-von-zehn-veranstaltern-droht-insolvenz-,corona-veranstaltungsbranche-100.htm> (Stand: 26.08.2020).

Heinrich, C. (2020): Mit Wumms aus der Krise - Reicht das Konjunkturpaket?, in: SWR2 Forum, vom 18.06.2020, https://www.swr.de/swr2/leben-und-gesellschaft/reicht-das-konjunkturpaket-100~_refTime-1592586300_-662bd5c6d6685e871fc0b63b90793b270ce1a429.html (Stand: 03.11.2020).

Janson, M. (2020): So stark könnte die Rezession ausfallen, Statista, <https://de.statista.com/infografik/21280/prognosen-zur-entwicklung-des-bip-in-deutschland>, (Stand 25.09.2020).

- Jung, S. u. a. (Hrsg.) (2020):** HDE Konsumbarometer November 2020, https://einzelhandel.de/index.php?option=com_attachments&task=download&id=10500 (Stand: 03.11.2020).
- Mankiw, N. G. (2017):** Makroökonomik, 7., überarb. Aufl., Stuttgart.
- Mankiw, N. G., Taylor, M. P. (2018):** Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 7. überarb. Aufl., Stuttgart.
- O. V. (2020):** <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Konjunkturpaket/2020-06-03-konjunkturpaket-beschlossen.html> (Stand: 21.06.2020).
- Pätzold, J.; Baade, D. (2012):** Stabilisierungspolitik. Grundlagen der nachfrage- und angebotsorientierten Wirtschaftspolitik. 7. überarb. Aufl., München.
- Piketty, T. (2015):** Die Schlacht um den Euro: Interventionen, München, S. 33-35.
- Radtke, R. (2020):** Entwicklung der täglichen Fallzahl des Coronavirus, Statista, (COVID-19) in Deutschland 2020, <https://de.statista.com/statistik/daten/-studie/1100739/umfrage/entwicklung-der-taeglichen-fallzahl-des-coronavirus-in-deutschland/#professional> (Stand 13.10.2020).
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.) (2020):** Sondergutachten 2020. Die gesamtwirtschaftliche Lage angesichts der Corona-Pandemie, <https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/sondergutachten-2020.html>, S. 1, (Stand: 18.06.2020).
- Suhr, F. (2020):** Die Mehrwertsteuer im Wandel der Zeit, Statista, <https://de.statista.com/infografik/22627/entwicklung-des-mehrwertsteuersatzes-in-deutschland> (Stand: 25.09.2020).

Auswirkungen der steigenden Staatsverschuldung auf die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum

von

Isabell Hettmann

Einleitung

Die Finanzkrise in den Jahren 2008 und 2009 stellt hinsichtlich ihres Umfangs und ihren Auswirkungen die schwerste Finanzkrise nach der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren dar. Sie wurde durch die Vergabe von Hypothekendarlehen an Wohneigentümerge-rinnen und Wohneigentümer in den USA ausgelöst, um damit eine eigene Immobilie fi-nanzieren zu können.¹ Darunter befanden sich aber auch Schuldner, welche nicht über die dafür notwendigen finanziellen Mittel verfügten. Auch die Insolvenzanmeldung der Investmentbank Lehman Brothers hat einen großen Beitrag zur Krise geleistet.² Als sich einige Länder von der Krise erholten, kam es im Euroraum verschärft zu hohen Staats-verschuldungen. Die öffentlichen Haushalte in der Europäischen Union hatten mit sin-kenden Wirtschaftsleistungen, Steuerausfällen und demzufolge mit einem Anstieg der Staatsschulden zwischen 2007 und 2014 von 72 auf 106 Prozent zu kämpfen.³ Am Ende hatte sich die durchschnittliche Staatsverschuldung bis 2014 bei 85 Prozent des BIP eingependelt. Besonders Länder wie Spanien, Portugal, Irland, Griechenland und Italien waren von der Krise erheblich betroffen. Die Schulden Griechenlands waren beispiels-weise so hoch, dass sie die Grenze des europäischen Stabilitätspakts von maximal 60 Prozent des BIP weit überstiegen.⁴

Seitdem konnten die Staatsschuldenquoten nur partiell bewältigt werden. Neben der Fi-nanzkrise lässt auch die aktuelle Coronapandemie die Staatsschulden in Europa drast-sich ansteigen. Die staatliche Hand kam teilweise in erheblichem Maße für die fehlenden Umsätze der Unternehmen und die Einkommensausfälle der abhängig Beschäftigten und der Selbstständigen auf.⁵ Wie in der Abbildung 1 dargestellt, hat Deutschland eine Schuldenquote von 68,7 Prozent zu erwarten, während Italien noch immer mit einer er-höhten Schuldenquote von 155,5 Prozent zu kämpfen hat. Es kommen Konjunkturpakete zum Einsatz, welche die Wirtschaft stabilisieren sollen. Allerdings steigt dadurch die Staatsverschuldung weiter an, welche folgenschwere Auswirkungen mit sich bringen wird.

¹ Vgl. Sommer, R., <https://www.bpb.de> (Stand: 18.06.2020).

² Vgl. Gischer, H.; Herz, B.; Menkhoff, L., 2020, S. 388.

³ Vgl. Illing, G., <https://www.bpb.de> (Stand: 22.06.2020).

⁴ Bei der Griechenlandrettung 2012 verpflichteten sich die Europartner, die Schulden Griechenlands bis 2020 auf 124 Prozent des BIP abzusenken, 2022 sollten sie dann auf deutlich unter 110 Prozent sinken. 2012 lag die Schuldenquote noch bei 175 Prozent. Vgl. Bohne, M., 2012, www.tagesschau.de (Stand: 17.09.2020).

⁵ Vgl. Feld, L. P. u. a., <https://www.ifo.de> (Stand: 25.08.2020).

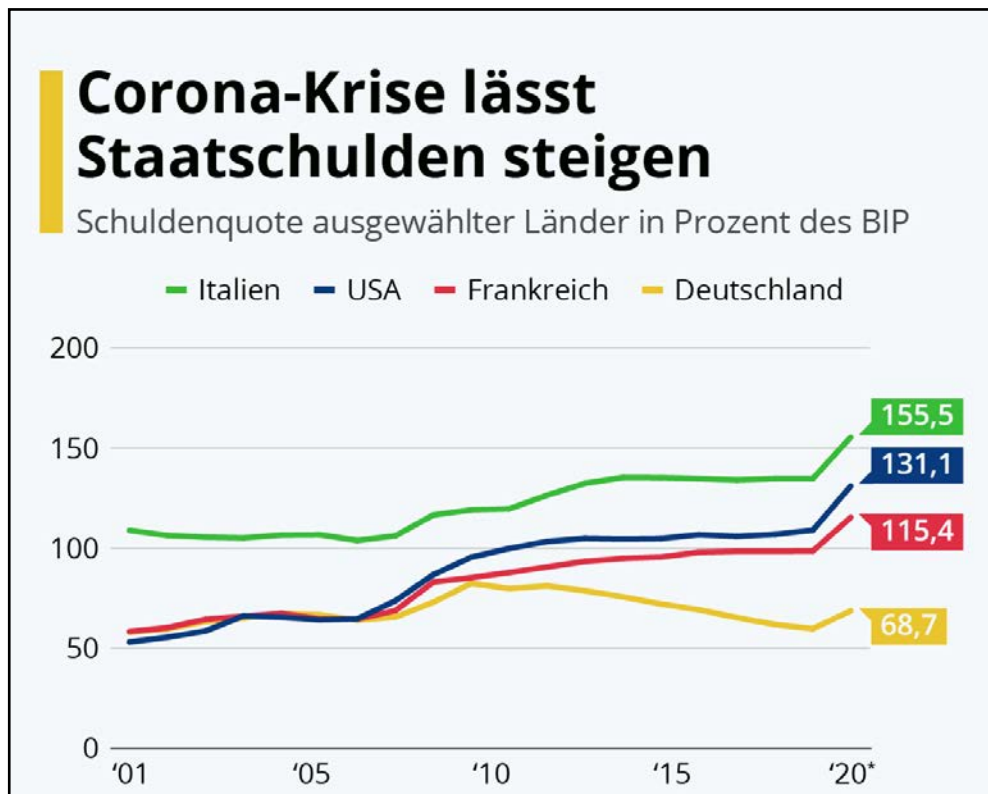


Abbildung 1: Staatsschulden während der Corona-Krise⁶

Auswirkungen einer steigenden Staatsverschuldung

Grundsätzlich liegt ein großes fiskalisches Problem der Staatsverschuldung in den erhöhten Zins- und Tilgungsverpflichtungen gegenüber den Banken.⁷ Darauf folgt eine Begrenzung des haushaltspolitischen Spielraums, da die finanziellen Mittel für Schuldentilgung und Zinsen aufgewendet werden und für Zukunftsinvestitionen in Bildung, Kinderbetreuung oder Infrastruktur fehlen könnten.⁸

Das trifft im Zuge der Corona-Krise die Kommunen besonders hart. Der vielerorts ohnehin schon hohe Investitionsrückgang wird damit weiter ansteigen. Knapp drei Viertel der Kommunen verzeichnen derzeit einen Investitionsrückstand in Straßen- und Verkehrsinfrastruktur. Stark betroffen sind auch die Bereiche Wohnungs- und Wasserwirtschaft – hier sind es 59 respektive 55 Prozent der Kommunen, die Investitionsrückstände haben.⁹

Auf lange Sicht betrachtet, hat dieser Investitionsstau negative Wirkungen auf die Akkumulation von Investitionsgütern und die Produktivität. Das Einkommen der Bevölkerung

⁶ Vgl. Suhr, F., 2020, <https://de.statista.com> (Stand: 25.08.2020).

⁷ Vgl. Andersen, U., <https://www.bpb.de> (Stand: 19.06.2020).

⁸ Vgl. Gebhardt, H.; Kambeck, R., 2009, S. 466.

⁹ Vgl. Bocksch, R. 2020, <https://de.statista.com> (Stand: 22.02.2021).

und die Nachfrage nach Produkten oder Investitionen sinken. Viele Unternehmen haben mit Umsatzeinbrüchen zu kämpfen, weshalb Bestellungen und Lagerbestände aufgelöst werden müssen. Daraufhin zerbricht die gesamte Wertschöpfungskette, da Geschäfte schließen müssen.¹⁰ Dementsprechend wird durch den Anstieg der Staatsverschuldung das Wirtschaftswachstum beeinträchtigt.¹¹

Als Folge kommt es häufig zum Vertrauensverlust der Finanzmärkte gegenüber den Staaten.¹² Wenn Investoren eine Rückzahlung der Verbindlichkeiten bezweifeln, werden keine Kredite vergeben. Infolgedessen können die Staaten ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen, was zu einer weiteren Überschuldung führt. Wenn Verbindlichkeiten für einzelne Länder nicht zurückgezahlt werden können, breitet sich Nervosität auf den Finanzmärkten aus, sodass eine Zinserhöhung auch für andere Länder gilt, bei denen der gleiche Ablauf befürchtet wird.

Daraus folgt wiederum, dass für die notleidenden Staaten mit hohen Schuldenquoten Hilfspakete angesetzt werden müssten, welche Ausgabenreduzierungen fordern und aus erhöhten Steuerzahlungen der Bevölkerung bestehen.¹³ Sparmaßnahmen betreffen die breite Bevölkerung, da dadurch das gesamtwirtschaftliche Einkommen vor allem im öffentlichen Dienst sinkt und die Arbeitslosigkeit steigt.¹⁴

Zur Vorbeugung der Staatsverschuldung und der sich damit verschlechternden Realwirtschaft im Euroraum nahm die Europäische Zentralbank eine Senkung des Leitzinses vor. Abbildung 2 zeigt, dass der Leitzins seit der Finanzkrise 2008 drastisch gesunken ist und sich seit 2016 bei null Prozent befindet. Dadurch können günstigere Kredite für private Haushalte und Unternehmen vergeben werden, was die Konjunktur ankurbeln könnte. Aufgrund dessen investieren Unternehmen und konsumieren Verbraucher mehr. Zum einen besteht die Gefahr, dass die Nachfrage schneller wächst als die Produktion von Gütern, was wiederum die Preise ansteigen lässt. Das kann in einer Inflation enden, falls die Zentralbank dem prioritätem Ziel der Preisstabilität nicht nachkommt und der starke

¹⁰ Das Leibniz Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung hebt dabei hervor, dass im Zuge der Corona-Krise getroffenen Maßnahmen zum Social-Distancing, Kontaktbeschränkungen und Versammlungsverbote Wirtschaftszweige (Gastronomie, Einzelhandel, Kultur) treffen, die überproportional in urbanen Zentren angesiedelt sind. Kommt es zu pandemie-bedingten Insolvenzen dieser Betriebe sind in der Regel auch die Umsätze und die wirtschaftliche Existenz der verbliebenen Unternehmen in urbanen Zentren in Gefahr. Vgl. Garcia, S. C. u. a., 2020, S. 3.

¹¹ Vgl. Dörr, L. u. a., 2019, S. 3.

¹² Vgl. Mankiw, N. G.; Taylor, M. P., 2018, S. 1125 f.

¹³ So wie das im Zuge der Finanz- und Schuldenkrise von Seiten der Troika für Griechenland der Fall war.

¹⁴ Vgl. Mankiw, N. G.; Taylor, M. P., 2018, S. 1131.

Geldumlauf nicht kurzfristig aufgehoben wird.¹⁵ Zum anderen kann die hohe Nachfrage nach Krediten aufgrund günstiger Konditionen eine Immobilienblase wie in den Jahren 1990 bis 2007 hervorrufen.¹⁶ Zur Bewältigung einer möglichen bevorstehenden Inflation werden Zinserhöhungen vorgenommen, die wiederum zu Zahlungsausfällen, der Rückgabe von Immobilien an Banken oder zu Verkäufen führen können.¹⁷

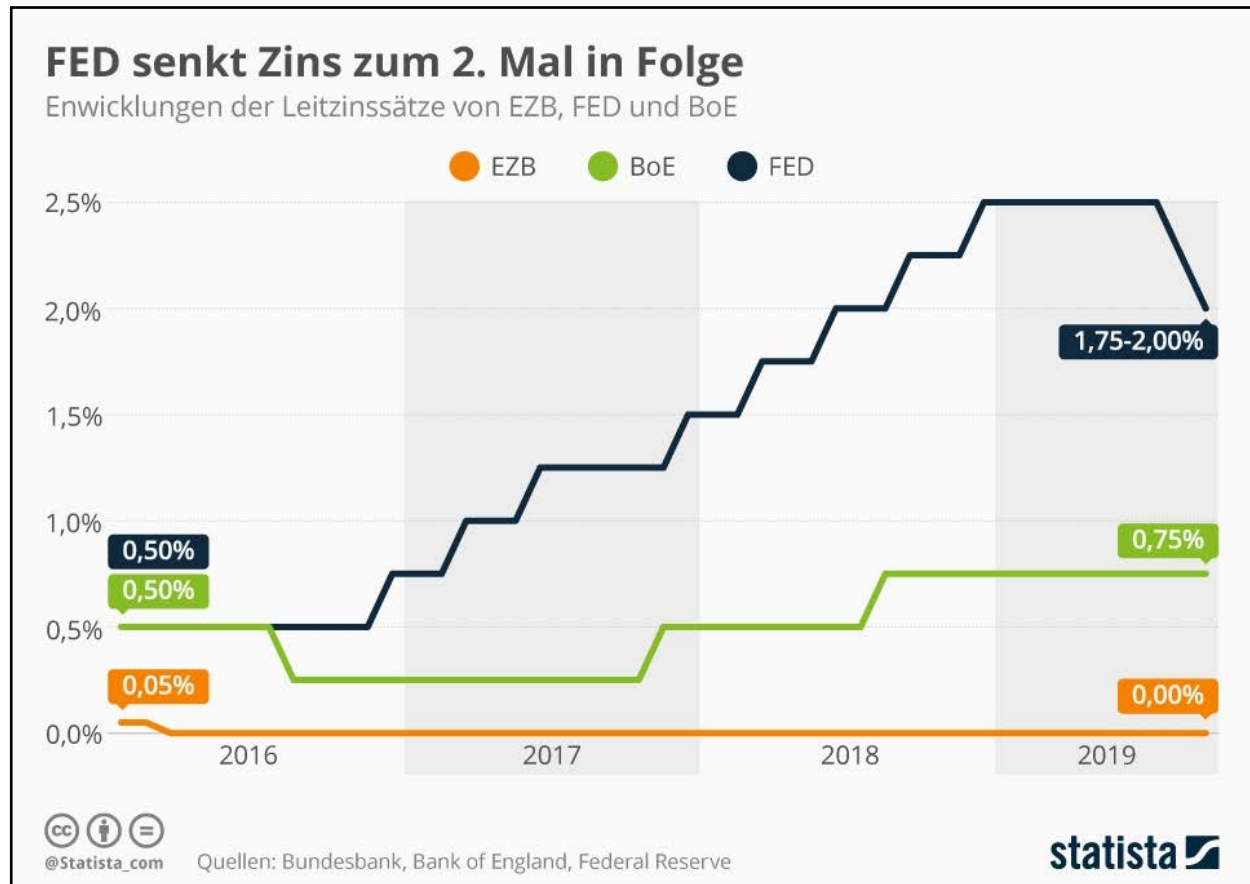


Abbildung 2: Leitzinsentwicklung seit 2015¹⁸

Da in diesem Fall die Verbindlichkeiten den Wert der Immobilie übersteigen, werden Verluste generiert. Somit können Staatsschulden weitere Schulden hervorbringen. Ein Beispiel hierfür war die drohende Zahlungsunfähigkeit Griechenlands, die die Diskussion über den Verbleib Griechenlands in der Eurozone entfachte. Aufgrund der expansiven Geldpolitik der EZB und dem fehlenden Vertrauen in die Rettung des griechischen Staatshaushalts fiel der Wechselkurs des Euro.¹⁹ Dieses Szenario ließ die europäischen

¹⁵ Vgl. Illing, G., <https://www.bpb.de> (Stand: 22.06.2020).

¹⁶ Vgl. Mankiw, N.G.; Taylor, M.P., 2018, S. 1115.

¹⁷ Vgl. ebd., S. 1117 f.

¹⁸ Vgl. Brandt, M. 2019, <https://de.statista.com> (Stand: 25.08.2020).

¹⁹ Vgl. Mankiw, N. G.; Taylor, M. P., 2018, S. 1127.

Waren für Länder außerhalb des Euroraums günstiger werden, während die Importe teurer wurden. Ein Austritt Griechenlands aus der Eurozone hätte für das Land noch gravierendere Folgen gehabt: Lebensmittel, Medikamente und Energie wären schlagartig teurer geworden, da eine abgewertete Drachme zwar die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft gesteigert hätte, aber für die Bevölkerung bedeutet hätte, dass sie deutlich weniger Kaufkraft im Portemonnaie gehabt hätte.²⁰

Schlussbetrachtung

Eine Staatsverschuldung kann viele Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum mit sich bringen, sei es die Gefährdung des Wirtschaftswachstums, der Vertrauensverlust gegenüber den Banken, die Gefahr einer Inflation oder eine Währungsentswertung. Es ist ein Teufelskreis, da sich die Schulden durch die Aufnahme weiterer Kredite anhäufen. Mit einer angemessenen Schuldenquote in Europa können schwache Volkswirtschaften nicht mehr das Vertrauen in die Eurozone „erschüttern“ und indirekt damit auch anderen EU-Mitgliedsstaaten schaden, die diese Situation nicht selbst zu verantworten haben.

Insbesondere in der aktuellen Corona-Krise müssen die Staaten versuchen, die Wirtschaft anzukurbeln. Im besten Fall übersteigt dann der Prozentsatz des Wachstums den Zinssatz für Staatsanleihen, wodurch die Schuldenquote fallen würde.²¹ Bei einem Fehlschlag wird es für die betroffenen Staaten zukünftig ein Problem sein, aus den Schulden herauszuwachsen.²² Sobald die Niedrigzinsphase beendet ist, was jedoch in naher Zukunft nicht absehbar ist, werden die Schulden nicht mehr tragfähig sein.

Um dieses Problem zu verhindern, könnten Corona-Bonds mit einem festen Zinssatz eingeführt werden. Mit deren Einsatz könnten europäische Staaten gemeinsam Geld an Finanzmärkten aufnehmen, was zu günstigeren Konditionen erfolgen würde. Da sie in diesem Fall auch gemeinsam für die Tilgung haften, wäre die Kreditwürdigkeit besser.²³ Durch die Hinzunahme von wirtschaftlich starken europäischen Staaten wie Deutschland könnte die Bonität der Anleihen sogar höher ausfallen. Dementsprechend könnten die Staaten mit niedrigeren Zinsen und folglich mit einer sinkenden Schuldenlast rechnen.

²⁰ Vgl. Kaiser, S., 2015, www.spiegel.de (Stand 22.02.2021).

²¹ Vgl. Feld, L. P. u. a., <https://www.ifo.de> (Stand: 25.08.2020).

²² Vgl. Fischer, M., <https://www.wiwo.de> (Stand: 26.08.2020).

²³ Gemeinsame Euro-Bonds sind allerdings keine neue Idee, die jetzt erst im Zuge der Corona-Krise entstand. Vgl. Groth, J., 2020, www.capital.de, (Stand: 17.09.2020).

Diese Lösung zwingt Länder mit niedrigeren Schuldenquoten finanziell einzuspringen, was jedoch notwendig ist, um die Wirtschaft der stark verschuldeten Staaten zu stabilisieren.

Literaturverzeichnis

Andersen, U. (2013): Probleme der Staatsverschuldung, <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202136/staatsverschuldung> (Stand: 19.06.2020).

Bocksch, R. (2020): Investitionsrückstand: Deutschen Kommunen fehlen die Investitionen, Statista, <https://de.statista.com/infografik/22820/anteil-der-kommunen-mit-investitionsrueckstand> (Stand: 22.02.2021).

Bohne, M., (2012): Einigung bei Griechenland-Hilfen: Eine Rechnung mit vielen Unbekannten, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/griechenland2658.html> (Stand: 17.09.2020).

Brandt, M. (2019): Die Entwicklung der Leitzinsen, <https://de.statista.com/infografik/4649/entwicklung-der-leitzinsen> (Stand: 25.08.2020).

Dörr, L.; Gründler, K.; Mosler, M.; Potrafke, N. (2019): Der Zusammenhang zwischen Verschuldung, Budgetzusammensetzung und volkswirtschaftlichem Wachstum, https://www.ifo.de/DocDL/ifo_Forschungsberichte_107_2019_Budget-und-Wachstum.pdf (Stand: 19.06.2020).

Feld, L. P.; Beznoska, M.; Holtemöller, O.; Burghof, H. P.; Neyer, U.; Fuest, C.; Heinemann, F.; König, T. (2020): Rekordschulden gegen Corona-Folgen- was kann sich der Staat leisten? <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2020-08-corona-folgen-staatsverschuldung.pdf> (Stand: 25.08.2020).

Fischer, M. (2020): "Dann sind die Schulden nicht mehr tragfähig", <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/wirtschaftshistoriker-albrecht-ritschl-dann-sind-die-schulden-nicht-mehr-tragfaehig/25952548.html> (Stand: 26.08.2020).

Garcia, S. C. u. a. (2020): Kommunale Antworten auf die globale Corona-Krise: Finanzen, Innovationskraft und Lebensqualität verbessern. Kurzexpertise im Auftrag des Deutschen Städtetages, https://difu.de/sites/default/files/media_files/2020-09/Kurzexpertise_Staetetag_final_200819.pdf (Stand: 26.02.2021).

Gebhardt, H.; Kambeck, R. (2009): Anstieg der Staatsverschuldung stellt Finanzpolitik vor große Herausforderungen, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 89 vom 25. Juli 2009, S. 466-472.

- Gischer, H.; Herz, B.; Menkhoff, L. (2020):** Geld, Kredit und Banken, eine Einführung, 4., überarb. Aufl., Berlin.
- Groth, J., (2020):** Corona-Bonds - alte Idee, neuer Name, <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/corona-bonds-alte-idee-neuer-name> (Stand: 17.09.2020).
- Illing, G. (2016):** Geldpolitik und Staatsverschuldung, Monetäre oder fiskalische Dominanz, <https://www.bpb.de/apuz/217989/geldpolitik-und-staatsverschuldung?p=1> (Stand: 22.06.2020).
- Kaiser, S. (2015):** So gefährlich wäre Griechenlands Euro-Aus, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechenland-so-gefaehrlich-waere-der-grexit-a-1038609.html> (Stand: 22.02.2021).
- Mankiw, N. P.; Taylor, M. P. (2018):** Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 7., überarb. Aufl., Stuttgart.
- Potrafke, N.; Gründler, K.; Mosler, M.; Dörr, L. (2019):** Der Zusammenhang zwischen Verschuldung, Budgetzusammensetzung und volkswirtschaftlichem Wachstum, https://www.ifo.de/DocDL/ifo_Forschungsberichte_107_2019_Budget-und-Wachstum.pdf (Stand: 25.08.2020).
- Sommer, R. (2012):** Die Subprime-Krise in den Vereinigten Staaten, <https://www.bpb.de/politik/wirtschaft/finanzmaerkte/55766/subprime-krise> (Stand: 18.06.2020).
- Suhr, F. (2020):** Corona-Krise lässt Staatsschulden schneller ansteigen, <https://de.statista.com/infografik/21459/staatsverschuldung-ausgewaehlter-laender-durch-die-corona-krise> (Stand: 25.08.2020).

Staatsverschuldung in Europa: Wie Irland vom Musterschüler zum Problemfall innerhalb der Eurozone wurde

von

Bero Holzreiter

Ausgangslage: Irland und die Euro-Schuldenkrise

Die Schuldenkrise in Europa wird häufig mit Griechenland assoziiert. Es ist richtig, dass Griechenland im Vergleich zu anderen hochverschuldeten Staaten schlechter aufgestellt ist, da alle Indikatoren zur Staats- und Auslandsverschuldung die prekäre Situation des Landes auswiesen.¹

Doch auch andere Länder sahen sich mit einer hohen Staatsverschuldung konfrontiert. In der Presse war in diesem Kontext auch von den sog. PIGS-Staaten die Rede, wobei dies ein unzureichend politisch korrektes Akronym für die Staaten Portugal, Irland, Spanien und Griechenland darstellt. Doch wie konnte ausgerechnet Irland, das als Wirtschaftswunderland und Musterschüler Europas galt,² so schwer von einer Krise getroffen werden? Der vorliegende Beitrag gibt auf diese Frage eine Antwort.

Die Entwicklung Irlands zum Sorgenkind und der Weg aus der Staatsverschuldung

Bis in das Jahr 2007 erlebte Irland über zwei Dekaden hinweg einen enormen kontinuierlichen wirtschaftlichen Aufschwung.³ Dieser Boom war u. a. zurückzuführen auf niedrige Steuersätze für ausländische Unternehmen und daraus resultierende Investitionstätigkeiten und einen schwach regulierten Bankensektor;⁴ aber auch demographische Faktoren begünstigten den Aufschwung.⁵ Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg zwischen 1987 und 2007 durchschnittlich um 6,3 Prozent an; die Bevölkerung Irlands wuchs und die Einkommen nahmen stark zu, was zu einer hohen Immobiliennachfrage führte. So hatten sich die Preise für Häuser in Irland seit 1996 mehr als vervierfacht.⁶ Zur Finanzierung der Immobilien wurden in erheblichem Maße Kredite genutzt, infolgedessen stieg zwischen 1998 und 2007 der Anteil inländischer Kredite am BIP von 81 auf 184 Prozent. Unterstützend für diese Entwicklung war nicht zuletzt das niedrige Zinsniveau dieser Zeit.⁷

¹ Vgl. Dullien, S.; Schwarzer, D., 2010, S. 18 f.

² Vgl. Wrede, I., 2009, <https://www.dw.com/de> (Stand: 13.06.2020).

³ Vgl. Whelan, K., 2013, S. 2 f.

⁴ Vgl. Weinmann, G., 2012, S. 48.

⁵ Vgl. Whelan, K., 2013, S. 3.

⁶ Vgl. ebd., S. 6 f.

⁷ Vgl. Mankiw, N.; Taylor, M., 2018, S. 1127 f.

Lange Zeit galt Irland als das „Armenhaus“ Europas. Kein europäisches Land verlor in Relation zu seiner Bevölkerungszahl so viele junge Menschen in die Emigration wie Irland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.⁸ Erst in den 1960er Jahren ebte die Auswanderung ab und aufgrund der beschriebenen florierenden Wirtschaft wandelte sich Irland zu einem Einwanderungsland. Zwischen 2002 und 2008 wanderten allein 370.000 Menschen (fast zehn Prozent der Bevölkerung) nach Irland ein.⁹ Besonders in der bedeutsamen Bauwirtschaft kamen aufgrund der vorherrschenden Vollbeschäftigung viele Arbeiter*innen aus dem osteuropäischen EU-Ausland, wobei die Immobiliennachfrage durch diese Immigration weiter befeuert wurde. Während dieses etwa 20 Jahre anhaltenden wirtschaftlichen Aufstiegs wurden regelmäßig die Steuern gesenkt und die Staatsausgaben erhöht – also prozyklische Fiskalpolitik betrieben – und trotzdem konnte eine ganze Reihe von Haushaltsüberschüssen erzielt werden.¹⁰

Betrachtet man die Ursachen für die wirtschaftliche Krise, in die Irland geriet, so kann man von einer doppelten Schieflage sprechen: Zum einen konnte die Finanzkrise, welche ihren Ursprung 2007 im Zusammenbruch des Subprime-Hypothekenmarkts in den USA hatte, besonders rasch auf Irland übergreifen.¹¹ Dies lag an der engen Verflechtung Irlands mit dem US-Finanzmarkt. Zum anderen war die Überhitzung des Binnenmarktes ein kritischer Faktor.¹² Im Jahr 2007 stagnierten die Preise für Häuser in Irland und fielen anschließend sogar.¹³ Durch den Sturz der Hauspreise um bis zur Hälfte des Wertes kam die Nachfrage nach neuen Häusern zum Erliegen und viele Beschäftigte im Bau-sektor wurden arbeitslos.¹⁴ Die irischen Banken kamen in existenzielle Nöte aufgrund der international gehandelten Finanzprodukte, die nun kollabierten,¹⁵ und zudem rächte sich ihr großes Engagement bei der Kreditvergabe für den heimischen Immobilienmarkt, da sie nun aufgrund des Wertverlusts auf faulen Krediten saßen.¹⁶ Zur Rettung der Ban-

⁸ Vgl. Stuchtey, B., 2012, S. 75.

⁹ Vgl. Dauderstädt, 2016, S. 62.

¹⁰ Vgl. Whelan, K., 2013, S. 3.

¹¹ Vgl. Mankiw, N.; Taylor, M., 2018, S. 1117 ff.

¹² Vgl. Weinmann, G., 2012, S. 48.

¹³ Vgl. Barrett, A.; McGuinness, S., 2012, S. 27.

¹⁴ Vgl. Whelan, K., 2013, S. 8 f.

¹⁵ Vgl. Weinmann, G., 2012, S. 48.

¹⁶ Vgl. Wrede, I., 2009, <https://www.dw.com/de> (Stand: 13.06.2020).

ken übernahm der irische Staat eine Garantie für das irische Bankensystem, verstaatlichte Banken und gründete eine Institution, die faule Kreditpapiere ankaupte (sog. Bad Bank).¹⁷

Allerdings nahm bei gleichzeitig sinkenden Steuereinnahmen und abnehmendem BIP das Haushaltsdefizit dadurch gewaltige Ausmaße an. Die anderen EU-Staaten setzten Irland unter Druck, einen offiziellen Kreditantrag zu stellen, was aber von der irischen Regierung hinausgezögert wurde, da sie sich von der Troika und der breiten Öffentlichkeit so spät wie möglich in die Karten blicken lassen wollte.¹⁸ Erschwerend kam noch zusätzlicher Druck aus dem Vereinigten Königreich hinzu. Die britische Finanzaufsichtsbehörde verordnete schärfere Regeln für irische Banken im Vereinigten Königreich, um zu verhindern, dass liquide Mittel nach Irland abfließen.¹⁹

Letztendlich musste Irland im November 2010 um finanzielle Unterstützung bitten. So erhielt Irland als zweites Land nach Griechenland Mittel aus der EU und dem IWF (Euro-Rettungsschirm), insgesamt 85 Milliarden Euro, musste im Gegenzug aber strikte Auflagen zur Haushaltssanierung erfüllen sowie sich einer Kontrolle durch die sog. Troika (EZB, IWF und EU-Kommission) unterziehen.²⁰ Dabei mussten auch die Troika-Mitglieder untereinander hart verhandeln, da sie verschiedene Ziele verfolgten. Der IWF wollte im Gegensatz zu den anderen Troika-Mitgliedern eine Beteiligung an den Verlusten der irischen Banken durch deren Gläubiger. Am Ende wurde dies jedoch nicht umgesetzt.²¹ Das Hauptziel der EZB war die Rückzahlung der Schulden aus der Banken-Liquiditätshilfe. Die Europäische Kommission wollte hingegen vorrangig die Verbreitung von Zweifeln an den Finanzmärkten der EU-Staaten verhindern. Auch der IWF hatte das Hauptaugenmerk auf der Wiederherstellung der Kreditwürdigkeit.²²

Im Gegensatz zu Griechenland war der öffentliche Haushalt Irlands vor der Schuldenkrise jedoch nicht strukturell defizitär; die Staatsverschuldung entstand vor allem durch

¹⁷ Vgl. Weinmann, G., 2012, S. 48; vgl. Bielenberg, K., 2018, <https://www.independent.ie> (Stand: 13.06.2020).

¹⁸ Vgl. Honohan, P., 2019, S. 241 ff.

¹⁹ Vgl. ebd., S. 236.

²⁰ Vgl. Mankiw, N.; Taylor, M., 2018, S. 1128 ff.; vgl. Weinmann, G., 2012, S. 48.

²¹ Vgl. Honohan, P., 2019, S. 247.

²² Vgl. Honohan, P., 2019, S. 252.

die Hilfen für die Banken. Daher schätzten Expert*innen die Finanzsituation noch robuster ein, vor allem weil die außenwirtschaftlichen Probleme des Landes nicht so gravierend waren wie diejenigen Griechenlands, Spaniens oder Portugals.²³

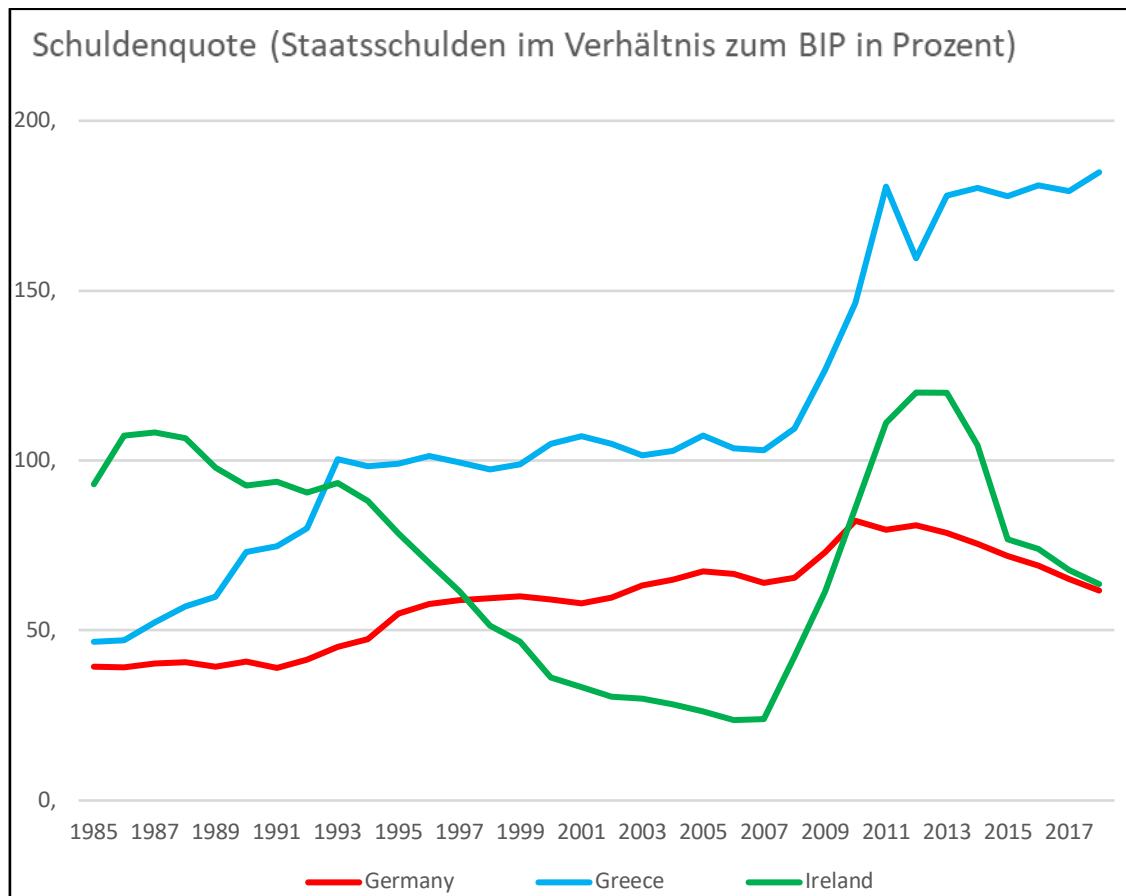


Abbildung 1: Schuldenquoten von Irland, Griechenland und Deutschland²⁴

Die Abbildung zeigt zum einen den enormen Schuldenquotenanstieg Irlands ab 2008, zum anderen aber auch, dass Irland durch seine Haushaltsüberschüsse und sein kräftiges Wirtschaftswachstum die Schuldenquote bis 2007 auf einen Tiefstand von ca. 25 Prozent drücken konnte. Diese Schuldenquote war auch im Vergleich zu – von der Schuldenkrise weniger betroffenen – Deutschland mit etwa 65 Prozent in 2007 gering, während sie in Griechenland seit Anfang der 90er-Jahre bis 2008 um die 100-Prozent-Marke mit leichter Tendenz nach oben schwankte.²⁵

Deshalb vertritt Renate Neubäumer, Leiterin Abt. Wirtschaftswissenschaften der Universität Koblenz-Landau, die Meinung, der Begriff (Staats-)Schuldenkrise, insbesondere in

²³ Vgl. Dullien, S.; Schwarzer, D., 2010, S. 6.

²⁴ Eigene Darstellung nach Daten des IWF, <https://www.imf.org> (Stand: 13.06.2020).

²⁵ Eigentlich fordert der Vertrag von Maastricht eine max. Schuldenquote von 60 Prozent, vgl. <https://www.lpb-bw.de/euro-krise> (Stand: 13.06.2020).

Bezug auf Irland und mit Ausnahme von Griechenland, sei trügerisch, da damit der Eindruck erweckt werde, eine unsolide Haushaltspolitik und nicht vielmehr die Auswirkungen der Finanzkrise hätten zur hohen Verschuldung geführt.²⁶ Um den Haushaltsdefiziten entgegenzuwirken, ergriff Irland zahlreiche Maßnahmen, so wurden z. B. im öffentlichen Dienst Gehälter gekürzt und Stellen abgebaut; der Mindestlohn²⁷ und die Sozialleistungen wurden gesenkt. Trotz des Sparkurses blieben Steuern für Unternehmen aber niedrig und es wurden durchaus auch Investitionen getätigt.²⁸ Der weiterhin geltende Körperschaftssteuersatz von nur 12,5 Prozent brachte Irland innerhalb der EU große Kritik ein.²⁹

Insgesamt verlief die Entwicklung des Landes seit Beginn der Krise positiv: Bereits Ende 2013 konnte Irland den Euro-Rettungsschirm verlassen und im Folgejahr wieder eine Staatsanleihe zu sehr niedrigem Zins³⁰ am Markt platzieren. Auch stieg zwischen 2010 und 2019 das BIP um durchschnittlich 6,3 Prozent an, ebenso fielen die Arbeitslosenzahlen ab 2013 und das Haushaltsdefizit wurde seit seinem Rekordhoch 2010 mit -32,1 Prozent ebenfalls stetig kleiner (2018 sogar ein Überschuss +0,1 Prozent).³¹ Aufgrund der Ereignisse im Jahr 2020 steigt die Staatsverschuldung aktuell wieder: betrug sie im Jahr 2019 rund 57,3 Prozent des BIPs, wird für 2021 die Schuldenquote auf rund 61,3 Prozent des BIP prognostiziert.³²

Das Resümee

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Irland durch die Auswirkungen der Weltfinanzkrise und durch das Platzen der eigenen gigantischen Immobilienblase in eine Finanz- und Wirtschaftskrise besonderen Ausmaßes geriet, die das Eingreifen des Staates dringend erforderlich machte. Schlechtes Haushalten kann sich Irland nicht direkt vorwerfen lassen, gleichwohl darf aus Sicht des Autors kritisch hinterfragt werden, ob ein Abrücken von der prozyklischen Fiskalpolitik während den Jahren des exzessiven Booms die Auswirkungen in der Krise nicht hätten abmildern können.

²⁶ Vgl. Neubäumer, R., 2011, S. 827 f.

²⁷ Wobei der gesetzliche Brutto-Mindestlohn bei einer Vollzeitarbeitsstelle mit 1707 Euro immer noch einer der höchsten in der EU ist. Nur Luxemburg lag 2020 mit 2142 Euro darüber. Vgl. Bocksch, R., 2020, <https://de.statista.com> (Stand: 16.11.2020).

²⁸ Vgl. Böcking, D.; Hecking, C.; Ohdah, D., 2017, <https://www.spiegel.de> (Stand: 13.06.2020).

²⁹ Siehe z. B. „Der Skandal der irischen Bankenrettung“ vom 7.12.2010, in: Piketty, T., 2015, S. 85-88.

³⁰ Die Höhe des Zinses gibt Auskunft über das Risiko bzw. die Bonität des Emittenten. Niedriger Zins ist ein positiver Indikator. Vgl. Beitrag von Lea Wolters zu Ratingagenturen in diesem Buch.

³¹ Vgl. o. V., o. J., <https://www.imf.org> (Stand: 13.06.2020).

³² Vgl. Urmersbach, B., 2020, <https://de.statista.com> (Stand: 13.06.2020).

Literaturverzeichnis

- Barrett, A.; McGuinness, S. (2012):** The Irish Labour Market and the Great Recession, in: Ifo Institute (Hrsg.): CESifo DICE Report 10 (2), München, S. 27-33.
- Bielenberg, K. (2018):** Hell at the Gates: How the financial crash hit Ireland, <https://www.independent.ie/business/irish/hell-at-the-gates-how-the-financial-crash-hit-ireland-36709945.html> (Stand: 13.06.2020).
- Bocksch, R. (2020):** So hoch ist der Mindestlohn in der EU. Statista, <https://de.statista.com/infografik/16404/so-hoch-ist-der-mindestlohn-in-der-eu> (Stand: 16.11.2020).
- Böcking, D.; Hecking, C.; Ohdah, D. (2017):** Sechs Länder, sechs Probleme, sechs Strategien, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/eurokrise-so-geht-es-italien-griechenland-spanien-irland-portugal-und-zypern-a-1136013.html> (Stand: 13.06.2020).
- Dauderstädt, M. (2016):** Die soziale Dimension der Eurozone, in: Schellinger, A.; Steinberg, P. (Hrsg.): Die Zukunft der Eurozone. Wie wir den Euro retten und Europa zusammenhalten, Bielefeld, S. 55-71.
- Dullien, S.; Schwarzer, D. (2010):** Umgang mit Staatsbankrotten in der Eurozone Stabilisierungsfonds, Insolvenzrecht für Staaten und Eurobonds, SWP-Studie Juli 2010, https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2010_S19_dll_swd_ks.pdf.
- Honohan, P. (2019):** Currency, Credit and Crisis: Central Banking in Ireland and Europe, Cambridge u. a.
- Mankiw, N.; Taylor, M. (2018):** Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 7. Aufl., Stuttgart.
- Neubäumer, R. (2011):** Eurokrise: Keine Staatsschuldenkrise, sondern Folge der Finanzkrise, in: Wirtschaftsdienst, 91. Jahrgang, Heft 12, S. 827-833.
- O. V. (o. J.):** General Government Debt – Percent of GDP, https://www.imf.org/external/datamapper/GG_DEBT_GDP@GDD/IRL/GRC/DEU?year=2018 (Stand: 13.06.2020).

- O. V. (o. J.):** Real GDP Growth – Annual percent change, https://www.imf.org/external/datamapper/NGDP_RPCH@WEO/IRL (Stand: 13.06.2020).
- O. V. (o. J.):** Unemployment rate – percent, <https://www.imf.org/external/datamapper/LUR@WEO/IRL> (Stand: 13.06.2020).
- O. V. (o. J.):** General government net lending/borrowing – Percent of GDP, https://www.imf.org/external/datamapper/GGXCNL_NGDP@WEO/IRL (Stand: 13.06.2020).
- Piketty, T. (2015):** Die Schlacht um die Euro. Interventionen, München, S. 85-88.
- Stuchtey, B. (2012):** Geschichte Irlands, München.
- Urmersbach, B. (2020):** Irland: Staatsverschuldung von 1995 bis 2019 und Prognosen bis 2025 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, <https://de.statista.com> (Stand: 27.12.2020).
- Weinmann, G. (2012):** Konsens und Konflikt: Krisenpolitik in Großbritannien und Irland, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Deutschland & Europa, Heft 63, Stuttgart.
- Whelan, K. (2013):** Ireland's Economic Crisis – The Good, the Bad and the Ugly, Dublin, <https://www.karlwhelan.com/Papers/Whelan-IrelandPaper-June2013.pdf> (Stand: 12.06.2020).
- Wrede, I. (2009):** Vom Musterschüler zum Sorgenkind, <https://www.dw.com/de/vom-mustersch%C3%BCler-zum-sorgenkind/a-4091875> (Stand: 13.06.2020).

Wer zieht die Fäden in Europa?

Zur Notwendigkeit von Interessenvertretern in der sozialen Marktwirtschaft

von

Gianni Maria Krämer

Lobbyismus

„Lobbyismus stellt eine spezifische Form der Politikberatung dar.“¹ Der Begriff wird vor allem im europäischen Raum mit verdeckter Einflussnahme, Korruption, Intransparenz und Manipulation in Bezug auf politische Entscheidungsträger in Verbindung gebracht. Dieser Beitrag zeigt die Aufgabenbereiche von Lobbyisten*innen auf und erläutert deren Notwendigkeit in der Marktwirtschaft und in einer parlamentarischen Demokratie. Des Weiteren werden Ansätze vorgestellt, welche die Lobbyarbeit kritisch beleuchten.

Eine wissenschaftliche Definition für den Begriff Lobbyismus oder Lobbying ist in der Literatur bis heute nicht ausgearbeitet.² Daher wird zur Begriffserklärung die historische Herkunft des Wortes beschrieben. Die Lobby beschreibt in diesem Kontext die Wandelhalle vor dem Plenarsaal eines Parlaments, in der Vertreter*innen von Verbänden, Interessengruppen, Organisationen und Konzernen versuchten die Parlamentarier*innen anzusprechen und die von ihnen repräsentierten Interessen zu beeinflussen.³ Dabei müssen wir für Deutschland von einer Vielzahl organisierter Interessen ausgehen.⁴ Heute steht der Lobbyismus für „(...) die Beeinflussung von primär staatlichen Repräsentanten*innen [durch sogenannte Lobbyisten], von der Kommune bis zur nationalen und europäischen Ebene (...), um im eigenen partikularen Interesse die Gesetzgebung bzw. die Durchführung, die Implementation der Gesetze mitzugestalten.“⁵

Unterstützung oder Beeinflussung?

Der Politik obliegt die Verantwortung im Sinne des Gemeinwohls Entscheidungen zu treffen. Dabei werden Politiker*innen mit komplexen Themenbereichen konfrontiert, bei denen sie Unterstützung aus der Wissenschaft und aus der Gesellschaft bzw. jeweiligen Interessengruppen in Bezug auf fachspezifische Kenntnisse benötigen, um eine entsprechende Gesetzgebung zu entwerfen, zu verändern oder zu verabschieden.⁶ Die Lobbyisten*innen sind nicht persönlich an den jeweiligen politischen Entscheidungen beteiligt,⁷

¹ Falk, S.; Rehfeld, D.; Römmele, A.; Thunert, M., 2006, S. 334.

² Vgl. Schwaneck, S., 2019, S. 18.

³ Vgl. Lösche, P., 2007, S. 20.

⁴ Vgl. Marschall, S., 2014, S. 66. Grobe Schätzungen gehen davon aus, dass es in Deutschland rund 600.000 Vereine/Verbände gibt.

⁵ Lösche, P., 2007, S. 20.

⁶ Vgl. Meier, B.; Ritter, F., 2016, S. 142.

⁷ Vgl. Leif, T.; Speth, R., 2006, S. 12.

sondern bauen Kontakte und Kommunikationsbeziehungen zu den entscheidungstragenden Personen in der Politik auf und pflegen diese.⁸ Sie stehen den jeweiligen politisch Verantwortlichen in entsprechenden Situationen organisatorisch, praktisch und inhaltlich zur Seite, um die Interessen der jeweiligen Interessengruppen bestmöglich politisch zu beeinflussen.

Die allgemeine Kritik am Lobbyismus macht sich dabei weniger an geregelten Formen der Zusammenarbeit fest, sondern am intransparenten, unkontrollierbaren und informellen Einfluss von Interessenorganisationen. Dabei steht der Vorwurf im Raum, dass in einigen Politikfeldern aufgrund des starken Einflusses von Interessengruppen effektive Reformen nicht möglich seien, z. B. in der Gesundheitspolitik.⁹ Auch kann die Einflussnahme aus destruktiver Intension versucht werden.¹⁰ In jedem Fall stehen den Lobbyisten*innen entsprechende Kommunikationstaktiken in den Verhandlungen und Argumentationsansätzen zur Verfügung, um auf Menschen in der Politik einzuwirken.¹¹ Damit sind Lobbyisten*innen in der Funktion als Vermittelnde zwischen der Gesellschaft und der Politik ein entscheidendes Bindeglied in politischen Prozessen einer parlamentarischen Demokratie, die den nötigen politischen und gesellschaftsrelevanten Input für die Weiterentwicklung systemrelevanter Entscheidungen aufarbeiten, Politikern*innen zur Verfügung stellen und der Politik eine vielschichtige Betrachtung ihrer Themenbearbeitung aufzeigen. Im Gegenzug dafür, erhalten Lobbyist*innen Zugangsmöglichkeiten in die jeweiligen Verwaltungsapparate.¹² Gegenleistungen könnten aber auch spezifische Informationen oder Spenden sein. Nach dem Interessenvertreter Hanning Kempe (Vorsitzender der Geschäftsführung der Kommunikationsberatung FleishmanHillard) wird der Erfolg seiner Kollegen mit dem Zugang oder der Vermittlung zu den richtigen Personen bzw. Entscheidungsträgern gemessen, da man davon ausgehen kann, dass die jeweiligen Abgeordneten Personen oder Personen im Beamtenstatus nur sehr begrenzt Zeit zur Verfügung haben, sich mit den unterschiedlichsten Themen auseinanderzusetzen.¹³ Da die Wirtschaft in einer parlamentarischen Demokratie ebenfalls große Bereiche der Politik beeinflusst und die Politik die Rahmenbedingungen der Wirtschaft

⁸ Vgl. Kleinfeld, R.; Zimmer, A.; Willems, U., 2007, S. 12 f.

⁹ Vgl. Marschall, S., 2014, S. 76.

¹⁰ Vgl. Schwaneck, S., 2019, S. 31 f.

¹¹ Vgl. Eckardt, S., 2011, S. 43.

¹² Vgl. Blum, E., 2015, Interview.

¹³ Vgl. Blum, E., 2015, Interview.

vorgeben muss, sind auch in diesem Bereich Lobbyisten*innen gefragt, der Politik mögliche Ansätze zu liefern, um den Unternehmen optimale Grundvoraussetzungen zu geben, erfolgreich zu wirtschaften und Arbeitsplätze zu schaffen.¹⁴ Gleichzeitig erfahren Lobbyisten*innen durch einen intensiven Kontakt mit der Politik, frühzeitig von der Entstehung von Gesetzesentwürfen und können diese dann maßgebend im Eigeninteresse beeinflussen.¹⁵ So können Unternehmen ihre strategische Planung ideal und frühzeitig ausrichten.

Die mündliche Kommunikation zwischen den Interessenvertreter*innen und den Politikern*innen ist eine Maßnahme beider Parteien, die intensiv genutzt wird, da hier wichtige Gestaltungspunkte in der Beeinflussung möglich sind.¹⁶ Diese Gespräche finden meist unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.¹⁷ Es entsteht eine Intransparenz politischer Entscheidungsprozesse, politischer Zusammenhänge, politischer Beziehungen und Netzwerkstrukturen gegenüber der Öffentlichkeit. Da große Unternehmen von diesen Netzwerkstrukturen stark profitieren, gerät die Gesellschaft durch diese Strukturen immer stärker in eine Abhängigkeit dieser Unternehmen und es entsteht das Risiko, dass sich diese Strukturen durch Lobbyismus stetig intensiver verflechten und damit das Unterstützen und Fördern von Innovationen behindern.¹⁸ Kritiker*innen bemängeln die einseitige Bevorzugung großer Unternehmen, denn Nichtregierungsorganisationen (NGOs) oder mittelständische Unternehmen, die oftmals ganz andere Bedürfnisse haben als Großkonzerne, bekämen keinen so einfachen Zugang zu den politischen Entscheidungsträger*innen.¹⁹

Bis zu den 1990er Jahren, als der Deutsche Bundestag und damit die Bundesregierung ihren Sitz in Bonn hatte, waren hauptsächlich die Verbände mit ihren Büros direkt vor Ort ansässig und es konnte noch ungefähr abgeschätzt werden, wie viele Interessensvertreter*innen im Kontakt zur Politik stehen. Seit dem Umzug des Deutschen Bundestages nach Berlin vermehrt sich die Zahl der Lobbyisten*innen immens, da daraufhin Hauptstadtvertretungen von Unternehmen, spezialisierte Auftragslobbyismus-Agenturen, Anwaltskanzleien und NGOs den direkten Kontakt zur Politik suchen.²⁰ Während

¹⁴ Vgl. Wallrabenstein, A., 2015, <https://www.bpb.de> (Stand: 18.06.2020).

¹⁵ Vgl. Kleinfeld, R.; Zimmer, A.; Willems, U., 2007, S. 43.

¹⁶ Vgl. Eckardt, S., 2011, S. 42.

¹⁷ Vgl. Meier, B.; Ritter, F., 2016, S. 135.

¹⁸ Vgl. Blum, E., 2015, Interview.

¹⁹ Vgl. Reyher, M., 2015, <https://www.bpb.de> (Stand: 18.02.2021).

²⁰ Vgl. Deutscher Bundestag, Parlamentsarchiv, 2016, <https://www.bundestag.de> (Stand: 27.07.2020).

Interessenvertreter*innen von Verbänden in Deutschland die Wahl haben, sich in ein Transparenzregister einzutragen, haben Unternehmen diese Möglichkeit nicht und damit wird auch nicht ersichtlich, wer als Interessenvertreter*in auftritt oder wie viele Lobbyisten*innen in Deutschland aktiv sind.²¹ Zusätzlich fehlt auch jede Art von Anreiz, da das Eintragen ins Transparenzregister weder mit Rechten, noch mit Pflichten verbunden ist.²²

Diese fehlende Transparenz und Anonymität führt zu einem Vertrauensverlust gegenüber der Politik und zu Misstrauen und Kritik gegenüber den organisierten Interessen. Ein Beispiel dafür, zeigt die am 12.06.2020 veröffentlichte Lobbyismus-Affäre des deutschen Bundestagsabgeordneten Philipp Amthor, der in Nebentätigkeit in einem US-amerikanischen IT-Unternehmen aktiv war und im Herbst 2018 Wirtschaftsminister Peter Altmaier um Unterstützung für das entsprechende Unternehmen bat. Amthor erhielt vom Unternehmen Aktienoptionen und soll auf Kosten des Unternehmens mit einigen Mitarbeitern teure Reisen unternommen haben.²³ Dieses Negativ-Beispiel zeigt, wie der Lobbyismus politische und wirtschaftliche Interessen verknüpft und warum in beiden Geschäftsfeldern ein zwielichtiges Image wahrgenommen wird.

Die Ergebnisse einer deutschlandweiten Umfrage des ZEW aus dem Jahr 2018 unterstreichen dabei nochmals, welchen Eindruck der Lobbyismus aufgrund dieser Intransparenz in der deutschen Gesellschaft vermittelt. Die Umfrage wurde mit 4.266 Probanden durchgeführt, die den Lobbyismus auf EU-Ebene einschätzten und bewerteten.

²¹ Vgl. Meier, B.; Ritter, F., 2016, S. 145.

²² Vgl. Deutscher Bundestag, Parlamentsarchiv, 2016, <https://www.bundestag.de> (Stand: 27.07.2020).

²³ Vgl. Schwarte, G., 2020, <https://www.tagesschau.de> (Stand: 21.06.2020).

Lobbyismus hat einen schlechten Ruf

78,4% sind der Meinung, dass die Politik der EU (sehr) stark durch Lobbyismus beeinflusst wird

Bewertung des Einflusses von Lobbyismus auf die Politik der EU



Wer profitiert von Lobbyismus auf EU-Ebene



Basis: 4.266 Befragte in Deutschland; November 2018
Quelle: ZEW



Abbildung 1: Außenwirkung des Lobbyismus in der Gesellschaft²⁴

Während 78,4 Prozent der befragten Personen sich sicher sind, dass Lobbyisten*innen die europäische Politik stark beeinflussen, gehen 77,6 Prozent davon aus, dass die Beeinflussung nicht im Sinne des Gemeinwohls stattfindet, sondern die Nutznießer zum einen die Industrie und zum anderen die Politiker*innen selbst sind.

Fazit

Auch wenn die Lobbyarbeit durch die Medien in vielen Teilen Europas kein sehr positives Image hat, ist ihre Arbeit existenziell notwendig für das Funktionieren einer parlamentarischen Demokratie mit einer stabilen Marktwirtschaft. Zwischen Politikern*innen und den Vertretern*innen der Interessengruppen besteht eine wechselseitige Beziehung auf Basis des Austausches von entscheidungsrelevanten und systemrelevanten Informationen. Dennoch muss beobachtet werden, wie sich die Lobbyarbeit im Bereich der privaten und wirtschaftlichen Akteure weiterentwickelt, um das Image sowohl ihres eigenen Berufs-

²⁴ Vgl. Brandt, M., 2019, <https://de.statista.com> (Stand: 27.07.2020).

zweiges, als auch das der Politik, der signifikanten Bedeutung ihrer Aufgabe anzupassen. Der Politikwissenschaftler und Wahlforscher Thorsten Faas kritisiert, dass zusammenfassend ein fehlendes „(...) repräsentatives Bild über Interessenvertretung/Lobbyismus in Deutschland (...)“ existiert, das durch die Erfassung von empirischen Daten durch Umfragen in Unternehmen oder auch der Bevölkerung zwingend erstellt werden muss.²⁵

²⁵ Vgl. Blum, E., 2015, Interview.

Literaturverzeichnis

- Brandt, M. (2019):** Lobbyismus hat einen schlechten Ruf, Statista, <https://de.statista.com/infografik/19114/umfrage-zu-lobbyismus-in-der-eu> (Stand 27.07.2020).
- Blum, E. (2015):** Die Beeinflusser: Wie lässt sich der Lobbyismus eindämmen?, SWR2 Forum - Diskussion mit: Faas, T.; Kempke, H.; Tillack, H.-M. <https://www.ardaudiothek.de/forum/wie-laesst-sich-der-lobbyismus-eindaemmen/54086608> (Stand: 18.02.2021).
- Deutscher Bundestag, Parlamentsarchiv (2016):** Öffentliche Liste über die beim Bundestag registrierten Verbände (Lobbyliste), <https://www.bundestag.de/parlament/lobbyliste> (Stand: 18.02.2021).
- Eckardt, S. (2011):** Politiker-Compliance als Zielgröße des Lobbyings – Konzeptualisierung, Messung und Determinanten, Wiesbaden.
- Falk, S.; Rehfeld D.; Römmele A.; Thunert, M. (2006):** Handbuch Politikberatung, Wiesbaden.
- Kleinfeld, R.; Zimmer, A.; Willems, U. (2007):** Lobbying – Strukturen. Akteure. Strategien, Wiesbaden.
- Leif, T.; Speth, R. (2003):** Die stille Macht – Lobbyismus in Deutschland, Wiesbaden.
- Leif, T.; Speth, R. (2006):** Die fünfte Gewalt – Anatomie des Lobbyismus in Deutschland, Wiesbaden.
- Lösche, P. (2007):** Verbände und Lobbyismus in Deutschland, Stuttgart.
- Marschall, S. (2014):** Das politische System Deutschlands, 3. Aufl. Konstanz, München.
- Meier, B.; Ritter, F. (2016):** Informiert oder manipuliert – Ist die Politik den Lobbyisten hörig?, in: Kösters, J. u. a. (Hrsg.) Welt der Wirtschaft. Neue Fragen einfach erklärt, Frankfurt, New York, S.134-145.
- Reyher, M. (2015):** Contra: Lobbyismus im Geheimen schadet der Demokratie! <https://www.bpb.de/dialog/netzdebatte/211577/contra-lobbyismus-im-geheimen-schadet-der-demokratie> (Stand: 18.02.2021).
- Schwaneck, S. (2019):** Lobbyismus und Transparenz – Eine vergleichende Studie einer komplexen Beziehung, Wiesbaden.

Schwarte, G. (2020): CDU-Politiker Amthor „Ich bin nicht käuflich“, <https://www.tagesschau.de/inland/amthor-105.html> (Stand: 18.02.2021).

Wallrabenstein, A. (2015): Pro: Lobbyismus ist fester Bestandteil des demokratischen Prozesses, <https://www.bpb.de/dialog/netzdebatte/211586/pro-lobbyismus-ist-fester-bestandteil-des-demokratischen-prozesses-> (Stand 18.06.2020).

Friedmans Helikoptergeld und die Folgen der Covid19-Pandemie

von

Philipp Maier

Einleitung

Die aktuelle Corona-Pandemie wirkt sich stark auf die Volkswirtschaften rund um den Globus aus. Lockdown-Maßnahmen haben das öffentliche Leben erheblich eingeschränkt, was dazu führte, dass ganze Wirtschaftsbereiche stillstanden oder noch stillstehen. Produktionen, Investitionen und Umsätze erlitten einen starken Rückgang. Darüber hinaus sind aber auch die Konsumausgaben betroffen, welche ebenfalls eine starke Reduktion verzeichnen. Dadurch wird es in vielen Ländern zu einer Rezession kommen, trotz bereits getroffener wirtschaftspolitischer Maßnahmen, wie beispielsweise dem Kurzarbeitergeld.¹ Dieser Beitrag diskutiert deshalb das Helikoptergeld als letzten Ausweg für die Zentralbank und setzt sich dabei kritisch mit dem Konzept des Helikoptergeldes, wie es erstmals 1970 von Milton Friedman formuliert wurde, auseinander.

Als Helikoptergeld bezeichnet man die Ausweitung der Geldmenge durch Ausschüttung eines schuldfreien Direkttransfers der Zentralbanken an Individuen oder den Staatshaushalt. Dies kann einmalig oder auch mehrmals erfolgen.² Diermeier und Obst beschreiben Friedmans Konzept des Helikoptergeldes als Möglichkeit der Zentralbank die Konsumnachfrage und die Inflationsrate gleichzeitig zu erhöhen. Dies gelingt ihr durch das einmalige Verteilen eines festgelegten Geldbetrages an alle Bürgerinnen und Bürger.³ Interpretiert man Friedmans Essay, „Die optimale Geldmenge“, so erkennt man jedoch, dass Friedmans Konzept von Helikoptergeld ein akademisches Gedankenexperiment war. Er wollte zeigen, dass durch Helikoptergeld eine durch die Zentralbank gesteuerte Inflation entstehen kann. Des Weiteren lässt sich interpretieren, dass Friedman die Gefahren aufzeigen wollte, welche eine Inflation nach sich ziehen kann. Durch die Auslegung seines Essays gelangt man zu der Schlussfolgerung, dass das Helikoptergeld als monetäre Geldpolitik zu verstehen ist.⁴

Helikoptergeld als letzter Ausweg für die Zentralbank?

Die Aufgabe, beziehungsweise das Ziel der Europäischen Zentralbank (EZB) ist die Preisstabilität in der Eurozone zu gewährleisten. Um dies jedoch zu erreichen, sind eine politische Unabhängigkeit und die Glaubwürdigkeit der EZB zwingend erforderlich.⁵ Die

¹ Vgl. Boumans, D. u. a., 2020, S. 1.

² Vgl. Fritsche, J. P.; Steininger, L., 2019, S. 5.

³ Vgl. Diermeier, M.; Obst, T., 2020, S. 1.

⁴ Vgl. Friedman, M., 1970.

⁵ Vgl. Berg, T. O. u. a., 2012, S. 85.

Preisstabilität gilt als erreicht, wenn der Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) mittelfristig bei unter, aber nahe zwei Prozent liegt.⁶ Damit ist es nicht die vorrangige Aufgabe der EZB im Falle einer Rezession die Nachfrage der privaten Haushalte zu stimulieren.

Damit die EZB nun dieses Helikoptergeld-Konzept umsetzen könnte, müsste diese entweder direkte Geldtransfers an alle Bürgerinnen und Bürger standardisieren oder dies indirekt über eine zeitlich begrenzte Staatsfinanzierung in Form von Steuersenkungen verteilen. Letzteres wäre dann aber kein Helikoptergeld mehr, wie es Friedman vorsah.⁷ Bei beiden Ansätzen würde aber das Geld direkt bei allen Bürgerinnen und Bürgern ankommen.⁸ Verfolgt man den Ansatz von Diermeier und Obst weiter, so wird Helikoptergeld oftmals „als letzte nukleare Option der Geldpolitik betrachtet“⁹. Durch die bisherigen Maßnahmen in Bezug auf die Corona-Pandemie sei die Lage für den Staat und den Bankensektor teilweise verbessert worden, jedoch seien die Auswirkungen auf die Realwirtschaft eher schwach gewesen. Es sei daher zwar vorteilhaft eine Staatsschuldenkrise einzudämmen, jedoch habe die aktuelle Krisensituation ihren Ausgangspunkt im Realwirtschaftssektor.

Auch Gali beschreibt, dass die Wirtschaft durch die aktuelle Situation Schaden erleidet. Er spricht sich als einer der wenigen Autoren für den tatsächlichen Einsatz von Helikoptergeld aus. Dies bedeute einen fiskalischen Transfer, welcher direkt monetär finanziert sei und an keine Art der Rückzahlung gebunden wäre. Gali vertritt die Ansicht, wenn es jemals an der Zeit für Helikoptergeld war, sei diese Zeit nun gekommen.¹⁰ Man erkennt deutlich, dass Gali nicht nur von einem Gedankenexperiment spricht, wie es aus der Interpretation von Friedmans Essay „Die optimale Geldmenge“ hervorgeht, sondern der Meinung ist, dass es an der Zeit ist Helikoptergeld in die Realität umzusetzen.¹¹ Anders als in der Interpretation von Diermeier und Obst über Friedmans Helikoptergeld, welche beschreibt, dass durch Helikoptergeld Nachfrage und Inflation erhöht werden,¹² möchte Gali die Liquidität von betroffenen Unternehmen durch Helikoptergeld wieder herstellen,

⁶ Vgl. Feldkord, E., 2005, S. 258.

⁷ Eine andere Möglichkeit wäre „Schwundgeld“: fiskalische (und nicht geldpolitische) Konsumgutscheine, die zu Vorzieheffekten führen sollen. Vgl. Hüther, M., 2020, S. 426.

⁸ Vgl. Diermeier, M.; Obst, T., 2020, o. S.

⁹ Diermeier, M.; Obst, T., 2020, o. S.

¹⁰ Vgl. Gali, J., 2020, o. S.

¹¹ Vgl. ebd.

¹² Vgl. Diermeier, M.; Obst, T., 2020, o. S.

beziehungsweise liquide Mittel für diese Unternehmen zur Verfügung zu stellen.¹³ Boumans u. a. beschreiben die Unterstützung betroffener Unternehmen in der aktuellen Krisensituation ebenfalls als hilfreich, jedoch nicht zwingend mit Bezug auf Helikoptergeld.¹⁴ Zwar ist Gali durchaus bewusst, welche Vielzahl an Herausforderungen diese praktische Implementierung beinhalten würde, jedoch sieht er diese Probleme als relativ geringbedeutend im Vergleich zur aktuellen Lage der Volkswirtschaft.

Otte beschreibt, dass aufgrund der derzeitigen Situation Menschen und Unternehmen direkt unterstützt werden müssen. Maßnahmen wie beispielsweise Arbeitslosengeld wirken sich laut Otte direkt auf die Nachfrage aus. Er beschreibt diese direkten finanziellen Unterstützungsmaßnahmen als Helikoptergeld, welche das Nachfragedefizit bezüglich der Corona-Pandemie kompensieren sollen.¹⁵ Otte vertritt ebenfalls die Auffassung, dass man dem Helikoptergeld Vorrang vor Kreditausgaben einräumen sollte. Er begründet dies damit, dass beispielsweise bei der Ausgabe von Krediten an Unternehmen, diese die Kredite zurückzahlen müssten, was Einsparungen und Personalabbau nach sich ziehen würde. Anders wäre das bei der Ausgabe durch die Zentralbank von Helikoptergeld an Unternehmen, welches die Unternehmen nicht zurückzahlen müssten.¹⁶ Vergleicht man nun den Ansatz von Otte mit der Interpretation Friedmans Essay von Diermeier und Obst, lässt sich erkennen, dass beide ein Nachfragedefizit feststellen, welches durch Helikoptergeld behoben werden könnte. Es lassen sich somit durchaus Parallelen zwischen Ottes sowie Diermeiers und Obsts Interpretationen von Friedmans Helikoptergeldansatzes feststellen. Es ist für beide deutlich mehr als nur ein Gedankenexperiment, anders als in Friedmans Essay.¹⁷

Pettifor beschreibt das Helikoptergeld-Konzept von Ben Bernanke als Bargeldtransfer an die Bevölkerung und als eine Art Zuschuss, welcher nicht zurückgezahlt werden muss. Dieses Konzept soll von Friedmans Gedankenexperiment inspiriert sein. Pettifor führt

¹³ Vgl. Gali, J., 2020, o. S.

¹⁴ Vgl. Boumans u. a., 2020, o. S.

¹⁵ Vgl. Otte, M., 2020, S. 15.

¹⁶ Vgl. ebd., S. 4.

¹⁷ Vgl. Friedman, M., 1970. Um die Zentralbank auf eine konstante ehrliche Wachstumsrate der Geldmenge zu verpflichten, plädierte Friedman einerseits für eine Regelbindung der Geldpolitik und andererseits dafür, externe Einflussfaktoren wie die Finanzierung von öffentlichen Haushaltsdefiziten oder Deviseninterventionen zur Verteidigung fester Wechselkurse abzuschaffen. So wurde er zum Wegbereiter für den weltweiten Übergang zu flexiblen Wechselkursen, wie wir sie heute für die meisten Währungen kennen. Vgl. Klump, R., 2013, S. 119.

an, dass Bernanke ebenfalls vorträgt, dass der Staat alternative Steuersenkungen vornehmen könnte. Als Resultat hätten die Bürgerinnen und Bürger mehr verfügbares Einkommen, was sich direkt auf die Nachfrage auswirke. Des Weiteren müssten die Zentralbank und der Staat zusammenarbeiten, was teilweise in Konflikt mit der Unabhängigkeit der Zentralbank stehen könnte.¹⁸ Bernau beschreibt eine weitere Ansicht Bernankes, nämlich die Angst vor einer ‚Ersparnis-Schwemme‘. Diese meint, dass die alternde Bevölkerung das Geld für ihre spätere Rente sparen werde und nicht wie ursprünglich angedacht, ausgibt.

Bernau führt ebenfalls an, dass einige Ökonominnen und Ökonomen Bernanke teilweise für die Finanzkrise mitverantwortlich machten, da die amerikanische Notenbank in den Jahren 2002 und 2003 zu locker mit dem Geld umging und Bernanke 2002 in das Direktorium der amerikanischen Notenbank berufen wurde. Abschließend lässt sich anmerken, dass ‚Helikopter-Ben‘, wie sein Spitzname nach der Idee von Milton Friedman lautet, das Modell des Helikoptergeldes durchaus befürwortete, jedoch fürchtete er die Folgen: Denn wenn die Zinsen erstmal bei null angekommen wären und es trotzdem keine neuen Kredite gäbe, könne die Zentralbank kaum noch etwas machen. Bei einem Rückgang der Inflation drohe dann sogar eine Deflation, bei der die Zinsen dann nicht noch weiter sinken könnten.¹⁹

Fazit und Ausblick in die Zukunft

Betrachtet man erneut Friedmans Essay ‚Die Optimale Geldmenge‘ von 1970, war das Helikoptergeld ursprünglich nur ein Gedankenexperiment, denn Friedman plädierte für eine strikte Politik der Preisniveaustabilität mittels Steuerung der Geldmenge. Im Zuge der derzeitigen Krise steht die Wirtschaft heute vor einem realen Problem. Investitionen, Umsätze und Konsumausgaben erleiden einen starken Rückgang. Es wird in vielen Ländern zu einer Rezession kommen.²⁰ Die Zentralbanken sehen sich somit gezwungen zu handeln. Betrachtet man Länder ohne Sozialhilfen und Arbeitnehmerschutz, wie es beispielsweise in den USA der Fall ist, kann man schlussfolgernd beurteilen, dass Helikoptergeld die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen dort wirklich unterstützen und die Nachfrage wieder angeregt werden könnte. Menschen, die dort ihre Arbeit aufgrund der Corona-Pandemie verloren haben und folglich über kein Einkommen mehr verfügen,

¹⁸ Vgl. Pettifor, A., 2018, S. 168-169.

¹⁹ Vgl. Bernau, P., 2015, S. 104.

²⁰ Vgl. Boumans, D.; Link, S.; Sauer, S., 2020, S. 1.

werden zwangsläufig weniger Konsumausgaben tätigen. Somit lässt sich feststellen, dass Helikoptergeld in Ländern ohne staatliche soziale Hilfen, wie beispielsweise in den USA, zu einer Stabilisierung der Wirtschaftslage beitragen kann, da betroffene Menschen dadurch in gewisser Weise finanziell ‚aufgefangen‘ werden. Wie bereits erwähnt, gibt es dort kein System, welches die Menschen, die von der Pandemie betroffen sind, auffängt und diese für eine gewisse Zeit finanziell unterstützt.

Helikoptergeld sollte jedoch auch aus kritischem Blickwinkel betrachtet werden, da aus der Interpretation Friedmans Essay ebenfalls hervorgeht, dass er am Beispiel des Helikoptergeldes aufzeigen wollte, wie schädlich Inflation sein kann. Betrachtet man Europa, beispielsweise Deutschland, welches über ein Sozialsystem und Arbeitnehmerschutz verfügt, kann man zu einer anderen Schlussfolgerung gelangen. Auch wenn die Bürgerinnen und Bürger dort aufgrund der Corona-Pandemie ihren Arbeitsplatz verlieren oder in Berufswegen eingeschränkt sind, gibt es politische Maßnahmen, welche diesen Umständen entgegenwirken. Zum Beispiel das Kurzarbeitergeld oder das Arbeitslosengeld, welches für soziale Sicherheit sorgt. Es kann zwar auch in Deutschland zu einem Rückgang der Nachfrage kommen, damit diese jedoch wieder ansteigt, müssen Unternehmen, welche enorme Verluste aufgrund der aktuellen Situation erleiden, unterstützt werden. Diese Unternehmen müssen zwangsläufig ihre Liquidität wiederherstellen, damit die Produktion, Umsätze und vor allem auch Investitionen wieder ansteigen. Eine solche Hilfe richtet sich im Gegensatz zum Helikoptergeld spezifisch auf nicht genutzte Produktionskapazitäten der Volkswirtschaft.

Somit sollte sich der Fokus der Zentralbank nicht darauf richten, jeder Bürgerin oder jedem Bürger Helikoptergeld in Form von 1.000 Euro zu überweisen, sondern den betroffenen Unternehmen schnellstens liquide Mittel zur Verfügung zu stellen, damit diese sich nachhaltig regenerieren können und sich in der Folge auch die gesamte Wirtschaftslage wieder stabilisieren kann.

Literaturverzeichnis

- Berg, T. O.; Carstensen, K.; Horn, G. A.; Lamla, M. J.; Sturm, J.-E.; Schnabl, G.; von Weizenäcker, C. C. (2012):** Funktionswandel der EZB?, in: Wirtschaftsdienst: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 92, Nr. 2, S. 79-94.
- Bernau, P. (2015):** Ben Bernanke. Der Mann für die Geldschwemme, in: Nienhaus, L. (Hrsg.): Die Weltverbesserer. Große Gedanken aus der Wirtschaft, Bonn, S. 102-105.
- Boumans, D.; Link, S.; Sauer, S. (2020):** COVID 19: Die Weltwirtschaft auf der Intensivstation, Erkenntnisse aus einer weltweiten Expertenumfrage, in: ifo Schnelldienst 5/2020, abrufbar unter: <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2020-05-boumans-link-sauer-expertenumfrage-corona.pdf>, (Stand: 10.06.2020).
- Dierks, L. H. (2017):** Helikoptergeld für die Eurozone, in: WiSt – Wirtschaftswissenschaftliches Studium 46/2017, Heft 6, S. 31-36.
- Diermeier, M.; Obst, T. (2020):** Helikoptergeld gegen die Krise?, in: IW-Kurzbericht 28/2020, abrufbar unter: https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2020/IWKurzbericht_2020_Helikopter-neu.pdf, (Stand: 10.06.2020).
- Feldkord, E. (2005):** Die Bedeutung der monetären Analyse für die Europäische Zentralbank, in: Wirtschaftsdienst 85, S. 258-263.
- Friedman, M. (1970):** Die optimale Geldmenge und andere Essays, München.
- Fritsche, J. P.; Steininger, L. (2019):** Handlungsspielraum der EZB – von Zinspolitik bis Helikoptergeld, in: DIW Roundup 134, Politik im Fokus, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, S. 1-7.
- Gali, J. (2020):** Helicopter money: the time is now, in: VOX, CEPR Policy Portal, abrufbar unter: <https://voxeu.org/article/helicopter-money-time-now>, (Stand: 10.06.2020).
- Hüther, M. (2020):** Investitionen und Konsum: wirtschaftspolitische Handlungsoptionen zur Jahresmitte 2020, in: Wirtschaftsdienst: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 100, Nr. 6, S. 422-428.

Klump, R. (2013): Wirtschaftspolitik – Instrumente, Ziele und Institutionen, 3. Aufl., München.

Otte, M. (2020): Deutscher Bundestag: Öffentliche Anhörung „Neustart für die Wirtschaft in Deutschland und Europa“ am 27.Mai 2020, in: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Ausschussdrucksache 19(9)632, abrufbar unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/697778/40b54712819c1d7f5cde777cf847281e/sv-otte-data.pdf>, (Stand: 10.06.2020).

Pettifor, A. (2018): Die Produktion des Geldes, Ein Plädoyer wider die Macht der Banken, Hamburg.

Ursachen und Bekämpfungsmöglichkeiten regionaler Arbeitslosigkeit in Deutschland

von

Johannes Mästele

Einleitung

Die regionale Arbeitslosigkeit kann der strukturellen Arbeitslosigkeit zugeordnet werden.¹ Die strukturelle Arbeitslosigkeit ist in den meisten Fällen eine längerfristige Form der Arbeitslosigkeit. Von langfristiger Arbeitslosigkeit, die knapp ein Drittel (29,2 Prozent²) der drei Millionen Arbeitslosen betrifft, spricht man ab einem Zeitraum von zwölf Monaten.³ Regionale Arbeitslosigkeit entsteht infolgedessen, dass in einigen Regionen Deutschlands ein Überangebot bestimmter Berufe besteht und in anderen Gebieten dagegen ein Mangel dieser Stellen vorliegt.⁴ Das Problem dieser Verteilung ist, dass „[...] viele Arbeitslose nicht fähig oder nicht dazu bereit sind, in eine andere Region zu ziehen, um dort eine Arbeit anzunehmen.“⁵ Diese Art der Arbeitslosigkeit tritt vor allem in strukturschwachen Regionen auf.⁶ Die Unterschiede entstanden in Folge der Nachkriegszeit, bei dem das Ruhrgebiet durch den Niedergang der Kohle- und Stahlwirtschaft zunehmend in eine Krise der Arbeitslosigkeit geriet. Regionale Arbeitslosigkeit kann aber auch unabhängig von spezifischen Sektoren entstehen, wenn ein Raum aufgrund seiner geographischen Lage benachteiligt ist, wie z. B. das frühere „Zonenrandgebiet“ oder die Gebirgsregionen.⁷

Dagegen wuchs der zuvor schwache Süden (Bayern und Baden-Württemberg) zu einer stark ausgeprägten mittelständischen Struktur heran und konnte hochqualifizierte und weltmarktführenden Firmen dazugewinnen. Heutzutage können diese zwei Länder die niedrigste Quote an Arbeitslosigkeit in Deutschland vorweisen.⁸

Ursachen und Bekämpfungsmöglichkeiten der regionalen Arbeitslosigkeit

In Deutschland gibt es verschiedene Ursachen für regionale Arbeitslosigkeit, die in regionsbedingte und persönliche Faktoren unterteilt werden können. Generell werden Chancen und Risiken von Personen am Arbeitsmarkt in erheblichem Maße durch deren

¹ Vgl. Oschmiansky, F., 2020, <https://www.bpb.de> (Stand: 15.06.2020).

² Vgl. Statista (Hrsg.), 2019, S. 36.

³ Vgl. Hofmann, L., 2016, S. 162.

⁴ Vgl. VFR Verlag für Rechtsjournalismus GmbH (Hrsg.), o. J., <https://www.arbeitsrechte.de> (Stand: 10.06.2020).

⁵ Ebd.

⁶ Vgl. Sell, S.; Becher, L., 2020, <https://www.bpb.de> (Stand: 15.06.2020).

⁷ Vgl. Clement, R. u. a., 2013, S. 537.

⁸ Vgl. Wildmann, L., 2016, S. 33.

Qualifikationsniveau bestimmt.⁹ Regionsbedingte Faktoren sollten daher auf gleicher Qualifikationsstufe betrachtet werden. Zu diesen regionsbedingten Faktoren gehört vor allem das nach wie vor zu erkennende Ost-West-Gefälle, auch wenn sich knapp 30 Jahre nach der Wende eine Angleichung beobachten lässt.¹⁰ Auch heute noch hat Ostdeutschland mit einer starken Überalterung zu kämpfen. Viele junge Leute wandern aus dieser Region in andere Teile Deutschlands ab, zwar nicht mehr so stark wie es zuvor einmal war; dennoch ist diese Tendenz deutlich zu erkennen.

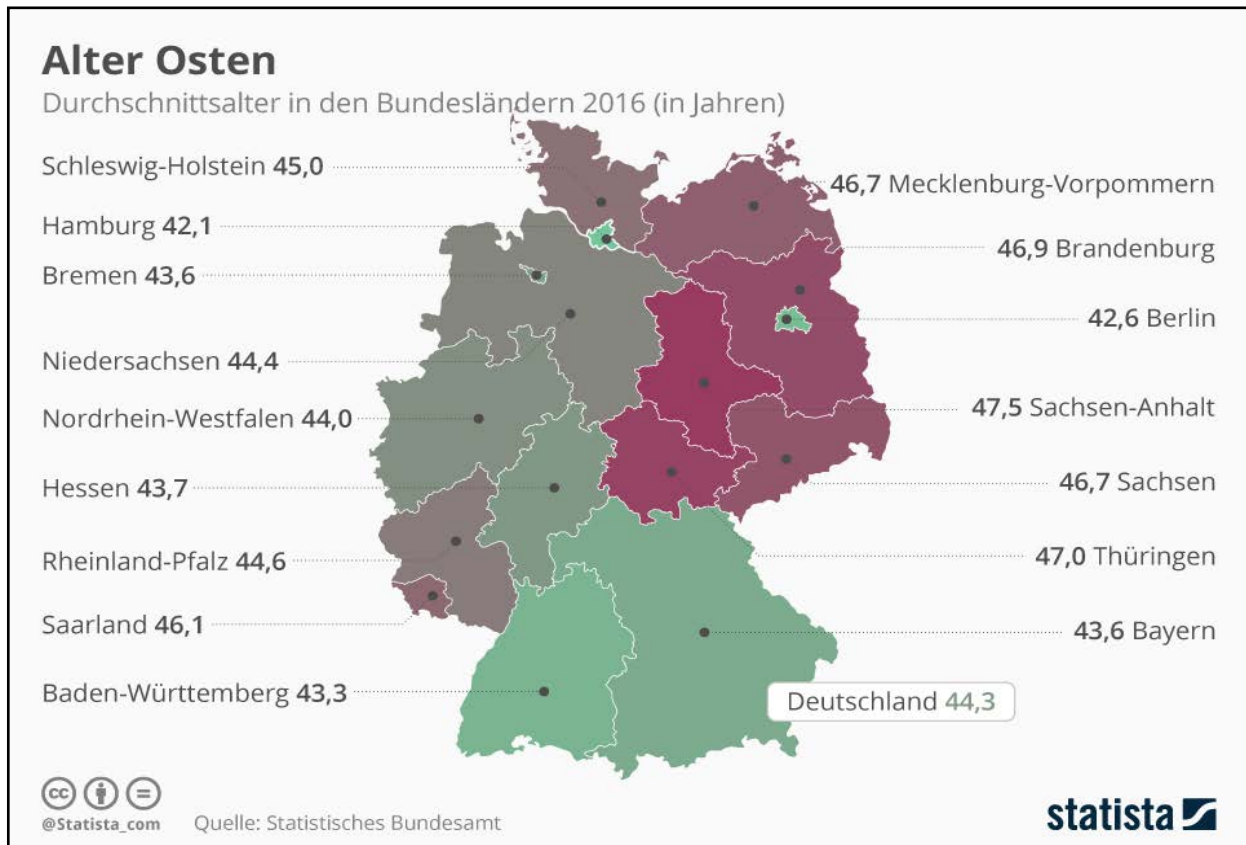


Abbildung 1: Durchschnittsalter in den Bundesländern 2016 (in Jahren)¹¹

Neben der Überalterung hat Ostdeutschland mit der regionalen Wirtschaft zu kämpfen. Die Wirtschaftsleistungen sind deutlich geringer als in anderen Teilen Deutschlands.¹² Die geringere wirtschaftliche Leistung lässt sich vor allem darauf zurückführen, dass dort nur wenige große Konzerne angesiedelt sind und die Anzahl der Neugründungen von Unternehmen in Ostdeutschland mit Ausnahme von Berlin deutlich geringer ist, als in

⁹ Vgl. Hartmann, M., 2017, S. 14.

¹⁰ Vgl. Suhr, F., 2017, Statista, <https://de.statista.com> (Stand: 15.06.2020).

¹¹ Vgl. Nier, H., 2018, Statista, <https://de.statista.com> (Stand: 06.11.2020).

¹² Vgl. Schultz, S., 2019, Spiegel, <https://www.spiegel.de> (Stand am: 15.06.2020).

anderen Teilen Deutschlands. Dies wird bei der Gründung von Start-Ups besonders deutlich.

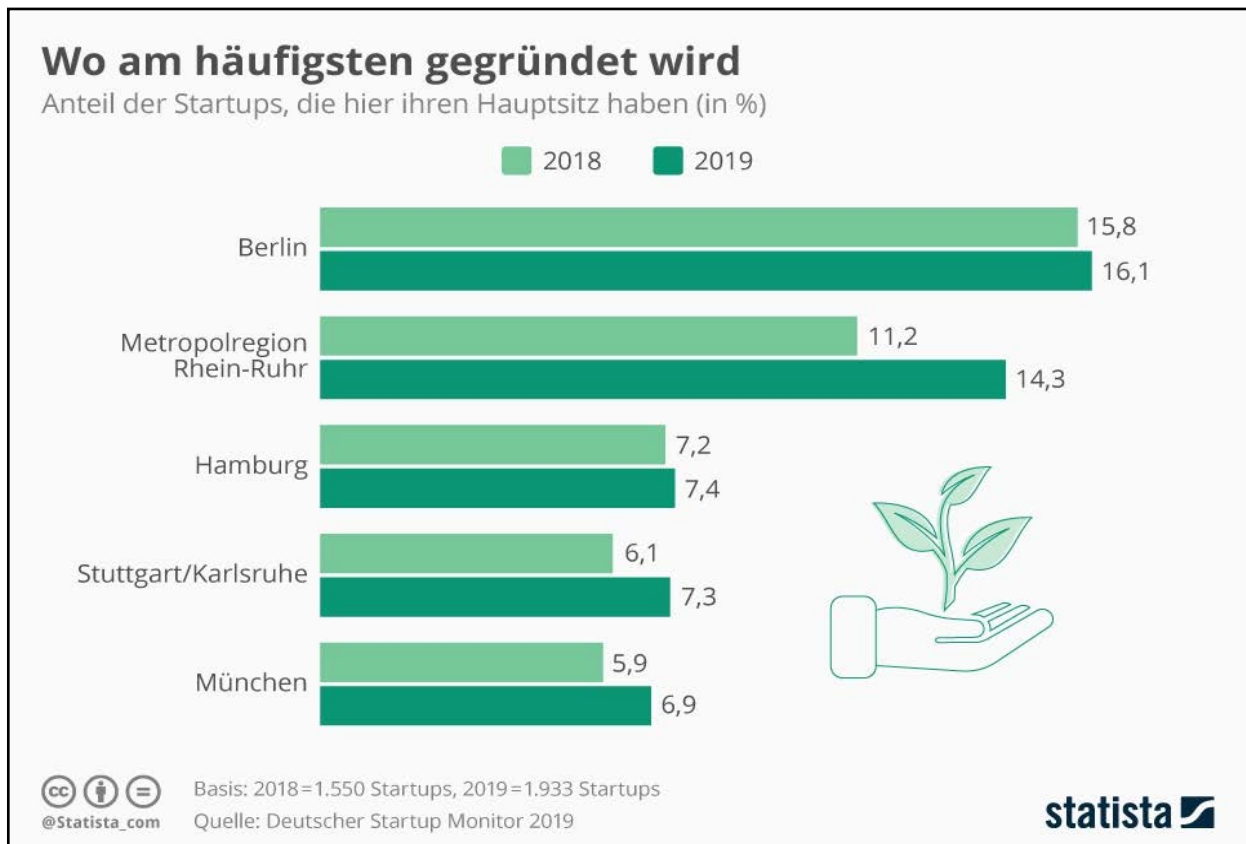


Abbildung 2: Neugründungen von Unternehmen¹³

Ein weiterer Grund für regionale Arbeitslosigkeit ist die Bildung, die sich in den einzelnen Bundesländern deutlich unterscheidet. Neben den bereits vorher genannten Ursachen schneidet auch hier der Süden sowie Teile des Westens von Deutschland wesentlich besser ab als der Norden sowie der Osten. Hierbei ist auch eine Polarisierung zwischen städtischen und ländlich geprägten Gebieten zu beobachten, welches sich in allen Regionen zeigt: So ist sowohl der Anteil an Ungelernten als auch an Akademikern an den Erwerbspersonen in den Großstädten am höchsten und wird mit abnehmenden Verdichtungsgrad kleiner.¹⁴

Die digitale Infrastruktur und die Verkehrsinfrastruktur wurden nach der Wiedervereinigung zwar erfolgreich ausgebaut, jedoch bestehen noch deutliche Unterschiede zwischen Ballungsgebieten und ländlichen Regionen. Darunter leiden vor allem die

¹³ Vgl. Brandt, M., 2019, Statista, <https://de.statista.com> (Stand: 06.11.2020).

¹⁴ Vgl. Hartmann, M., 2017, S. 9.

strukturschwachen Gebiete in den ostdeutschen Flächenländern. Verfügten beispielsweise Ende 2018 fast 98 Prozent aller Haushalte in Bremen einen Zugang zu schnellem Breitbandinternet, waren es in Sachsen-Anhalt lediglich 68 Prozent.¹⁵

Zu den persönlichen Faktoren bzw. Ursachen regionaler Arbeitslosigkeit gehören beispielsweise Krankheiten, fehlende Kinderbetreuung für alleinerziehende Eltern, Entmutigung bei langer Arbeitssuche und kritische Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber bei Langzeitarbeitslosen. Arbeitslose werden oftmals nicht früh oder nur schlecht unterstützt und geraten dadurch in einen „Teufelskreis“ der Langzeitarbeitslosigkeit. Der Weg aus dieser Abwärtsspirale, gestaltet sich für viele Personen sehr schwer und scheinbar unmöglich.¹⁶ Dieses Nord-Süd und Ost-West-Gefälle wird auch bei der Armutsgefährdungsquote deutlich. Hier sind die neuen Bundesländer tendenziell stärker betroffen als die alten Bundesländer.

Bekämpfungsmöglichkeiten	Umsetzungsmöglichkeiten
Förderung der Neugründungen von Unternehmen und Ansiedlung von großen Konzernen	<ul style="list-style-type: none"> - Subventionen sowie Förderungsmaßnahmen - Ausbau der Infrastruktur in betroffenen Gegenden - Erhöhung des Wettbewerbs im Mitarbeitermarkt und somit Verringerung der regionale Lohnunterschiede - Erhaltung „industrieller Kerne“
Bekämpfung der Überalterung	<ul style="list-style-type: none"> - Verringerung von Lohnunterschieden - Angleichung der Bildungsstandards, um die Abwanderung junger Leute zu verringern
Ausbau Infrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> - Ländliche Gegenden durch verbesserte Infrastruktur stärken - Erhöhung der regionalen Mobilität
Förderung von Bildung	<ul style="list-style-type: none"> - Angleichung der unterschiedlichen Bildungsstandards innerhalb von Deutschland - „Bildung ist das A und O, im Sinne einer Kompetenzvermittlung, in einer Ausstattung von Fähigkeiten. Dazu gehört natürlich auch etwas ganz anderes nämlich Haltung.“ (Michael Hüther, Institut der deutschen Wirtschaft) (zit. in: Hofmann, L., 2016, S. 169.)

¹⁵ Vgl. Käufer, T., 2019, S. 49.

¹⁶ Vgl. Hofmann, L., 2016, S. 164 ff.

Weitervermittlung und psychische Hilfestellung	<ul style="list-style-type: none"> - Weiterbildung und Fortbildungen - mehr Personal für Jobcenter - bessere Beratung im Bereich psychischer Hilfestellung <p>(Alexander Sperrmann, Wirtschaftswissenschaftler)</p>
Negative Einkommensteuer	<ul style="list-style-type: none"> - Wirtschaftswissenschaftler Alexander Ludwig plädiert für diese Maßnahme in Deutschland. Gerade in Ländern, wie den USA werde es seit Jahren erfolgreich eingesetzt: „Wer wenig verdient, bekommt über die Einkommenssteuererklärung etwas hinzu. Das könnte Anreize schaffen, auch schlechter bezahlte Arbeit anzunehmen.“ (zit. in: Hofmann, L., 2016, S. 166.)
Rentenverbesserung Geringverdiener	<ul style="list-style-type: none"> - Die Steigerung der Rente bei Geringverdienerinnen und Geringverdienern und Senkung bei Mehrverdienerinnen und Mehrverdienern, um somit den Anreiz zu schaffen noch spät in einen Beruf einzusteigen. <p>(Alexander Ludwig, Wirtschaftswissenschaftler) (zit. in: Hofmann, L., 2016, S. 168.)</p>

Tabelle 1: Bekämpfungsmöglichkeiten der regionalen Arbeitslosigkeit¹⁷

Viele der in der Tabelle 1 beschriebenen Bekämpfungsmöglichkeiten der regionalen Arbeitslosigkeit können nicht isoliert betrachtet werden, denn diese Art Arbeitslosigkeit tritt oft gleichzeitig mit anderen Formen der Arbeitslosigkeit auf. So ist die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland zugleich auch sektoraler Natur. Auch sind die genannten politischen Maßnahmen keine reinen Maßnahmen zur Bekämpfung der regionalen Arbeitslosigkeit: Die Politik der Erhaltung „industrieller Kerne“ in Ostdeutschland ist in erster Linie „Industriepolitik“.¹⁸

Fazit und Ausblick

Die Ausarbeitung zeigt, dass bestimmte Ursachen der regionalen Arbeitslosigkeit durch verschiedene Maßnahmen bekämpft werden können, wie beispielsweise die Förderung der Bildung. Schaut man sich die allgemeine Arbeitslosenquote in Deutschland an, so sieht man, dass diese u. a. als Ergebnis der Reformen der „Agenda 2010“ von 11,7 Prozent im Jahr 2004 auf 5-6 Prozent sank und sich mit kleineren Schwankungen auf diesem

¹⁷ Eigene Darstellung nach: Mussel, G.; Pätzold, J., 2012, S. 82-86 und Hofmann, L., 2016, S. 165-169.

¹⁸ Vgl. Mussel, G.; Pätzold, J., 2012, S. 82-86.

Level hält.¹⁹ Bei dieser Quote spricht man von einer Rekordbeschäftigung in Deutschland,²⁰ die auch 2019 erneut verbessert werden konnte.²¹ Auch die regionale Arbeitslosigkeit kann nur bis zu einem gewissen Punkt gesenkt werden, da es immer regionale Unterschiede geben wird, wie beispielsweise die Ansiedlung bestimmter großer Konzerne oder die Bevölkerungsdichte mancher Regionen. Zudem spielen immer auch persönliche Faktoren eine ausschlaggebende Rolle, die nicht kontrolliert bzw. nur in einem geringen Maß beeinflussbar sind, wie beispielsweise Krankheiten, familiäre Bedingungen, Lebensqualität einzelner Regionen sowie die Einstellungen und die Motivation einzelner Personen.

In Zeiten von Corona und dessen Maßnahmen werden jedoch auch im Arbeitsmarkt viele Veränderungen im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf uns zukommen. Derzeitig sind aufgrund dieser Pandemie 2,1 Millionen Deutsche in ihrer Existenz bedroht, dies bedeutet 2,6 Prozent der Deutschen erleiden dadurch einen bedrohenden Verlust.²² Wie sich das in Zukunft auf die Erwerbstätigkeit auswirken wird, ist derzeit noch unklar. Man könnte beispielsweise vermuten, dass angesichts der besonderen Betroffenheit bestimmter Dienstleistungsberufe vor allem eher urbane Gegenden und stark vom Tourismus geprägte Regionen betroffen sind.²³

¹⁹ Vgl. Statista (Hrsg.), 2019, S. 3.

²⁰ Vgl. Hofmann, L., 2016, S. 162.

²¹ Vgl. Christlich Demokratische Union Deutschlands (Hrsg.), 2019, <https://www.cdu.de> (Stand: 03.08.2020).

²² Vgl. AFP (Hrsg.), 2020, <https://www.faz.net> (Stand: 20.06.2020).

²³ So die Ausgangsfrage bei Margarian, A., 2021.

Literaturverzeichnis

- AFP (Hrsg.) (2020):** 2,1 Millionen Deutsche in ihrer Existenz bedroht, FAZ, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/arm-und-reich/corona-krise-2-1-millionen-deutsche-in-ihrer-existenz-bedroht-16762676.html> (Stand: 20.06.2020).
- Brandt, M. (2019):** Wo am häufigsten gegründet wird, Statista, <https://de.statista.com/infografik/19836/wo-in-deutschland-am-haeufigsten-startups-gegruetet-werden> (Stand: 06.11.2020).
- Christlich Demokratische Union Deutschlands (Hrsg.) (2019):** Rekordbeschäftigung!, <https://www.cdu.de/artikel/rekordbeschaeftigung-0> (Stand: 03.08.2020)
- Clement, R.; Terlau, W.; Kiy, M. (2013):** Angewandte Makroökonomie: Makroökonomie, Wirtschaftspolitik und nachhaltige Entwicklung mit Fallbeispielen, 5. überarb. Aufl., München.
- Hartmann, M. (2017):** Qualifikation und Arbeitslosigkeit in regionaler Betrachtung, Vortrag auf der Statistischen Woche 2017, https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statistischer-Content/Service/Statistik-angewendet/Statistische-Woche-2017/Generische-Publikationen/Hintergrundinfo-Qualifikation-und-Arbeitslosigkeit-in-regionaler-Betrachtung.pdf?__blob=publicationFile&v=5 (Stand: 04.11.2020).
- Hofmann, L. (2016):** Die Abgehängten – funktioniert unser Arbeitsmarkt?, in: Kösters, J., Ließmann, H., Wellmann, K. H. (Hrsg.): Welt der Wirtschaft: Neue Fragen, einfach erklärt, Frankfurt, New York, S. 165-169.
- Käufer, T. (2019):** Regionale Unterschiede in Deutschland, Statista Dossier, <https://de.statista.com/statistik/studie/id/67397/dokument/regionale-unterschiede-in-deutschland> (Stand: 10.06.2020).
- Margarian, A. (2021):** Regionale Arbeitsmärkte im Corona-Jahr 2020: Resiliente prosperierende Standorte und zunehmende Disparitäten. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, Thünen Working Paper 171, <https://d-nb.info/1230330801/34> (Stand: 08.05.2021).
- Mussel, G.; Pätzold, J. (2012):** Grundfragen der Wirtschaftspolitik, 8. Aufl, Stuttgart, Hohenheim.

- Nier, H. (2018):** Alter Osten. Statista, <https://de.statista.com/infografik/15636/durchschnittsalter-in-den-bundeslaendern> (Stand: 06.11.2020).
- Oschmiansky, F. (2020):** Arten der Arbeitslosigkeit, <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/305618/arten-der-arbeitslosigkeit> (Stand: 15.06.2020).
- Schultz, S. (2019):** Diese Regionen sind besonders strukturschwach, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/deutschland-diese-regionen-sind-besonders-strukturschwach-a-1280991.html> (Stand: 15.06.2020).
- Sell, S.; Becher, L. (2020):** Daten und Fakten: Arbeitslosigkeit, <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/305833/daten-und-fakten-arbeitslosigkeit> (Stand: 15.06.2020).
- Statista (Hrsg.) (2019):** Arbeitslosigkeit, Statista Dossier, <https://de.statista.com/statistik/studie/id/6473/dokument/arbeitslosigkeit-statista-dossier> (Stand: 15.06.2020).
- Suhr, F. (2017):** Wo die Arbeitslosigkeit am größten ist, <https://de.statista.com/infografik/9340/arbeitslosigkeit-in-deutschen-bundeslaendern> (Stand 15.06.2020).
- VFR Verlag für Rechtsjournalismus GmbH (Hrsg.) (o. J):** Arbeitslosigkeit: Information für Arbeitslose in Deutschland, <https://www.arbeitsrechte.de/arbeitslosigkeit/> (Stand: 10.06.2020).
- Wildmann, L. (2016):** Wirtschaftspolitik, 3. Aufl., Überlingen.

Ist ein Mindestlohn von 9,60 Euro genug? Argumente für und wider eine Erhöhung des Mindestlohns in Deutschland

von

Jacqueline Mayer

Einleitung

Nach langer politischer Diskussion wurde zum Januar 2015 der gesetzliche Mindestlohn in Deutschland eingeführt. Er soll zu einem fairen und funktionierenden Wettbewerb beitragen, Arbeitnehmer*innen schützen und die sozialen Sicherungssysteme stabilisieren.¹ Im April 2019 wurden etwa 3,5 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse (1,4 Millionen Jobs) mit dem damals geltenden gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 9,19 Euro pro Stunde bezahlt.² Seit 1. Juli 2021 gilt ein Mindestlohn von 9,60 Euro pro Stunde, der weiterhin stufenweise bis auf 10,45 Euro in 2022 ansteigen soll.³ Ein*e Vollzeit-Beschäftigte*r mit Mindestlohn erhält somit zurzeit etwas weniger als die Hälfte des Medianlohns.⁴

Für wen der Mindestlohn gilt:	Für wen der Mindestlohn nicht gilt:
<ul style="list-style-type: none">➤ Arbeitnehmer*innen über 18 Jahre	<ul style="list-style-type: none">➤ Auszubildende➤ ehrenamtlich tätige Personen➤ Personen, die einen freiwilligen Dienst ableisten➤ Teilnehmer*innen einer Arbeitsförderungsmaßnahme➤ Jugendliche unter 18 Jahren ohne abgeschlossene Berufsausbildung➤ Langzeitarbeitslose innerhalb der ersten sechs Monate nach Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt

Tabelle 1: Wer vom Mindestlohn profitiert⁵

¹ Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), 2020, <https://www.bundesregierung.de> (Stand: 07.07.2020).

² Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 2020, <https://www.destatis.de> (Stand: 06.07.2020).

³ Damit liegt der Mindestlohn hierzulande aktuell auf einem ähnlichen Niveau wie in Frankreich. Vgl. Bocksch, R., 2020, <https://de.statista.com> (Stand: 06.07.2020).

⁴ Der Medianlohn ist das Lohnniveau unter dem 50 Prozent der Lohnempfänger*innen liegen. In der Praxis ist der Medianlohn stets schwächer als der Durchschnittslohn. Bei den Arbeitseinkommen liegt der Median typischerweise bei etwa 80 Prozent des Durchschnitts (z. B. bei einem Medianlohn von 1.600 Euro gegenüber einem Durchschnittslohn von 2.000 Euro). Bei den Vermögen ist der Unterschied zwischen Durchschnitt und Median noch größer: Hier kann der Median extrem schwach sein. Er liegt häufig bei kaum 50 Prozent des Durchschnittsvermögens, da die ärmste Bevölkerungshälfte fast nichts besitzt. Vgl. Piketty, T., 2014, Fn. S. 330.

⁵ In Anlehnung an: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2020, (Stand: 14.07.2020), S. 3.

Aus Tabelle 1 wird deutlich, dass es eine Vielzahl von Personen gibt, die nicht vom Mindestlohn profitieren. Die Faktoren Angebot, Nachfrage und politische Maßnahmen hängen zusammen. Politische Maßnahmen, wie bspw. ein Mindestlohn, haben Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Der Punkt, bei dem sich die Angebots- und die Nachfragekurve schneiden, wird als Marktgleichgewicht bezeichnet.⁶ Liegt der Mindestlohn oberhalb des Marktgleichgewichts, finden einige Menschen, die bereit sind, zum Gleichgewichtspreis zu arbeiten, keine Unternehmen, die sie einstellen würden und bleiben ohne Lohn.⁷

Auswirkungen des Mindestlohnes

Es gibt eine Vielzahl von Bereichen, auf die sich der Mindestlohn auswirkt. Dazu zählen die Beschäftigung, Einkommensverteilung, Armut, Gewinne und Preise.

Beschäftigte werden anhand ihres Beitrags zum Betriebserfolg entlohnt. Eine Erhöhung des Mindestlohns kann, muss aber nicht zu einer Produktivitätssteigerung der Beschäftigten führen, so dass die Nachfrage nach diesen Arbeitskräften sinken kann.⁸ Je näher der Mindestlohn am Durchschnittslohn liegt, desto geringer wird die Einkommensungleichheit und auch die Differenz der Einkommen zwischen demographischen Gruppen (z. B. Jüngere und Ältere), da zur Schaffung von Anreizen auch die Löhne über dem Mindestlohn angepasst werden.⁹ Durch einen höheren Lohn steigen die Rentenansprüche und verringern die Wahrscheinlichkeit in Altersarmut zu geraten.¹⁰ Die Personalaufwendungen für Unternehmen steigen durch eine Erhöhung des Mindestlohns und schmälern dadurch das Betriebsergebnis.¹¹ Bei einer Befragung von 1000 deutschen Personalleiter*innen gaben die Unternehmen an, die Kosten an die Verbraucher*innen weiterzugeben, indem die Preise angehoben werden.¹²

⁶ Vgl. Mankiw, N. G.; Taylor, M. P., 2018, S. 76-86.

⁷ Vgl. Krugman, P.; Wells, R., 2017, S. 149.

⁸ Vgl. Kramer, M., 2017, S. 230.

⁹ Vgl. Bosch, G. u. a., 2009, S. 37.

¹⁰ Vgl. Frenzel, F., 2020, <https://www.mdr.de> (Stand: 08.07.2020).

¹¹ Vgl. Erichsen, J., o. J., <https://www.haufe.de> (Stand am: 08.07.2020).

¹² Vgl. Duhm, L., 2020, <https://www.spiegel.de> (Stand am: 08.07.2020).

Im neoklassischen Arbeitsmodell erfolgt die Entlohnung der Beschäftigten nach deren produktiver Leistung für das Unternehmen.¹³ Bei der Einführung eines Mindestlohns würden die Arbeiter*innen, deren Produktivität bzw. Grenzwertprodukt unter dem Mindestlohn liegt, nicht mehr nachgefragt - außer, deren Produktivität erhöht sich.¹⁴

Durch eine konstante Erhöhung des Mindestlohns kann vor allem das Einkommen der Geringverdiener*innen erhöht werden. Die Kehrseite der Medaille, also unerwünschte Auswirkungen, wie bspw. eine Zunahme der Arbeitslosigkeit, dürfen hierbei nicht außer Acht gelassen werden. Das neoklassische Arbeitsmarktmodell geht dabei von einem einzigen Schnittpunkt aus. Wenn der Mindestlohn oberhalb dieses Punktes liegt, bleibt die Nachfrage hinter dem Angebot zurück, und es herrscht Arbeitslosigkeit.

Doch könnte es auch sein, dass verschiedene Schnittpunkte zwischen Angebots- und Nachfragekurve existieren. Dies könnte auftreten, wenn das Angebot an Arbeitskräften von der Länge der Lebenszeit abhängt: Menschen, die später in Ruhestand treten, müssen bei niedrigen Löhnen weiterarbeiten, weil sie und ihre Familien das Geld dringend benötigen (siehe S3 in Abb. 1). Wenn aber die Löhne steigen, wären sie bessergestellt und kämen zu dem Schluss, dass sie die Erwerbstätigkeit beenden möchten. Dann würde sich die Angebotskurve zurückkrümmen (siehe S1 in Abb. 1).¹⁵

Als weiteres Argument gegen einen Mindestlohn wird genannt, dass dadurch nur das Einkommen derjenigen erhöht wird, die sich bereits in einem Beschäftigungsverhältnis befinden oder Zweit-/Drittverdiener*innen aus Familien mit hohem Einkommen sind.¹⁶ Viele alleinerziehende Vollzeitbeschäftigte, die den Mindestlohn bekommen, haben teilweise weniger Geld zur Verfügung als mit dem Arbeitslosengeld II-Regelsatz und müssen deshalb aufstocken.¹⁷ Denn nach Berechnungen der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung im Jahr 2018 reiche der Mindestlohn in vielen Großstädten nicht zum

¹³ Vgl. Bosch, G., Weinkopf, C., Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) 2006, S. 20 f.

¹⁴ Vgl. Braun, H. u. a., 2017, S. 8 f.

¹⁵ Vgl. Atkinson, A. B., 2017, S. 318-321.

¹⁶ Vgl. Mankiw, N. G.; Taylor, M. P., 2018, S. 258.

¹⁷ Vgl. Junginger, B., 2018, www.mainpost.de (Stand: 26.12.2020). Denn zum Hartz IV-Regelsatz (2021 für Alleinstehende/Alleinerziehende 446 Euro) kommen die Kosten der Unterkunft, also die Bruttokaltmiete, deren Maximalwert sich am örtlichen Mietspiegel orientiert sowie die Kosten für Heizung und Warmwasser in angemessener Höhe. Wer bspw. in München lebt, konnte 2018 aufgrund hoher Mietkosten mit einem Wert von über 1.200 Euro rechnen. Vgl. Nier, H., 2018a, <https://de.statista.com> (Stand: 26.12.2020).

Leben aus. Trotz der Lohnsteigerungen bei Geringverdienern*innen sei die Zahl der Aufstocker*innen kaum gesunken.¹⁸

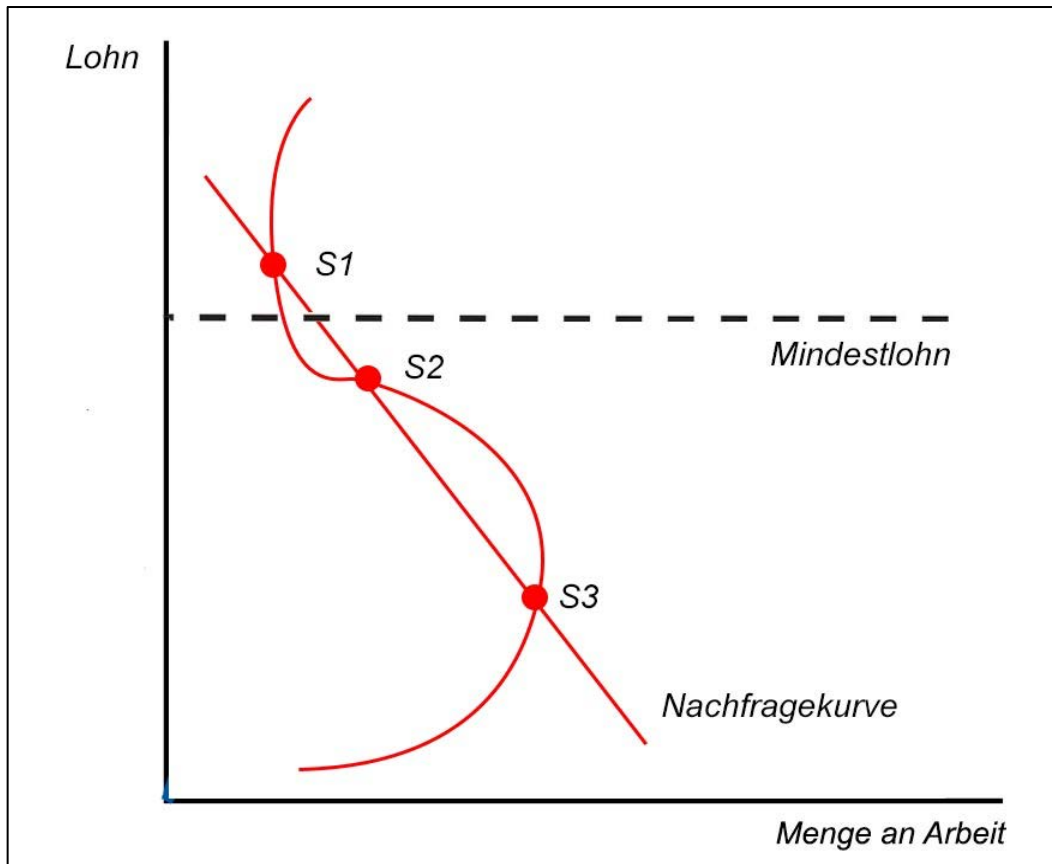


Abbildung 1: Alternative Auffassung zur Wirkung eines Mindestlohns im Arbeitsmarktmodell¹⁹

Die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung ist noch mit großen Unsicherheiten verbunden. Nach dem Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts um knapp 6,25 Prozent im Jahr 2020 soll dieses laut dem Institut der deutschen Wirtschaft im Jahr 2021 um annähernd 4,5 Prozent zunehmen (Stand Mitte September 2020).²⁰ Durch den Mindestlohn könnte gerade in der schwierigen wirtschaftlichen Lage die Konsumnachfrage im Inland stimuliert werden, so das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung. Die von den Mindestlohnerhöhungen betroffenen Beschäftigten geben einen größeren Teil ihres Einkommens als Gutverdiener*innen für den Lebensunterhalt aus, was im Endeffekt zu einem Anstieg des privaten Konsums von etwa 0,7 Prozent führt.²¹

¹⁸ Vgl. Nier, H., 2018b, <https://de.statista.com> (Stand: 26.12.2020).

¹⁹ Eigene Darstellung in Anlehnung an: Atkinson, A. B., 2017, S. 321.

²⁰ Vgl. Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft (Hrsg.), 2020, <https://www.iwd.de> (Stand: 05.10.2020).

²¹ Vgl. DGB Bundesvorstand, Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik (Hrsg.), 2018, <https://www.dgb.de> (Stand: 14.07.2020).

Laut der Mindestlohnkommission²² soll der Mindestlohn in zwei Schritten bis 1. Juli 2022 auf 10,45 Euro steigen.²³ Eine Anhebung des Mindestlohns soll vor allem denjenigen helfen, die während der Corona-Krise unter erschwerten Bedingungen arbeiten mussten.²⁴

Fazit

Das Ziel dieses Beitrags war es, Argumente für und wider eine Erhöhung des Mindestlohns in Deutschland zu ermitteln. Solange die deutsche Wirtschaft weiterhin wächst, hält sich der Beschäftigungsverlust, der aus einer Erhöhung des Mindestlohns resultieren könnte, in Grenzen. Dass dadurch die Preise in manchen Sektoren steigen, lässt sich nicht vermeiden. Unternehmen sollten sich jedoch rechtzeitig darauf einstellen können.²⁵ Wird nun der Mindestlohn weiter erhöht, führt dies zu zusätzlicher Kaufkraft, die wieder direkt in den Wirtschaftskreislauf zurückfließt,²⁶ jedoch rücken dadurch die Qualifikationen der Arbeitnehmer*innen in den Hintergrund. Eine weitere Erhöhung des Mindestlohns würde somit nur höhere Eintrittsbarrieren schaffen.²⁷

Laut dem Institut für Wirtschaft würde eine überdurchschnittliche Erhöhung des Mindestlohns auf bspw. zwölf Euro eine Veränderung der Armutsquote von maximal ein Prozent bewirken und könnte sogar negative Auswirkungen auf Arbeitszeiten haben.²⁸

Aus diesen Gründen sollte vor der nächsten Mindestlohnerhöhung bspw. in die Bereiche der Bildung und Weiterbildung investiert werden, da dies zu einer Besserqualifizierung und damit zu Aufstiegschancen führt. Sobald sich die Wirtschaft wieder auf dem richtigen Kurs befindet, kann auch wieder über eine stärkere Erhöhung des Mindestlohns diskutiert werden.²⁹ Für Arbeitnehmer*innen, die unfreiwillig mit Teilzeitverträgen abgespeist

²² Die Mindestlohnkommission beschließt die Höhe des Mindestlohns und ist zuständig für die Evaluation des Mindestlohngesetzes, vgl. DGB Bundesvorstand (Hrsg.), 2020, <https://www.dgb.de> (Stand: 05.10.2020).

²³ Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), 2020, <https://www.bundesregierung.de> (Stand: 07.07.2020).

²⁴ Vgl. Grimm, C., 2020, <https://www.augsburger-allgemeine.de> (Stand am: 15.07.2020).

²⁵ Vgl. Fratzscher, M., 2019, <https://www.zeit.de> (Stand: 13.07.2020).

²⁶ Vgl. DGB Bundesvorstand, Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik (Hrsg.), 2018, <https://www.dgb.de> (Stand: 14.07.2020).

²⁷ Vgl. Schröder, C., 2020, <https://www.iwkoeln.de> (Stand: 14.07.2020).

²⁸ Vgl. Schröder, C.; Kestermann, C., 2020, <https://www.iwkoeln.de> (Stand: 14.07.2020).

²⁹ Vgl. Grimm, C., 2020, <https://www.augsburger-allgemeine.de> (Stand: 15.07.2020).

werden, jedoch tatsächlich unbezahlt länger arbeiten, wäre die Einführung eines Anspruchs auf Mindestwochenarbeitszeit sowie die Einführung von strikten Zeitkontrollen ein weiteres sinnvolles Mittel.³⁰

³⁰ Vgl. Biermann, K.; dpa; Zeit Online, 2020, <https://www.zeit.de> (Stand: 14.07.2020).

Literaturverzeichnis

Atkinson, A. B. (2017): Ungleichheit. Was wir dagegen tun können, Bonn.

Biermann, K.; dpa; Zeit Online (2020): <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-07/mindestlohn-hartz-iv-aufstocker> (Stand: 14.07.2020).

Bocksch, R. (2020): So hoch ist der Mindestlohn in der EU. Statista, <https://de-statista.com/infografik/16404/so-hoch-ist-der-mindestlohn-in-der-eu> (Stand: 05.02.2021).

Bosch, G.; Weinkopf, C.; Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2006): Gesetzliche Mindestlöhne auch in Deutschland? Bonn.

Bosch, G.; Weinkopf, C.; Kalina, T.; Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2009): Mindestlöhne in Deutschland, Bonn.

Braun, H. u. a. (2017): Makroökonomische Folgen des gesetzlichen Mindestlohns aus neoklassisch geprägter Perspektive Studie im Auftrag der Mindestlohnkommission, Essen.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2020): Der Mindestlohn Fragen & Antworten, https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a640-ml-broschuere-pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=12, (Stand: 26.12.2020).

DGB Bundesvorstand, Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik (Hrsg.) (2018): Wirtschaft wächst dank Mindestlohn, in: klartext DGB Bundesvorstand, Nr. 26/2018 vom 12. Juli 2018, S. 1, <https://www.dgb.de/themen/++co++dc0c2efc-85ae-11e8-989d-52540088cada> (Stand: 14.07.2020).

DGB Bundesvorstand (2020): <https://www.dgb.de/themen/++co++916083ea-bd10-11e4-93f3-52540023ef1a> (Stand: 05.10.2020).

Duhm, L. (2020): Verbraucher im Osten spüren Auswirkungen des Mindestlohns am deutlichsten, <https://www.spiegel.de/karriere/mindestlohn-verbraucher-im-osten-spueren-auswirkungen-am-deutlichsten-a-786f4568-6dec-4142-9481-29181a3f090b> (Stand: 08.07.2020).

Ericksen, J. (o. J.): https://www.haufe.de/personal/haufe-personal-office-platin/mindestlohn-auswirkungen-auf-das-unternehmensergebnis-analysieren_i-desk_PI42323_HI6810107.html (Stand: 08.07.2020).

Fratzcher, M. (2019): Ist ein Mindestlohn von zwölf Euro sinnvoll?
<https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-12/gehalt-mindestlohn-entgelt-erhoehung-niedriglohnsektor> (Stand: 13.07.2020).

Frenzel, F. (2020): Die Grundrente auf der Zielgeraden: Eine Idee mit Haken,
<https://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/grundrente-berechnung-rentner-altersvorsorge-rentenpunkte-100.html> (Stand: 08.07.2020).

Grimm, C. (2020): Sind zehn Euro Lohn für Corona-Helden genug? <https://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Sind-zehn-Euro-Lohn-fuer-Corona-Helden-genug-id57643146.html> (Stand: 15.07.2020).

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft (Hrsg.) (2020): IW-Konjunkturprognose: Wirtschaft erholt sich langsam, <https://www.iwd.de/artikel/iw-konjunkturprognose-wirtschaft-erholt-sich-langsam-484045/> (Stand: 05.10.2020).

Kramer, M. (2017): Arbeit gerecht verteilt? - Eine Analyse der arbeitsrechtlichen Regulierung anhand der Philosophien von John Rawls und Amartya Sen, Baden-Baden.

Krugman, P; Wells, R. (2017): Volkswirtschaftslehre, 2. überarb. Aufl., Stuttgart.

Junginger, B. (2018): Alleinerziehende mit Mindestlohn oft unter Hartz-Niveau,
<https://www.mainpost.de/ueberregional/politik/zeitgeschehen/alleinerziehende-mit-mindestlohn-oft-unter-hartz-niveau-art-10126097> (Stand: 26.12.2020).

Mankiw, N. G.; Taylor, M. P. (2018): Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 7. überarb. Aufl., Stuttgart.

Nier, H. (2018a): Leben mit Hartz IV. Statista, <https://de.statista.com/infografik/13245/leben-mit-hartz-iv> (Stand: 26.12.2020).

Nier, H. (2018b): So hoch müsste der Mindestlohn sein. Statista, <https://de.statista.com/infografik/13637/so-hoch-muesste-der-mindestlohn-sein> (Stand: 26.12.2020).

Piketty, T. (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München.

- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) (2020):** Der Mindestlohn steigt - wichtige Fragen und Antworten, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/mindestlohn-faq-1688186> (Stand: 07.07.2020).
- Schlitt, A.-L. u. a. (2020):** <https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-07/ifo-institut-konjunkturprognose-rezession-wirtschaftswachstum-corona-krise> (Stand: 13.07.2020).
- Schröder, C. (2020):** <https://www.iwkoeln.de/presse/iw-nachrichten/beitrag/christoph-schroeder-staerkere-erhoehung-ist-unsinnig.html> (Stand: 14.07.2020).
- Schröder, C.; Kestermann, C. (2020):** <https://www.iwkoeln.de/studien/iw-trends/beitrag/christoph-schroeder-christian-kestermann-mindestlohn-und-einkommensarmut-470954.html> (Stand: 14.07.2020).
- Siedenbiedel, C. (2013):** Mindestlohn im Faktencheck, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/die-wichtigsten-argumente-mindestlohn-im-faktencheck-12645638/infografik-mindestlohn-nach-12645750.html> (Stand: 06.10.2020).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2020):** Pressemitteilung Nr. 238 vom 29.06.2020, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/06/PD20_238_623.html (Stand: 06.07.2020).

Wirtschaftspolitische Beratung der Politik in Krisenzeiten

von

Jan Richter

Einleitung

Das politische Beratungswesen steht derzeit sowohl in Deutschland, als auch weltweit in der öffentlichen Aufmerksamkeit. Infolge der SARS-CoV-2-Viruspandemie suchen Wissenschaftler*innen verschiedener Disziplinen den Kontakt zur Politik und in einigen Fällen den Weg an die Öffentlichkeit. Ein Beispiel stellt die, im Frühjahr 2020 mit großer Spannung erwartete, dritte Ad-hoc-Stellungnahme der Akademie der Wissenschaften Leopoldina dar, in welcher deren Mitglieder, interdisziplinäre Vertreter*innen der Wissenschaften, Stellung zu den sowohl psychischen, sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen, als auch den wirtschaftlichen und politischen Effekten der Krise beziehen.¹ Da besonders die wirtschaftlichen Konsequenzen immer klarer zu Tage treten, kommt dem wirtschaftspolitischen Beratungswesen eine entscheidende Rolle bei der Bewältigung der Krise zu.

Eine besondere Position bei der Beratung der Politik in Deutschland, nimmt dabei der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) ein. Bis in die achtziger Jahre wurden dem SVR ein hohes Maß an Vertrauen und Respekt entgegengebracht. Aus dieser Zeit stammt auch der Ehrentitel „Die fünf Weisen“. Zwischenzeitlich sank der Einfluss des Rates jedoch erheblich, ausgelöst durch ein Sondergutachten aus dem Jahre 1990, in dem sich der SVR strikt gegen eine Währungsunion von BRD und DDR aussprach. Dieser Ratsempfehlung begegnete der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl mit entschlossener Ablehnung und warf dem SVR Ignoranz vor der Geschichte Deutschlands vor.² Mittlerweile konnte der Rat seine Reputation und seinen Einfluss jedoch in weiten Teilen wiederherstellen und ist aufgrund des ökonomischen Sachverständnisses seiner Mitglieder heute ein geschätzter Begleiter der Regierung. Die Politikberatung in wirtschaftlichen Fragen soll deshalb im Folgenden anhand des Beispiels des SVR näher betrachtet werden.

Wirtschaftspolitische Beratung in Deutschland

Wie eingangs beschrieben, besteht eine Aufgabe der politischen Entscheidungsträger im Erkennen konjunktureller Herausforderungen und in der Entwicklung geeigneter Lösungsansätze. Wenn dabei in der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit politischen Empfehlungen von Ökonomen die Rede ist, sind meist unterschiedliche Personengruppen

¹ Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina (Hrsg.), 2020.

² Vgl. Gürtler, D., 2013, S. 172.

wie wissenschaftliche Beiräte, wirtschaftspolitische Forschungsinstitute oder andere Arbeitskreise, Ausschüsse und Kommissionen gemeint, welche die Politik in ihrer Entscheidungsfindung beratend unterstützen.³ In der theoretischen Literatur wird dabei gemeinhin über das richtige Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik diskutiert. Um dieses Verhältnis zu beschreiben, führt die Theorie traditionell zwei gegensätzliche Modelle an.⁴

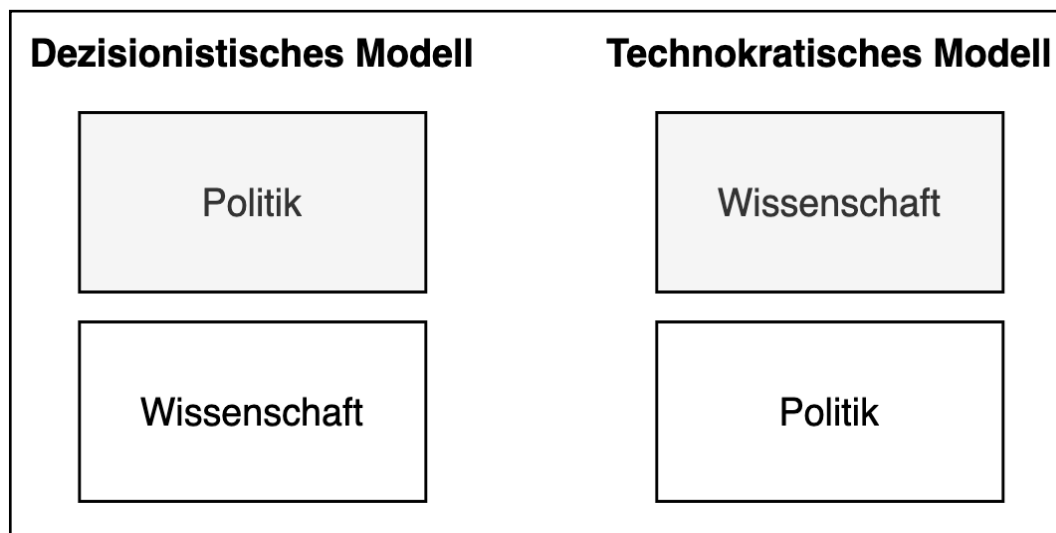


Abbildung 1: Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik.⁵

Während, wie in Abbildung 1 dargestellt, beim dezisionistischen Modell⁶, die Politik der Wissenschaft übergeordnet ist und werturteilende Politiker*innen entscheiden, sind im technokratischen Modell Wissenschaft und Technik der Politik übergeordnet. Selbstverständlich ist die Realität weitaus komplexer und es besteht keine eindeutige Trennung zwischen den beiden Parteien, weshalb in der Praxis i. d. R. eine sinnvolle Arbeitsteilung und der Dialog zwischen Wissenschaft und Politik Anwendung finden. Diese Aufgabenteilung wird durch das sog. pragmatische Modell beschrieben.⁷ Auch gibt die, in der Theorie als wertfreie Instanz auftretende und Fakten liefernde Wissenschaft, nicht alle

³ Vgl. Hesse, N., 2019, S. 118.

⁴ Vgl. Krott, M.; Suda, M., 2007, S. 16 f.

⁵ Eigene Darstellung nach: Krott, M.; Suda, M., 2007, S. 16 f.

⁶ Abgeleitet vom lateinischen Wort decidere = abschneiden. In den Sozialwissenschaften liegen dem dezisionistischen Modell die wissenschaftstheoretischen Vorstellungen Max Webers, insbesondere seine Forderung nach einer scharfen Trennung von Sach- und Wertaussagen, zugrunde; vgl. Kevenhörster, P., 2019, S. 3.

⁷ Vgl. Edenhofer, O.; Jakob, M., 2019, S. 129.

tatsächlichen wissenschaftlichen Interessen wieder, da diese ebenfalls von anderen Zielen motiviert sein können.⁸

Besonders in Bereich der wirtschaftspolitischen Beratung steht die Wissenschaft dabei immer wieder im Mittelpunkt der Diskussionen. Ein Beispiel ist die im vergangenen Jahr diskutierte Sinnhaftigkeit der Einführung einer CO₂-Steuer. Verschiedene parteipolitische Meinungen stützen sich auf unterschiedliche, wissenschaftlich belegte Fakten.⁹ So forderten im Januar 2019 mehr als 3'500 amerikanische Ökonom*innen im Wall Street Journal eine CO₂-Steuer. Diese sei „der kosteneffektivste Hebel, um Kohlendioxid-Emissionen zu reduzieren“. ¹⁰ Da die Wissenschaft meist verschiedene Schlussfolgerungen zulässt, gibt es nicht die eine richtige Antwort. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass es einer möglichst neutralen, wirtschaftswissenschaftlichen Beratungsinstanz bedarf, die die Politik unterstützt und Entscheidungen kritisch hinterfragt.

Der SVR nimmt eine solche Rolle im wirtschaftspolitischen Beratungswesen ein. Dieser veröffentlicht in jährlich erscheinenden Publikationen Informationen und Einschätzungen der Ratsmitglieder über aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen. Neben den Jahresgutachten können Sondergutachten durch die Bundesregierung beantragt oder in „besonderen Problemlagen“¹¹ durch den SVR veröffentlicht werden, wie zuletzt im März 2020 geschehen. Die Besonderheit des SVR liegt in seinem gesetzlichen Auftrag und in der ebenfalls gesetzlich geregelten Stellung der Berater gegenüber der Politik.¹² Der Rat ist in seiner Arbeitsweise unabhängig von Politik und Wirtschaftsvertretern.¹³ Dies stellt die deutlichste Abgrenzung zu bspw. dem Council of Economic Advisers in den USA dar, welches Teil der US-Administration ist. Der SVR agiert folglich in seiner selbstständigen Rolle – zumindest auf den ersten Blick - frei von parteipolitischen Zwängen.¹⁴

Bei wirtschaftspolitischen Problemstellungen gilt der fünfköpfige SVR deshalb als kritischer Begleiter der Exekutive.¹⁵ Die über langjährige Erfahrung und tiefreichende, wirtschaftswissenschaftliche Expertise verfügenden Mitglieder werden auf Vorschlag der

⁸ Bspw. möglichst hohe Forschungsgelder; vgl. Krott, M.; Suda, M., 2007, S. 18.

⁹ Vgl. Stratmann, K., 2019, www.handelsblatt.com (Stand: 18.06.2020).

¹⁰ Hermville, L. u. a., 2019, www.zeit.de (Stand: 23.08.2020).

¹¹ Sachverständigenrat Wirtschaft, 2020, www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de (Stand: 15.06.2020).

¹² Vgl. Klump, R., 2011, S. 44.

¹³ Vgl. Schmidt, C. M., 2019, www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de (Stand: 15.06.2020).

¹⁴ Vgl. Klump, R., 2011, S. 46.

¹⁵ Vgl. Wildmann, L., 2007, S. 108.

Bundesregierung vom Bundespräsidenten für fünf Jahre berufen und wählen selbstständig zwei Vorsitzende aus ihrer Mitte. Zu den Hauptaufgaben des 1963 ins Leben gerufenen Rats zählen neben der Darstellung der aktuellen Lage und Prognosen über zukünftige Entwicklungen, das Aufzeigen von Ursachen für eventuelle Spannungen auf einzelnen Märkten sowie das Aussprechen von Warnungen vor wirtschaftlichen Fehlentwicklungen.¹⁶ Als Referenzgröße zur Beurteilung dieser Kriterien orientiert sich der SVR am magischen Viereck als Zielkonfliktmodell, wobei die Gewichtung der einzelnen, in Abbildung 2 dargestellten Kriterien im Ermessen der Ratsmitglieder liegt.

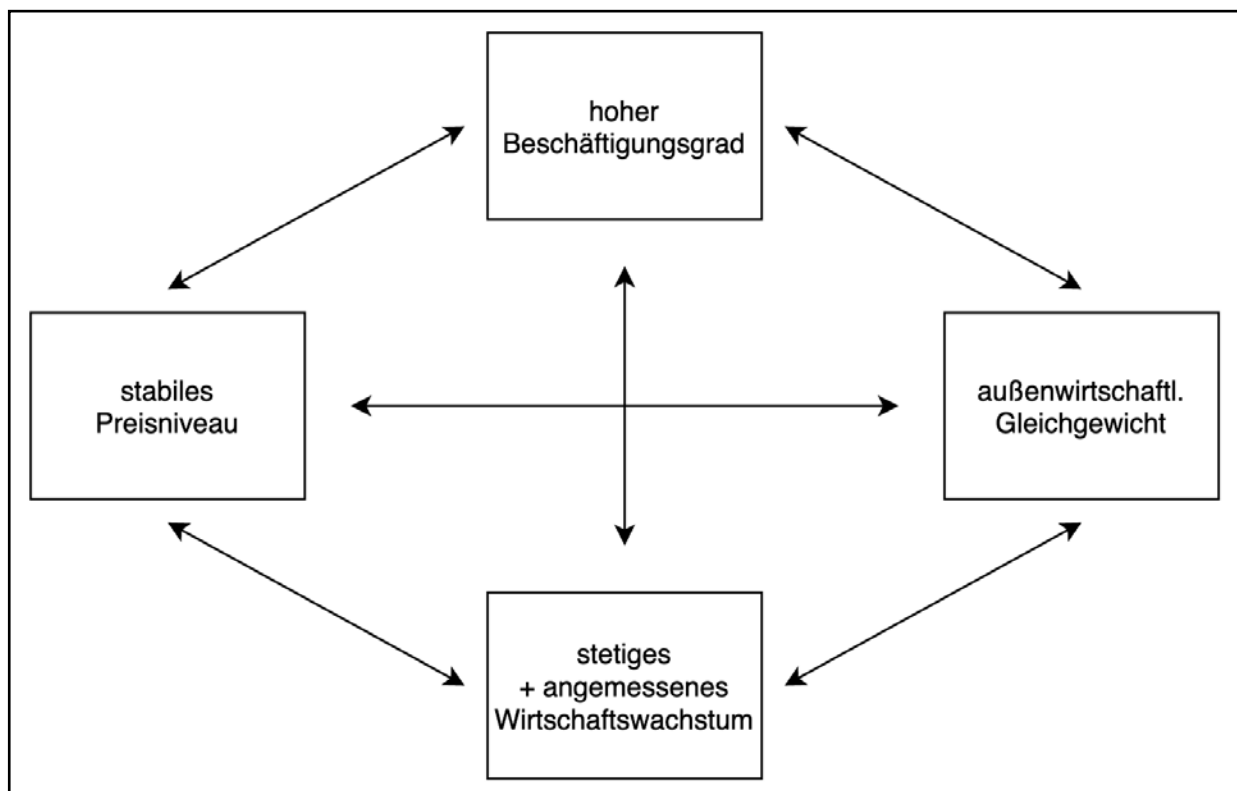


Abbildung 2: Magisches Viereck¹⁷

Bei der Beschreibung wirtschaftlicher Problemstellungen muss der SVR nach eigenen Angaben auf konkrete Handlungsempfehlungen verzichten.¹⁸ Die in den Gutachten veröffentlichten Ergebnisse sind allerdings dennoch nicht gänzlich frei von einer persönlichen Wertung der Ratsmitglieder, was auch am Beispiel der konkreten politischen

¹⁶ Vgl. Sachverständigenrat Wirtschaft, 2020, www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de (Stand: 15.06.2020).

¹⁷ Eigene Darstellung nach: Klitzsch, W., 2019, S. 455.

¹⁸ Vgl. Sachverständigenrat Wirtschaft, 2020, www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de (Stand: 15.06.2020).

Empfehlungen im Zusammenhang mit den Hartz-IV-Reformen deutlich wird.¹⁹ Aufgrund der Notwendigkeit einer Gewichtung der Kriterien des magischen Vierecks, welche durch die Mitglieder selbst erfolgt, fließt auch deren wirtschaftspolitische Überzeugung in die Ergebnisse ein.²⁰

Bei den oben genannten Hartz-Reformen waren sich große Teile der Wirtschaftswissenschaften und der Politik einig: Sie hielten die Gesetzesänderungen, in deren Folge Sozialleistungen gekürzt und zusammengelegt wurden, im Grundsatz für richtig, wobei sie sich durch die gute Wirtschaftsentwicklung der zurückliegenden Jahre bestätigt sahen.²¹ Völlig anders gestaltete sich die Situation beim Thema Mindestlohn. In diesem Fall war erkennbar, dass die Mitglieder*innen des Rates, durch ihre Nähe zu politischen Parteien oder ihren Lehrstuhl an bestimmten Forschungsinstituten, bestimmten politischen Denkweisen zugeordnet werden können. Die Diskussion der Frage, ob und wie stark Expertenurteile durch deren Wertansichten beeinflusst sind, ist unter anderem Teil des als Werturteilsstreit bezeichneten Diskurses.²²

Aufgrund der politischen Einstellung potenzieller Ratsmitglieder, kann es daher zu einem parteipolitischen Streit über die Besetzung des Rats kommen, da die regierenden Parteien Kandidat*innen bevorzugen, die das eigene wirtschaftspolitische Verständnis teilen. Ein passendes, aktuelles Beispiel ist der Streit der Koalitionspartner CDU und SPD über die Besetzung der, aktuell noch von Lars Feld ausgeübten Position im SVR. Die Union wünscht sich eine weitere Amtszeit des liberalen Wirtschaftsweisen, während die Sozialdemokraten andere Kandidaten, wie bspw. Jens Südekum von der, auf regulierungsökonomische Fragen spezialisierten Heinrich Heine Universität Düsseldorf, bevorzugen würden.²³ Um die Neutralität der Mitglieder in einem möglichst hohen Maße zu gewährleisten, schließt das SVR-Gesetz gemäß § 1 Abs. 3 die Ernennung von Ratsmitgliedern, die ein politisches Amt ausüben oder Teil von Wirtschafts-, Arbeitgeber- oder Arbeitnehmervertretungen sind, aus.

¹⁹ So erklärte die ehemalige Wirtschaftsweise Isabel Schnabel: „Ich glaube, ein Beispiel, wo es sehr gut funktioniert hat, sind die Hartz-IV-Reformen. Da hat auch der Sachverständigenrat eine ganz wichtige Rolle gespielt. Er hat diese Reformen maßgeblich mitgeprägt, aber da war es eben auch so, dass es auf fruchtbaren Boden gefallen ist und dass eine politische Konstellation da war, die begünstigt hat, dass diese Vorschläge umgesetzt wurden.“ Vgl. Kösters, J., 2016, S. 105 f.

²⁰ Vgl. Schmidt, C. M.; Weigert, B., 2015, www.wirtschaftsdienst.eu (Stand: 17.06.2020).

²¹ Vgl. Kösters, J., 2016, S. 105 f.

²² Unter dem Werturteilsstreit versteht man die Diskussion, ob Wissenschaftler*innen normative, also eine Wertung enthaltende, Aussagen treffen dürfen, vgl. Sell, F. L.; Kermer, S., 2013, S. 219 f.

²³ Vgl. Beise, M.; Hagelüken, A., 2020, www.sueddeutsche.de (Stand: 17.06.2020); vgl. o. V., o. J., www.dice.hhu.de (Stand: 17.06.2020).

Fazit

Da es in der Praxis nicht möglich ist, wissenschaftliche Beratung vollständig von politischer Wertung zu trennen, werden das wirtschaftspolitische Beratungswesen und der SVR auch weiterhin in diesem Zusammenhang infrage gestellt werden. Dass der Rat die ihm angedachte Rolle jedoch in aller Regel erfüllt, ist nicht zuletzt an der regelmäßig auftretenden und parteiübergreifenden Kritik an dessen Einschätzungen zu erkennen.²⁴ In diesen Momenten weist der Rat auf seine neutrale Informationsfunktion, insbesondere auch gegenüber der Öffentlichkeit, hin. Dieser Rolle konnte der SVR auch am Beispiel der zuletzt publizierten Einschätzungen zu den Folgen der Pandemie gerecht werden, als über die Auswirkungen aufgeklärt und mögliche Lösungsansätze als Diskussionsgrundlage geliefert wurden. Obgleich Sondergutachten dieser Art für die grundsätzliche Arbeit des SVR eher eine Seltenheit oder Ausnahme als die Regel darstellen, fanden die Erläuterungen des Rates große Beachtung in der Öffentlichkeit.²⁵ Auch diese Tatsache belegt die große Wichtigkeit einer unabhängigen Beratung der Politik durch den SVR in wirtschaftlichen Fragen, nicht nur hinsichtlich der konjunkturell äußerst problematischen Situation.

²⁴ Der SVR stand bspw. 2015 in Folge seines Jahrgutachtens in der Kritik; vgl. Schmidt, C. M.; Weigert, B., 2015, www.wirtschaftsdienst.eu (Stand: 17.06.2020).

²⁵ Vgl. Strätling, A., 2006, S. 354.

Literaturverzeichnis

- Beise, M.; Hagelüken, A. (2020):** Sachverständigenrat, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/wirtschaftsweisen-mitglieder-sachverstaendigenrat-veronika-grimm-monika-schnitzer-1.4864535> (Stand: 17.06.2020).
- Edenhofer, O.; Jakob, M. (2019):** Klimapolitik, 2. Aufl., München.
- Gürtler, D. (in Zusammenarbeit mit der Redaktion der Tagesschau) (2013):** Die Tagesschau erklärt die Wirtschaft. Das Wissensbuch, 2. Aufl., Reinbek bei Hamburg.
- Hermville, L. u. a. (2019):** CO₂-Steuer: Wichtig, aber nicht ausreichend, in: Die Zeit, 07.05.2019, <https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-05/co2-steuer-umweltschutz-be-steuerung-kohlenstoffausstoss-klimaziele>, (Stand 24.08.2020).
- Hesse, N. (2019):** Wirtschaftsthemen verständlich vermitteln, Stuttgart.
- Kevenhörster, P. (2019):** Politikberatung, in: Andersen, U.; Woyke, W. (Hrsg.), Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 8., überarb. Aufl., Wiesbaden.
- Klitzsch, W. (2019):** Grundbegriffe der Wirtschaft, Wiesbaden.
- Klump, R. (2011):** Wirtschaftspolitik – Instrumente, Ziele und Institutionen, 2. Aufl., München.
- Kösters, J. (2016):** Überschätzte Propheten: Die Wirtschaftsgurus, in: Kösters, J. u. a. (Hrsg.) Welt der Wirtschaft. Neue Fragen einfach erklärt, Frankfurt, New York, S. 102-113.
- Krott, M.; Suda, M. (Hrsg.) (2007):** Macht Wissenschaft Politik?, Wiesbaden.
- Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina (Hrsg.) (2020):** Dritte Ad-hoc-Stellungnahme: Coronavirus-Pandemie – Die Krise nachhaltig überwinden, https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2020_04_13_Coronavirus-Pandemie-Die_Krise_nachhaltig_überwinden_final.pdf (Stand 24.08.2020).
- O. V. (o. J.):** Das DICE im Überblick, <https://www.dice.hhu.de/ueber-das-dice.html> (Stand: 17.06.2020).
- Sachverständigenrat Wirtschaft (2020):** Aufgaben <https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/ueber-uns/aufgaben.html> (Stand: 15.06.2020).

Sachverständigenrat Wirtschaft (2020): Über uns, <https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/ueber-uns/ratsmitglieder/prof-dr-dr-hc-lars-p-feld-vorsitzender.html> (Stand: 18.06.2020).

Schmidt, C. M. (2019): Sachverständigenrat – Auftrag und Arbeitsweise, https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/publikationen/2019_SVR-Auftrag_Arbeitsweise.pdf (Stand: 15.06.2020).

Schmidt, C. M.; Weigert, B. (2015): Sachverständigenrat – Wie politiknah sollte die Beratung sein?, <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2015/heft/3/beitrag/sachverstaendigenrat-wie-politikhah-sollte-die-beratung-sein.html> (Stand: 17.06.2020).

Sell, F. L.; Kermer, S. (2013): Aufgaben und Lösungen der Volkswirtschaftslehre, 3. Aufl., Berlin.

Strätling, A. (2006): Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, in: Falk., S. u. a. (Hrsg.) Handbuch Politikberatung, Wiesbaden, S. 353-362.

Wildmann, L. (2007): Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Mikroökonomie und Wirtschaftspolitik, Berlin.

Die Ursachen der globalen Finanzkrise: Hätte die US-Notenbank Lehman retten sollen?

von

Marie Schroth

Der Weg in die Krise

„Too big to fail“, diese Etikette erhalten Marktteilnehmer, deren Insolvenz erhebliche Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft haben würde. Infolgedessen muss der Staat zuvor eingreifen, um einen Ausfall der Institution zu verhindern.¹

Die Bezeichnung „systemrelevante Institution“ galt lange Zeit auch für die Investmentbank Lehman Brothers (LB), die während der Finanzkrise² 2008 zu den größten Investmentbanken zählte und zum Großteil durch Fremdkapital finanziert wurde. LB vergab Subprime-Kredite³ sowie Credit Default Swaps⁴ (CDS) in großem Umfang. Ihr Zusammenbruch gilt als Höhepunkt der Finanzkrise.⁵

Die Investmentbanken spekulierten in den Jahren vor der Finanzkrise mit hohen Summen an Geld und verloren letztendlich. Sie lebten nicht von privaten Kundengeldern, sondern von am Kapitalmarkt ausgegebenen Anleihen. Dadurch mussten sie weniger Regeln befolgen und konnten im Vergleich zu normalen Geschäftsbanken ein höheres Risiko eingehen.⁶

Am 15. September 2008 meldete LB Insolvenz an und forderte Gläubigerschutz nach US-amerikanischen Insolvenzrecht Chapter Eleven. Die Risikopositionen an CDS-Papieren und Subprime-Krediten sowie das Volumen der Verpflichtungen waren zu hoch. Es entstanden Forderungen zwischen 400-600 Milliarden Dollar. Die Insolvenz hatte zudem Auswirkungen auf das gesamte Finanzsystem. Einige Banken waren selbst kurz vor der Insolvenz, da sie CDS-Papiere an LB verkauft hatten und sie sich durch das Interbankensystem keine Kredite mehr verschaffen konnten. Das System stand aufgrund des vorausgegangenen Vertrauensverlustes durch zweifelhafte Forderungen der Banken still. Die Folge war eine weltweite Rezession, die Märkte wurden zunehmend instabil wodurch eine der schwersten Wirtschaftskrisen entstand.⁷

¹ Vgl. Krämer, G., 2018, <https://www.gabler-banklexikon.de> (Stand: 29.05.2020).

² Für die genauen Ursachen der Finanzkrise vgl. Tooze, A., 2019, S. 56 ff.

³ Subprime-Kredite sind „faule Kredite“, die an bonitätsschwache Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer ausgegeben wurden; vgl. Mankiw, N. G.; Taylor, M. P., 2018, S. 1118.

⁴ CDS sind Kreditausfallversicherungen, welche eine Absicherung gegen den Totalverlust des geliehenen Kapitals bieten; vgl. Heldt, C.; Helms, N.; Hölscher, R., <https://wirtschaftslexikon.gabler.de> (Stand: 30.05.2020).

⁵ Vgl. Lieven, P., 2009, enthalten in: Elschen, R.; Lieven, T., 2019, S. 221.

⁶ Vgl. o. V. (2013), <https://www.focus.de> (Stand: 29.05.2020).

⁷ Vgl. Mankiw, N. G.; Taylor, M. P., 2018, S. 1118-1119.

Die US-amerikanische Zentralbank Federal Reserve System (Fed) rettete vor der Insolvenzanmeldung von LB die Investmentbanken Bear Stearns und Merrill Lynch. Bear Stearns wurde von JPMorgan Chase zu einem „Spottpreis“ aufgekauft, während die Bank of America (BoA) Merrill Lynch übernahm. Die BoA hatte neben der britischen Barclays Bank als mögliche Käuferin für Lehman Brothers gegolten.⁸

Die Fed hatte Angst und wollte einen Dominoeffekt verhindern, denn diese Insolvenzen hätten ebenfalls die Konkurrenten treffen können, wodurch das Finanzsystem zusammengebrochen wäre. Danach retteten die Fed und die Bank of America (BoA) die Investmentbanken Fannie Mae und Freddie Mac durch Verstaatlichung der beiden Banken, da ein Zusammenbruch vielen Klientinnen und Klienten das Eigenheim gekostet hätte. LB erhielt jedoch keine staatliche Unterstützung. Nach dem Zusammenbruch von LB bewahrte die Fed die Versicherungsgruppe American International Group (AIG) vor der Pleite, denn durch die internationale Vernetzung der AIG hätte ihre Insolvenz die Finanzkrise deutlich beschleunigen können.⁹

Durch diese Reihe an „bailouts“ innerhalb weniger Tage hatten politische Funktionäre in Washington die Verantwortung für Entscheidungen übernommen, die normalerweise von den Märkten in New York getroffen werden. Für den amerikanischen Politikwissenschaftler Ian Bremmer verlegte sich damit folgeschwer wirtschaftliche und finanzielle Macht aus der US-Finanzmetropole in die politische Hauptstadt der Vereinigten Staaten.¹⁰ Wenn es also bereits zu dieser Machtverschiebung kam, warum ließen die Fed und die amerikanische Regierung Lehman insolvent werden?

Retten oder nicht retten durch die US-Notenbank?

Thomas Spinnler, ehemaliger Rechtsanwalt und Journalist der Börse ARD zeigte auf, dass die Fed vor dem Zusammenbruch von LB versucht hatte einen Käufer für sie zu finden. Herangezogen wurde die britische Barclays Bank und die BoA. Wie zuvor erwähnt kaufte die BoA die Investmentbank Merrill Lynch. Barclays forderte als Absicherung staatliche Garantien für den Kauf von LB. Da die Fed nicht zustimmte, führte dies zu Lehmans Insolvenz.¹¹

⁸ Vgl. Korte, J.; Braun, M., 2009, www.dw.de (Stand: 24.02.2021).

⁹ Vgl. ebd.

¹⁰ Vgl. Bremmer, I., 2010, S. 2.

¹¹ Vgl. Spinnler, T., 2018, <https://boerse.ard.de> (Stand: 29.05.2020).

Der Korrespondent von FOCUS Online, Ansgar Siemens, ist der Ansicht, dass nach der Philosophie der Wall Street, LB und Bear Stearns hätten insolvent gehen sollen. Bei Bear Stearns, das bis zum Frühjahr 2008 prominenteste Opfer der Finanzkrise, und zeitlich vor LB auf staatliche Hilfe angewiesen, wollte man noch einen Dominoeffekt verhindern. Danach wäre die Fed nicht mehr bereit gewesen einem weiteren Finanzinstitut zu helfen, bei welchem Gewinne selbst einbehalten und Verluste vom Staat finanziert werden. Die Glaubwürdigkeit der Notenbank hätte angezweifelt werden können, wenn sie diesen Finanzinstituten weiterhin geholfen hätte.¹²

Der Ex-Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann meinte, der Zusammenbruch von LB sei nicht schlecht gewesen, denn er habe gezeigt, dass es einen „moral hazard“ nicht geben dürfe. Ein „moral hazard“ beschreibt das Bewilligen von riskanten Geschäften, in dem Vertrauen, dass die Politik einspringt, wenn die Geschäfte scheitern.¹³

Mehrere Marktbeobachter sind ebenfalls der Ansicht, die Fed habe LB nicht gerettet, damit andere Marktteilnehmer nicht davon ausgehen konnten, dass der Staat jede notleidende Institution unterstützen würde.¹⁴ Thomas Spinnler erwähnt auch, dass einige Fachleute zunehmend der Ansicht sind, die Entscheidung LB nicht zu retten, ein Fehler aufgrund der fatalen Folgen war. Es entstand eine Kettenreaktion am weltweiten Finanzmarkt, welche nur mit Milliardenkrediten der Fed und einer Senkung des Leitzinses zu bewältigen war.¹⁵ Die Wirtschaftskorrespondentin der linksalternativen „tageszeitung“ (taz) Ulrike Herrmann behauptet, die US-Regierung habe irrtümlich vermutet, dass niemand Lehman vermissen würde, da es mit einer Bilanzsumme von 691 Milliarden Dollar ein eher kleines Institut war und zudem eine reine Investmentbank, die keine Einlagen von normalen Sparern hatte.¹⁶

Der Ökonomieprofessor Laurence Ball erlangte durch eine langjährige Recherche neue Erkenntnisse über den Fall LB und Fed. Er beschreibt in seinem Buch „The Fed and Lehman Brothers“, dass die Fed bislang argumentierte, sie konnte LB nicht retten, da die Investmentbank zu hohe Schulden hatte und zu wenig Sicherheiten bieten konnte. Die

¹² Vgl. o. V., 2013, <https://www.focus.de> (Stand: 29.05.2020).

¹³ Vgl. Spinnler, T., 2018, <https://boerse.ard.de> (Stand: 29.05.2020).

¹⁴ Vgl. Mankiw, N. G.; Taylor, M. P., 2018, S. 1120.

¹⁵ Vgl. ebd.

¹⁶ Vgl. Herrmann, U., 2020, S. 226.

Ergebnisse von Ball zeigen jedoch, dass LB nur ein geringes Überschuldungsproblem hatte und somit zum größten Teil solvent war.¹⁷

Die Fed kam zu der Aussage, sie müsse ein Gesetz brechen, um LB zu retten. Betrachtet man die offizielle Lesart der Fed, konnte sie LB nicht helfen, da sie nur an solvente Banken Kredite vergeben durfte. Diese Aussage bewährt sich jedoch als nicht richtig, da nach Abschnitt 13 (3) des Federal Reserve Gesetzes die Fed einer Investmentbank unter ungewöhnlichen und ernsten Umständen einen Kredit vergeben konnte. Somit lag es an der Interpretation dieses Abschnitts.¹⁸

Wieso die Fed Lehmans Rettung nicht zuließ, sollte in der öffentlichen Meinung gesucht werden. Es gab öffentliche Aufstände darüber, dass der Staat die Schuldigen der Finanzkrise retten würde. Die Fed war ebenso davon überzeugt und hoffte, dass die Pleite Lehmans das Finanzsystem nicht übermäßig schaden würde. Eine Rettung seitens der Fed war somit undenkbar, solange sie nicht eine Investmentbank zusammenbrechen lies und die Folgen an die Öffentlichkeit kamen. Infolgedessen traf es Lehman, damit dem Rest der Wall Street geholfen werden konnte.¹⁹

Fazit

Betrachtet man die Situation genauer, werden unterschiedlichen Einschätzungen und Ansichten über die Rettung LB durch die Fed deutlich. Man kann jedoch zwei Sichtweisen unterscheiden: die ökonomische Sicht und die politische Sicht.

Aus ökonomischer Sicht wäre es finanziell voraussichtlich günstiger gewesen, LB zu retten. Die Erkenntnisse aus Balls Recherchen zeigen, dass LB genug Sicherheiten hätte aufweisen können und somit eine Kreditvergabe mit wenigen Risiken verbunden gewesen wäre. Die Fed hätte somit noch ausreichend finanzielle Mittel für AIG und den restlichen Finanzsektor übrig gehabt. Es ist hervorzuheben, dass eine Rettung von LB durchaus im Bereich des Möglichen gelegen hätte und juristisch gesehen ebenfalls korrekt gewesen wäre. Jedoch bedeutete die Rettung von LB nicht automatisch, dass damit die Krise verhindert worden wäre.

Aus politischer Sicht wäre es nicht sinnvoll gewesen LB zu retten. Es gab öffentliche Unruhen der Bevölkerung, dass die Fed die Schuldner der Finanzkrise unterstützen

¹⁷ Vgl. Ball, L. M., 2018, S. 98.

¹⁸ Vgl. ebd., S. 4-5.

¹⁹ Vgl. ebd., S. 11 f.

würde, obwohl die Investmentbanken es verdient hätten, insolvent zu gehen. Somit wäre das Vertrauen in die Politikerinnen und Politiker sowie in die Fed zerstört worden. Zudem war es sinnvoll, ein Beispiel zu statuieren, sodass die Fed ein Signal senden konnte, dass sie nicht immer eingreifen und unterstützen würde, um und diese Art von Risikogeschäften abzusichern.

Literaturverzeichnis

- Ball, L. M. (2018):** The Fed and Lehman Brothers – Setting the Record Straight on a Financial Disaster, Cambridge / UK.
- Bremmer, I. (2010):** Das Ende des freien Marktes - Der ungleiche Kampf zwischen Staatsunternehmen und Privatwirtschaft, München.
- Heldt, C.; Helms, N.; Hölscher, R. (2018):** <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/credit-default-swap-cds-52666/version-275784>
(Stand: 30.05.2020).
- Herrmann, U. (2020):** Deutschland, ein Wirtschaftsmärchen. Warum es kein Wunder ist, dass wir reich geworden sind, Bonn.
- Korte, J.; Braun, M. (2009):** Bank of America kaufte Merrill Lynch, <https://www.dw.com/de/bank-of-america-kaufte-merrill-lynch/a-4684000>
(Stand: 24.02.2021).
- Krämer, G. (2018):** <https://www.gabler-banklexikon.de/definition/too-big-fail-70483/version-347002> (Stand: 29.05.2020).
- Lieven, P. (2009):** Lehman 9/15: Die größte Insolvenz aller Zeiten, in: Elschen, R.; Lieven, T. (Hrsg.): Der Werdegang der Krise – Von der Subprime- zur Systemkrise, Wiesbaden.
- Mankiw, N. G.; Taylor, M. P. (2018):** Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 7., überarb. Aufl., Stuttgart.
- O. V. (2013):** Crash Test. Weshalb retten die US-Behörden nur manche Banken, Focus Money Online, 25.08.2013, https://www.focus.de/finanzen/boerse/finanzkrise/tid-11863/crash-test-weshalb-retten-die-us-behoerden-nur-manche-banken_aid_333887.html (Stand: 29.05.2020).
- Spinner, T. (2018):** <https://boerse.ard.de/boersenwissen/boersengeschichte-n/lehman-kollaps-finanzkrise-pleite-zehn-jahre100.html> (Stand: 29.05.2020).
- Tooze, A. (2019):** Crashed: Wie zehn Jahre Finanzkrise die Welt verändert haben, Kapitel 2, S. 56-89, München.

Das bedingungslose Grund- einkommen: „Corona-Geld“ für alle?

von

Pablo Speck

Der Diskurs um das bedingungslose Grundeinkommen

Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE)¹ ist ein in den letzten Jahren in Deutschland kontrovers diskutiertes Thema, das medial viel Aufmerksamkeit erhalten hat. Dies bestätigen auch die Google Trends mit dem Suchbegriff des BGE. Im deutschsprachigen Raum ist ein hohes Interesse für die Idee eines Grundeinkommens zu finden.² Doch auch international findet das Thema des bedingungslosen Grundeinkommens große Beachtung.

Die Idee eines solchen Grundeinkommens ist zunächst einmal nicht neu: erste Formulierungen sind etwa 500 Jahre alt. Ein solches System wurde damals erstmals von dem englischen Staatsmann Thomas Morus beschrieben.³ In der Epoche der Aufklärung und der darauffolgenden amerikanischen und französischen Revolution wurden letztendlich die entscheidenden ethischen Argumente geliefert, die noch heute in die Debatte um das BGE einfließen.⁴ Heute wird das BGE in der Wissenschaft und der politischen Debatte ausgesprochen kontrovers diskutiert. Pro und Contra stehen sich dabei häufig unversöhnlich gegenüber.

Das in Finnland erprobte zielgruppenspezifische Modell des bedingungslosen Grundeinkommens wurde nach einem Zeitraum von zwei Jahren als gescheitert erklärt.⁵ Hierbei wurden die Effekte einer Auszahlung von 560 Euro, welche ausschließlich an 2.000 zufällig ausgewählte Arbeitslose vorgenommen wurde, auf den Arbeitsmarkt untersucht. Die Studie sollte Fragen beantworteten wie: „Was passiert, wenn der Staat zwar fördert, aber nicht mehr fordert und es keine Verpflichtung mehr zur Arbeit gibt? Neigen die Menschen dann tatsächlich zur Faulheit?“⁶ Zwar wurden positive Effekte auf die Gesundheit

¹ Das Gabler Wirtschaftslexikon definiert bedingungslose Grundeinkommen als einen festgelegten finanziellen Betrag, der von jeglichen Rückzahlungspflichten befreit ist, einer jeden Bürgerin oder einem jeden Bürger ausgezahlt wird. Die Bürgerinnen und Bürger sind Erwachsene sowie auch Minderjährige einer politischen, funktionalen oder einer ideellen Gemeinschaft. Das bekannte Arbeitslosengeld, Sozialleistungen oder Kindergeld sind dementsprechend nicht mehr nötig; vgl. Bendel, O., <https://wirtschaftslexikon.de> (Stand: 18.06.2020).

² Das zeigt sich im internationalen Vergleich wie oft bei Google der Begriff „bedingungsloses Grundeinkommen“ gesucht wurde. Vgl. Google Ireland Limited (Hrsg.), 2020, <https://trends.google.de> (Stand: 29.12.2020).

³ Das Problem mit dem Entwurf von Thomas Morus besteht darin, dass bis heute nicht geklärt ist, wie ernst Morus seinen Entwurf selbst nahm und welche Absichten er mit der Erzählung von Utopia verfolgt hat. Zur Einführung zu Thomas Morus und die Gerechtigkeit als radikale Gleichheit vgl. Ebert, T., 2015, S.117-123.

⁴ Vgl. Tietz, S., 2016, S. 234-236.

⁵ Vgl. Schmiester, C., 2020, www.tagesschau.de (Stand: 24.09.2020).

⁶ Vgl. Schupp, J., 2020, S. 114.

und den Stresspegel erkannt, doch für den Arbeitsmarkt konnten daraus keine positiven Effekte geschlossen werden.⁷

Eine Vergleichbarkeit zu dem Modell, das in Deutschland aktuell gestartet ist, ist nicht möglich und lässt somit keine Rückschlüsse auf das Ergebnis zu. In seiner erforschten Form macht das BGE den Anschein eine Art Arbeitslosengeld zu sein.

In der Schweiz wurde 2016 eine Volksabstimmung zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Höhe von 2.500 Franken für jeden Erwachsenen mit einer Mehrheit von 76,9 Prozent abgelehnt. Zu den Gründen zählten Bedenken bei der Finanzierung des Vorhabens.⁸ Doch damit scheint das Projekt in der Schweiz noch nicht vom Tisch zu sein. Eine Einzelinitiative erzielte 2020 einen Erfolg, so dass der Modellversuch für ein bedingungsloses Grundeinkommen im Kanton Zürich geprüft werden muss.⁹ In Deutschland ist derzeit unter Federführung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) eine Langzeitstudie geplant.¹⁰

In den USA gibt es eine Initiative von 25 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, die mit dem sogenannten „Mayors for a Guaranteed Income“¹¹ experimentieren wollen, um unter anderem Ungleichheiten zwischen Rassen und Geschlechtern auszugleichen und Familien wirtschaftliche Sicherheit zu geben. Initiiert wurde das Projekt von Michael Tubbs, dem Bürgermeister von Stockton in Kalifornien, der das erste Programm eines bedingungslosen Grundeinkommens mit der Hilfe privater Sponsoren aus dem Silicon Valley ins Leben rief.¹² Das Projekt erhielt prominente Unterstützung wie von Jack Dorsey, dem Chef von Twitter, der nicht nur für diesen Zweck, sondern vor allem für die Bekämpfung der Corona-Pandemie insgesamt fast ein Viertel seines Gesamtvermögens, eine Milliarde US-Dollar spendete.¹³

Prominente Befürworter in Deutschland, die sich für die Erprobung des bedingungslosen Grundeinkommens einsetzen, sind der Aktivist Michael Bohmeyer¹⁴, der Gründer von

⁷ Ursprünglich war dieses Experiment in einer anderen Form, mit einer Teilnehmerzahl von 10.000 Personen geplant. Die damals amtierende Mitte-Rechts-Regierung war jedoch nur bereit, eine zielgruppenspezifische Modellvariante für zwei Jahre zu erproben.

⁸ Vgl. Freytag, A., 2016, www.wiwo.de (Stand: 27.09.2020).

⁹ Vgl. Hotz, S., 2020, <https://www.nzz.ch> (Stand 10.09.2020).

¹⁰ Vgl. Diekmann, F., 2020, <https://www.spiegel.de> (Stand 10.09.2020).

¹¹ Vgl. <https://www.mayorsforagi.org> (Stand: 10.09.2020).

¹² Vgl. Beam, A., 2020, <https://abcnews.go.com> (Stand: 10.09.2020).

¹³ Vgl. Bocksch, R., 2020, <https://de.statista.com> (Stand 25.09.2020).

¹⁴ Bohmeyer ist Gründer des Vereins „Mein Grundeinkommen“. Der Verein sammelt per Crowdfunding

dm-drogerie markt, Götz Werner, und Telekom-Chef Timotheus Höttges. Freiheit und Gleichheit sind die Grundpfeiler aller Argumente, die diese Forderungen einer radikalen Reform unseres Sozialstaates befürworten. Da die Thematik in so vielen Jahren immer wieder aufkam und sich angesichts der aktuellen Krise erneut Befürworter finden, stellt sich die Frage, ob diese Utopien realistische Zukunftsmodelle vor allem angesichts der aktuellen Krise sind?

Befürworter sehen durch die Digitalisierung und digitale Transformation der Wirtschaft zukünftig Arbeitsplätze bedroht, während gesellschaftliche Alterung und die Individualisierung der Bevölkerung zunehmen. Ein weiteres Argument besteht in der Vereinheitlichung von regelmäßigen, bedingungslosen und existenzsichernden Zahlungen an die Bürgerinnen und Bürger, was zur Folge hätte, dass einige staatliche Institutionen wie z. B. eine Renten- oder Sozialversicherung nicht mehr benötigt werden würden. In der Konsequenz könnten Bürokratie abgebaut werden und Steuern eingespart werden. (siehe Abb. 1.)

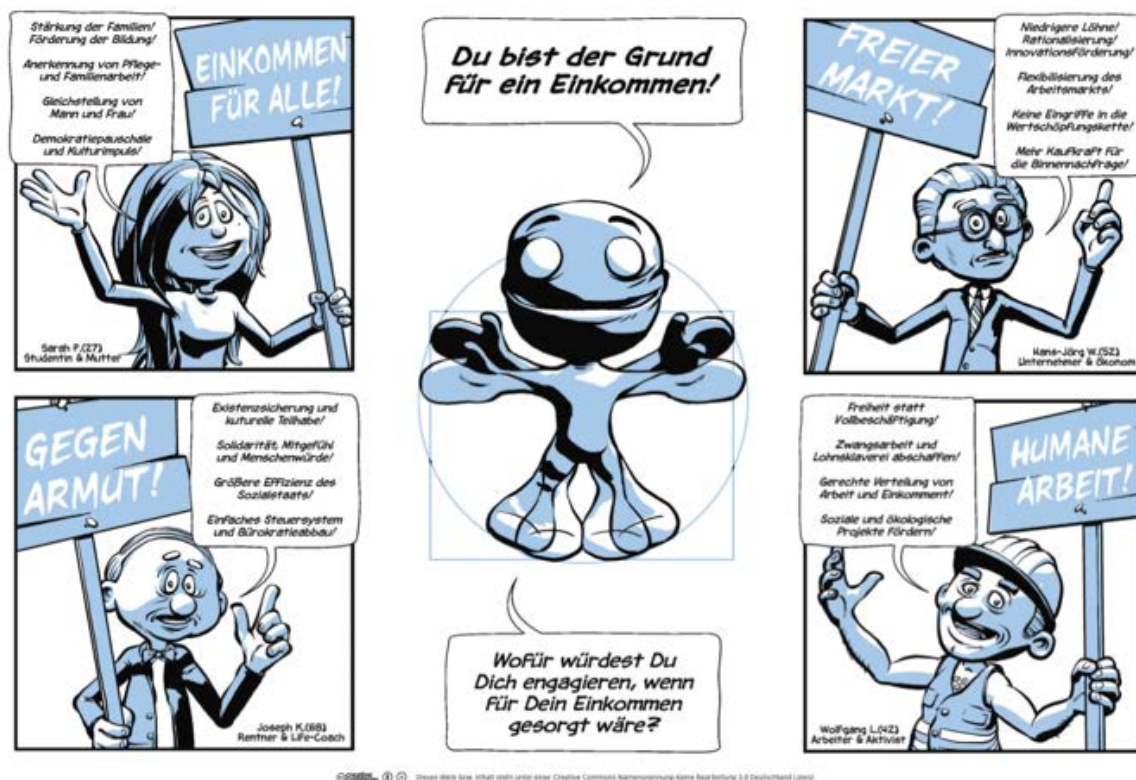


Abbildung 1: Flyer der Kölner Initiative Grundeinkommen e. V.¹⁵

Geld für bedingungslose Grundeinkommen. Immer, wenn 12.000 Euro gespendet wurden, gewinnt jemand ein Jahr lang jeden Monat 1.000 Euro. Vgl. Bohmeyer, M., o. J., <https://www.radioeins.de> (Stand: 19.06.2020).

¹⁵ Kölner Initiative Grundeinkommen e. V. (Hrsg.), 2020, <https://www.bgekoeln.de> (Stand: 25.09.2020).

Das bedingungslose Grundeinkommen, so erhoffen sich die Befürworterinnen und Befürworter, soll infolgedessen, die soziale Marktwirtschaft schlagartig wieder zum Leben erwecken. Denn, so gehen die Befürworterinnen und Befürworter davon aus, ginge ein Großteil der Menschen nicht des Geldes wegen arbeiten, sondern beispielsweise der Alltagsstrukturen wegen.¹⁶ Das deckt sich mit den Ergebnissen einer Umfrage des Marktforschungsunternehmens Splendid Research aus dem Jahr 2017 wonach nur neun Prozent der befragten Berufstätigen aufgrund eines BGEs nicht mehr zur Arbeit gehen würden.¹⁷

Die Gegenseite argumentiert zum einen mit der Finanzierbarkeit eines solchen Projektes und zum anderen mit der Gerechtigkeit gegenüber denen die das bedingungslose Grundeinkommen finanzieren sollen. Das BGE sei unsozial und diene der Durchsetzung neoliberaler Marktprinzipien und würde für weiteren Sozialabbau genutzt werden, so bspw. die Kritik von Patrick Schreiner von der Gewerkschaft ver.di.¹⁸

Ebenso wird aus wirtschaftsliberaler Sicht das BGE als ungerecht angesehen, denn finanziert werden kann es nur durch die Besteuerung der Personen mit einem Einkommen, welches über das BGE hinaus geht. Folglich nehme es den Reiz zu arbeiten, sowohl auf der Seite der arbeitenden Einkommensbezieherinnen und -bezieher als auch derer die von dem BGE leben. Zu diesem Schluss kam das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln im November 2016.¹⁹ Kritisch sei auch die Frage nach der Höhe der Lohnzahlungen, die die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber auszahlen werden, wenn sie das BGE mit einrechnen. Als weiterer Kritikpunkt werde eine mögliche Abschaffung der Sozialversicherungen genannt. Ein Krankenhausaufenthalt müsste in einem solchen Fall dementsprechend selbst finanziert werden und könnte auf Dauer auch zu einer finanziellen Belastung führen. Um viele weitere kritische Punkte ausreichend zu analysieren und Lösungen in der Politik zu finden, bedürfte das Konzept eines BGE in erster Linie Unterstützung von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden.²⁰ Da, wie oben gezeigt, die öffentliche Unterstützung des BGE von Seiten der Gewerkschaft fehlt, seien Projekte wie diese zum Scheitern verurteilt.²¹

¹⁶ Vgl. Straubhaar, T., 2017, <http://wirtschaftlichefreiheit.de> (Stand 29.12.2020).

¹⁷ Vgl. Nier, H., 2017, www.statista.de (Stand 25.09.2020).

¹⁸ Vgl. Schreiner, P., in: Eicker-Wolf, K., 2020, S. 114.

¹⁹ Vgl. Enste, D. H.; Schneider, R., 2016, S. 22.

²⁰ Einer dieser völlig offenen Punkte sei auch das Thema Migration. Denn „money for nothing“ ist ein unwiderstehlicher Pullfaktor. Vgl. Posener, A., 2020, www.zeit.de (Stand 27.09.2020).

²¹ Vgl. Haywood, L., 2014, S. 6 f.

Modelle des BGE

Doch gibt es für das BGE eine Vielzahl, ca. zwei Dutzend verschiedener Modelle, welche von links bis liberal reichen.²² Zu den bekanntesten dieser Modelle gehören das Solidarische Bürgergeld, das Emanzipatorische Grundeinkommen sowie das Grundeinkommen und die Konsumsteuer nach Götz Werner.

Das solidarische Bürgergeld von Dieter Althaus, einem früheren CDU-Politiker und Thomas Straubhaar, einem Ökonomen, besteht in der Vereinfachung des Steuer- und Sozialsystems. Sozialleistungen wie die Rentenversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung und das Arbeitslosengeld werden in diesem Modell abgeschafft. Bei dem BGE hängt die Höhe des monatlich erhaltenen Betrags vom eigenen Einkommen ab.²³ Um dieses Modell zu finanzieren, werden die Einnahmen in Form eines Bürgergeldes von 500 Euro und einer zusätzlichen Konsumsteuer erhoben. Gleichzeitig soll mittels der Einkommensteuer, deren Höhe vom persönlichen Einkommen abhängt, die Höhe des Bürgergeldanspruchs individuell angepasst werden. Wie viel Bürgergeld jeder erhält, oder wie viel Einkommensteuer er abgibt, wird mit 25 Prozent bis 50 Prozent des Einkommens verrechnet. Bei einer negativen Differenz wird der Betrag auf 500 Euro aufgestockt, bei einem Überschuss wird der Anteil abgegeben.²⁴

Das emanzipatorische Grundeinkommen, das aus einer Arbeitsgemeinschaft der Linkspartei entstammt, bildet den Antagonisten zum solidarischen Bürgergeld. Die Höhe des Betrags hängt in diesem Modell vom Volkseinkommen ab. Dabei werden 50 Prozent des Arbeits- und Vermögenseinkommens an alle Bürgerinnen und Bürger verteilt, wovon Kinder unter 16 Jahren die Hälfte erhalten. Weitere Sozialausgaben werden über die Einkommensteuer in Höhe von 33,5 Prozent finanziert. Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung sollen nicht wie Bafög oder Kindergeld wegfallen, sondern neu konzipiert werden.

Das Grundeinkommen und die Konsumsteuer nach Götz Werner unterscheidet sich von den genannten Modellen hinsichtlich der Besteuerung. Die Einnahmen für das BGE sollen ausschließlich aus der Besteuerung von Gütern und Dienstleistungen finanziert werden. Dagegen sollen die Einkommens- und Unternehmenssteuer entfallen.²⁵ Der

²² Vgl. Bohmeyer, M., o. J., <https://www.radioeins.de>, Min. 4:30 (Stand: 19.06.2020).

²³ Vgl. o. V., 2020, <https://www.handelsblatt.com> (Stand: 20.06.2020).

²⁴ Vgl. Althaus, D., 2007, S. 46.

²⁵ Vgl. Werner, G., 2011, S. 167 f.

Experte für öffentliche Finanzen Berthold Wigger sieht allerdings ein großes Problem in der Vermittlung und Durchsetzung einer solchen Steuerumstellung gegenüber den Wählerinnen und Wählern in unserer Demokratie.²⁶

Nach dem Konzept von Werner würden die Personalkosten dadurch günstiger ausfallen und die Gefahr einer höheren Arbeitslosigkeit sei dadurch geringer. Begünstigt werde dieser Effekt durch die Besteuerung von Maschinen. Sozialleistungen wie auch Sozialversicherungen sollen durch ein BGE von 1.000 Euro ersetzt werden.²⁷ Finanziell würde das BGE, laut der Rechnung von Werner, mit Kosten von 818 Milliarden Euro Einsparungen, im Gegensatz zu den aktuell gezahlten Sozialleistungen in Höhe von 850 Milliarden Euro, erzielen.²⁸

Ein weiterer positiver Effekt wäre, dass das BGE durch seine Bedingungslosigkeit Bürger vor der Armut schützen und vor der ständigen Angst vor Kürzungen durch das Amt bewahren würde.²⁹ Des Weiteren sind diese Modelle nicht vergleichbar mit bisherigen Wirtschaftskonzepten. Der Kapitalismus wird in allen Modellen nicht abgeschafft und dennoch könne Gerechtigkeit geschaffen werden, indem kommunistische Noten miteinfließen.³⁰

BGE im Zusammenhang mit Corona

Die Covid-19 Pandemie, von der die Welt 2020 in Atem gehalten wurde, nahm großen Einfluss auf die Weltwirtschaft. Sie sieht sich mit den Auswirkungen einer weltweiten Rezession konfrontiert. Die Folgen stellen viele Unternehmen und Haushalte vor enorme Herausforderungen, welche zum größten Teil auch finanzieller Natur sind. Fehlende und reduzierte Einkommen in weiten Teilen der Bevölkerung sowie ganze Kündigungswellen, welche nicht nur mit der Pandemie in Zusammenhang stehen, aber durch diese nochmals befeuert wurden. Gleichzeitig haben sich Konsumtrends verstärkt: viele Menschen reflektieren ihr Konsumverhalten, fordern eine Entschleunigung und kaufen beispielsweise vermehrt lokale Produkte ein.³¹ Auf der anderen Seite steht der Staat, der versucht

²⁶ Vgl. Wigger, B. U., 2012, S. 55-67.

²⁷ Vgl. o. V., 2020, <https://www.handelsblatt.com> (Stand: 20.06.2020).

²⁸ Vgl. Enste, D. H.; Schneider, R., 2016, S. 22.

²⁹ Vgl. o. V., 2020, <https://www.handelsblatt.com> (Stand: 20.06.2020).

³⁰ Vgl. Tietz, S., 2016, S. 237.

³¹ Vgl. Reinhardt, A. 2020, <https://www.deutschlandfunk.de> (Stand 23.10.2020).

mit verschiedenen Hilfsprogrammen und Gesetzesänderungen die Folgen für alle, sowohl für die Unternehmen als auch die Menschen abzumildern.

Bereits im März zu Beginn der Pandemie ging diesbezüglich eine Petition (Nummer 108191) bei dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags ein, in welcher: „kurzfristig und zeitlich begrenzt, aber so lange wie notwendig“ ein bedingungsloses Grundeinkommen gefordert wurde.³²

Die aktuelle Forderung nach einem BGE im Zuge der Corona-Krise ist im deutschsprachigen Raum im Kontext einer zunehmenden Befürwortung zum BGE zu sehen. Während die Zustimmung für ein BGE im Jahr 2015 noch bei 15 Prozent lag,³³ kamen Studien des DIW der letzten Jahre zu dem Ergebnis, dass inzwischen die Hälfte der Bevölkerung mit einem BGE sympathisiert. Dabei sind die deutschen Befürworterinnen und Befürworter eher jung, verfügen statistisch über einen hohen Bildungsabschluss und über ein niedriges Haushaltseinkommen.³⁴

Schlussbetrachtung

Die Frage nach den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konsequenzen des BGE ist nicht ausreichend beantwortet. Inwieweit die Arbeitsmoral sich verändern würde, lässt sich schwer im Vorfeld analysieren. Es liegt die Befürchtung nahe, dass weniger Menschen bereit wären, einer Arbeit nachzugehen. Diesem Konzept steht auch ein Generationenkonflikt im Weg. In den Fällen, in denen viele Großeltern mit schwerer körperlicher Arbeit aufgewachsen sind, um das Land und die Wirtschaft aufzubauen, werden auch viele Kinder dieser Generation mit diesen Werten aufgezogen worden sein. Es ist vorstellbar, dass dieses Konzept nicht bei allen auf eine positive Haltung trifft. Viele vertreten die klassische Ansicht von „wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen“³⁵. Es lässt sich nur erahnen, welche Auswirkungen dies auf die Gesellschaft haben könnte. An dieser Stelle müsste ein Umdenken angeregt werden und geltende soziale Normen hinterfragt werden, um ein bedingungsloses Grundeinkommen gesellschaftsfähig zu machen. Denn

³² Vgl. Petition Nr. 108191, 2020, <https://epetitionen.bundestag.de> (Stand 24.09.2020).

³³ Vgl. Nier, H., 2016, <https://de.statista.com> (Stand 24.09.2020).

³⁴ Vgl. Adriaans, J. u. a., 2019, S. 265 f.

³⁵ Vgl. Tietz, S., 2016, S. 238. Dieses Zitat des Apostel Paulus wird allerdings aus Sicht von Götz Werner in einem falschen Kontext verwendet, denn der Satz richtete sich gegen jene Christen, die in Erwartung der baldigen Wiederkunft Christi ihre Berufstätigkeit aufgegeben haben mit der Begründung, dass diese angesichts der in Kürze zu erwartenden Zeitenwende sinnlos und vergebens sei. Das BGE hingegen, so argumentiert Werner, sei aber im Gegenteil dazu da sich in Zukunft frei entfalten zu können. Vgl. Werner, G., 2011, S. 61.

die Lebenszufriedenheit, die gerne in Verbindung mit Arbeit gebracht wird, hängt in Wahrheit mit den sozialen Arbeitsnormen einer Gesellschaft zusammen.³⁶ Es ist ein realistisches Zukunftsmodell, aber eines mit fehlenden genaueren Kenntnissen, welches viele unvorhersehbare Risiken birgt. Dadurch bekommt es den Charakter eines Experimentes und lässt sich nur schwer als ein in Frage kommendes Konzept denken, welches eine Reformierung unseres Sozialstaates erfordert.

Die Chancen auf eine zeitnahe politische Durchsetzung eines BGE in Deutschland erscheinen angesichts der größtenteils ablehnenden Haltung der Parteien gering. Doch zeigt die andauernde Diskussion um das BGE, dass die Bevölkerung stark daran interessiert ist, über grundsätzliche Alternativen zum bestehenden System sozialer Sicherung nachzudenken. Die aktuelle Krise bot vielen Menschen die Gelegenheit und Zeit, gewisse Dinge zu überdenken. Der Charme des BGE ist vor allem theoretischer, intellektueller Natur. Daher ist das BGE geradezu prädestiniert, um als Startpunkt, als Anfang einer weit gefächerten gesellschaftlichen Diskussion zu dienen, wie aufgrund des demographischen Wandels³⁷ unser Sozialsystem in Zukunft aussehen kann oder soll und wie wir aufgrund von technischem Fortschritt und Digitalisierung unsere Vorstellung von Arbeit als Lohn- und Erwerbsarbeit überdenken müssen.

³⁶ Vgl. Enste, D. H.; Schneider, R., 2016, S. 25.

³⁷ Zu den Folgen des demographischen Wandels, insbesondere wenn die Generation der „Babyboomer“ in Rente geht. Vgl. Herrmann, C., 2020, <https://www.n-tv.de>, (Stand: 26.09.2020) und Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung für die Körber-Stiftung (Hrsg.), 2018.

Literaturverzeichnis

- Adriaans, J. u. a. (2019):** Zustimmung für bedingungsloses Grundeinkommen eher bei jungen, bei besser gebildeten Menschen sowie in unteren Einkommensschichten, in: DIW Wochenbericht Nr. 15/2019, S. 264-270.
- Althaus, D. (2007):** Das Konzept des Solidarischen Bürgergeldes, in: ifo Schnelldienst 4/2007, 60. Jg., S. 45-47.
- Beam, A. (2020):** Mayors vow to launch guaranteed income programs across US, <https://abcnews.go.com/US/wireStory/mayors-vow-launch-guaranteed-income-programs-us-73053892> (Stand: 18.20.2020)
- Bendel, O. (2019):** Bedingungsloses Grundeinkommen, <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/bedingungsloses-grundeinkommen-54193> (Stand: 18.06.2020).
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung für die Körber-Stiftung (Hrsg.) (2018):** Die Babyboomer gehen in Rente. Was das für die Kommune bedeutet.“, https://www.berlin-institut.org/fileadmin/Redaktion/Publikationen/PDF/BI_DieBabyboomerGehenInRente_2018.pdf (Stand: 26.09.2020).
- Bocksch, R. (2020):** Twitter-Gründer spendet ein Viertel seines Vermögens, Statista, <https://de.statista.com/infografik/21617/die-hoechsten-privaten-corona-spenden> (Stand: 24.09.2020).
- Bohmeyer, M. (im Interview mit Elstermann, K.) (o. J.):** Beste Aussichten - gelebte Utopien, Bedingungsloses Grundeinkommen, <https://www.radioeins.de/programm/sendungen/radiodays/utopie/beitraege/bedingungsloses-grundeinkommen.html> Min. 4:30 (Stand: 19.06.2020).
- Diekmann, F. (2020):** Langzeitstudie zum Grundeinkommen. Das 1200-Euro-Experiment, in: Der Spiegel, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/grundeinkommen-studie-startet-das-1200-euro-experiment-a-413dcee7-1d58-4d19-abd1-8d241972ffd4> (Stand: 10.09.2020).
- Ebert, T. (2015):** Soziale Gerechtigkeit. Ideen, Geschichte, Kontroversen, 2., überarb. Aufl., Bonn.
- Eicker-Wolf, K. (2020):** Money for Nothing? Das Bedingungslose Grundeinkommen in der Kontroverse, Marburg.

- Enste, D. H.; Schneider, R. (2016):** Bedingungsloses Grundeinkommen Vision, Fiktion oder Illusion?, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2016/293133/IW-policy-paper_2016-11_Grundeinkommen.pdf (Stand: 20.06.2020).
- Freytag, A. (2016):** Bedingungsloses Grundeinkommen: Schweizer lehnen Grundeinkommen ab, 06.06.2016, <https://www.wiwo.de/politik/europa/bedingungsloses-grundeinkommen-schweizer-lehnen-grundeinkommen-ab-/13689874.html> (Stand: 27.09.2020).
- Google Ireland Limited (Hrsg.) (2020):** Suchbegriff „Bedingungsloses Grundeinkommen“, <https://trends.google.de/trends/explore?date=today%205-y&q=bedingungsloses%20grundeinkommen> (Stand: 29.12.2020).
- Haywood, L. (2014):** Bedingungsloses Grundeinkommen: eine ökonomische Perspektive, https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.479933.de/diw_roundup_33_de.pdf (Stand: 21.06.2020).
- Herrmann, C. (2020):** Bevölkerung auf Schrumpfkurs: Deutschland verliert 20 Millionen Einwohner, N-tv, 24.08.2020, <https://www.n-tv.de/panorama/Deutschland-verliert-20-Millionen-Einwohner-article21990728.html> (Stand: 26.09.2020).
- Hotz, S. (2020):** „Mehr Kapazitäten für Gemeinnütziges“ oder „wirklich schlechte Idee“? Kanton Zürich muss Modellversuch für ein bedingungsloses Grundeinkommen prüfen, in: Neue Zürcher Zeitung, 18.05.2020, <https://www.nzz.ch/zuerich/zuerich-versuch-fuer-bedingungsloses-grundeinkommen-wird-geprueft-ld.1557071> (Stand: 26.09.2020).
- Nier, H. (2016):** Zustimmung zum bedingungslosen Grundeinkommen steigt. Statista, <https://de.statista.com/infografik/4905/zustimmung-zum-bedingungslosen-grundeinkommen-steigt> (Stand: 24.09.2020).
- Nier, H. (2017):** So hoch sollte ein bedingungsloses Grundeinkommen sein. Statista, <https://de.statista.com/infografik/12134/hoehe-eines-bedingungslosen-grundeinkommens> (Stand: 25.09.2020)
- O. V. (2020):** Grundeinkommen in Deutschland, Die Vor- und Nachteile des bedingungslosen Grundeinkommens, <https://www.handelsblatt.com/finanzen/steuern-recht/steuern/grundeinkommen-in-deutschland-die-vor-und-nachteile-des-bedingungslosen-grundeinkommens/25623926.html> (Stand: 20.06.2020).

- Petition Deutscher Bundestag (2020):** Petition Nr. 108191: Reformvorschläge in der Sozialversicherung: Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens vom 14.03.2020, https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2020/_03/_14/Petition_108191.nc.html (Stand: 24.09.2020).
- Posener, A. (2020):** Bedingungsloses Grundeinkommen: Nichts ist umsonst, Zeit Online, <https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-08/bedingungsloses-grundeinkommen-klassengesellschaft-migration-steuern-subventionen/komplettansicht> (Stand: 27.09.2020).
- Reinhardt, A. (2020):** Verzicht oder Bedürfniserfüllung: Coronakrise verstärkt Konsumtrends, https://www.deutschlandfunk.de/verzicht-oder-beduerfniserfuellung-coronakrise-verstaerkt.691.de.html?dram:article_id=478589 (Stand: 23.10.2020).
- Schmiester, C. (2020):** Grundeinkommen-Experiment. Finnen ziehen ernüchtert Bilanz, <https://www.tagesschau.de/ausland/grundeinkommen-finnland-103.html>, (Stand: 25.09.2020).
- Schupp, J. (2020):** Bedingungsloses Grundeinkommen: viel Zustimmung, aber auch große Ablehnung, in: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 100. Jahrgang, 2020, Heft 2, S. 112-116.
- Straubhaar, T. (2017):** Pro&Contra: Bedingungsloses Grundeinkommen und soziale Marktwirtschaft, <http://wirtschaftlichefreiheit.de/wordpress/?p=20866> (Stand: 29.12.2020).
- Tietz, S. (2016):** Taschengeld für alle? Die Utopie des bedingungslosen Grundeinkommens, in: Kösters, J. u. a. (Hrsg.): Welt der Wirtschaft. Neue Fragen, einfach erklärt, Frankfurt, New York, S. 234-246.
- Werner, G. W. (2011):** Einkommen für alle, 5. Aufl., Köln.
- Wigger, B. U. (2012):** Konsumsteuern in der Demokratie, in: Werner, G. W. u. a. (Hrsg.): Das Grundeinkommen. Würdigung – Wertungen – Wege, Karlsruhe, S. 55-67.

Vom Bruttoinlandsprodukt zur staatlichen Vermessung des Glücks? Die Suche nach Alternativen zum BIP

von

Renato Stojčević

*„Diejenigen, die unsere Gesellschaften mithilfe des BIP lenken wollen,
sind wie Piloten ohne einen verlässlichen Kompass.“¹*

Joseph Stiglitz und Amartya Sen, Wirtschaftsnobelpreisträger

Einleitung

Jeder Mensch besitzt Bedürfnisse. Das Verlangen nach Ruhe, Sicherheit oder Freiheit sind Beispiele dafür. Die Deckung dieser Grundbedürfnisse führt zu gewissen Lebensstandards. Wenn sie nicht erfüllt werden, können Mangelerscheinungen auftreten. Häufig wird in den Lehrbüchern die Bedürfnispyramide von Abraham Maslow herangezogen. Diese ordnet die Bedürfnisse nach der Rangfolge, mit der ihre Befriedigung angestrebt wird. Maslow unterstellt, dass die höheren Bedürfnisstufen erst dann befriedigt werden, wenn die darunter liegenden Stufen bis zu einem gewissen Grad befriedigt wurden.²

Das Ziel der Wirtschaftspolitik ist es daher, das gesellschaftliche Wohlbefinden zu steigern.³ In der Fachsprache ist hierbei von Wohlfahrt die Rede. Die übliche Messung der ökonomischen Leistungsfähigkeit eines Landes erfolgt in Form des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Doch dieser wichtige wirtschaftspolitische Indikator stößt zunehmend an seine Grenzen, wenn es darum geht, die Lebensqualität der Bevölkerung umfassend abzubilden. Daher werden oft weitere Indikatoren hinzugezogen,⁴ doch jede Methode zur Wohlfahrtsmessung basiert auf anderen Schwerpunkten. Daher lassen sich diese nicht gleichsetzen. Auf die einzelnen Kritikpunkte der Bemessungsgrundlagen wird im Laufe dieses Beitrags genauer eingegangen. Das Ziel ist es zu diskutieren, ob Wohlfahrt sinnvoll gemessen werden kann und welche Indikatoren dafür geeignet sind.

Um ein besseres Verständnis zu entwickeln, werden zunächst Grundlagen zur Wohlfahrt erläutert. Anschließend folgt ein Überblick zu den verschiedenen Möglichkeiten der Bemessung. Den Schluss dieses Artikels bildet eine Zusammenfassung der Erkenntnisse.

¹ Stiglitz, J.; Sen, A., enthalten in: Witte, C., 2010, www.tagesschau.de (Stand: 03.11.2020).

² Vgl. Albers, H.-J.; Albers-Wodsak, G., 2015, S. 15.

³ Vgl. Behncke, N., <https://thinkaboutgeny.com> (Stand: 13.06.2020).

⁴ Beispiele hierfür wären: der Gesundheitszustand, die Work-Life-Balance, die Umweltqualität oder die Zufriedenheit der Bevölkerung.

Wohlfahrt der Gesellschaft

In der Fachliteratur ist keine einheitliche Definition über den Wohlfahrtsbegriff zu finden. Im Allgemeinen ist darunter das Maß zu verstehen, mit welchem die individuellen Bedürfnisse der Menschen gedeckt werden und damit ein hoher Lebensstandard erreicht wird.⁵ Oft wird der Begriff Wohlstand synonym verwendet. Jedoch gilt es die beiden Worte inhaltlich voneinander zu trennen. Während Wohlfahrt, wie beschrieben, auf das Gemeinwohl der Gesellschaft abzielt und damit auch qualitative Aspekte des menschlichen Daseins berücksichtigt, wird mit Wohlstand die Versorgung der Menschen und Haushalte mit Dienstleistungen und Gütern zum Ausdruck gebracht.⁶

In der Maslowschen Bedürfnispyramide bildet der Wunsch nach z. B. Essen, Trinken oder Schlafen die Grundbedürfnisse ab. Erst wenn diese gedeckt sind, ist es möglich die darauffolgenden Sicherheitsbedürfnisse (Wohnung, fester Arbeitsplatz, Gesundheit, Ordnung oder soziale Sicherheit) zu stillen. Und erst wenn der Mensch diese Bedürfnisse befriedigt hat, kann er nach Selbstverwirklichung (Individualität, Talententfaltung, Entfaltung individueller Anlagen und Interessen) streben.⁷

Um die Wohlfahrt messen zu können, ist es daher notwendig, den Erfüllungsgrad dieser Bedürfnisse zu ermitteln. Welche Möglichkeiten es dazu gibt, soll im Folgenden erläutert werden. Die bekannteste Kennziffer zur Messung der Wohlfahrt bildet das Bruttoinlandsprodukt (BIP).⁸ Mithilfe dieses Indikators soll der materielle Wohlstand sowie die Wirtschaftskraft in den Ländern aufgezeigt werden. Dieser traditionelle Ansatz Wohlstand zu messen beruht auf dem Wirtschaftskreislauf, einem leicht verständlichen Modell zur Darstellung der volkswirtschaftlichen Tauschvorgänge in der Form eines Kreislaufschemas.

⁵ Vgl. o. V., 2011, <https://www.vimentis.ch> (Stand: 13.06.2020).

⁶ Vgl. Albers, H.-J.; Albers-Wodsak, G., 2015, S. 203.

⁷ Dabei macht die Bedürfnispyramide auch deutlich, dass nur ein Teil der Bedürfnisse durch wirtschaftliche Aktivitäten, z. B. durch Güterkonsum befriedigt werden kann. Vgl. Albers, H.-J.; Albers-Wodsak, G., 2015, S. 15.

⁸ Unter dem BIP wird der Gesamtwert aller geschaffenen Güter innerhalb eines Jahres in einem Land verstanden.

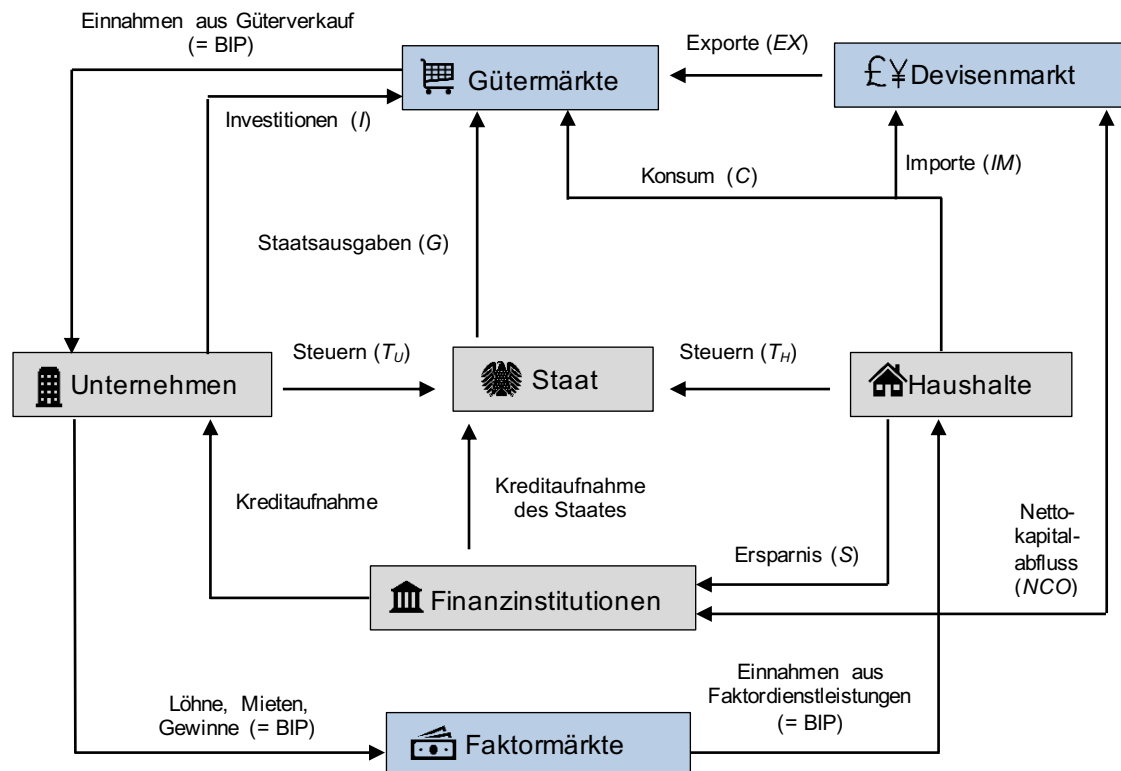


Abbildung 1: Zahlungsströme innerhalb des Wirtschaftskreislaufs⁹

Ausgangspunkt der Betrachtung, ist die Annahme, dass es in der Volkswirtschaft zwei Wertkreisläufe gibt; einen Güterkreislauf und einen Geldkreislauf.

Jedoch stößt das Konzept des BIP bei Fachleuten auf Kritik. Es wird bemängelt, dass beispielsweise das Volumen wichtiger Faktoren wie ehrenamtliche Tätigkeiten, Kinderbetreuung oder Kosten von Umweltschäden im BIP nicht erfasst werden. So fordert beispielsweise der indische Wirtschaftswissenschaftler und Philosoph Amartya Sen, den gesellschaftlichen Wohlstand nicht allein am Wirtschaftswachstum oder BIP zu messen, sondern auch an den Entwicklungsmöglichkeiten für die Schwächsten. Der Wissenschaftler kritisiert hierbei, dass das BIP keine wachsende soziale Ungerechtigkeit und gesellschaftliche Verwerfungen erkennen lässt.¹⁰ Die makroökonomischen Daten zeigen, laut seiner Aussage, nicht wie der Wohlstand zustande kommt und welche konkreten Auswirkungen es auf das Leben der Menschen hat. Sen hebt also Solidarität und Verhandlungsbereitschaft als essenzielle demokratische Tugenden hervor.¹¹ Aufgrund dieser Tatsachen sowie weiteren Mängeln, kann dieser Indikator nicht die vollständige

⁹ Enthalten in: Mihai, I.-M., S. 6.

¹⁰ Vgl. Wehlt, M., 2020, <https://www.deutschlandfunk.de> (Stand: 16.09.2020).

¹¹ Vgl. Hansen, S., 2020, <https://www.taz.de> (Stand: 26.08.2020).

Wohlfahrt in einem Land erfassen.¹² Neben dem BIP gibt es eine Vielzahl weiterer Indikatoren.

Die prominenteste Alternative ist der Human Development Index (HDI). Dieser betrachtet zusätzlich zum Einkommen weitere soziale Aspekte. Dieser Indikator wurde erstmals 1990 vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme, UNDP) veröffentlicht und wird seitdem in einem jährlichen Bericht regelmäßig aktualisiert.¹³ Die drei wesentlichen Dimensionen bestehen aus den Bildungsmöglichkeiten, dem Gesundheitswesen sowie dem Lebensstandard.¹⁴ Die Bildungsmöglichkeiten gelten in dieser Messung als Möglichkeit, welche die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglicht. Gemessen werden hier die durchschnittliche Schulbesuchsdauer und die voraussichtliche Schulbesuchsdauer. Das Einkommen, welches durch das Pro-Kopf-Einkommen erhoben wird, steht stellvertretend für den Lebensstandard, gemessen im BIP pro Kopf. Die dritte Dimension, das Gesundheitswesen, steht für ein langes und gesundes Leben der Menschen, was die Voraussetzung für die Entwicklung persönlicher Fähigkeiten darstellt.¹⁵ Hier wird die Lebenserwartung bei Geburt herangezogen.

Nichtsdestotrotz ist auch die Methode des HDI nicht zweifelsfrei. Einen wichtigen Kritikpunkt bildet hierbei die Tatsache, dass der HDI zwar pädagogische und medizinische Aspekte beachtet, nicht jedoch ökologische. Gleichmaßen wird die Gewichtung der einzelnen Messwerte angezweifelt.¹⁶ Beispiele für weitere Methoden zur Bemessung der Wohlfahrt sind der Nationale Wohlfahrtsindex (NWI)¹⁷, der OECD Better-Life-Index (BLI)¹⁸, oder der Genuine Progress Indicator (GPI)¹⁹. Es lässt sich sagen, dass eine Vielzahl weiterer Indikatoren existiert. Jedoch können diese an dieser Stelle nicht alle ausführlich thematisiert werden. Alle diese Methoden möchten, das kann an dieser Stelle festgehalten werden, die Vielfalt der Dimensionen der humanen Entwicklung betonen.

¹² Vgl. Kiy, M., 2018, S. 296.

¹³ Vgl. Göcke, M., 2019, S. 35.

¹⁴ Vgl. ebd.

¹⁵ Vgl. Knecht, A. 2010, S. 58 ff.

¹⁶ Vgl. Küchler, A.; Kraus, C.-I.; Bolender, K., 2019, S. 161.

¹⁷ Der NWI basiert auf dem BIP und berücksichtigt seine Kritikpunkte. Es werden also Umweltkosten etc. eingebunden.

¹⁸ Beim OECD BLI wird das Gemeinwohl der Menschen anhand von elf Themenfeldern verglichen. Auf der Homepage <http://www.oecdbetterlifeindex.org> lässt sich der BLI individuell zusammenstellen.

¹⁹ Der GPI bemisst auf Grundlage des BIP zunächst das Einkommen und versucht anschließend Verzerrungen zu bereinigen.

Wie bereits oben erwähnt, legt Sen besonderen Wert auf die Verbesserung der direkten Handlungsmöglichkeiten der Schwächsten in der Gesellschaft.

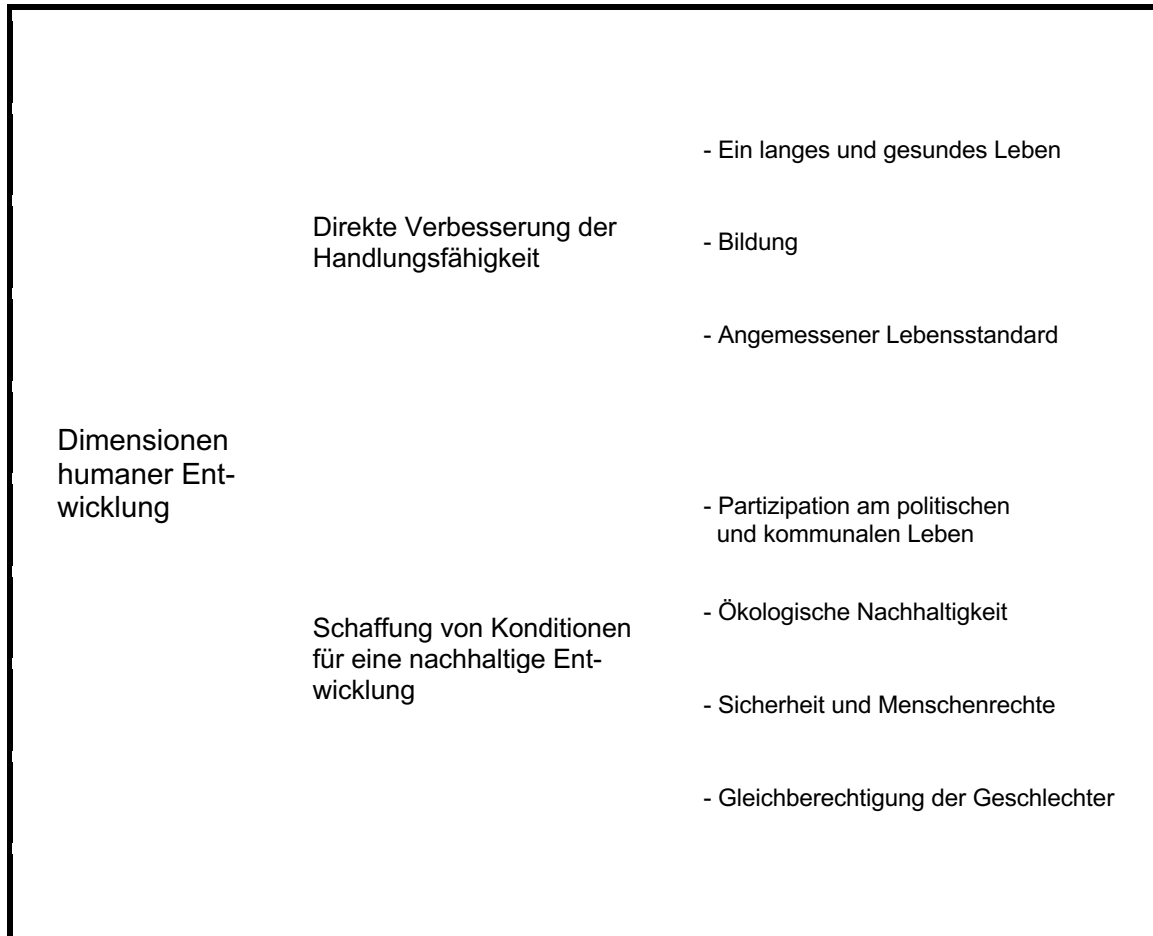


Abbildung 2: Dimensionen der humanen Entwicklung²⁰

Eine andere Sichtweise auf die Bemessung der Wohlfahrt besitzt der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty. Dieser fokussiert sich auf die Messung von Ungleichheit. Dabei beschränken sich Untersuchungen häufig auf die Einkommens- und Lohnungleichheit. Piketty argumentiert, dass es Schwierigkeiten bei der Vermögenserfassung gäbe, denn in Ländern wie Deutschland oder Frankreich sei niemand gezwungen die Höhe seines Vermögens öffentlich zu machen. Ein einfacher Indikator für die Messung der Ungleichheit ist der Gini-Koeffizient.²¹ Der Ökonom Angus Deaton hingegen entkräftet diese Ansicht. Er behauptet, dass die Gesellschaft oder eine gerechte Verteilung nicht allein an ihrem Lebensstandard zu beurteilen sei.²² Dieser Aussage

²⁰ Enthalten in: Mihai, I.-M., S. 12.

²¹ Vgl. Piketty, T., 2020, S. 18. Zur Kritik am Gini-Koeffizienten siehe den Beitrag von Sandra Tauer in diesem Buch.

²² Vgl. Deaton, A., 2017, S. 26.

schließen sich verschiedene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an. Die Erkenntnis besagt, dass die Menschen Zufriedenheit weniger mit Dingen, als mit Aktivitäten erlangen. Diese Annahme wird durch die Tatsache bekräftigt, dass in den Industrieländern zwar die Reichen im Schnitt glücklicher sind als die Armen, dieser Unterschied jedoch nur gering ausfällt. Die Lebenszufriedenheit beinhaltet viele Merkmale, welche der Staat kaum beeinflussen kann. Dazu zählt beispielsweise die Integration in einen Freundeskreis, einen Verein oder in gemeinnützige Gruppen.²³ Der Marburger Soziologe und Zufriedenheitsforscher Martin Schröder stuft beispielsweise drei Aspekte als besonders wichtig ein: gute Gesundheit, gutes Aussehen und viel Schlaf. Letzteres mache sogar glücklicher als ein Lottogewinn.²⁴

Fazit

Das Ziel dieses Beitrags war es, zu diskutieren, ob und anhand welcher Indikatoren Wohlfahrt sinnvoll gemessen werden kann. Dieser kurze Aufsatz zeigt, dass es sehr viele Ansätze dazu gibt. Verschiedene Indikatoren werden angewendet und erforscht. Jedoch zeigt diese Arbeit auch, dass es noch keinen perfekten Indikator dazu gibt. Es lässt sich feststellen, dass es Indikatoren, wie z. B. den NWI oder den OECD Better-Life-Index gibt, welche für die Wohlfahrtsmessung eher zutreffen als das BIP. Nichtsdestotrotz ist ebenso zu erkennen, dass es sehr schwierig ist, Glück und Lebenszufriedenheit der Menschen zu erfassen. Es sind nicht die typischen Kriterien, wie das Einkommen oder Vermögen, welche hierbei im Vordergrund stehen. Merkmale wie ein positives Selbstwertgefühl sowie soziale Kontakte sind für das Wohlbefinden der Menschen ausschlaggebend.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die Wohlfahrt der Gesellschaft nur bedingt sinnvoll messen lässt. Es wird mit großer Wahrscheinlichkeit auch in der Zukunft keine perfekte Formel geben, welche alle wichtigen Kriterien und die inneren Werte jedes Individuums repräsentiert. Somit ist die Wirtschaftspolitik aufgefordert, die Wohlfahrt des Staates an verschiedenen Anhaltspunkten innerhalb der Gesellschaft zu ermitteln und auch den Blickwinkel anderer Disziplinen miteinzubeziehen.

²³ Vgl. Heuser, U.-J., 2007, <https://www.zeit.de> (Stand: 27.08.2020).

²⁴ Martin Schröder bedient sich dabei den Daten des sozio-oekonomischen Panels und konnte daher eine große Datenmenge auswerten. Vgl. Eulitz-Satzger, C., 2020, <https://www.hr-inforadio.de> (Stand: 16.09.2020).

Literaturverzeichnis

- Albers, H.-J.; Albers-Wodsak, G. (2015):** Volkswirtschaftslehre, 11., überarb. Aufl., Haan-Gruiten.
- Behncke, N. (2017):** Warum gibt es Wirtschaftspolitik?, <https://thinkaboutgeny.com/warum-gibt-es-wirtschaftspolitik> (Stand: 13.06.2020).
- Deaton, A. (2017):** Der große Ausbruch. Von Armut und Wohlstand der Nationen, Stuttgart.
- Eulitz-Satzger, C. (2020):** „Genug Schlaf macht zufriedener als ein Lottogewinn“, Das Interview mit Martin Schröder, 19.03.2020, HR Info, <https://www.hr-inforadio.de/programm/das-interview/das-interview-mit-martin-schroeder-zufriedenheitsforscher,das-interview-mit-martin-schroeder-zukunftsforscher-100.htm> (Stand: 16.09.2020).
- Göcke, M. (2019):** Wirtschaftskreislauf und gesamtwirtschaftliches Rechnungswesen, in: Apolte, T.; Erlei, M.; Göcke, M.; Menges, R.; Ott, N.; Schmidt, A. (Hrsg.): Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik II, Wiesbaden, S. 1-38.
- Hansen, S. (2020):** Friedenspreis für Amartya Sen: Theoretiker der Armut, taz, <https://taz.de/Friedenspreis-fuer-Amartya-Sen/!5696120/> (Stand: 26.08.2020).
- Heuser, U.-J. (2007):** Glück: Schneller? Reicher? Glücklicher!, Zeit Online vom 05.07.2007, https://www.zeit.de/2007/28/Gl-ck_1 (Stand: 27.08.2020).
- Kiy, M. (2018):** Wie misst man Nachhaltigkeit: globaler Wohlfahrtsindex oder Indikatoren-systeme?, in: Gadatsch, A.; Ihne, H.; Monhemius, J.; Dirk, S. (Hrsg.): Nachhaltiges Wirtschaften im digitalen Zeitalter – Innovation, Steuerung, Compliance, Wiesbaden, S. 295-306.
- Knecht, A. (2010):** Lebensqualität produzieren – Ressourcentheorie und Machtanalyse des Wohlfahrtsstaats, Wiesbaden.
- Küchler, A.; Kraus, C.-I.; Bolender, K. (2019):** Von Entwicklung zur Nachhaltigkeit: Analyse eines diskursiven Wandels am Beispiel des Human Development Index und des Social Progress Index, in: Ringel, L.; Werron, T. (Hrsg.): Rankings – Soziologische Fallstudien, Wiesbaden, S. 157-180.
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.) (o. J.):** Maslowsche Bedürfnispyramide – Motivation und Bedürfnisse des Menschen,

https://www.lpb-bw.de/fileadmin/Abteilung_III/jugend/pdf/ws_beteiligung_dings/2017/ws6_17/maslowsche_beduerfnispyramide.pdf
(Stand: 15.06.2020).

Mihai, I.-M. (2020): Wie lässt sich Wohlstand messen? - Die Suche nach Alternativen zum Bruttoinlandsprodukt, unveröffentlichte Hausarbeit, DHBW Stuttgart.

O. V. (2011): Lexikon: Wohlfahrt, <https://www.vimentis.ch/d/lexikon/197/Wohlfahrt.html>
(Stand: 13.06.2020).

Piketty, T. (2020): Ökonomie der Ungleichheit: Eine Einführung, 3. Aufl., München.

Witte, C. (2010): Suche nach Alternativen zum BIP. Die Vermessung des Wohlstands, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/wohlfahrt100.html> (Stand: 03.11.2020).

Wehlte, M. (2020): „Die Idee der Gerechtigkeit“, https://www.deutschlandfunk.de/amar-tya-sen-die-idee-der-gerechtigkeit.1310.de.html?dram:article_id=411359
(Stand: 16.09.2020).

Die Einkommens- und Vermögens- ungleichheit in Deutschland und aktuelle Implikationen im Bildungssektor

von

Sandra Tauer

Einleitung

Die Schere zwischen arm und reich wird immer größer, die deutsche Gesellschaft spaltet sich zunehmend. Dieser Grundtenor bestimmt seit Jahren die politische und wissenschaftliche Debatte¹ und ist längst in der Breite der Bevölkerung angekommen: Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung macht sich große Sorgen darüber, dass die gesellschaftlichen Gruppen weiter auseinanderdriften. Literatur zum Thema „gespaltene Gesellschaft“ kommt dabei aus den unterschiedlichsten Wissensgebieten.² Diese Entwicklung ist in vielen westlichen Industrieländern zu beobachten.³ In diesem Zusammenhang wird Stuttgart exemplarisch für die gesellschaftliche Zerrissenheit, die desintegrativen Kräfte sowie die zukünftigen wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen in Deutschland genannt.⁴

Dieser Beitrag befasst sich damit, welche Problemfelder im Zusammenhang mit einer wachsenden Ungleichheit der Gesellschaft aufgrund der Corona-Krise vorrangig adressiert werden sollten. In dem Wissen, dass die Forschung über die Auswirkungen des Homeschoolings noch am Anfang steht,⁵ werden beispielhaft die derzeitigen Auswirkungen der Schließungen der Bildungseinrichtungen herangezogen.

Zunächst werden die äußeren Rahmenbedingungen erläutert, die in den letzten Jahren die Einkommensentwicklung beeinflusst haben, um sich im nächsten Schritt der Situation in Deutschland seit etwa 1980 zu widmen. Ein Blick auf den Konsum in bildungsrelevanten Bereichen soll helfen, die Bedeutung von Bildung für die künftige Entwicklung der

¹ So stand beispielsweise der Deutsche Historikertag 2018 unter dem Titel „Gespaltene Gesellschaft“ - ein Modus der Selbstbeobachtung in der Moderne. Thomas Mergel betone hierbei, dass eine Gesellschaft niemals komplett gespalten sei, sondern dass es sich dabei immer um bestimmte Kategorien handelt. Vgl. Niedermeier, L., <https://www.hsozkult.de> (Stand: 12.08.2020). Ging es in der Geschichte um Kategorien wie Konfession oder Hautfarbe, so werden die Kategorien heute oft in den Medien nicht explizit erwähnt. In der aktuellen Diskussion geht es neben der ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung um das Auseinanderfallen der politischen Mitte als auch um regionale Disparitäten, die sich in ungleichen Lebensverhältnissen niederschlagen.

² Für eine psychodynamische Betrachtung der kollektiven Orientierungslosigkeit und Selbstentfremdung, vgl. Maaz, H-J., 2020, München. Vor einer Situation, die an den Vorabend des Ersten Weltkriegs erinnert und die Zukunft spaltet, warnte bereits Philipp Blom im zweiten Teil von „Was auf dem Spiel steht.“, vgl. Blom, P., 2017.

³ So stand die Kampagne des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Joe Biden unter dem Slogan „Unite für a better future“. <https://joebiden.com> (Stand 03.09.2020).

⁴ Februar 2021 widmete sich „Aus Politik und Zeitgeschichte“ mit einer Ausgabe Stuttgart und sieht die Stadt stellvertretend für den Rest der Republik. Als Beispiele werden die Proteste gegen Stuttgart 21 und die Gründung der „Querdenken 711“-Bewegung genannt. Vgl. Kneip, 2021, S. 4.

⁵ Eine der ersten Studien für den deutschsprachigen Raum legte das ifo Institut Anfang August 2020 vor. Vgl. Wößmann, L., 2020.

Ungleichheit herauszuarbeiten, bevor im letzten Schritt Schlussfolgerungen aus den aktuellen Entwicklungen angesichts der Corona-Krise abgeleitet werden.

Das „Wettrennen“ von Bildung und technischem Fortschritt und die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensungleichheit

Unter der Annahme, dass es sich beim Arbeitsmarkt um einen ganz „normalen“ Markt handelt, wird der Preis, also der Arbeitslohn, durch Angebot und Nachfrage bestimmt.⁶ Eine Reihe von Faktoren führte zu einer Verschiebung des Marktgleichgewichts und sorgte für eine wachsende Ungleichheit seit den 1970er Jahren. Neben dem Wachstum des Finanzdienstleistungssektors, einer veränderten Lohnpolitik, dem Bedeutungsverlust der Gewerkschaften und einer Einschränkung der umverteilenden Steuer- und Transferpolitik, werden als Gründe vor allem Globalisierung und technologischer Wandel, insbesondere die Informations- und Kommunikationstechnologie genannt.⁷

Im Zuge der Globalisierung finden häufig Beschäftigungsverlagerungen statt. Vor allem die Produktion der Güter, die überwiegend durch menschliche Arbeit produziert werden, wandert in Länder mit niedrigeren Lohnniveaus ab. Technischer Fortschritt kostet im Ergebnis zwar keine Arbeitsplätze, verlagert sie aber. Für hochqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können wir erkennen, dass mehr Arbeitsplätze hinzukommen als verloren gehen.⁸ Für Geringqualifizierte aber entstehen weniger Stellen als abgebaut werden. Das bedeutet, dass die Nachfrage nach unqualifizierter Arbeit weniger stark steigt als die Nachfrage nach hochqualifizierter Arbeit. Während eines Großteils des 20. Jahrhunderts konnten zusätzliche Bildungsanstrengungen den Wegfall von Arbeitsplätzen durch technologischen Wandel und Einkommenseinbußen für Geringqualifizierte ausgleichen. Seit Beginn der 1970er-Jahre lässt sich aber beobachten, dass Löhne und

⁶ In den Wirtschaftswissenschaften ist schon lange anerkannt, dass der Produktionsfaktor Arbeit eben doch keine Ware wie jede andere ist, denn hier ist der soziale Kontext von großer Bedeutung und beide Seiten haben eine Vorstellung davon, was gerecht ist. Im gesellschaftlich vorgegebenen Rahmen ist ein Lohn in der Regel nicht frei verhandelbar. Vgl. Atkinson, A. B., 2017, S. 120.

⁷ So z. B. in Mankiw, N. G.; Taylor, M. P., 2018, Kapitel 18, Einkommensungleichheit und Armut und Diskriminierung, S. 533-564.

⁸ Landläufig wird unter „Qualifikation“ der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den angelsächsischen Lehrbüchern ein Highschool/College-Abschluss verstanden. Anthony B. Atkinson weist darauf hin, dass bei der Einstellung von Personal bei Google, die Personalabteilung Abschlussnoten als „wertlos“ ansieht. Nicht kognitive Fähigkeiten wie Motivation, Empathie und Selbstbeherrschung sind unter Umständen heutzutage genauso so wichtig. Vgl. Atkinson, A. B., 2017, S. 115.

Gehälter der gut verdienenden abhängig Beschäftigten schneller gestiegen sind als die der schlecht Verdienenden.⁹

Grafisch kann die Einkommensverteilung mit einer sogenannten Lorenzkurve dargestellt werden, aus der dann der Gini-Koeffizient abgeleitet wird.¹⁰ Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Maß, da er die aktuellen Zustände der Ungleichverteilung auf eine einzige Zahl herunterbricht. Er ist aber nicht unumstritten, da bei gleichbleibendem Gini-Wert die Verläufe der dahinterliegenden Lorenz-Kurven sehr unterschiedlich sein können. So gibt der Gini-Koeffizient keine Information darüber, ob sich das Einkommen der Mittelschicht im Vergleich zu den oberen Einkommen verringert hat oder ob der ärmste Teil der Bevölkerung weiter abgehängt wurde. Die Ungleichverteilung verlangt in diesen Fällen aber andere politische Maßnahmen.¹¹

Die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen ist in Deutschland seit etwa 2005 – dem Zeitpunkt, an dem die Hartz IV Gesetzgebung in Kraft trat – stabil. Das wird vor allem von arbeitgebernahen Forschungsinstituten wie dem ifo Institut betont. Entgegen landläufiger Vermutungen haben die Hartz IV-Regelungen nicht zu einer Vergrößerung der Einkommensungleichheit beigetragen, sondern sie eher verringert.¹² Gleichzeitig müssen parallel verlaufende Entwicklungen beachtet werden, die den Blick auf die Polarisierung verfälschen können: Seit 2005 ist der Anteil der Frauen in Vollbeschäftigung um sechs Prozentpunkte von 36 Prozent auf 42 Prozent gestiegen.¹³ Es werden also Bezieherinnen von Einkommen mit in die Statistik einbezogen, die vorher gar kein Primäreinkommen bezogen hatten.¹⁴

Wie kam es zu dieser Zuspitzung der Einkommensungleichheit in jüngster Zeit? Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) führt den Anstieg der Einkommen der obersten zehn Prozent vor allem auf gestiegene Immobilienpreise und Mieten zurück. Diese Einkommensgruppe erzielt überdurchschnittlich oft Mieteinnahmen, die von 2010

⁹ Vgl. Mankiw, G., 2017, S. 71-73.

¹⁰ Ein Wert von null entspricht der vollkommenen Gleichverteilung der Einkommen; ein Wert von eins, dass das gesamte Einkommen auf eine einzige Person konzentriert ist und die Ungleichheit somit maximal ist. Vgl. Mankiw, G.; Taylor M. P., 2018, S. 538.

¹¹ Vgl. Trapp, S., 2018, S. 45.

¹² Vgl. Gross, M., 2015, S. 9.

¹³ Vgl. Felbermayr, G. u. a., 2016, S. 33.

¹⁴ Vgl. Gross, M., 2015, S. 8.

bis 2016 um 39 Prozent gestiegen sind.¹⁵ Von Ende 2015 bis Mitte 2019 stiegen die Mietpreise von Wohnimmobilien um 22 Prozent. Ein Grund dafür liegt in dem Bevölkerungszuzug in vielen Ballungsräumen, der den Druck auf den Wohnungsmarkt verschärft.¹⁶ Umgekehrt konnte ein Teil der Bezieherinnen und Bezieher niedriger Einkommen kaum von dem in Deutschland 2015 eingeführten Mindestlohn profitieren, da viele Mindestlohn-Beschäftigte heute weniger Stunden arbeiten und den Mindestlohn gegenüber ihrem Arbeitgeber nicht durchsetzen können.¹⁷ Diese und andere – beispielsweise demographische – Gründe tragen dazu bei, dass auch unabhängig von der Einkommensungleichheit das Risiko, dauerhaft in Armut zu fallen, in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist.¹⁸

Generell ist die Einkommensungleichheit in den letzten 40 Jahren weltweit gestiegen. Der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty zeigt in seinen aktuellen Forschungsergebnissen den Prozentanteil des Gesamteinkommens der bestbezahlten zehn Prozent, der in den USA, Indien, Russland, China und Europa von 1980 bis 2018 stark gestiegen ist. In Europa fällt dieser Anstieg im Vergleich zu den anderen Weltregionen noch am geringsten aus.¹⁹

¹⁵ Vgl. Riedel, D., 2019, <https://www.handelsblatt.com> (Stand: 21.07.2020). Diese Mietsteigerungen wirken sich unmittelbar auf die Wohnungsversorgung aus. Da zugleich die Zahl der mietpreisgebundenen Wohnungen rückläufig ist, haben es Haushalte mit durchschnittlichen und unterdurchschnittlichen Einkommen immer schwerer, eine geeignete Wohnung zu finden. Vgl. Holm, A., 2019, S. 109.

¹⁶ Vgl. Spellerberg, A.; Giehl, C., 2019, S. 143.

¹⁷ Vgl. Riedel, D., 2019, <https://www.handelsblatt.com> (Stand: 21.07.2020). Die Ergebnisse einer Befragung im Jahr 2017 durch das Sozio-Oekonomische Panel ergaben, dass rund 1,3 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihrer Hauptbeschäftigung unter dem Mindestlohn vergütet wurden.

¹⁸ Denn die Haushaltsformen mit eher geringen Haushaltseinkommen, wie Rentnerhaushalte oder Alleinerziehende, nehmen laufend zu. Diese Bevölkerungsgruppen leiden unter dem Bevölkerungszuwachs in vielen Ballungsräumen besonders, da er den Druck auf den Wohnungsmarkt verschärft. Gleichzeitig spaltet sich der Wohnungsmarkt zunehmend in Luxuswohnen und Eigentum auf der einen Seite und Mietwohnen und Wohnungsnot auf der anderen Seite. Städtische Quartiere werden verstärkt sozial entmischt. Vgl. Spellerberg, A.; Giehl, C., 2019, S. 143. Ein zusätzlicher Effekt entsteht durch zunehmende Homogamie, d. h. die zunehmende Quote der Menschen, die sich einen Partner bzw. eine Partnerin wählen, die über einen ähnlichen Beruf oder Bildungsgrad verfügt. Dazu bspw. Hagelücken, A., 2017, S. 94-101.

¹⁹ Vgl. Piketty, T., 2020, S. 41 oder technischer Anhang: <http://piketty.pse.ens.fr/files/ideology/pdf/F0.3.pdf>. Generell ist hier zu sagen, dass Piketty (Professor an der École des hautes études en sciences sociales) sich insgesamt stärker der Ungleichheit der Vermögen widmet. In seinem Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ weist er nach, dass die Kapitalvermögen schneller wachsen als Volkseinkommen und Löhne. Das heißt, dass die Rendite von Kapital, also die Gewinne aus Fabriken, Immobilien, Aktien oder Wertpapieren höher sind als die Zunahme des jährlichen Wohlstands der Gesellschaft. Anders ausgedrückt: Eigentümer von Fabriken oder Immobilien werden schneller reich als jene, die nur von Löhnen und Gehältern leben. Denn diese steigen auch nur in konjunkturell guten Phasen.

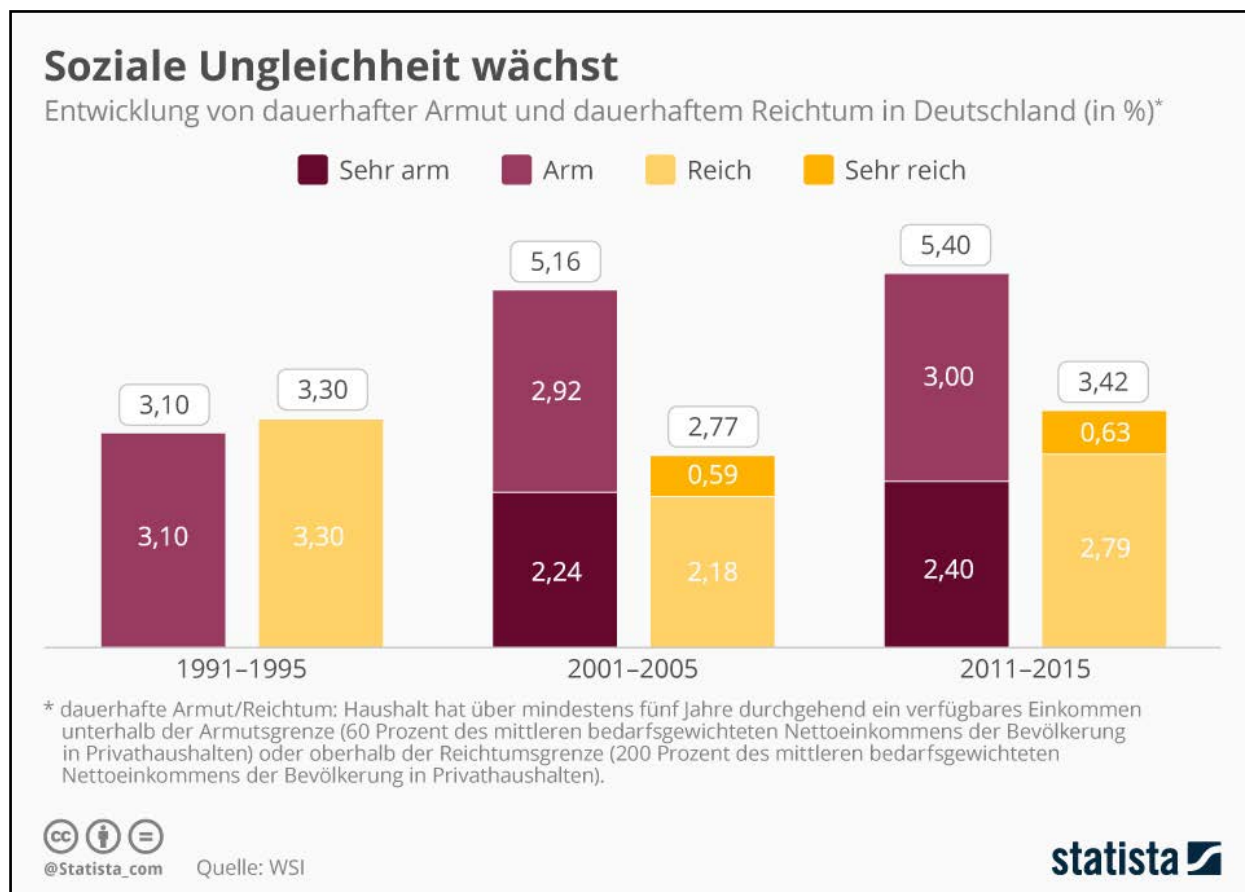


Abbildung 1: Entwicklung von dauerhafter Armut und dauerhaftem Reichtum nach Angaben des Verteilungsmonitors der Hans-Böckler-Stiftung.²⁰

Deutschland galt lange Zeit als Hort der Stabilität hinsichtlich einer relativen Gleichverteilung der Einkommen, und noch immer zählt Deutschland zu den Ländern mit unterdurchschnittlicher Ungleichheit der Nettoeinkommen nach Steuern und Transfers. Im Jahr 2015 lag der Gini-Koeffizient der Nettoeinkommen in Deutschland bei 0,29.²¹

Bei der Verteilung der Vermögen allerdings liegt Deutschland innerhalb Europas in der Gruppe mit überdurchschnittlicher Ungleichheit. Lange Zeit nahm man einen Gini-Koeffizienten der Nettovermögen von 0,79 an. Die Datenlage solcher Berechnungen war allerdings in hohem Maße unzuverlässig.²² Auf diese Datenlücke wies Philip Vermeulen von der EZB bereits 2014 hin. Er zeigte, dass die Ergebnisse des Household Finance

²⁰ Vgl. Nier, H., 2018, <https://de.statista.com> (Stand: 24.08.2020).

²¹ Vgl. Niehues, J., 2018, S. 1.

²² Das IW stützte sich bei seiner Publikation 2018 auf Vermögensdaten der Credit Suisse und Werte aus der Forbes-Reichenliste. Vgl. ebd., S. 3.

and Consumption Survey (HFCS), die auf freiwilliger Basis von den Haushalten beantwortet und bei der Berechnung der Vermögen oft herangezogen werden und die Forbes-Liste der Milliardäre zu deutlich unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Laut HFCS-Umfrage gab es 2010 in Deutschland nur 85 Haushalte mit einem verfügbaren Nettovermögen von über zwei Millionen Euro,²³ während die Forbes Reichenliste aber bereits 52 Milliardäre auflistete.²⁴ Diese Datenlücke wurde erst kürzlich geschlossen. Das DIW legte Anfang Juli 2020 einen Bericht vor, in dem der Gini-Koeffizient der Vermögensverteilung in Deutschland deutlich nach oben korrigiert wurde. Dies betraf vor allem das vermögendste Prozent der Bevölkerung: sein Anteil beträgt rund 35 Prozent des Vermögens, zuvor war man von knapp 22 Prozent ausgegangen. Um diese Datenlücke zu schließen, überrepräsentierte das DIW die äußerst Vermögenden in ihrer Befragung.²⁵ Damit korrigierte das DIW den Gini-Koeffizienten von 0,79 auf 0,81; unter Einbeziehung der Reichenliste beträgt er jetzt sogar 0,83.²⁶

Einkommensunterschiede, Bildung und volkswirtschaftliche Auswirkungen

Seit der industriellen Revolution waren Investitionen in Humankapital entscheidend für das Wirtschaftswachstum der Volkswirtschaften. Für die USA werden der Beginn der Finanzierung öffentlicher Schulen und die flächendeckende Hebung der Bildung der Bevölkerung als entscheidende Komponenten auf dem Weg zu stärkerer Gleichverteilung gesehen.²⁷

Ging es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vor allem darum, Alphabetisierungsraten und grundlegende mathematische Fähigkeiten zu verbessern, stehen heute kreatives Denken und komplexe Problemlösungskompetenz im Vordergrund, um Situationen zu verstehen und Lösungen zu erarbeiten, in denen die Methode nicht unmittelbar auf der Hand liegt.²⁸ Denn der schon angesprochene technische Fortschritt bedroht insbesondere Berufe aus den Kategorien Büro und Verwaltung, Verkauf und traditionelle

²³ Vgl. Vermeulen, P., 2014, Table 2, Summary statistics, Number of wealthy households in the survey samples, S. 11.

²⁴ Vgl., ebd., Table 4, The Forbes billionaires list, Number of people and Wealth, S. 13.

²⁵ Vgl. Schröder, C. u. a., 2020, zur Methode vgl. a.a.O., S. 514.

²⁶ Vgl. Dinklage, F. u. a., 2020, www.zeit.de (Stand: 16.09.2020).

²⁷ Vgl. Goldin, C.; Katz, L., 2008, S. 139-149.

²⁸ Daher werden inzwischen neben der allgemeinen Lesekompetenz, der mathematischen und naturwissenschaftlichen Kompetenz, auch kreatives Denken und komplexe und kollaborative Problemlösungskompetenz im OECD Programme for International Student Assessment (PISA) untersucht.

Dienstleistungen. Weniger gefährdet sind beispielsweise Berufe im Gesundheits- und Bildungswesen, in den Künsten und den Medien. Dies sind die Bereiche, in denen genuin menschliche Fähigkeiten wie soziales Wahrnehmungsvermögen, Kreativität und Originalität gefragt sind.²⁹ Die Korrelation zwischen Ungleichheit und Bildungsniveau ist in der Wissenschaft unstrittig. Zum einen zeigen Kinder bessere Leistungen, je höher Einkommen und Bildungsniveau der Eltern sind, zum anderen fallen bei den 15-Jährigen in Ländern mit größerer Ungleichheit die Ergebnisse in den Bereichen Mathematik und Leseschreib-Kompetenz schlechter aus.³⁰ Ebenso unstrittig ist es, dass in Deutschland die soziale Herkunft noch immer zu den wichtigsten Faktoren gehört, die die Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler beeinflusst.³¹

Außerdem kann für Deutschland festgehalten werden, dass die Teilhabe an kulturellen oder sportlichen Aktivitäten stärker als in anderen Ländern vom Bildungsstand und vom Einkommen abhängt. Gerade die Kulturausgaben der privaten Haushalte, die im Zusammenhang mit der Herausbildung solcher Fähigkeiten stehen und bei denen ein Zusammenhang zu Berufen im Bildungswesen oder kulturellen Bereich besteht, hängen stark vom verfügbaren Einkommen ab.

Im Durchschnitt nahmen laut einer Befragung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) rund 90 Prozent derjenigen mit einem Abschluss im Tertiärbereich³² an mindestens einer sportlichen oder kulturellen Aktivität in den vorangegangenen zwölf Monaten teil. Dies gilt auch für Deutschland, allerdings liegt die Teilnahmequote bei Menschen, deren Bildungsabschluss unterhalb Sekundarbereich II liegt, bei nur knapp über 50 Prozent. Deutschland weist damit eine Teilnahmequote auf, die überdurchschnittlich vom Bildungsstand abhängt.³³

Vgl. Zentrum für internationale Vergleichsstudien e. V., TUM School of Education (Hrsg.), <https://www.pisa.tum.de> (Stand: 22.08.2020).

²⁹ Vgl. Atkinson, A. B., 2017, S. 120.

³⁰ Vgl. Wilkinson, R.; Pickett, K., 2009, S. 126 f.

³¹ Siehe dazu z. B. Blossfeld, H.-P. u. a., 2019. Blossfeld u. a. beschreiben wie die Herkunftsfamilie die Bildungskarriere kumulativ beeinflusst, das bedeutet, wer in einem bestimmten Lebensalter bereits ein höheres Bildungs- und Kompetenzniveau erreicht hat, der hat auch im nächsten Schritt die jeweils bessere Chance, diese Vorteile noch weiter auszubauen. Vgl. a.a.O., S. 18.

³² Zum tertiären Bildungsbereich zählen bspw. die Universitäten, Dualen Hochschulen und alle Arten von Fachhochschulen. Die Sekundarstufe II umfasst die Jahrgangsstufen der weiterführenden Bildung, in Deutschland entspricht dies der gymnasialen Oberstufe.

³³ Während der Durchschnitt bei 36 Prozent liegt, weist Island den geringsten Unterschied der Teilnahmequote auf. Dort beträgt er in der Teilnahme zwischen denjenigen mit einer Ausbildung unterhalb Sekundarbereich II und denjenigen mit einem Abschluss im Tertiärbereich nur neun Prozent. Vgl. OECD (Hrsg.), 2019, S. 136 f.

Wie stark die Kulturausgaben der privaten Haushalte vom jeweiligen Einkommen abhängen, kann am Beispiel der Schweiz verdeutlicht werden. Bei Familien mit Kindern sind die Kulturausgaben in der obersten Einkommensgruppe mit mehr als 500 CHF pro Monat zweieinhalb Mal so hoch wie die Ausgaben in der untersten Gruppe. Das bedeutet im Ergebnis, dass sich die bestehende Einkommensungleichheit durch die unterschiedlichen privaten Ausgaben für Bildung nur noch weiter perpetuiert.

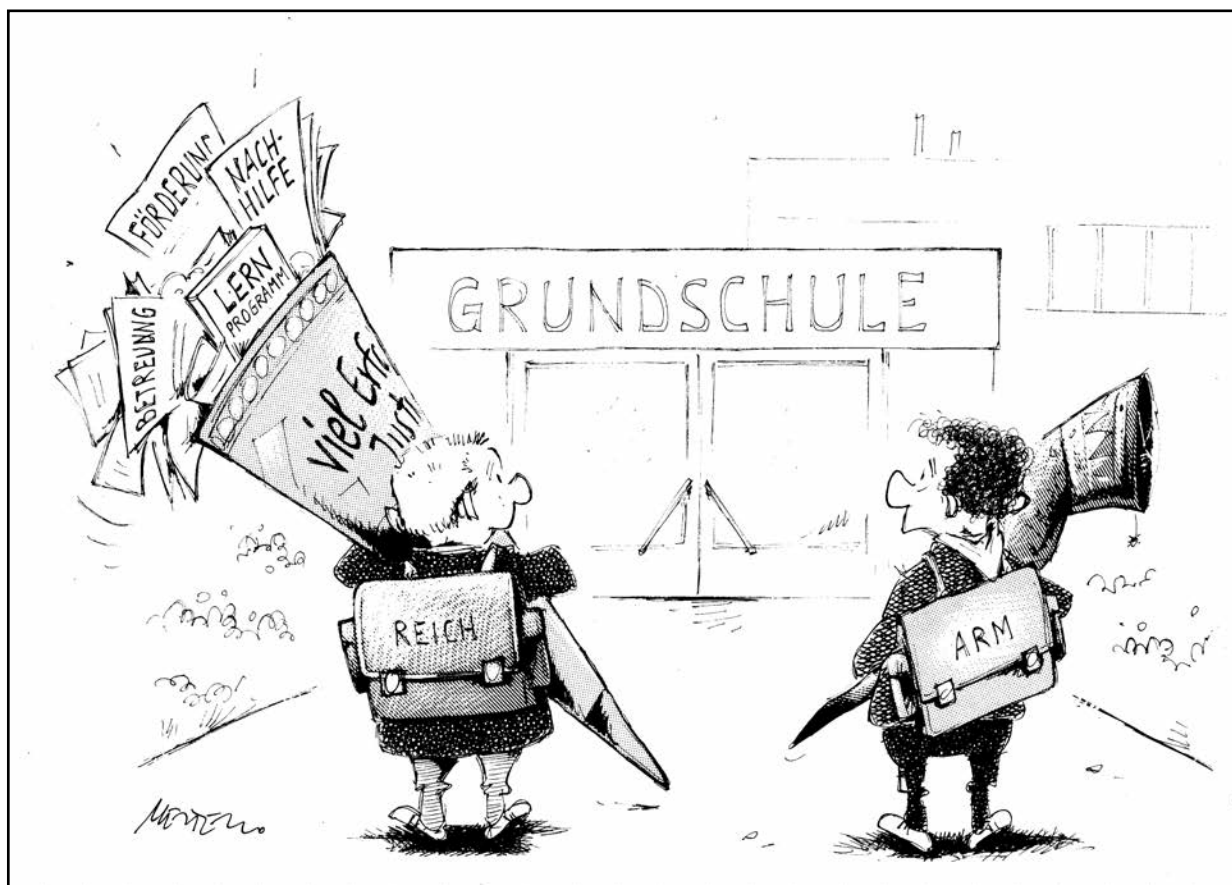


Abbildung 2: Karikatur von Gerhard Mester aus dem Jahr 2007³⁴

Einen noch stärkeren Effekt als die privaten Ausgaben für Bildung haben die staatlichen Anstrengungen im Bildungssektor. Starke Ungleichheit in der Einkommensverteilung ist eine Wachstumsbremse.³⁵ Der Grund liegt laut OECD in den zu geringen Bildungsaus-

³⁴ Gerhard Mester zeichnet politische Karikaturen für verschiedene Tageszeitungen, Zeitschriften und für Medien der politischen Bildung. Er wurde mehrfach u. a. vom Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger ausgezeichnet.

³⁵ Auch die Rating-Agentur Standard & Poor's verwies 2014 in einem Report darauf, dass sich neben offenem und freiem Handel die Einkommensverteilung am stärksten positiv auf das Langzeitwachstum auswirke. Andere Faktoren, wie der Wechselkurs oder ausländische Direktinvestitionen haben laut Standard & Poor's deutlich geringere Auswirkungen auf die Dauer des Wachstums. Vgl. Grieb, A., 2014, <https://de.statista.com> (Stand: 21.07.2020).

gaben durch den ärmeren Teil der Bevölkerung, die sich bereits im Grundschulalter zeigen (Abbildung 2). Wenn die Einkommensungleichheit zu stark wird, unterbleiben Investitionen in die Erziehung der Kinder, die soziale Mobilität lässt nach und schließlich leidet die gesamte Volkswirtschaft unter dem allgemeinen Rückgang der Kompetenzen.³⁶

Höhere Ungleichheit dämpft die Produktivität. Die OECD betonte, dass die reine Bekämpfung der Armut seitens der Regierungen dabei nicht genug sei. Ebenso seien reine Transferzahlungen nicht ausreichend. Neben einem Zugang zu öffentlichen Gütern und adäquater medizinischer Versorgung müsse der Staat vor allem Zugang zu hochwertigen Bildungsangeboten schaffen.³⁷ Dieser negative Effekt, der sich durch zu geringe Bildungsausgaben ergibt, betrifft dabei nicht nur die Ärmsten: fast die gesamte untere Hälfte der Einkommensbezieherinnen und -bezieher ist von diesem negativen Effekt betroffen, da sie zu wenig in ihre eigene Bildung investieren oder investieren können.³⁸

Den Jugendlichen in Deutschland sind die gestiegenen formalen Anforderungen an Berufstätige und der Druck, einen möglichst hohen Schulabschluss zu erreichen, bewusst. Die Bildungsambitionen der Schülerinnen und Schüler zwischen 12 und 21 Jahren stiegen in den letzten Jahren stetig an.³⁹ Die Jugendlichen erkennen, dass ein möglichst hoher Schulabschluss vielfach erst die Grundlage bietet, sich im weiteren Leben selbst zu verwirklichen und einen individuellen Lebensstil entfalten zu können. Doch Bildung umfasst nicht nur die Zeit, die junge Leute in der Schule, Ausbildungsinstituten und der Hochschule verbringen. Es beginnt bei Sprachförderung in der Kita und geht bis zur beruflichen Weiterbildung für Erwachsene.

Im Zuge der Corona-Krise wurden in Deutschland zu Beginn der Pandemie und nochmals im Dezember 2020 alle Bildungseinrichtungen wegen der dort unvermeidbar hohen Kontaktdichte und der damit verbundenen Ansteckungsgefahr geschlossen. Lernprozesse wurden verstärkt den Familien und Haushalten übertragen. Das Lernen zu Hause

³⁶ Vgl. Schubert, C., 2014, <https://www.faz.net> (Stand 20.07.2020).

³⁷ Vgl. OECD (Hrsg.), 2014, S. 3, <https://www.oecd.org> (Stand: 20.07.2020). Das Angebot bestimmter öffentlicher Güter, die als Teil der sogenannten Daseinsvorsorge angesehen werden, hat Verteilungswirkungen. Staatlich bereitgestellte Güter, die ohne Gegenleistung oder zu nicht kostendeckenden Preisen abgegeben werden, wirken wie reale Einkommenserhöhungen für einkommensschwache Haushalte. Methodisch bleibt aber das Problem, dass diese Verteilungswirkungen bestenfalls geschätzt werden können, da kaum nachvollziehbar ist, wer diese Leistungen erhält und mit welchen Preisen sie zu bewerten wären. Vgl. Kampmann, R.; Walter, J., 2019, S. 135.

³⁸ Vgl. OECD (Hrsg.), 2014, S. 4.

³⁹ Siehe ausführlich dazu, Leven, I. u. a., 2020, S. 163-185.

ist für viele Schülerinnen und Schüler jedoch viel weniger effektiv als das Lernen in Schulen.⁴⁰ Es fehlt den Kindern und Jugendlichen nicht nur die Strukturierung des Alltags, sondern auch der soziale Austausch mit Gleichaltrigen und Lehrkräften und die professionelle Rückmeldung auf Lernfortschritte.⁴¹ In Befragungen des SINUS Markt- und Sozialforschungsinstituts erklärten vor allem expeditiv und postmaterielle Jugendliche, dass sie sich von der Begeisterung anderer in der Schule anstecken lassen.⁴² Bildungseinrichtungen sind in allen Altersstufen Orte des sozialen Miteinanders und Lernens und für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen von zentraler Bedeutung. Digitale Angebote erfüllen diese Aufgaben in nur sehr eingeschränktem Maße.⁴³ Der Erfolg des Homeschoolings ist zudem in hohem Maße abhängig von Digitalkompetenzen der Lehrkräfte. Die meisten befragten Eltern erlebten erhebliche Probleme beim digitalen Unterricht, wie z. B. die fehlende Unterstützung durch die Schulen.⁴⁴ Bei einkommensschwachen Haushalten fehlt es an Möglichkeiten, an digitalen Angeboten teilzuhaben, weil bspw. nur ein Computer für die ganze Familie zur Verfügung steht. Dieses Problem wurde auch während des Sommers weitgehend nicht gelöst und bestand im zweiten Lockdown nach wie vor.

Bei der Mehrheit der Jugendlichen erhöhte sich der Medienkonsum nach eigenen Angaben während der Schulschließungen deutlich. Aus Langeweile und Mangel an alternativen Freizeitaktivitäten beschäftigten sich die Jugendlichen mit ihrem Smartphone oder schauten Filme und Serien. Besonders Jungen und bildungsferne Jugendliche spielten erheblich mehr an einer Spielekonsole.⁴⁵

Nach Ansicht der Eltern ist die Zeit, die Schulkinder täglich mit Lernen verbracht haben, während der Lockdown-Zeit dramatisch gesunken. Die Zeit, die Kinder und Jugendliche täglich mit Fernsehen, Computerspielen und dem Smartphone verbrachten sei hingegen stark gestiegen. Sie lag während der ersten Lockdown-Zeit bei 5,2 Stunden täglich und habe damit mehr als eine Stunde zugenommen.⁴⁶

⁴⁰ Vgl. Leopoldina (Hrsg.), 2020, S. 13.

⁴¹ Vgl. ebd.

⁴² Vgl. Calmbach, M. u. a., 2020, S. 267.

⁴³ Vgl. Leopoldina (Hrsg.), 2020, S. 6.

⁴⁴ Vgl. Kantar (Hrsg.), 2020, <https://www.kantardeutschland.de> (Stand 24.08.2020).

⁴⁵ So erklärte ein 14-Jähriger gegenüber dem SINUS-Institut: „Ich spiele viel an der Konsole (...). Könnte schon sein, dass das auch wegen Corona noch mal verstärkt wurde, weil man ja eh zu Hause sein soll. Und ich finde irgendwie eh keine bessere Beschäftigung, deswegen ja.“ Calmbach, M. u. a., 2020, S. 596.

⁴⁶ Vgl. Suhr, F., 2020, <https://de.statista.com> (Stand: 24.08.2020).

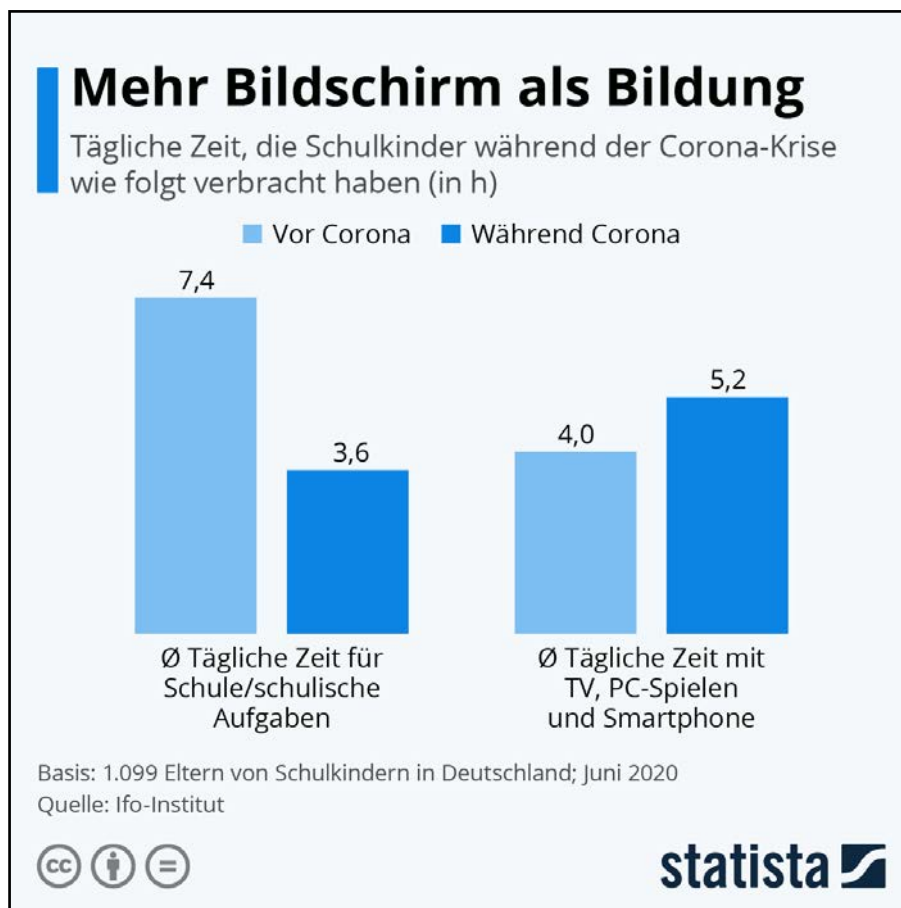


Abbildung 3: Halbierung der schulischen Aktivitäten der Schülerinnen und Schüler während der Schulschließzeit.⁴⁷

Laut ifo-Institut sind sich die Eltern der Spaltung der Gesellschaft in diejenigen, die in der Lage sind ihren Kindern beim Homeschooling zu unterstützen und diejenigen die das nicht können, bewusst. Die meisten Befragten sprachen sich für eine intensivere Betreuung von benachteiligten Schülerinnen und Schülern aus.⁴⁸ Darüber hinaus unterstützen 81 Prozent der Befragten den Vorschlag der staatlichen Bereitstellung von Laptops für diejenigen, deren Familien sich keine technische Ausstattung leisten können.⁴⁹ Während der Schulschließungen wussten die meisten Lehrkräfte oft nicht, welche Arbeitsvoraussetzungen die Kinder und Jugendlichen zu Hause haben.⁵⁰

⁴⁷ Vgl. Suhr, F., 2020, <https://de.statista.com> (Stand: 24.08.2020). Die Elternstichprobe umfasste mehr als 1.000 repräsentativ ausgewählte Eltern von Schülerinnen und Schülern an allen allgemeinbildenden Schulen – Grundschulen, Haupt-, Real- und Gesamtschulen, Gymnasien und sonstigen weiterführenden Schularten. Vgl. Wößmann, L. u. a., 2020, S. 5.

⁴⁸ Vgl. Wößmann, L. u. a., 2020, S. 14.

⁴⁹ Vgl. ebd., S. 13.

⁵⁰ Vgl. El-Mafaalani (Interview) 2020, S. 29.

Fazit und Ausblick

Trotz des im internationalen Vergleich niedrigen Gini-Koeffizienten in der Einkommensverteilung müssen wir erkennen, dass die Ungleichheit in Deutschland seit 1980 stark zugenommen hat. Ging es in dem Beitrag zwar nur um Deutschland, so sind diese Entwicklungen auch in anderen Volkswirtschaften zu beobachten.⁵¹ Ein hohes Einkommen ermöglicht hohe Ausgaben in Kultur und Bildung. Diese Ausgaben sind relevant für den Humankapitalstock und damit auch direkt für die Produktivität der Volkswirtschaft. Ein stärker umverteilendes Steuersystem könnte zwar die Symptome, nicht aber die Ursachen beheben.⁵² Es ist unstrittig, dass eine erfolgreiche Bildungsreform tiefgreifende Wirkung auf die Wirtschaft und die Verteilung des Einkommens haben würde.⁵³

Die ersten Studien zu den Folgen steigender Bildungsungleichheit durch die Corona-Krise zeigen alarmierende Ergebnisse. Gerade wenn leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler weniger Zeit zum Lernen aufbringen und diese Zeit mit Fernsehen, Computerspielen und Smartphone ersetzen, liegt es nahe, dass diese Defizite nur sehr schwer in den kommenden Schuljahren aufgeholt werden können. So haben die britischen Ökonomen Lee Elliot Major und Stephen Machin ernsthafte Bedenken, dass durch Pandemie die soziale Mobilität der jungen Menschen unter 25 Jahren in Großbritannien aufgrund zunehmender wirtschaftlicher und pädagogischer Ungleichheiten stark sinken wird.⁵⁴

Die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina forderte zeitnah Maßnahmen, um die entstandenen Defizite auszugleichen, damit es später bei den betroffenen Kindern und Jugendlichen nicht zu erheblichen Nachteilen in ihrer zukünftigen Erwerbsbiografie führt und für die Gesellschaft insgesamt nicht zu einer Verminderung des Leistungspotentials kommt.⁵⁵ Bei den bisher diskutierten Folgen wurden von wissenschaftlicher Seite vor allem Schülerinnen und Schüler untersucht. Ebenso sind Hochschulen Orte des sozialen Austausches und des Lernens: Gerade für Studierende in den ersten Semestern, die sich noch im System „Universität“ oder „Hochschule“ orientieren müssen, ist digitaler Unterricht kein adäquater Ersatz. Gerade die Lebensjahre von 18

⁵¹ In den USA beispielsweise sank der Gini-Koeffizient von 0,38 im Jahr 1950 auf 0,35 im Jahr 1968. In den 1970er Jahren begann die zunehmende Ungleichheit, die zu einem Gini-Koeffizient von 0,45 im Jahr 2015 führte. Vgl. Mankiw, G., 2017, S. 71 f.

⁵² Eine stärker progressive Einkommenssteuer wird bspw. von Atkinson gefordert. Vgl. Atkinson, A. B., 2017, S. 231-263.

⁵³ Vgl. Mankiw, G., 2017, S. 73.

⁵⁴ Vgl. Major, L. E.; Machin, S., 2020.

⁵⁵ Vgl. Leopoldina (Hrsg.), 2020, S. 3.

bis 25 sind für die jungen Leute prägende Jahre. Wer in dieser Lebensphase eine tiefe Rezession erlebt, scheint später Umverteilung stärker zu befürworten als Menschen, die diese frühe Krisenerfahrung nicht machen.⁵⁶

Ein weiteres Auseinanderdriften der Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler und der Absolventinnen und Absolventen in zentralen Kompetenzen wird im besten Fall wenig Auswirkungen auf die Einkommensungleichheit haben. Es ist aber davon auszugehen, dass sie die Einkommensungleichheit mittelfristig verschärfen und die Spaltung der Gesellschaft verstärken.⁵⁷ Die Bildungsschere wird weiter auseinandergehen bei einem gleichzeitigen Absinken des Gesamtniveaus.⁵⁸ Die Politik sollte angesichts umfangreicher konjunktureller Hilfspakete die dringliche Förderung der Schülerinnen und Schüler stärker in Angriff nehmen.

Für die Entwicklungschancen benachteiligter Kinder und Jugendlichen ist es von großer Bedeutung, Bildungseinrichtungen so lange wie möglich geöffnet zu halten, wenn nötig in Form von kleinen festen Kontaktgruppen.⁵⁹ Bei unvermeidlichen Schließungen muss das Augenmerk der Bildungspolitik auf den sozial Schwachen liegen, so dass der Bildungserfolg während der Homeschooling-Zeit nicht vor allem von der technischen Ausstattung, den Wohnverhältnissen und dem Bildungshintergrund der Eltern abhängt. Ähnliches gilt auch im Hinblick auf Studierende aus Nicht-Akademiker-Haushalten für die Hochschulen. Der Aufrechterhaltung des Präsenzunterrichts auf allen Bildungsstufen sollte eine hohe gesamtgesellschaftliche Priorität beigemessen werden und von Hilfsmaßnahmen für junge Menschen aus bildungsfernen Milieus begleitet sein. Ein Fokus auf unterrichtsbegleitende Fördermaßnahmen für Schülerinnen und Schüler in den Kernfächern ist unzureichend.⁶⁰

⁵⁶ Vgl. Giuliano, P.; Spilimbergo, 2014. Paola Giuliano und Antonio Spilimbergo zeigten darüberhinaus, dass diese Neigung zur Umverteilung sich später auch in den Wahlentscheidungen niederschlägt. Diese jungen Leute wählten mit einer signifikant größeren Wahrscheinlichkeit in einigen US Bundesstaaten den demokratischen Präsidentschaftskandidaten. Ebd., S. 803. Zudem waren diese „Krisenkinder“ eher davon überzeugt, dass nicht harte Arbeit, sondern Zufall und Glück über den beruflichen Erfolg bestimmen. Maja Brankovic wies in einem Artikel in der FAS im Februar 2021 darauf hin, dass zwar noch keine belastbaren Zahlen vorlägen, aber auch in Deutschland davon auszugehen sei, dass die ökonomische Lage und die sozialen Einschränkungen dazu führten, dass weniger junge Leute von zu Hause auszögen oder gar wieder bei ihren Eltern lebten. Vgl. Brankovic, M., 2021, S. 17.

⁵⁷ Im Zuge der Proteste gegen die staatlichen Maßnahmen zur Pandemieeindämmung ist aber auch ein gleichzeitiger Rechtsruck auf der anderen Seite zu beobachten. Vgl. Stern, V., 2020, www.bpb.de (Stand 08.04.2021).

⁵⁸ Diese Befürchtung teilt El-Mafaalani, vgl. El-Mafaalani (Interview) 2020, S. 29.

⁵⁹ Vgl. Leopoldina (Hrsg.), 2020, S. 7.

⁶⁰ Die Hälfte des zwei Milliarden Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ geht in den Abbau von Lernrückständen, die u. a. an kommerzielle Nachhilfeanbieter fließen sollen.

Literaturverzeichnis

Blom, P. (2017): Was auf dem Spiel steht, München.

Blossfeld, H.-P.; Blossfeld, G. J; Blossfeld, P. N. (2019): Soziale Ungleichheiten und Bildungsentscheidungen im Lebensverlauf: Die Perspektive der Bildungssoziologie, in: Journal für Bildungsforschung Online, Jg. 11, Nr. 1, S. 16-30.

Brankovic, M. (2021): Wie uns Corona fürs Leben prägt, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 07.02.2021, S. 17.

Bundesamt für Kultur (BAK) (Hrsg.) (2019): Taschenstatistik Kultur in der Schweiz 2019, Bern.

Bundesamt für Statistik (Hrsg.) (2013): Kulturausgaben der privaten Haushalte in der Schweiz 2006-2011, Neuchâtel.

Calmbach, M. u. a. (2020): Wie ticken Jugendliche? 2020. Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland, Bonn.

Goldin, C.; Katz, L. (2008): The Race between education and technology, Cambridge, Mass. u. a.

El-Mafaalani, A. (2020): Interview: „Lasst die Lehrkräfte in Ruhe, aber nicht die Schulen.“, in: AuPZ, 70. Jahrgang, 35–37/2020, Corona-Krise, S. 29-33.

Grieß, A. (2014): Einkommensverteilung beeinflusst Wachstumsdauer am stärksten. Statista, <https://de.statista.com/infografik/2581/prozentuale-veraenderung-der-erwarteten-wachstumsdauer/> (Stand 24.08.2020).

Groß, M. (2015): Der Wandel sozialer Gleichheit in Deutschland und den OECD-Staaten, in: Deutschland & Europa (hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg), Heft 69, S. 8-18.

Giuliano, P.; Spilimbergo, A. (2014): Growing up in a Recession, in: The Review of Economic Studies, April 2014, Jg. 81, Nr. 2 (287), S. 787-817.

Hagelücken, A. (2017): Das gespaltene Land. Wie Ungleichheit unsere Gesellschaft zerstört - und was die Politik ändern muss, München.

Holm, A. (2019): Die Rückkehr der Wohnungsfrage, in: Bürger & Staat (hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg), Heft 2/3-2019, 69. Jg., S. 108-114.

- Kantar (Hrsg.) (2020):** Presseinformation. Erfolgreiches Homeschooling abhängig von Digitalkompetenzen der Lehrkräfte. 75 Prozent der Eltern erleben Hürden. Studie zu Homeschooling während Corona, <https://www.kantardeutschland.de/uploads/20200812-studie-zu-homeschooling-waehrend-corona.pdf> (Stand: 03.09.2020).
- Kampmann, R.; Walter, J. (2019):** Angewandte Wirtschaftspolitik: ausgewählte Handlungsfelder, Berlin.
- Kneip, S. (2021):** Editorial, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Stuttgart, Jg. 71, Nr. 5-6/2021, 01.02.2021.
- Leopoldina Nationale Akademie der Wissenschaften (Hrsg.) (2020):** 5. Ad-hoc-Stellungnahme: Coronavirus-Pandemie: Für ein krisenresistentes Bildungssystem.
- Leven, I. u. a. (2020):** Bildung: Immer noch entscheidet die soziale Herkunft, in: Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort, Bonn, S. 163-185.
- Maaz, H-J. (2020):** Das gespaltene Land. Ein Psychogramm, München.
- Major, L. E.; Machin, S. (2020):** Covid-19 and social mobility, <https://cep.lse.ac.uk/pubs/download/cepcovid-19-004.pdf> (Stand 08.05.2021).
- Mankiw, N. G. (2017):** Makroökonomik, 7., überarb. Aufl., Stuttgart.
- Mankiw, N. G.; Taylor, M. P. (2018):** Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 7., überarb. Aufl., Stuttgart.
- Niedermeier, L. (2018):** Tagungsbericht: HT 2018: „Gespaltene Gesellschaft“ – ein Modus der Selbstbeobachtung in der Moderne, 25.09.2018 – 28.09.2018 Münster, 07.12.2018, <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8007> (Stand 24.08.2020).
- Niehues, J. (2018):** Die Einkommens- und Vermögensungleichheit Deutschlands im internationalen Vergleich, IW-Kurzbericht 29/2018.
- Nier, H. (2018):** Soziale Ungleichheit wächst. Statista, <https://de.statista.com/infografik/15991/soziale-ungleichheit-in-deutschland> (Stand 24.08.2020).
- Piketty, T. (2020):** Kapitel und Ideologie, München.

- OECD (Hrsg.) (2019):** Bildung auf einen Blick 2019, OECD-Indikatoren, Paris.
- OECD (Hrsg.) (2014):** Focus on Inequality and Growth. Does income inequality hurt economic growth?, <https://www.oecd.org/social/Focus-Inequality-and-Growth-2014.pdf> (Stand 24.08.2020).
- Riedel, D. (2019):** Steigende Immobilienpreise und Mieten verstärken Ungleichheit in Deutschland, in: Handelsblatt, 07.05.2019: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/einkommen-steigende-immobilienpreise-und-mieten-verstaerken-ungleichheit-in-deutschland/24312352.html?ticket=ST-10362569-CPLWfOzzXVupiBESshlc-ap2> (Stand: 21.07.2020.)
- Schröder, C. u. a. (2020):** MillionärInnen unter dem Mikroskop: Datenlücke bei sehr hohem Vermögen geschlossen – Konzentration höher als bisher ausgewiesen, DIW Wochenbericht 29/2020.
- Schubert, C. (2014):** OECD-Studie: Wachsende Ungleichheit bremst deutsches Wachstum, in FAZ 09.12.2014, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/armut-und-reichtum/oecd-studie-ungleichheit-bremst-deutschlands-wachstum-13309843.html> (Stand 24.08.2020).
- Spellerberg, A.; Giehl, C. (2019):** Armut und Ausgrenzung vom Wohnungsmarkt, Wohnen und Armut, in: Bürger & Staat (hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg), Heft 2/3-2019, 69. Jg., S. 143–149.
- Stern, V. (2020):** Corona-Krise: Was bedeuten die Proteste gegen staatliche Maßnahmen zur Pandemieeindämmung?, <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/coronavirus/311575/protest> (Stand 08.04.2021).
- Suhr, F. (2020):** Mehr Bildschirm als Bildung. Statista, <https://de.statista.com/infografik/22476/zeit-fuer-schule-und-medien-waehrend-corona/> (Stand 24.08.2020).
- Trappl, S. (2018):** Einkommensverteilung, Wachstum und Krisenentstehung. Geschichte, Theorien und empirische Evidenz, Wiesbaden.
- Vermeulen, P. (2014):** How fat is the top tail of wealth distribution? Working Paper Series European Central Bank, No. 1692, July 2014.

Wilkinson, R.; Pickett, K. (2009): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin.

Wößmann, L. u. a. (2020): Bildung in der Coronakrise: Wie haben die Schulkinder die Zeit der Schulschließungen verbracht, und welche Bildungsmaßnahmen befürworten die Deutschen? Ifo Schnelldienst Vorabdruck August 2020.

Zentrum für internationale Vergleichsstudien e. V., TUM School of Education (Hrsg.): Kompetenzbereiche, <https://www.pisa.tum.de/kompetenzbereiche> (Stand 24.08.2020).

Die Rolle der Europäischen Zentralbank seit der Finanzkrise: Wie unabhängig ist die Europäische Zentralbank wirklich?

von

Lara Wahr

Einleitung

Durch die sich weltweit ausbreitende Finanz- und Wirtschaftskrise gerieten die Finanzmärkte 2008 in ein gravierendes Ungleichgewicht. Die versuchte Abwendung weitreichender Folgen stellte die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion vor neue Herausforderungen. Weltweit versuchten Zentralbanken dem wirtschaftlichen Abschwung entgegenzuwirken, dabei auch unter Einsatz unkonventioneller Maßnahmen.¹ So stieß auch die Europäische Zentralbank (EZB) an die Grenzen ihrer bisher verfolgten Geldpolitik. Gemeinsam mit den nationalen Zentralbanken aller Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) bildet die EZB, mit Sitz in Frankfurt, das Europäische System der Zentralbanken (ESZB).² Die Gewährleistung der Preisstabilität ist hierbei, gemäß Artikel 127 Absatz 1 des AEU-Vertrags, das uneingeschränkt vorrangige Ziel der EZB als Entscheidungszentrum des Euroraums. Diese gilt numerisch als gegeben, sobald die Inflationsrate im Euroraum gegenüber dem Vorjahr unter, jedoch bei annähernd zwei Prozent liegt.³ Für die Gestaltung ihrer Geldpolitik stehen der EZB im konventionellen Sinne die Offenmarktgeschäfte, die ständigen Fazilitäten sowie die Mindestreserve als Instrumente zur Verfügung, wobei die Festlegung des Leitzinses die wichtigste geldpolitische Maßnahme darstellt.⁴

Mit dem Ausbruch der Finanzkrise haben sich die eingesetzten Instrumente merklich und teils nachhaltig verändert. Inwieweit die Abwendung von der rein konventionellen Geldpolitik Einfluss auf die vertraglich festgesetzte Unabhängigkeit der EZB hatte, wird nachfolgend dargelegt. Die Frage nach der tatsächlichen Unabhängigkeit der EZB sowie ihrer Rolle seit der Finanzkrise, fundiert zu beantworten und kritisch zu beleuchten, ist dabei Ziel dieses Beitrags. In diesem Zusammenhang wird vor allem auf die durch die Finanzkrise bedingten Veränderungen innerhalb der beschriebenen Geldpolitik eingegangen. Der Beitrag konzentriert sich hierbei spezifisch auf die in der breiten Öffentlichkeit meist umstrittenen Maßnahmen im Rahmen des Securities Markets Programms (SMP).

¹ Vgl. Manger-Nestler, C.; Böttner, R., 2014, S. 621.

² Vgl. Blanchard, O.; Illing, G., 2017, S. 706.

³ Vgl. EZB (Hrsg.), 2011, S. 9.

⁴ Vgl. Scheller, H. K., 2006, S. 95-97.

Reaktion auf die Finanzkrise und die Unabhängigkeit der EZB

Ihren Ursprung fand die Finanz- und spätere globale Weltwirtschaftskrise in einem Abschwung am US-amerikanischen Immobilienmarkt. Auslöser war das Platzen der Immobilienblase sowie der spätere Zusammenbruch und die Insolvenz der amerikanischen Großbank Lehman Brothers.⁵

Als Reaktion auf den Ausbruch der Krise brachte die EZB unkonventionelle geldpolitische Maßnahmen⁶ zum Einsatz, da die bisherige konventionelle Geldpolitik bei der Eindämmung der Krise ihre Grenzen der Wirksamkeit fand.⁷ Deutlich wurde dies, als die Senkung des Leitzinses auf ein damals bereits historisch niedriges Niveau von einem bis null Prozent ohne eine ausreichende stabilisierende Wirkung erfolglos blieb. Teil der daraufhin eingeführten unkonventionellen Geldpolitik der EZB war unter anderem der in öffentlich heftiger Kritik stehende Ankauf von Staatsanleihen.⁸ Das sogenannte Securities Markets Programm (SMP) wurde im Mai 2010 durch die EZB angekündigt und beinhaltete konkret den Ankauf von Staatsanleihen gefährdeter Euroländer am Sekundärmarkt.⁹ Der Ankauf der Schuldtitel finanzierte sich mittels Ausweitung der Geldmenge, welche sich im Bankensystem durch einen Überschuss an Zentralbankgeld niederschlug.¹⁰ Grund zur Entscheidung für die über den konventionellen Weg hinausgehenden Maßnahmen gab die sich neben der Finanzkrise anbahnenden Staatsschuldenkrisen einiger Euroländer.¹¹ Um dem entgegen zu wirken, sollte mittels des SMP eine Belebung des Marktes für Staatsanleihen sowie die Aufrechterhaltung des geldpolitischen Transmissionsmechanismus erreicht werden.¹²

Als Folge der Finanzkrise 2008 blieb nicht nur eine anhaltende Änderung der eingesetzten geldpolitischen Instrumente, sondern auch eine generelle Veränderung der EZB, weg von der rein konventionellen Geldpolitik.¹³ Sie bekam neue Funktionen, so wurde die EZB in Aufgaben neuer Aufsichtsgremien, wie das System der Bankenaufsicht (SSM), eingebunden, wodurch sich die klassische Rolle der EZB als Hüterin der Währung gewandelt

⁵ Vgl. Dombret, A. R., 2012, S. 64. Zur Frage, ob es richtig war, Lehman insolvent gehen zu lassen vgl. den Beitrag von Marie Schroth in diesem Band.

⁶ Für eine Erläuterung aller ergriffenen Maßnahmen, vgl. Deutsche Bundesbank (Hrsg.), 2019, S. 171 ff.

⁷ Vgl. Blanchard, O.; Illing, G., 2017, S. 710.

⁸ Vgl. EZB (Hrsg.), 2011, S. 124-128.

⁹ Vgl. Belke, A.; Verheyen, F., 2013, S. 100.

¹⁰ Vgl. Blanchard, O.; Illing, G., 2017, S. 710 f.

¹¹ Vgl. Berg, T. O.; Carstensen, K., 2012, S. 80; Nauschnigg, F., 2018, S. 400.

¹² Vgl. EZB (Hrsg.), 2011, S. 127; Belke, A.; Verheyen, F., 2013, S. 100.

¹³ Vgl. Belke, A.; Verheyen, F., 2013, S. 98.

hat. Zielkonflikte zwischen Geld- und Fiskalpolitik wurden hierbei zur Gefahr.¹⁴ Inwieweit die bisher beschriebenen geldpolitischen Maßnahmen im Zuge der Finanzkrise die Unabhängigkeit der EZB in Frage stellen oder gar verletzt haben, gilt es nachfolgend zu diskutieren.

Die EZB ist der funktionellen, personellen, finanziellen und institutionellen Unabhängigkeit, gemäß Artikel 130 Absatz 1 des AEU-Vertrags, verpflichtet. Es ist ihr somit untersagt, Weisungen von anderen Organen der EU oder Mitgliedstaaten bei der Wahrnehmung ihrer Tätigkeit heranzuziehen oder sich gleichermaßen davon beeinflussen zu lassen. Wie essentiell die politische Unabhängigkeit der EZB ist, begründet sich bereits in ihrem primären Ziel: der Gewährleistung der Preisstabilität. Unabhängig von politischen Interessen handeln zu können, vermeidet Interessenskonflikte und führt zu einer höheren öffentlichen Glaubwürdigkeit.¹⁵ Zudem sind politisch beeinflusste Zentralbanken gefährdet mittel- und langfristige Ziele zugunsten kurzfristiger stabilisierender Maßnahmen außer Acht zu lassen.¹⁶

Auslöser für das Hinterfragen der tatsächlichen Unabhängigkeit der EZB ist die während sowie die direkt nach der Finanzkrise durchgesetzte, unkonventionelle Geldpolitik. Hierbei steht vor allem der Ankauf von Staatsanleihen im Rahmen des SMP in der Kritik. Der EZB wurde infolgedessen vorgeworfen, sich damit dem immer lauter werdenden politischen Druck gebeugt, ihre Verpflichtung zur Unabhängigkeit verletzt und damit einhergehend einen hohen Reputationsverlust riskiert zu haben.¹⁷ Kritisiert wurde zum einen, dass damit die Geld- und die Fiskalpolitik nicht mehr klar voneinander getrennt waren und die EZB durch den Ankauf von Staatsanleihen in einen politischen Kernbereich, der Bewältigung von Staatsschuldenkrisen, eingetreten ist.¹⁸ Zum anderen bewegt sich die EZB mit diesen Ankäufen in einer rechtlichen Grauzone, verletzt dabei den Artikel 123 Absatz 1 und 125 Absatz 1 des AEU-Vertrags hierbei zwar nicht im Wortlaut, aber sicherlich im weiteren Sinne.¹⁹ Gemäß diesen Passagen ist der EZB die Finanzierung von Mitgliedsstaaten im Euroraum untersagt, sowie die gegenseitige Haftung für Verbindlichkeiten von Zentralregierungen ausgeschlossen.²⁰ Durch den Ankauf von Staatsanleihen

¹⁴ Vgl. Manger-Nestler, C.; Böttner, R., 2014, S. 636.

¹⁵ Vgl. Scheller, H. K., 2006, S. 135.

¹⁶ Vgl. Berg, T. O.; Carstensen, K., 2012, S. 79.

¹⁷ Vgl. Neyer, U., 2010, S. 505; Berg, T. O., Carstensen, K., 2012, S. 81.

¹⁸ Vgl. Berg, T. O.; Carstensen, K., 2012, S. 80 f.

¹⁹ Vgl. Belke, A.; Verheyen, F., 2013, S. 110.

²⁰ Infolge des späteren PSPP zum Ankauf von Staatsanleihen wurde im Mai 2020 das jüngste Urteil gefällt, vgl. Bundesverfassungsgericht (Hrsg.), <https://www.bundesverfassungsgericht.de> (Stand: 15.06.2020).

kam es allerdings zu einer Vergemeinschaftung der Schulden, wodurch die Mitgliedstaaten bei einem Forderungsausfall für die Verluste nach ihrem Kapitalanteil an der EZB einstehen müssen.²¹

Die EZB selbst hält diesem Vorwurf mit dem Argument der klaren Beschränkung des Ankaufs von Staatsanleihen auf den Sekundärmarkt entgegen. Des Weiteren begründet sie ihr Vorgehen darin, dass die notwendige Erhaltung der Funktionsfähigkeit des geldpolitischen Transmissionsmechanismus sowie die Gewährleistung der Finanzmarktstabilität, solche Maßnahmen unabdingbar machten und sie zudem nur temporär und komplementär Anwendung fanden.²²

Schlussbetrachtung und aktueller Ausblick

Nach der zu Beginn zum Ziel gesetzten theoretischen Fundierung und kritischen Darlegung einer unabhängigen EZB bleibt die Notwendigkeit für die angewandten unkonventionellen Maßnahmen sowie die durch die Entscheidung provozierte politische Beeinflussung strittig.²³ In der immensen öffentlichen Kritik standen hierbei unter anderem die in diesem Beitrag behandelten Maßnahmen zum Ankauf von Staatsanleihen im Rahmen des SMP sowie die daraus in gewissem Maße resultierende Aufhebung der klaren Grenzen zwischen Fiskal- und Geldpolitik, woraus die Debatte zur tatsächlichen Unabhängigkeit der EZB folgte.²⁴ Dies hatte zusammen mit neu zugeordneten Aufsichtsaufgaben, eine bis heute anhaltende Rollenveränderung der EZB zur Folge. Sie entfernte sich deutlich von ihrer prioritären Aufgabe als Preis- und Währungshüterin im Euroraum. Das Ziel einer unpolitischen Währung kann damit nur schwer verfolgt werden.²⁵ Aus diesem Grund sollte nun forciert werden, die Unabhängigkeit der EZB zu gewährleisten und die öffentliche Reputation wiederherzustellen, was sich langfristig vermutlich nur mittels Rückkehr zur konventionellen Geldpolitik erreichen lässt.²⁶

Hiervon ist die EZB allerdings noch immer erheblich entfernt. Aus aktuellem Anlass der internationalen Corona-Pandemie hat die EZB ein weiteres Programm, das sogenannte Pandemic Emergency Purchase Program (PEPP), zum Ankauf von Staatsanleihen beschlossen und mittlerweile bis mindestens Juni 2021 verlängert. Das Volumen wurde am

²¹ Vgl. Berg, T. O.; Carstensen, K., 2012, S. 79.

²² Vgl. EZB (Hrsg.), 2011, S. 127.

²³ Vgl. Blanchard, O.; Illing, G., 2017, S. 710.

²⁴ Vgl. Belke, A.; Verheyen, F., 2013, S. 110.

²⁵ Vgl. Berg, T. O.; Carstensen, K., 2012, S. 81.

²⁶ Vgl. Wyplosz, C., 2017, S. 28.

10. Dezember 2020 erneut um 500 Mrd. Euro auf insgesamt 1.850 Mrd. Euro angehoben.²⁷ Im Rahmen des PEPP werden temporär Anleihen von sowohl privaten als auch öffentlichen Schuldern angekauft. Dies soll dazu dienen, die pandemiebedingte Abwärtsentwicklung des Inflationsverlaufs auszugleichen und den reibungslosen Transmissionsmechanismus der Geldpolitik weiterhin zu gewährleisten, wie es bereits aus der Finanzkrise bekannt ist.²⁸ Auch in diesem Fall bleibt die Notwendigkeit des Anleihekaufprogramms umstritten, denn das Vorgehen der EZB wirft erneut die Frage auf, welche Umstände das Ergreifen solcher Maßnahmen rechtfertigen. Im Rahmen einer Expertenbefragung kam das ifo Institut zu dem in folgender Abbildung 1 visualisierten Ergebnis.

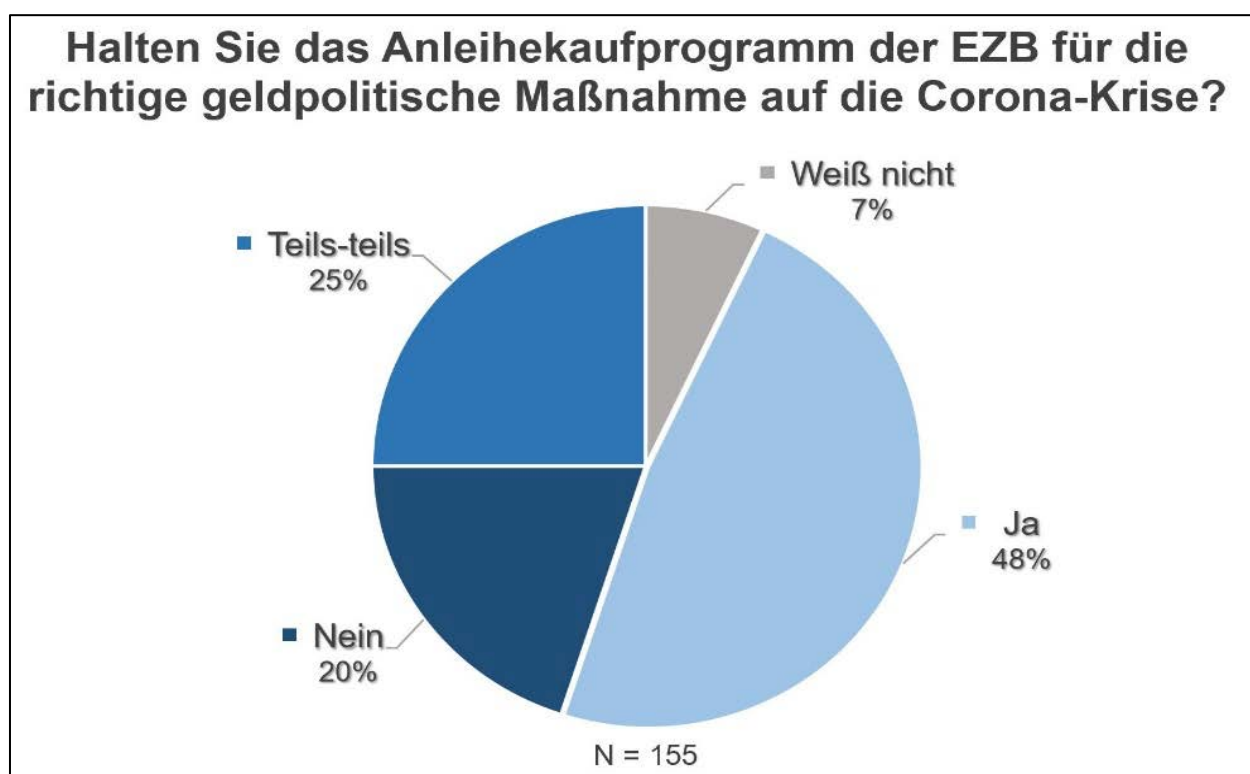


Abbildung 1: Statistik Expertenbefragung Anleihekauf EZB²⁹

Demnach sehen knapp die Hälfte der 155 Befragten Experten das PEPP als eine geeignete Maßnahme zur Eindämmung der pandemiebedingten Krise. Somit stößt die EZB in diesem Fall auf weniger öffentliche Kritik als zu den zuvor beschriebenen Zeiten während und nach der Finanzkrise. Die Präsidentin der EZB Christine Lagarde erklärte, dass die geldpolitische Reaktion der EZB notwendig und richtig war. In ihren Worten zeigten die

²⁷ Vgl. EZB (Hrsg.), 2020b, <https://www.bundesbank.de> (Stand: 01.03.2021).

²⁸ Vgl. EZB (Hrsg.), 2020a, <https://www.ecb.europa.eu> (Stand: 17.08.2020).

²⁹ Eigene Darstellung nach: Statista (Hrsg.), 2020, <https://de.statista.com> (Stand: 17.08.2020).

Maßnahmen der Zentralbank Erfolg: “their efficiency, their effectiveness and were just right in responding to the situation“³⁰.

Diese aktuellen Gegebenheiten verdeutlichen, dass die Geldpolitik dauerhaft nicht mehr ohne unkonventionelle Maßnahmen auszukommen scheint, vor allem in Krisenzeiten. Wann und ob es eine Rückkehr zu der vor der Finanzkrise durchgeführten konventionellen Geldpolitik geben wird, bleibt daher abzuwarten.

³⁰ Lagarde, C., zitiert in Khalaf, R.; Arnold, M. (2020), <https://www.ft.com> (Stand: 18.08.2020).

Literaturverzeichnis

Belke, A.; Verheyen, F. (2013): Europäische Geldpolitik während der europäischen Schuldenkrise: Synopse und Evaluation, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Band 82, Heft 2/2013, S. 97-112.

Berg, T. O.; Carstensen, K. (2012): Funktionswandel der EZB? - Baldige Rückkehr zur alten Rolle erforderlich!, in: Wirtschaftsdienst, Band 92, Heft 2/2012, S. 79-94.

Blanchard, O.; Illing, G. (2017): Makroökonomie, 7. Aufl., Hallbergmoos.

Bundesverfassungsgericht (Hrsg.) (2020): <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020/bvg20-032.html> (Stand: 15.06.2020).

Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (2019): Geld und Geldpolitik, Frankfurt am Main.

Dombret, A. R. (2012): Die aktuelle Finanzkrise – Ursachen, Folgen und Herausforderungen, in: Pfingsten, A. (Hrsg.): Ursachen und Konsequenzen der Finanzkrise, 1. Aufl., Wiesbaden.

EZB (Hrsg.) (2011): The monetary policy of the ECB, Frankfurt am Main.

EZB (Hrsg.) (2020a): Monetary policy decisions, <https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2020/html/ecb.mp200716~fc5f5be06d9.en.html> (Stand: 17.08.2020).

EZB (Hrsg.) (2020b): Pressemitteilung. 10. Dezember 2020 Geldpolitische Beschlüsse, <https://www.bundesbank.de/resource/blob/853656/b468e42b3289fdea973464e2c5c78416/mL/2020-12-10-beschluesse-download.pdf> (Stand: 18.08.2020).

Khalaf, R.; Arnold, M. (2020): Christine Lagarde's learning curve: ECB boss on 'brutal' coronavirus crisis, in: Financial Times vom 08.07.2020, <https://www.ft.com/content/0c855423-a166-437d-8de3-e68154b50baa> (Stand: 18.08.2020).

Manger-Nestler, C.; Böttner, R. (2014): Ménage à trois? – Zur gewandelten Rolle der EZB im Spannungsfeld zwischen Geldpolitik, Finanzaufsicht und Fiskalpolitik, in: EuR Europarecht, Band 49, Heft 6/2014, S. 621-637.

Schäder, B. (2020): Europäische Zentralbank legt nach, in: Schwarzwälder Bote, Nummer 128 vom 05. Juni 2020.

Scheller, H. K. (2006): Die Europäische Zentralbank - Geschichte, Rolle und Aufgaben, 2. Aufl., Frankfurt am Main.

Statista (Hrsg.) (2020): <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1110318/umfrage/expertenmeinung-zum-ezb-anleihekaufprogramm-in-der-corona-krise/#professional> (Stand: 17.08.2020).

Nauschnigg, F. (2018): Das Securities Market Programme – viele Vorteile für den Euroraum, in: Wirtschaftsdienst, Band 98, Heft 06/2018, S. 399-404.

Neyer, U. (2010): Neue Geldpolitik der Europäischen Zentralbank? - Unkonventionelle Maßnahmen der EZB im Zuge der Finanzkrise – eine kritische Würdigung, in: Wirtschaftsdienst, Band 90, Heft 8/2010, S. 503-515.

Wyplosz, C. (2017): How Far Should Unconventional Central Banking Go?, in: ifo DICE Report, Band 15, Heft 1/2017, S. 28-30.

Welche Verantwortungen tragen Ratingagenturen an der globalen Finanzkrise?

von

Lea Wolters

Einleitung

Das Triple A der Ratingagenturen: Standard & Poor's, Moody's und Fitch oder sollte man lieber das Triple C sagen? Der nachfolgende Text beschäftigt sich mit der Fragestellung, welcher Verantwortung sich Ratingagenturen in Bezug auf die Ursachen der globalen Finanzkrisen stellen müssen. Um diese Fragen klären zu können, wird nachfolgend zunächst der Begriff der Ratingagenturen definiert. Im allgemeinen Sprachgebrauch wird unter Rating eine Leistungsbeurteilung verstanden. Im finanzwirtschaftlichen Zusammenhang leitet sich diese vom Begriff „credit rating“ ab, welcher die Beurteilung der Bonität oder Kreditwürdigkeit eines Wertpapiers (Aktien, Anleihen/Kredite oder Zertifikate) oder eines Schuldners zu einem bestimmten Zeitpunkt beschreibt.¹

Bedeutung und Probleme der Ratingagenturen

Die Daseinsberechtigung von Ratingagenturen liegt in der ungleichen Informationsverteilung zwischen Emittent*innen und Kapitalnehmer*innen. Diese somit entstehende Asymmetrie versuchen Ratingagenturen auszugleichen und damit mehr Transparenz auf dem immer komplizierter werdenden Finanzmarkt schaffen.² Anhand von Ratings wird die Bonität beziehungsweise Zahlungsfähigkeit von Emittent*innen beurteilt und somit eine Informationsgrundlage geschaffen.³ Es sollen Unsicherheiten auf dem Finanzmarkt beim Kauf von Wertpapieren reduziert werden. Damit gelten Ratings auf dem Kapitalmarkt als eines der kompaktesten Tools, um die Finanzkraft, Zahlungssicherheit und das Ausfallrisiko von Zahlungen einzuordnen.⁴ Dafür werden unternehmensbezogene, branchen- sowie länderspezifische Risiken herangezogen. Anhand von Kennziffern wird die Kreditwürdigkeit eingeschätzt und entsprechend einer absteigend klassifizierten Skalierung eingestuft (Ratingklassen Anlage 1).⁵ Zu den größten Ratingagenturen gehören Standard & Poor's, Moody's und Fitch, welche 2011 einen gemeinsamen Marktanteil von 95 Prozent hatten. Sie haben weit über 95 Prozent der globalen Kreditverbindlichkeiten auf den globalen Finanzmärkten bewertet.⁶ Drei privatwirtschaftlich organisierte, profitorientierte Unternehmen, mit Hauptsitz in Manhattan New York,

¹ Vgl. Moody's Investors Service, 2013, S. 4.

² Vgl. Richter, R.; Furubotn, E. G., 2010, S. 41.

³ Vgl. Hiß, S.; Nagel, S., 2012, S. 28-31.

⁴ Vgl. Andrieu, P., 2010, S. 22.

⁵ Vgl. Piepenrock, D.; Hasenbalg, C., 2014, S. 110.

⁶ Vgl. Luyendijk, J., 2015, S. 163.

genießen Oligopol Stellung und entscheiden, wer unter welchen Bedingungen Zugriff zu den Kapitalmärkten erlangt.⁷ Sinclair (2005) bezeichnet sie als „most obscure institutions in the world of global finance“.⁸ Doch was ist dran an dieser Aussage?

Wenn man auf die Historie von Ratingagenturen schaut, fällt auf, dass Transparenz, vorausschauendes Handeln und Ehrlichkeit nicht zu ihren größten Stärken gehören. Dies zeigt sich an folgenden Beispielen: der Asienkrise 1997⁹, der Fusion des Unternehmens Enron 2001 oder bei dem Insolvenzfall des ehemals größten Telekommunikationskonzerns der USA, der Firma Worldcom. In allen Fällen gingen die Anschuldigungen und Vorwürfe in dieselbe Richtung. Den Agenturen wurde vorgeworfen, Unternehmen deutlich zu hoch eingestuft, Bilanzen gefälscht und vor drohenden Zahlungsausfällen, nicht rechtzeitig gewarnt zu haben, da sie ein Eigeninteresse an dem Fortbestehen der Unternehmen hatten. Hierdurch kam es zu einem massiven Reputationsschaden und Vertrauensverlust gegenüber den Ratingagenturen.¹⁰

Doch welche Verantwortung tragen Ratingagenturen bei der globalen Finanzkrise und in welchem Zusammenhang stehen sie zueinander? Im Rahmen der US-Immobilienkrise 2007 kippte der Markt von Angebot und Nachfrage. Durch Immobilienneubewertungen kam es zu Wertberichtigungen und einer erhöhten Belastung der Kreditnehmer*innen. Die Folge waren massenhafte Kreditausfälle, die schließlich zur Subprime-Krise führten. Hierbei haben Ratingagenturen von Banken gebündelte Credit Default Swaps (CDS)¹¹ und Asset Backed Securities (ABS)¹² als sichere Anleihen bewertet.¹³ Es handelte sich jedoch um unüberschaubare Verflechtungen von Zahlungsforderungen mit unterschied-

⁷ Vgl. Hiß, S.; Nagel, S., 2012, S. 28-31.

⁸ Sinclair, T. J., 2005, S. 6.

⁹ Die Asienkrise von 1997 bezeichnet die Finanz-, Wirtschafts- und Währungskrise, die ihren Ursprung in Thailand fand und sich in Folge im umliegenden ostasiatischen Raum ausbreitete. Hervorgerufen wurde sie durch eine Lockerung der Kreditvergabe, geringer Trennung zwischen dem privaten und dem öffentlichen Kreditwesensektor, fehlender Fremdwährungsabsicherung, der Absicherung gegen Wechselkursänderungen, geringer Kontrolle der Kreditvergabe und kaum stattfindender Bonitätsprüfung, welches schlussendlich dazu führte, dass aufgenommene Kredite nicht zurückgezahlt werden konnten und die Wirtschaft einbrach. Vgl. Dieter, H., 2005, S. 14 f.

¹⁰ Vgl. Botterweck, B.; Leker, J., 2007, S. 590.

¹¹ CDS, auf deutsch Kreditausfalltausch, ist ein Finanzderivat, der es einem Anleger ermöglicht, sein Kreditrisiko mit dem eines anderen Anlegers zu „tauschen“ oder auszugleichen. Somit werden die Ausfallrisiken von Wertpapieren gehandelt. Vgl. Fabozzi, F. J., 2008, S. 386 f.

¹² Durch ABS (übersetzt forderungsbesichertes Wertpapier) können nicht handelbare Forderungen in handelbare Wertpapiere umgewandelt werden. Die Basis dieses Finanzinstrumentes ist die Verbriefung von Wertpapieren. Vgl. ebd.

¹³ Vgl. Mankiw, N. G.; Taylor, M. P., 2018, S. 1115 f.

lichster Bonität, die zu handelbaren Wertpapieren in einem Pool zusammengefasst wurden. Dieser Vorgang wird Tranchierung genannt.¹⁴ Die Bewertungsgrundlagen der ABS und CDS verloren immer weiter an Wert. So verloren mit AAA bewertete Anlagen von Anfang 2007 bis Ende 2008 durchschnittlich 70 Prozent ihres Nominalwertes.¹⁵ Was nach eigener Deutung der Ratingkategorien an sich nahezu undenkbar ist. Der frühere Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Jochen Sanio, befürchtete „durch das Subprime-Desaster haben die Ratingagenturen ihr kostbarstes Gut verloren: ihre Glaubwürdigkeit.“¹⁶ Das sei fatal angesichts der wichtigen Rolle, die sie weiterhin auf den Finanzmärkten spielen. Schäfer war hingegen der Meinung „die drei großen Ratingagenturen sind Teil des Problems und nicht Teil der Lösung.“¹⁷

Ratingagenturen stehen unter vielfältiger äußerer Einflussnahme und fungieren nicht als objektiver Wächter. Sie entscheiden, wer unter welchen Bedingungen auf dem Kapitalmarkt eintritt. Der US-amerikanische Journalist Thomas L. Friedmann ist der Meinung „Moody's rates the investment quality of countries today just as it rates companies. Those that get their economic house in order will be rated AAA and be able to sell bonds at low interest. Those that don't will be rated C and have to pay pawnbroker interest rates.“¹⁸

Somit nehmen Ratingagenturen, durch ihr Rating von Kreditwürdigkeiten der Unternehmen und Staaten, Einfluss auf die Zinsen, welche diese dann für die Aufnahme von Fremdkapital zahlen müssen und agieren als „gate keeper“ der Finanzmärkte. Zudem lässt sich darüber streiten, ob das Modell, man bezahlt denjenigen der einen bewertet, eine neutrale unvoreingenommene Ausgangssituation schafft. Der niederländische Journalist Luyendijk vergleicht es mit einer Restaurantbewertung, bei der die Inspektoren des Guide Michelin nicht anonym speisen, sondern sogar vom Koch bezahlt würden.¹⁹ Durch diese Ausgangssituation werden die Agenturen nochmals in ihrer fast hoheitlichen Stellung gestärkt. Den meisten Beteiligten*innen muss klar gewesen sein, welches „Monster sie erschufen“.²⁰ Es existieren Schriftwechsel von Moody's Mitarbeiter*innen, in denen sie die Ratingagentur als fragiles Kartenhaus bezeichnen.²¹ So behauptet William J. Harrington, der zehn Jahre lang bei Moody's gearbeitet hatte, dass die CDO-Abteilung

¹⁴ Matthias, M.; Zimmermann, J. P., 2008, www.bundestag.de (Stand: 09.06.2020).

¹⁵ Vgl. Bartmann, P.; Buhl, H.; Hertel, M. 2008, S. 17.

¹⁶ Sanio, J., zitiert in Jahn, J., 2008, www.faz.de (Stand: 22.02.2021).

¹⁷ Schäfer, D., 2012, S. 16.

¹⁸ Friedmann, T. L., www.nytimes.com (Stand: 08.06.2020).

¹⁹ Vgl. Luyendijk, J., 2015, S. 163 f.

²⁰ Tooze, A., 2019, S. 82.

²¹ Vgl. ebd., S. 82.

schon seit 2006 „vergiftet“ gewesen sei und alle Beförderungen an Mitarbeiter*innen gegangen seien, die von diesem fragilen Kartenhaus wussten und es weiter gestützt hätten.²²

Um zukünftig das Vertrauen in Ratingagenturen wiederherzustellen, sind deshalb zwei Faktoren entscheidend: zum einen Objektivität und zum anderen Transparenz. Um fehlender Objektivität entgegenzuwirken, könnte ein Lösungsansatz darin bestehen, dass für Länder und Staaten keine privatwirtschaftlichen nationalen Unternehmen, sondern supranationale Institutionen (z. B. angegliedert an die UNO) das Rating durchführen. Auch eine europäische Ratingagentur wäre eine Möglichkeit. Die Refinanzierung von Staaten stünde dann nicht in derartiger Abhängigkeit von einzelnen privaten Unternehmen.

Anders bei der Refinanzierung von Unternehmen: hier könnte das Vier-Augen-Prinzip greifen, wobei mindestens zwei Ratingagenturen unabhängig voneinander und aus unterschiedlichen Ländern kommend, zum gleichen Ergebnis bei der Bewertung der Bonität von Unternehmen gelangen müssten. Beteiligte Ratingagenturen sollten einer supranationalen Finanzaufsicht unterliegen. Regelmäßige Überprüfungen der bereits erstellten Ratings, sowie das Nachhalten der fristgerechten Zinszahlung und Rückzahlung der Verbindlichkeiten führen zu einer eigenen Bewertung der Ratingagenturen, sodass auch diese ihre Kompetenz nachweisen müssen. Bei deutlichen und wiederholten Discrepanzen zwischen Soll-Bewertung und tatsächlichem Ist-Zustand, würden auch Ratingagenturen nur noch eingeschränkt auf dem Markt agieren können. Eine weitere sinnvolle Regelung könnte die juristische Teilhaftung von Ratingagenturen sein, die bei Kreditausfall auf Grund nachweislich fahrlässig falscher Beurteilung der Agenturen greifen würde. Die Transparenz ist sicherlich am schwersten zu regulieren und zu überwachen. Hierbei könnte die Erstellung eines Kriterienkatalogs hilfreich sein, der die Entscheidungsgrundlage für Ratings nachvollziehbarer macht. Diese müssten verpflichtend, auf Nachfrage durch Dritte (z. B. Rechtsbeistand der Gläubiger) einsehbar und nachprüfbar sein.

²² Vgl. Luyendijk, J., 2015, S. 161 f.

Resümee

Es wäre empfehlenswert, wenn sich insbesondere Deutschland und Europa als eine der stärksten Wirtschaftsräume der Welt, stärker engagieren würden, um eine supranationale Finanzaufsicht zu schaffen, die den Anforderungen gerecht werden kann. Wie bei dem politischen Thema Verteidigung sollte dieses Feld nicht alleinig den USA überlassen werden, weil dadurch Abhängigkeiten gelöst und eigene Vorstellungen wirtschaftlicher Prinzipien mitbestimmt werden könnten.

Abschließend lässt sich die Ausgangsfrage, welcher Verantwortung sich die Ratingagenturen stellen müssen, wie folgt beantworten: Ratingagenturen haben zurzeit eine zentrale Rolle auf dem internationalen Finanzmarkt und damit automatisch eine große Verantwortung. Durch fehlende Transparenz und mangelnde Objektivität, bei starkem finanziellem Eigeninteresse, hatten sie einen wesentlichen Anteil an der Entstehung der Finanzkrise. Die Bestnote AAA haben sich die Ratingagenturen damit sicher nicht verdient.

Anhang

Ratingagenturen	Moody's	Standard & Poor's	Fitch
Bedeutung			
höchste Bonität, minimales Kreditrisiko	AAA	AAA	AAA
sehr gute bis gute Bonität, geringes Kreditrisiko	Aa1	AA+	AA+
	Aa2	AA	AA+
	Aa3	AA-	AA-
gute bis befriedigende Bonität, angemessene Deckung von Zins und Tilgung	A1	A+	A+
	A2	A	A
	A3	A-	A-
befriedigende Bonität, angemessene Deckung von Zins und Tilgung, mangelnder Schutz gegen wirtschaftliche Veränderungen	Baa1	BBB+	BBB+
	Baa2	BBB	BBB
	Baa3	BBB-	BBB-
ausreichende Bonität, mäßige Deckung von Zins und Tilgung, selbst in gutem wirtschaftlichem Rahmen	Ba1	BB+	BB+
	Ba2	BB	BB
	Ba3	BB-	BB-
mangelhafte Bonität, geringe Sicherung von Zins und Tilgung	B1	B+	B+
	B2	B	B
	B3	B-	B-
ungenügende Bonität, geringster Anlegerschutz, akute Gefahr eines Zahlungsverzugs	Caa1	CCC+	CCC+
	Caa2	CCC	CCC
	Caa3	CCC-	CCC-

Anlage 1: Übersicht zu den verschiedenen Ratingkategorien²³

²³ Eigene Darstellung nach: Schröder, M., 2020, S. 64.

Literaturverzeichnis

- Andrieu, P. (2010):** Ratingagenturen in der Krise. Über die Einführung von Qualitätsstandards für Ratings durch die Europäische Union, Europäische Hochschulschriften, Reihe II Rechtswissenschaft, Bd./Vol. 5001, Frankfurt am Main.
- Bartmann, P.; Buhl, H. P.; Herthel, M. (2009):** Ursachen und Auswirkungen der Subprimekrise, Diskussionspapier WI-233, in: Informatik-Spektrum, Jg. 32, Nr. 2, S. 127-145.
- Blickle, R. (2013):** Die Regulierung von Ratingagenturen durch die Europäische Union, Studienreihe Wirtschaftsrechtliche Forschungsergebnisse, Band 172, Hamburg.
- Botterweck, B.; Leker, J. (2007):** Entwicklung von Ratingstandards, in: Büschgen, H.; Everling, O. (Hrsg.): Handbuch Rating, 2. Aufl., S. 589-610, Wiesbaden.
- Dieter, H. (2005):** Die Asienkrise, Ursachen, Konsequenzen und die Rolle des Internationalen Währungsfonds, Marburg.
- Fabozzi, F. J. (2008):** Handbook of Finance, Financial Markets and Instruments, Hoboken/New Jersey.
- Friedmann, T. L. (1995):** Foreign Affairs; don't mess with Moody's, <https://www.nytimes.com/1995/02/22/opinion/foreign-affairs-don-t-mess-with-moody-s.html> (Stand: 08.06.2020).
- Hiß, S.; Nagel, S. (2012):** Ratingagenturen zwischen Krise und Regulierung, Baden-Baden.
- Jahn, J. (2008):** Ratingagenturen: Bafin sieht sich als Opfer der Rating-Agenturen, Bafin sieht sich als Opfer der Rating-Agenturen (Stand: 22.02.2021).
- Jochen, S. (2008):** Plädoyer für Basel II, Der Beitrag basiert auf einer Rede auf der Jahrespressekonferenz der BaFin am 15. Mai 2008 in Bonn, <http://integration.risiko-manager.com/detailgeneral/plaedoyer-fuer-basel-ii-2> (Stand: 08.06.2020).
- Luyendijk, J. (2015):** Unter Bankern. Eine Spezies wird besichtigt, Bonn.
- Mankiw, N. G.; Taylor, M. P. (2018):** Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 7. Aufl., Stuttgart.

- Matthias, M.; Zimmermann, J. P. (2008):** Asset Backed Securities und die Subprime-Krise, Deutscher Bundestag-Wissenschaftliche Dienste, <https://www.bundestag.de/resource/blob/503554/5991803655ae9b98d82ef679c503d73f/Asset-Backed-Securities-und-die-Subprime-Krise-data.pdf> (Stand: 09.06.2020).
- Moody's Investors Service (Hrsg.) (2013):** Rating symbols and definitions, Moody's Investors Service, September, New York.
- Piekenbrock, D.; Hasenbalg, C. (2014):** Kompakt-Lexikon Wirtschaft, 14. aktual. und erw. Aufl., Wiesbaden.
- Schäfer, D. (2010):** Mehr denn je: Europa braucht eine europäische öffentliche Rating-Agentur, in: Wochenbericht, 77, 2010, Heft 20, S. 20.
- Schröder, M. (2002):** Die Geldpolitik des Eurosystems, Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main.
- Sinclair, T. J. (2005):** The New Masters of Capital: American Bond Rating Agencies and the Politics of Creditworthiness, Ithaca/NY.
- Rudolf, R.; Furubotn, E. G. (2010):** Neue Institutionenökonomik – Eine Einführung und kritische Würdigung, 4. Aufl., Tübingen.
- Tooze, A. (2019):** Crashed. Wie zehn Jahre Finanzkrise die Welt verändert haben, Bonn.

**Wissenschaftliche Reihe
BWL-Handel**